

8. BUNDESPARTEITAG DER

CDU



18.-21. September 1958

KIEL

8. BUNDESPARTEITAG DER CDU





Herausgeber: Christlich Demokratische Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle, Bonn,
Nassestraße 2 · Redaktion: F. C. Badendieck, Bonn · Gestaltung des Umschlages: Sierig,
Bonn · Fotos: Archiv CDU-Bundesgeschäftsstelle · Druck: Walter Pietzsch, Buchdruckerei,
Hamburg 11 · Verlag und Anzeigenverwaltung: Sator Werbe-Verlag Hans Günther Imlau,
Hamburg 1, Fölschblock B

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS

8. BUNDESPARTEITAG



KIEL · 18. - 21. 9. 1958

SATOR WERBE-VERLAG · HAMBURG 1

Erster Tag: Donnerstag, 18. September 1958

Der 8. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union
Deutschlands in der Ostseehalle in Kiel begann
mit einer

Sitzung des Bundesvorstandes

um 10 Uhr im Flensburger Hof

und einer

Sitzung des Bundesausschusses

um 15 Uhr im Hotel Bellevue

In den Sitzungen wurden der Verlauf des Parteitages
und politische Fragen besprochen.

Die Gottesdienste

fanden am Sonntag, 21. September 1958, statt, und zwar

Katholischer Gottesdienst (S. Exz. Weihbischof von Rudloff)

um 9.15 Uhr in der Nikolauskirche,

Evangelischer Gottesdienst (Landesbischof D. Halfmann)

um 10.00 Uhr in der Nikolaikirche.

Zweiter Tag: Freitag, 19. September 1958

Die Eröffnung des 8. Bundesparteitages

fand um 10 Uhr in der Ostseehalle statt.

Nach dem Concerto grosso, op. 6 Nr. 3 von G. F. Händel nahm das Wort, von starkem Beifall begrüßt,

Bundesvorsitzender Bundeskanzler Dr. Adenauer:

Als 1. Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands eröffne ich unseren 8. Bundesparteitag. Ich danke Ihnen allen von Herzen für Ihr Erscheinen. Seit unserem letzten Zusammensein auf unserem 7. Parteitag in Hamburg sind manche unserer Freunde, viele von denen, die uns nahestehen, durch den Tod von uns gegangen.

(Die Anwesenden erheben sich.)

Einige von ihnen möchte ich namentlich nennen und in die Ehrung für sie alle diejenigen einschließen, die wir nicht namentlich aufführen können.

Ich nenne unseren Freund Karl Arnold. Er war uns allen ein guter treuer Freund und Mitstreiter und ist nach Aufwendung seiner letzten Kraft vor der entscheidenden Wahl in Nordrhein-Westfalen von uns gegangen. Ich nenne den früheren Bürgermeister der Stadt Berlin, Dr. Walter Schreiber, Ehrenvorsitzender des Landesverbandes Berlin. Herr Schreiber hat in all den Jahren seit dem Zusammenbruch mit unverbrüchlicher Treue und Zähigkeit an dem Kampf um Berlin teilgenommen. Ich nenne den früheren Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, Johannes Gronowski. Gronowski, vielen von uns persönlich bekannt, mit vielen von uns befreundet, hat in den ersten Zeiten der CDU am Aufbau der Christlich Demokratischen Union in Nordrhein-Westfalen tatkräftig mitgearbeitet. Sein kluger Rat hat uns viel geholfen. Er war uns allen ein treuer Freund. Ich nenne zum Schluß den früheren Bundestagsabgeordneten Walter Brockmann, weil er gerade hier in Schleswig-Holstein, in dem Land, in dem wir unseren Parteitag abhalten, für unsere Ziele gewirkt und gestrebt hat.

Ich danke Ihnen, meine Herren!

Der Bundesvorstand und der Bundesausschuß machen Ihnen durch meinen Mund Vorschläge für die Zusammensetzung des Präsidiums dieses Parteitages. Ehe ich Ihnen diese Vorschläge mitteile, lassen Sie mich einen Brief unseres Freundes Jakob Kaiser verlesen. Herr Kaiser schreibt

an mich mit der Bitte, Ihnen diesen Brief zur Kenntnis zu bringen, folgendes:

„Verehrter Herr Bundeskanzler! Es ist mir sehr schmerzlich, nun, da Sie aus Ihrem Urlaub an den Rhein zurückgekehrt sind, mitteilen zu müssen, daß ich auch an unserem diesjährigen Parteitag nicht teilnehmen kann. Meine Erkrankung, die sich nach wie vor als hartnäckig erweist, duldet es nicht. Da nun aber der Parteitag in diesem Jahr auch die Wahl des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter vorzunehmen hat, mußte ich prüfen, ob ich bei meiner Erkrankung das Recht habe, noch das Amt eines stellvertretenden Vorsitzenden zu bekleiden. Angesichts der Tatsache, daß ich meine volle Bewegungsmöglichkeit noch immer nicht wiedererlangt habe, muß ich das leider verneinen und damit darauf verzichten, mich noch einmal als stellvertretender Vorsitzender zur Wahl stellen zu lassen. Ich werde meinen engeren Freunden von diesem meinem Schreiben an Sie und von meinem Entschluß Kenntnis geben. Es bedarf dabei Ihnen, Herr Bundeskanzler, wie allen meinen engeren Freunden gegenüber nicht der Betonung, wie schmerzlich es mir ist, diese Entscheidung treffen zu müssen. Ich bin mit unserer Parteigemeinschaft, deren Idee vor allem auch aus dem Kreise meiner Freunde in der Widerstandsbewegung Gestalt annahm und die in der größten Notzeit unseres Volkes verwirklicht wurde, seit ihrem Beginn auf das engste verbunden. Sie wissen, Herr Bundeskanzler, wie sehr mir daran lag, die Christlich Demokratische Union durch eine entschlossene soziale Politik insbesondere auch für breite Kreise der Arbeiterschaft zur politischen Heimat werden zu lassen und ihr zugleich in der Bemühung um die Wiedervereinigung unseres Volkes den ersten Rang zu sichern. Ich wußte ja seit dem Entstehen unserer Partei, wie groß das Vertrauen war und ist, das insbesondere auch die Zone ihr vom ersten Tag an entgegenbrachte. Ich habe für diese beiden Ziele meine beste Kraft eingesetzt, und ich werde ihnen weiter dienen, soweit es meine Kraft noch erlaubt, auch wenn ich meiner Erkrankung wegen nicht mehr an sichtbar verantwortlicher Stelle stehen kann.

Ich bitte Sie, Herr Bundeskanzler, dieses mein Schreiben dem Parteitag zur Kenntnis zu bringen und die Parteifreunde zugleich wissen zu lassen, daß ich mit meinem Dank für alle Freundschaft und alles Vertrauen meine aufrichtigen Wünsche für sie und für die Partei und ihre verantwortungsvolle Aufgabe verbinde.

Mit meinen aufrichtigen Wünschen insbesondere auch für Sie, Herr Bundeskanzler, und mit meinem Dank für Ihr Vertrauen verbleibe ich

*Ihr ergebener
Jakob Kaiser“*

Meine lieben Parteifreunde! Dieser Entschluß unseres Freundes Kaiser hat uns alle überrascht. Aber ich glaube, wir müssen diesen Entschluß, den er nach reiflicher Prüfung und Überlegung gefaßt hat, achten. Aber, meine Damen und Herren, Jakob Kaiser wird weiterhin mit uns in enger Verbundenheit arbeiten. Er wird uns niemals seinen klugen und guten

Rat versagen, und er wird weiterhin auf die Arbeit unserer Partei – auch wenn er nicht mehr stellvertretender Vorsitzender ist – einen entscheidenden Einfluß ausüben. Ich glaube, Sie alle werden mit mir darin übereinstimmen, daß wir ihm von ganzem Herzen für alles das danken, was er uns in vielen, vielen Jahren der Zusammenarbeit politisch und menschlich gegeben hat. (Beifall.) Der Bundesvorstand und der Bundesausschuß machen Ihnen nun für die Zusammensetzung des Präsidiums folgenden Vorschlag:

Vorsitzender:	Ministerpräsident von Hassel
Vertreter und Beisitzer:	Bundesminister Lemmer
	Landtagspräsident Gockeln
	Landtagspräsident Kratz
	Dr. Fay
	Frau Dr. Jochmus
	Gräfin Hagen
	Dr. Stoltenberg
	Dr. Even

Darf ich feststellen, meine Damen und Herren, daß Sie diesem Vorschlage zustimmen? – (Beifall.)

Dann bitte ich nunmehr Herrn Kollegen von Hassel, die Leitung zu übernehmen, und die übrigen genannten Damen und Herren, ebenfalls an diesem Tisch Platz zu nehmen. (Beifall.)

Präsident v. Hassel:

Hochverehrter Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Meine lieben Parteifreunde!

Ich darf zunächst im Namen des Präsidiums, das ich bitte, sich hier oben zu versammeln, herzlich für das Vertrauen danken, das Sie diesem Präsidium entgegenbringen, und ich hoffe, daß wir die Arbeit während dieser hiesigen Tagung vom Präsidium aus so werden gestalten können, daß der Parteitag in einer guten Form ablaufen wird.

Ich habe zunächst einmal aus vollem Herzen – nicht nur namens des Parteitages als sein Präsident, sondern gleichzeitig namens unserer schleswig-holsteinischen Bevölkerung – unseren 1. Bundesvorsitzenden, Herrn Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, zu begrüßen. (Beifall.) Wir danken Ihnen, Herr Bundeskanzler, von Herzen für die Worte, die Sie zunächst einmal zu uns hier gesprochen haben, und wir danken Ihnen für die herzlichen Worte an unseren Freund Jakob Kaiser drüben in Berlin.

Ich darf die zahlreichen Delegierten aus allen Landesverbänden begrüßen. Ich darf den stellvertretenden Vorsitzenden, unseren Freund, den Bundestagspräsidenten Herrn Dr. Eugen Gerstenmaier, begrüßen. (Beifall.) Ich begrüße die Ministerpräsidenten der deutschen Länder: Dr. Franz Meyers, Dr. Peter Altmeier, Dr. Gebhard Müller, Egon Reinert – den Ministerpräsidenten des Saarlandes –, (Beifall) den Ministerpräsidenten Bayerns, Dr. Hanns Seidel. Ich begrüße die Herren Bundesminister, an ihrer Spitze den Vizekanzler, Herrn Professor Dr. Ehrhard. Ich begrüße Herrn Dr. von Brentano, Herrn Etzel, Herrn Dr. Schröder,





Parteitagspräsident Kai-Uwe von Hassel im Gespräch mit Frau Dr. Jochmus und Dr. Stoltenberg MdB, dem Bundesvorsitzenden der Jungen Union.

Herrn Bundesminister Strauß, Herrn Dr. Lübke, Herrn Theodor Blank, Herrn Ernst Lemmer, unseren Freund Lücke. Ich begrüße Herrn Professor Dr. Oberländer, Herrn Dr. Würmeling, Herrn Dr. Lindrath. (Beifall.)

Ich darf mitteilen, daß Herr Bundesminister Stücklen, der nach seiner Operation noch nicht wieder völlig genesen ist, am Erscheinen verhindert ist und uns seine Grüße übermittelt hat.

Ich begrüße die Landtagspräsidenten, soweit wir sie stellen. Ich begrüße Landesminister und Senatoren. Ich begrüße die Mitglieder der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, an ihrer Spitze Herrn Dr. Heinrich Krone. (Beifall.)

Ich begrüße unseren bayerischen Freunde von der CSU, an ihrer Spitze Sie, Herr Kollege Dr. Seidel, und Ihre Freunde, die Sie mit zu uns gekommen sind, insbesondere die Minister.

Wir begrüßen die große Zahl ausländischer Gäste, die heute wiederum auf diesem Parteitag anwesend sind. Ich begrüße – ich darf vielleicht erwähnen, daß es etwas schwierig für mich ist, eine protokollarische Reihenfolge zu finden, deswegen habe ich sie geographisch ein wenig eingeordnet von Norden nach Süden – zunächst die Vertreter der Högerpartiet Schwedens, Herrn General Helge Jung und Herrn Direktor Folke Anger. Ich begrüße die Vertreter der Konservativen Partei Dänemarks, den ehemaligen dänischen Außenminister Herrn Kraft, und Herrn Morten Kampfhövener, als Vertreter der Konservativen Partei Großbritanniens den Präsidenten des Außenpolitischen Büros der Konservativen Partei, Herrn Abgeordneten Smithers. Ich begrüße als Vertreter der Antirevolutionären Partei der Niederlande ihren Präsidenten, Dr. Berghuis, und den Generalsekretär, Dr. van der Sluis, als Vertreter der Christlich-Sozialen Partei Belgiens Herrn Generalsekretär Tindemanns, als Vertreter der Schweizerischen Konservativen Volkspartei ihren Generalsekretär, Herrn Dr. Rosenberg, als Vertreter der Österreichischen Volkspartei ihren Generalsekretär, Herrn Nationalrat Dr. Maleta, als Vertreter der Christlich Demokratischen Union Zentraleuropas ihren Präsidenten, Dr. Prochazka, und ihren Generalsekretär, Herrn Konrad Sieniewicz. Und schließlich, aber zugleich mit einem besonderen Akzent der Verbundenheit, begrüße ich die Vertreterin der Demokrazia Christiana Italiens, Frau Abgeordnete le Conci. (Beifall.)

Im Laufe des Tages wird der Präsident der Internationalen Union Christlicher Demokraten, Herr Staatsminister de Schryver, eintreffen; es werden weitere ausländische Gäste im Laufe des heutigen Tages erwartet. Ich darf ihnen aber schon jetzt einen herzlichen Gruß mit auf den Weg geben.

Ich begrüße weiter den Vizepräsidenten des Europarates, Herrn Dr. Kurt Georg Kiesinger, und als Vertreter der Christlich Demokratischen Fraktion des Europäischen Parlamentes unseren Freund, Herrn Professor Hans Furler (Beifall.)

Ich begrüße alsdann die Vertreter der gastgebenden Stadt Kiel, an ihrer Spitze den Herrn Stadtpräsidenten Dr. Sievers und den Herrn Oberbürgermeister Dr. Muthling. (Beifall.)

Diesem ungeheuren Zustrom deutscher Landsleute aus Ost- und Mitteldeutschland in jener Zeit des Darbens, der eigenen Hilflosigkeit, der Ungewißheit, auch nur annähernd ausreichende Lebensbedingungen in diesem Land zu bieten, dazu fehlten damals zunächst so gut wie alle Voraussetzungen. Schleswig-Holstein wurde zum Flüchtlingsland Nr. 1. Man gab ihm hierzulande wie anderswo die Bezeichnung Armenhaus – das Armenhaus der Bundesrepublik.

Nun, das Wort Armenhaus hat keinen Bestand gehabt; aber nicht deshalb, weil die besondere Notlage dieses Landes etwa sehr rasch überwunden werden konnte. Das war in kurzer Zeit gar nicht denkbar, und das konnte selbst bis heute noch nicht geschehen. Was aber Wirklichkeit wurde, das war ein anfangs allmählicher und sich immer rascher vollziehender Aufstieg aus eigener Kraft, wie ihn in diesem Ausmaße niemand erwartet hatte. Als sich auch nur die ersten Erfolge zeigten, als sich sichtbar erwies, daß man auch auf Trümmern bauen konnte, daß das Kapital der Herzen und der Hände schwerer wog als das Kapital des Geldes und daß man mit Zuversicht, mit Mut und mit Tatkraft auch einem scheinbar hoffnungslosen Elend erfolgreich zuleibe rücken konnte, da waren es zuerst die Schleswig-Holsteiner selbst, die es ablehnten, ihr Land weiterhin als Armenhaus bezeichnen zu lassen. Denn dieses Wort röhrt zu sehr nach der Muffigkeit einer Hütte, in der alte, gebrechliche, bedauernswerte Menschen langsam dahinsiechen, solange sie von Almosen am Leben erhalten werden können.

Antrieb und Motor des Wiederbeginns war nicht nur der finanzielle Kredit, dessen sich Wirtschaft und Bevölkerung dieses Landes würdig erweisen wollten, sondern wohl mehr der moralische. Es war der Ausdruck des wiedergewonnenen Selbstvertrauens und des Bewußtwerdens der eigenen Leistungskraft. Meine Freunde! In einem solchen Land, in dem jeder dritte Bürger aus unseren Ostgebieten stammt, dessen Geschichte der letzten dreizehn Jahre geprägt ist von der Not, von dem Elend der Vertriebenen, der Flüchtlinge, der Spätheimkehrer, der Spätaussiedler, ist die Überzeugung Allgemeingut geworden, daß das oberste Anliegen aller – ob Politiker, ob Wirtschaftler, ob Bauer oder Handwerker, ob Arbeiter oder Unternehmer, ob Katholik oder Protestant, ob Einheimischer oder Vertriebener – zu sein hat: Erstens die Wiedervereinigung aller Teile unseres zerrissenen Vaterlandes und zweitens die ständige menschliche, persönliche Verbindung zu den Menschen jenseits des Eisernen Vorhanges. (Lebhafter Beifall.)

Hier weiß man, daß die Wiedervereinigung nicht nur Sache der regierenden, sondern aller Bürger ist, und daß sie nicht Streitgegenstand der Parteien sein darf. (Beifall.) Hier bemühen wir uns darum, daß sich keine Partei hinsichtlich ihres Willens zur Wiedervereinigung besser dünkt denn jene – die SPD unterscheidet sich nicht von der CDU, die DP, die FDP sich nicht vom BHE darin, daß alle gleichermaßen die Wiedervereinigung wollen, ohne Wenn und Aber, ohne parteitaktische Überlegungen. (Beifall.)

Zur Frage der Wiedervereinigung gehört aber auch, daß man sich um alle die Brüder und Schwestern kümmert, die aus unseren Ostgebieten

Lassen Sie mich als Regierungschef dieses Landes einmal folgendes sagen. Wer sich ernsthaft mit dem Gang der deutschen Geschichte beschäftigt, der wird durch die Jahrhunderte hindurch ein immerwährendes Ringen zwischen Föderalismus auf der einen und Unitarismus auf der anderen Seite beobachten. Mir scheint, daß gerade wir Deutschen mit beiden Strömungen – dem Föderalismus bis zur Selbstzerstückelung und dem Zentralismus bis zum Totalitarismus – unsere besonderen Erfahrungen haben sammeln müssen und daß wir gewarnt sind. Für jeden, der im Staate Verantwortung trägt, geht es doch darum, daß unser Staat wie jeder moderne demokratische Staat seinen Bürgern in allen Teilen Schutz und allen die gleiche Möglichkeit zur Entfaltung ihrer Kräfte bieten soll, damit sich diese aus freier Entscheidung in dem Bewußtsein ihrer Verantwortung in das Ganze einfügen; denn das ist doch wohl der tiefere Sinn des föderativen Prinzips, das richtige Verhältnis zwischen Bindung und Freiheit, zwischen Einheitlichkeit und Mannigfaltigkeit zu finden, das rechte Maß, um den beiden gefährlichen Extremen Zentralismus und Partikularismus zu wehren.

Lassen Sie mich ein Weiteres aus den Erfahrungen dieses Grenzlandes sagen. Die Bundesrepublik wird nur gesund sein, wenn auch ihre Randgebiete gesund sind, wenn entlang der nassen und der trockenen Bundesgrenze, vor allem entlang der Schicksalsgrenze an der Zone, stabile, gesunde Verhältnisse bestehen. Wandern von diesen Randbezirken die Menschen ins Zentrum, angezogen durch wirtschaftlich günstigere Bedingungen, fangen die Räume an, menschenleer zu werden, dann nimmt ihre wirtschaftliche Kraft ab, dann veröden die Provinzen, dann nimmt die soziale Spannung zu und dann ist von dort, von den Rändern her, unsere Bundesrepublik gefährdet.

Uns sollte ein Wort mahnen, das der frühere französische Botschafter Francois Poncet bei seiner Abschiedsrede in Bonn resigniert äußerte: Er beneide uns um unseren Föderalismus, denn im zentralistischen Frankreich zöge der Kopf, Paris, alles Blut an; die Gliedmaßen, die Randzonen, aber würden blutleer. Lassen Sie mich als Landesvorsitzender dieses Landes sagen: Es ist die große Aufgabe unserer Partei, fern jeder Gleichmacherei, die Klammer zwischen den Ländern und vom Bund her zu seinen Ländern zu bilden. (Beifall.)

Mir scheint, das so leicht ausgesprochene Wort von der Beseitigung des angeblichen Länderegoismus kann zu einem gefährlichen Spielzeug in der Begriffswelt politischer Dilettanten werden. Es ist meine Überzeugung, daß die großen Leistungen des Wiederaufbaues in allen Teilen unseres Vaterlandes nicht in dem Maße in der verhältnismäßig kurzen Zeit zustande gekommen wären, wenn nicht gleich nach 1945 die zupackende Verantwortungsfreudigkeit und die Einsicht in die unmittelbaren Lebensnotwendigkeiten bei den Organen der Selbstverwaltung und bei den Ländern gelegen hätten. Wie hätte man in Bayern zum Beispiel die Probleme des Bayerischen Waldes lösen sollen, wenn nicht von München aus in eigener politischer und parlamentarischer Verantwortung auf die Besonderheiten dieses Raumes hätte Bezug und Bedacht genommen werden können? Wie hätte man etwa dem Saargrenzgürtel oder der Eifel, dem Hessenraum an der Zone, wie hätte man

sche Minderheit ein kulturelles Leben mit 90 Schulen, mit zahlreichen Kindergärten, Altersheimen und Jugendheimen und Büchereien auf. Man schickte alle Kinder jeden Sommer für viele Wochen nach Dänemark; man betreute, man versorgte und man schickte Pakete. Der einzelne hoffte, auf diese Weise selbst und mit seinem Landesteil aus der deutschen Not ausscheiden zu können, aus ihr gleichsam entlassen zu werden. Das immer wieder noch heute ausgesprochene Ziel der dänischen Minderheit hieß: Wir wollen dieses Land wiedergewinnen; in freier Entscheidung soll es nach Dänemark heimgeführt werden. Das Land, auf das sie dabei Anspruch erheben, können Sie, meine Freunde, von hier aus mit den Straßenbahnlinien 1 und 4 erreichen. Es fängt jenseits des Nordostseekanals an. Es wird Ihnen unfassbar sein, es wird Ihnen als ein Anachronismus erscheinen, daß es in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Menschen gibt, die Grenzen verschieben wollen. Wir alle in dieser Halle meinen doch, daß es nicht Aufgabe ist, Grenzen zu verschieben, sondern sie zu überwinden. (Lebhafter Beifall).

Und so haben wir versucht, die Verhältnisse dort oben zu entspannen, zu normalisieren. Wir haben erreicht, daß in umfassenden Gesprächen – zunächst in Kopenhagen und dann in Bonn – Erklärungen formuliert werden konnten, die diesen Minderheiten beiderseits der Grenze – der dänischen hier, der deutschen nördlich der Grenze – jede nur erdenkliche Freiheit brachten. Sie unterliegen bei Wahlen keiner Sperrklausel; sie haben ihre eigenen Schulen mit Examensrecht, sie haben jede überhaupt nur denkbare Freiheit, und ich glaube, daß wir diese Dinge hier in einer sehr fortschrittlichen Form geordnet haben. Würden unsere deutschen Staatsbürger dänischen Volkstums, also Angehörige der dänischen Minderheit südlich der Grenze, ebensoviel gesunde Vernunft und das Verständnis um die geschichtliche Entwicklung aufbringen, wie es die führenden Männer der Königlich-dänischen Regierung tun, dann gäbe es keinen Grenzkampf mehr in diesem Lande, sondern das ungestörte Zusammenleben, den friedlichen und den kulturellen Wettstreit von Menschen, die sich der Verwandtschaft deutschen und dänischen Volkstums bewußt bleiben, aber eindeutig auf jede Grenzrevision verzichten, genauso eindeutig, wie es unsere deutsche Minderheit im dänischen Nordschleswig getan hat. (Beifall.)

Auf ein Viertes habe ich hingewiesen. Lassen Sie es mich hier einmal etwas eingehender behandeln. Schleswig-Holstein ist ein ganz überwiegend evangelisches Land. Nur sechs Prozent unserer Menschen hier gehören der römisch-katholischen Konfession an. Es ist damit das Bundesland mit dem geringsten Anteil an katholischer Bevölkerung. Noch nicht einmal diesem Anteil entsprechend gibt es in der CDU-Fraktion des Schleswig-Holsteinischen Landtages bei 25 Abgeordneten einen einzigen katholischen Abgeordneten. Sie werden verstehen, weshalb ich dieses sage und besonders darauf hinweise. Unsere politischen Gegner – und auch unsere Partner – behaupten mit einer Beharrlichkeit, die einer besseren und richtigeren Sache wert wäre, die Christlich Demokratische Union sei eine klerikale Partei. Solange die Union besteht, wird ihr nachgesagt, daß sich in ihr der evangelische Teil der Bevölkerung gegenüber der anderen christlichen Konfession politisch nicht habe



Der bayerische Ministerpräsident Dr. Hanns Seidel (CSU) und Dr. von Brentano.



Bundesschatzminister Dr. Hermann Lindrath (rechts), Kurt Schmücker MdB, Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Mittelstand der CDU/CSU, Dr. Fritz Hellwig MdB, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaftspolitik.

Ministerpräsident Peter Altmeier bei der Abstimmung.



Bundesverteidigungsminister Strauß als aufmerksamer Zuhörer.



Die Referate und die Diskussion werden – davon bin ich überzeugt – herausstellen, was die Union zum Segen unseres Volkes erstrebt und wofür sie gekämpft und seit ihrer Gründung gewirkt hat. Die CDU hat von der Mehrheit des deutschen Volkes ein Mandat erhalten, dessen sie sich würdig erweisen wird – in der Zielsetzung, in der praktischen Politik, in der Form der Auseinandersetzung, in die sie gestellt ist und der sie nicht ausweichen wird. Die CDU ist stolz darauf, daß sie offen debattiert. Hier darf der Diskussion jeder beiwohnen. Wie verschweigen nichts, wir beschönigen nichts. Wir sind eine Partei, die Diskussion will, die das Gespräch pflegt, die sich nicht scheut, auch vor Landtagswahlen im gastgebenden Lande schwierige Fragen zu behandeln (Beifall).

In solchem Sinne, meine Freunde, wünsche ich dem Bundesparteitag einen glücklichen, erfolgreichen Verlauf. Unsere Partei ist niemals Selbstzweck gewesen. Ihre Arbeit wird stets heißen, was sie immer hieß: Dienst am deutschen Volke! (Bravo! und lebhafter Beifall).

Meine Damen und Herren! Ich übergebe jetzt das Wort zur Begrüßung zunächst dem Vertreter der Stadt Kiel, Herrn

Stadtpräsident Dr. Sievers – Kiel:

Hochverehrter Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Namen des Rates der Stadt Kiel und des Magistrats und gleichzeitig auch im Namen des heute morgen anwesenden Herrn Oberbürgermeisters Dr. Müthling, heiße ich Sie hier im Norden, in Kiel, herzlich willkommen. Sie sind sicherlich ausnahmslos in den Gemeinden, in den Ländern oder im Bunde tätig, ehrenamtlich oder an noch verantwortlicherer Stelle. Sie werden sicherlich Gelegenheit nehmen, sich die Stadt Kiel anzusehen und manches Bild davon mit nach Hause nehmen. Die Stadt Kiel war 1945 zu 80% zerstört – das war das Schicksal vieler Städte. Hier in Kiel, in Schleswig-Holstein, finden Sie eine Bevölkerung, die doch mit Fug und Recht sagen darf, daß sie auf eine starke demokratische Vergangenheit zurückblicken kann. Ich brauche nur an den Bauernfreistaat Dithmarschen zu erinnern, der sich ja mit seiner Konstitution und mit seinem Freiheitskampf den auf ihre Demokratie mit Recht stolzen Schweizern ebenbürtig an die Seite stellen kann. Ich brauche nur auf das friesische Deichrecht hinzuweisen, seit Jahrhunderten das Mittel der friesischen Bauern im Kampfe gegen den Blanken Hans. Die Hansestädte hier im Norden – Lübeck an der Spitze – beweisen das, was ich vorhin behauptet habe, und auch die Holsten, die Bewohner dieses Landes, haben noch bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts ihr Dingrecht als – wie sie sich selber nannten – freie Holsten gewahrt. 1848 haben wir uns als Volk hier gegen die Verhältnisse gewehrt, die damals auf dem Lande lasteten, und haben mit einer eigengebildeten Regierung eigenständig einen Kampf um unser Recht und um unsere Freiheit durchgeführt.

So war es auch 1945 kein Wunder, daß diese Bevölkerung, die für Bürgertum und auch für Bürgerstolz Sinn hatte, sagte: Wir wissen zwar nicht, welches Schicksal die Stadt Kiel haben wird, und doch wollen wir beginnen. Werften, Marine und alles andere, was früher eine Rolle spielte, war vernichtet, und man konnte auf Grund der Demontagen und

aller dieser Bestimmungen nicht damit rechnen, daß sie wieder aufgebaut würden. Aber der Gemeinsinn der Bürger und ihr Stolz darauf, es zu sein, und auch ihre Vergangenheit ließen es nicht zu, diese Stadt in Trümmern liegen zu lassen, sondern sie packten an. Man hat damals gesagt: Wie finanzieren die Kieler eigentlich ihren Aufbau? Das kann ja wohl nur so sein, daß sie sich aus dem Aufbau heraus selber finanzieren, denn andere Möglichkeiten haben sie dazu ja gar nicht.

Jetzt sieht die Stadt anders aus, und ich freue mich, daß mir der Herr Bundeskanzler vorhin sagte, die Stadt habe gegenüber der Zeit vor vier Jahren, als er in unserer Stadt weilte, schon wieder große Fortschritte gemacht. Wir werden auch auf diesem Gebiete weiterarbeiten. Sie sehen also, daß sie eine Bevölkerung hat, die gerade Ihrer Arbeit gegenüber aufgeschlossen in allgemein-politischem Sinne dasteht. So darf ich wünschen und hoffen, daß sich alle die Beschlüsse, die hier gefaßt werden, zum Segen unseres Volkes, unseres Vaterlandes und auch – das darf ich einschließen – nicht zuletzt unserer deutschen Städte auswirken möge (Beifall).

Präsident von Hassel:

Ich danke unserem Parteifreund, dem Stadtpräsidenten der gastgebenden Stadt Kiel, sehr herzlich für die Grußworte. Ich erteile nun das Wort dem Vertreter der CSU, Herrn

Ministerpräsident Dr. Hanns Seidel – München:

Hochverehrter Herr Bundeskanzler! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich empfinde es als eine Ehre, Ihnen zu Ihrem 8. Bundesparteitag die herzlichsten Grüße der Christlich Sozialen Union in Bayern überbringen zu dürfen. Aus dem gleichen weltanschaulichen Wurzelgrund gewachsen und wachsend und mit dem gleichen politischen Ziel sind wir in den letzten Jahren Schulter an Schulter den steilen und beschwerlichen Weg des Wiederaufbaues gegangen. Vieles haben wir gemeinsam erreicht, und wir wissen, daß die Bundesparteitage der Christlich Demokratischen Union Stationen der Sammlung und neuen Fortschreitens auf diesem Wege gewesen sind.

Ihre bayerischen Freunde haben den aufrichtigen Wunsch, daß auch dieser Kieler Parteitag nicht nur das Erreichte zusammenfaßt und darstellt, sondern daß er auch den Blick in die Zukunft weiten möge. Wenn wir auch wissen, daß in den hinter uns liegenden Jahren die Außenpolitik für uns geradezu schicksalsentscheidend gewesen ist, wenn wir auch nicht übersehen können, daß die Weltlage auch in naher Zukunft der Außenpolitik eine besondere Rolle zuweisen wird, so sollten wir uns dennoch davor hüten, in der Innenpolitik sozusagen nur eine Funktion der Außenpolitik zu sehen. Die Innenpolitik hat für uns schon deshalb ein besonderes Gewicht, weil wir als die einzige wirkliche Volkspartei in Deutschland auf den Ausgleich bedacht sein müssen (Beifall). Die Christlich Demokratische Union ist ebenso wie die Christlich Soziale Union in allen Schichten unseres Volkes verankert. Dies ist unsere Stärke. Aber aus dieser Struktur unserer beiden Parteien ergibt sich auch manche Schwierigkeit. Diese Verwurzelung der CDU und der CSU in

allen sozialen Schichtungen zwingt uns zu einer Innenpolitik, die nüchtern, überlegt und der sozialen Wirklichkeit der Bundesrepublik angepaßt ist.

Jeder von uns weiß, daß dies außerordentlich schwierig ist. Deshalb wollen wir es als eine Auszeichnung betrachten, daß wir durch das ständig wachsende Vertrauen der Wähler zu uns dem Zwang zu einer klaren und einsichtigen Innenpolitik unterworfen sind, mehr als jede andere politische Partei. Unsere Maßnahmen haben nach der Begründung der Bundesrepublik die Richtung auch der Innenpolitik bestimmt; wir tragen dafür die Verantwortung. Diese Entwicklung ist keineswegs abgeschlossen, und so ist uns deshalb aufgegeben, wachsam und aufgeschlossen die Fragen zu stellen und zu beantworten, die sich aus der politischen, der wirtschaftlichen und der gesellschaftlichen Wirklichkeit unseres Staatswesens ergeben. Wenn ich an die bedenkliche Wucherung des staatlichen Verwaltungskörpers erinnern darf, die zu einer gefährlichen Minderung des Verantwortungsbewußtseins führt, wenn wir da und dort auf einen krassen Mangel an Gefühl für Sparsamkeit stoßen, wenn uns eine leere Betriebsamkeit, die in unseren Tagen geradezu hochgezüchtet wird, daran hindert, die Dinge in Ruhe und mit Gründlichkeit zu überdenken und reifen zu lassen, so sind das nur ein paar Hinweise auf die Aufgaben, die bewältigt werden müssen.

Diese Aufgaben stellen sich nicht isoliert im materiellen Umkreis unseres Lebens. Sie sind vielmehr auch Ergebnis des mehr als problematischen Zustandes unserer Zeit. Deshalb glaube ich, daß es eine gute Sache ist, daß uns morgen Parteifreund Gerstenmaier den geistigen Hintergrund jener Aufgaben ausleuchten wird, die nur bei vordergründiger Betrachtung als Aufgaben des Tages erscheinen. Die Christlich Soziale Union wird ihren Nutzen aus dem Ergebnis Ihrer Beratungen haben. Die kameradschaftliche Verbundenheit, die das Verhältnis der CDU zur CSU auszeichnet, wird dadurch gestärkt, und unsere guten Wünsche zum Gelingen Ihres Parteitages kommen nicht nur aus dem Herzen, sondern sind ebenso sehr durch das gemeinsame Interesse bestimmt, nämlich das gemeinsame Interesse an einer Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens, die von den leuchtenden Prinzipien unserer christlichen Weltanschauung geprägt wird.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, darf ich Ihnen als Vertreter für die CSU nochmals einen glücklichen und erfolgreichen Verlauf Ihres Parteitages wünschen (Beifall).

Präsident von Hassel:

Lassen Sie mich Ihnen, lieber Freund Dr. Seidel, sehr herzlich danken. Ich glaube, daß die Worte der kameradschaftlichen Verbundenheit, die Sie zum Ausdruck gebracht haben, und die leuchtenden Prinzipien der christlichen Weltanschauung, die uns gemeinsam verbinden, ein gutes Band zwischen Ihnen und uns sind und immer sein werden.

Ich erteile jetzt dem Präsidenten der Christlich Demokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments das Wort, unserem Freund

Prof. Dr. Hans Furler:

Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Verehrte Gäste! Liebe Parteifreunde! Für die Internationale Christlich Demokratische Fraktion des Europäischen Parlaments habe ich die Ehre, der Christlich Demokratischen Union herzliche Grüße und die besten Wünsche für die zukünftige Entwicklung zu überbringen. Am 10. September waren es sechs Jahre, daß die Gemeinsame Versammlung, diese Vorgängerin des Europäischen Parlaments, ihre erste konstituierende Sitzung abhielt, und schon am Tage danach entstand die Internationale Christlich Demokratische Fraktion, die in jener Versammlung bei 78 Parlamentsmitgliedern 37 Angehörige hatte und heute im Europäischen Parlament bei 142 Mitgliedern 67 Mitglieder hat, deren Zahl wahrscheinlich durch die italienischen Wahlen auf 69 Mitglieder erhöht werden wird, die also nahezu die absolute Mehrheit in diesem Europäischen Parlament hat. Wir vertreten mit dieser Fraktion zehn nationale Parteien. Einzelne Staaten haben nur eine nationale christlich demokratische Partei, andere haben mehr. Wir haben in Belgien die Christlich-Soziale Partei, in Frankreich das MRP, in Luxemburg die Christlich-Soziale Volkspartei, in Italien neben der großen Demokrazia Christiana aber auch die Südtiroler Volkspartei, die unserer Fraktion angehört. Wir haben in den Niederlanden drei Parteien, die Katholische Volkspartei und die zwei auf protestantischer Grundlage aufbauenden: die Antirevolutionäre Partei und die Christlich-Historische Union. Ich gestehe, für Deutschland hätte ich fast einen Fehler gemacht. Ich wollte nämlich sagen, wir haben neun Parteien, also in Deutschland nur eine. Ich habe aber eben wieder in das Bewußtsein gerufen bekommen, daß wir zehn haben; aber nach außen, vom Europäischen her, mein lieber Herr Seidel, sehen die beiden Parteien – die CDU und ihre Schwesterpartei – doch sehr stark nach einer Partei aus (Lebhafter Beifall).

Schon die Stellung der Gemeinsamen Versammlung der Montanunion, als erstem Europäischem Parlament, wurde ständig durch die Tätigkeit der Fraktionen verstärkt. Wir haben drei Fraktionen, neben der Christlich Demokratischen noch die Sozialistische und die Liberale. Die vorbereitende und die unmittelbar parlamentarische Arbeit der drei Fraktionen schlossen von vornherein ein Auseinanderfallen des Parlaments in nationale Vereinigungen aus. Gegensätze nationaler Art und die dadurch entstehenden Spannungen werden innerhalb dieser Fraktionen ausgeglichen, die entscheidend auch mitwirkten, dieses Parlament auf seine konkreten Aufgaben und auf die spezielle Aufgabe der Weiterführung der europäischen Integration zu konzentrieren. Es war ein großes Ziel der Gemeinsamen Versammlung, die einheitliche parlamentarische Kontrolle der drei europäischen Gemeinschaften zu erreichen. Als letzter Präsident dieser Versammlung hatte ich gerade in diesem Kampf um die einheitliche Kontrolle eine ausgezeichnete ständige Stütze durch die Christlich Demokratische Union. Ich betone aber, daß die anderen Fraktionen bei diesen Auseinandersetzungen um die Einheit, aus der dann das neue Europäische Parlament hervorging, die gleiche Einstellung hatten. Die Christlich Demokratische Internationale Fraktion hat bei allen diesen Arbeiten nicht nur durch ihre Größe, sondern auch

durch ihre politische Haltung eine entscheidende Rolle gespielt. Diese entscheidende Rolle der Fraktion war besonders deutlich – und das darf gesagt werden – in der Übergangszeit von dem alten auf das neue Parlament. Denn da waren die Fraktionen die Träger der Einheit der Parlamente, und sie wahrten, die Veränderung überlebend, die Kontinuität der parlamentarischen Entwicklung. Die Internationale Christlich Demokratische Fraktion bestimmte maßgeblich Arbeit und Geist der Gemeinsamen Versammlung. Sie wird als größte Fraktion auch das Europäische Parlament entscheidend beeinflussen, das die wichtigste politische Kraft des neuen Europa ist und bleiben wird.

Eine internationale Fraktion aber kann nicht aus sich allein leben; sie bedarf der laufenden Unterstützung durch die nationalen Parteien, aus denen sie gebildet ist. Diese Parteien stellen die entscheidenden Kraftquellen einer internationalen Fraktion dar, die ja im Gegensatz zu den nationalen Fraktionen keinen Unterbau in eigenen Wählergruppen hat. Die Christlich Demokratische Fraktion des Europäischen Parlaments lebt also wieder unmittelbar von dem Geist und von der Kraft, die von der großen stolzen deutschen Christlich Demokratischen Union ausgeht. Deshalb grüße ich diesen Parteitag besonders herzlich. Unsere Internationale Fraktion hofft auf Ihre ständige Unterstützung und Mitarbeit. Je besser die einzelnen nationalen Parteien auch durch die ausgewählten Persönlichkeiten in der Internationalen Fraktion vertreten sind, desto stärker wird der Einfluß auf das Europäische Parlament und auf die drei wirtschaftlichen Gemeinschaften Europas sein, die gerade jetzt so dringend den Glauben an sich selbst und das Vertrauen auf die Notwendigkeit, Richtigkeit und Zukunft der europäischen Integration benötigen (Lebhafter Beifall).

Präsident von Hassel:

dankt Prof. Furler: Nicht – wie im Programm vorgesehen – werden jetzt die Grußworte gesprochen, sondern es spricht zunächst einmal der Bundesvorsitzende. Während seiner Rede werden einige unserer Freunde gezwungen sein, zu einer Beerdigung nach Hamburg aufzubrechen, und ich bitte dieserhalb gütigst um Verständnis.

Das Wort hat der 1. Bundesvorsitzende, Herr

Bundeskanzler Dr. Adenauer:

Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Fünfzehn Monate sind vergangen, seit wir uns zum 7. Parteitag der Christlich Demokratischen Union in Hamburg versammelt haben. Die 15 Monate, die seitdem vergangen sind, waren erfüllt mit innen- und außenpolitischen Ereignissen, mit Sorgen, Mühen und Arbeit, aber auch mit großen Erfolgen. Der größte Erfolg für unsere Partei war der Ausgang der Bundestagswahl am 15. September des Jahres 1957, der uns in verstärktem Maße die absolute Mehrheit im Bundestag brachte. Von 497 stimmberechtigten Abgeordneten erhielt die CDU/CSU bei dieser Wahl 271. Unsere Hauptgegnerin, die Sozialdemokratische Partei, erhielt nur 169 Sitze. Dieser Sieg wurde bestätigt durch den Ausgang der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 6. Juli 1958. Auch dort, in diesem volkreichsten und

stark industrialisierten Lande, erhielt die CDU die Mehrheit im Landtage.

Lassen Sie mich das Wachstum unserer Stimmenzahl in den drei Bundestagswahlen durch einige Ziffern klarlegen. In der Bundestagswahl im Jahre 1949 erhielten wir 31 % der Stimmen, 1953 45,2 %, 1957 50,2 %. Es ist sehr selten, daß in einem demokratisch regierten Lande eine Partei während drei Wahlperioden des Parlaments die Regierung führt. Der CDU/CSU ist das gelungen. Den ersten Wahlkampf im Jahre 1949 haben wir auf Grund unseres Parteiprogramms geführt; wir waren ja eine neue Partei. In den beiden folgenden Wahlkämpfen ist uns der Sieg zuteil geworden durch unsere unermüdliche Arbeit und die Erfolge dieser Arbeit, die aller Welt offenbar waren.

Wir sind zum erstenmal seit dem Bundestagswahlkampf auf einem Parteitag zusammen. Es drängt mich, allen, die durch ihre Arbeit zu diesem Erfolg beigetragen haben, auch allen denen, die uns ihre Stimme gegeben haben, von Herzen zu danken. Die Wahl hat uns Macht gebracht; aber der Besitz der Macht verpflichtet. Er verpflichtet uns genauso gut zu einer stetigen Gewissenserforschung, wie es der Verlust eines Wahlkampfes tun würde. Wir müssen uns ständig klar zu werden versuchen, was wir gut gemacht haben und welche Fehler wir begangen haben. Wir müssen uns prüfen, ob wir unsere Organisation weiter und besser ausbauen müssen, ob wir mehr tun können für unsere Partei als bisher. Vor allem aber müssen wir uns immer bemühen, eine konsequente und folgerichtige Politik zu treiben. Einigkeit einer Partei, Folgerichtigkeit ihrer Politik bringt ihr Vertrauen und Ansehen bei den Wählern. Klarheit und Folgerichtigkeit der Politik setzt voraus, daß wir uns klar sind und klar bleiben, auf welchen Grundsätzen unsere Politik von Anfang an beruht hat und auch jetzt beruht. Die tiefste Grundlage unserer Erfolge war die Erkenntnis, daß in Jahrzehnten wie in den unseren, in denen der Materialismus bald mit brutaler Gewalt, bald durch kalten Krieg, bald im Gewande einer Pseudowissenschaft ein Volk nach dem andern zu erobern sucht, nur das Volk und nur die Partei ihm widerstehen können, die eine geistige, eine ethische Konzeption und Grundlage haben (Beifall).

Das Fundament unserer Partei sind die Grundsätze, die sich im Laufe der Jahrhunderte auf christlich humanistischer Basis entwickelt haben. Ich nenne vor allem das vom Christentum entwickelte Postulat der Freiheit der Person. Wir alle wissen, daß Freiheit nicht Zügellosigkeit ist. Darin besteht der wesentliche Unterschied zwischen unserer Grundhaltung und derjenigen der materialistischen Parteien: Wir bejahen aus tiefster Überzeugung die Freiheit der Person, der Materialismus verneint sie.

Ich habe die Freiheit der Person mit Absicht an erster Stelle genannt; denn nur die Freiheit gestattet es dem Menschen, die ihm von Gott verliehenen Anlagen und Kräfte zum Besten aller und zu seinem eigenen Besten voll zu entwickeln und zu gebrauchen. Das Postulat der Freiheit der Person gilt auch gegenüber dem Staat. Er darf seine Macht niemals so weit ausdehnen, daß die freie Entwicklung der Persönlichkeit dadurch beeinträchtigt wird (Beifall).

Auf dem Grundsatz der Freiheit der Person muß nicht nur das politische Leben beruhen, sondern auch die Wirtschaft. Entwicklungen in der Wirtschaft können die freie Entwicklung des einzelnen gefährden, sie können auch eine Gefahr werden für die politische Freiheit. Es muß dafür gesorgt werden, daß keine wirtschaftlichen Machtzusammenballungen entstehen, die das wirtschaftliche und damit das politische Leben beherrschen können. Wirtschaftliche Machtzusammenballungen können in der Hand von Unternehmern ebenso gefährlich sein, wie in der Hand von Organisationen von Arbeitnehmern. (Lebhafter Beifall.) Kartelle können gefährlich werden, aber auch Gewerkschaften.

Diese Erscheinungsformen der Machtzusammenballung auf der einen wie auf der anderen Seite werden wir darum mit großer Sorgfalt zu beobachten haben, damit sie nicht die Freiheit der wirtschaftlichen Entwicklung beeinträchtigen. Es erfüllt mich mit großer Sorge, wenn Herr Ludwig Rosenberg, Mitglied des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in einem Referat auf dem Gewerkschaftstag der Gewerkschaft „Nahrung, Genuß und Gaststätten“ erklärt, „die Gewerkschaften sind heute ein entscheidender Teil der demokratischen Gesellschaft“. Was soll das Wort „entscheidend“ heißen? In der demokratischen Gesellschaft, im demokratischen Staate, kann nur entscheidend sein eine Einrichtung, die durch freie Wahlen aller zustande gekommen ist (starker Beifall); das freigewählte Parlament und nichts anderes darf entscheidend sein (Beifall). Auf Ausführungen, die von anderen Gewerkschaftlern gemacht worden sind, gehe ich hier nicht ein.

Wir leben in einer eigenartigen Zeit, in einer gefährlichen Zeit. Die Kriege der letzten Jahrzehnte haben politische Veränderungen großen Umfanges gebracht. Sie haben dadurch auch große neue Wirtschaftsräume geschaffen. Diese überaus großen Mächte und Wirtschaftsräume sind die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion und wahrscheinlich in Zukunft auch Rotchina. Diese politische und technische Entwicklung bringt die Neigung zu außerordentlich großer, starker Zusammenfassung der Produktion mit sich. Unsere Wissenschaften und unsere Technik haben dem menschlichen Geist und der menschlichen Arbeit große neue Möglichkeiten gebracht, die nächsten Jahre und Jahrzehnte werden noch weitere große Möglichkeiten bringen.

Bei einer solchen Entwicklung in der Welt und bei uns müssen wir darauf achten, dem Prinzip der Zusammenballung, sei es politischer, sei es wirtschaftlicher Macht, wo es eben durchführbar ist, Grenzen zu setzen. Die Zusammenballung sowohl auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiete läßt sich durch Zusammenarbeit ersetzen. Die Freiheit, die in der Zusammenarbeit enthalten ist, ist für die Entwicklung der Menschheit unendlich wichtig. – Die Vermassung und die Degradierung der Menschen, die nur zu leicht Zusammenballungen begleiten, lehnen wir ab. (Beifall.)

Mit der besonderen ethischen Grundlage unserer Partei stehen wir nicht allein auf der Welt. Die Anwesenheit der Vertreter so zahlreicher gleichgesinnter Parteien anderer Länder heute auf unserem Parteitag führt uns das klar vor Augen. Ich hoffe, daß alle diese Parteien gemeinsam für das Prinzip der Freiheit der Person eintreten. Dann wird, davon bin

ich überzeugt, in dem ständigen Ringen auf der Welt die Freiheit des Menschen gewahrt bleiben.

Meine Ausführungen richten sich auch gegen die Prinzipien des Sozialismus. Die Kommunisten leiten ihre Lehren aus dem Sozialismus her: Ich brauche nur den Namen Karl Marx zu nennen. Die Sozialisten der freien Welt kann man natürlich nicht mit den Kommunisten gleichsetzen. Aber die ideologische Grundlage, die wir nicht haben wollen, ist auch dort: Zuerst der Staat und dann die Person. Wir dagegen sagen: Zuerst die Person und dann der Staat. (Lebhafter Beifall.) Das Ringen zwischen diesen beiden Anschauungen wird, so scheint es mir, noch viele Jahre hindurch dauern. Unsere Partei soll in diesem Ringen zusammen mit den ihr verwandten Parteien sich in besonderer Weise auszeichnen für das christliche Ideal, die Freiheit der Person.

Es erschien mir notwendig, meine Freunde, auf diese Grundlagen unserer gesamten Politik hinzuweisen, damit sie nicht vergessen werden über der Politik, die der Tag und die Stunde jeweils erfordern. Die politischen Entscheidungen, die wir von Tag zu Tag zu treffen haben, müssen letzten Endes immer dieses Prinzip unserer Partei berücksichtigen (Beifall). Diese Forderung unserer Partei, Freiheit der Person, wie sie das Christentum verlangt, muß immanent in unserem Denken und Handeln sein. Die Gefahren unserer Zeit verlangen, daß wir hier auf der Wacht sind.

Wir haben uns zu dem Prinzip der Freiheit bekannt, als wir uns in klarer Erkenntnis dessen, was wir taten, durch das Petersberger Abkommen im Jahre 1949 zu den Völkern des freien Westens bekannten. Wir haben damals bewußt und gewollt einen Strich unter die Vergangenheit gemacht, auf jeden Gedanken der Wiedervergeltung verzichtet. Wir haben damals weit von uns gewiesen, daß Deutschland eine besondere Rolle zwischen dem Block der freien Völker und dem kommunistischen Block spielen wolle. Dieses Petersberger Abkommen – es ist nun fast neun Jahre her – war eine geschichtliche Entscheidung. Wir haben sie gefällt im schärfsten Kampf mit der Sozialdemokratie. Alle, die damals im Bundestag waren, werden sich dieser Nacht erinnern und niemals vergessen, was damals geschehen ist. Von da an haben sich für jeden sichtbar unsere Wege von dem Weg der Sozialdemokratie getrennt. Wir haben den Weg der Freiheit eingeschlagen. Wir waren durch den Anschluß an die freien Völker des Westens für den Zusammenschluß Europas. Wir waren, als die Bedrohung auch der Bundesrepublik durch die Sowjetunion immer stärker wurde, für den Eintritt in das militärische und politische Bündnis der Nordatlantikstaaten, in die NATO. Wir waren und sind um der Freiheit willen bereit, die Opfer, die der Eintritt in die NATO mit sich brachte, auf uns zu nehmen: Die Einführung der Wehrpflicht und die Aufstellung einer Wehrmacht.

Wir waren und sind bereit, wenn nicht die von uns mit aller Kraft erstrebte kontrollierte Abrüstung nuklearer und konventioneller Waffen in absehbarer Zeit kommt, auch uns in unserer Bewaffnung der fortschreitenden Waffentechnik anzupassen, damit wir eingegliedert bleiben in die Streitkräfte der NATO. Nur dadurch werden wir die kontrollierte Abrüstung erreichen. Wenn Sie den Bericht lesen über den letzten Kongreß der britischen Gewerkschaften, dann werden Sie dort die

Worte des Vorsitzenden finden, daß es völlig unmöglich sei, sich selbst zu schwächen gegenüber einem evtl. Gegner, wenn man mit diesem Gegner zu einem Abkommen gelangen will. (Beifall.) Das, meine Damen und Herren, ist eine vernünftige und reale Politik.

Lassen Sie mich jetzt etwas vorwegnehmen, daß nämlich das Angebot einer kontrollierten Abrüstung, das Gromyko in der UNO-Vollversammlung gemacht hat, niemals gemacht worden wäre, wenn der Westen vorher einfach kapituliert hätte. (Starker Beifall.) Die Sozialdemokratische Partei ist einen anderen Weg gegangen als wir. Sie war gegen das Petersberger Abkommen. Zwei Strömungen zeichneten und zeichnen sich in ihr ab, eine nationalistische, die mit dem Gedanken, das Zünglein an der Wage zwischen den beiden großen Machtblöcken zu sein, spielte, und eine Richtung, die in neutralistischer Ideologie – man vermied in der Regel das Wort „Neutralisierung Deutschlands“, sondern sprach schamhaft von Bündnislosigkeit Deutschlands – die Realitäten der Lage völlig übersah. Sie war gegen den Zusammenschluß Europas; sie war gegen den Eintritt in die Montanunion; sie war gegen den Eintritt in die NATO; sie war gegen die Erfüllung der Verpflichtungen, die der Eintritt in die NATO zum Schutze unseres Landes mit sich brachte.

Es verlohnt sich, in diesem Zusammenhang ein besonderes Wort über die NATO zu sagen. NATO bindet die freien westeuropäischen Völker, Großbritannien und die Vereinigten Staaten zusammen. Gegenüber dem ungeheuren Kriegspotential der Sowjetunion bietet allein dieses Bündnis Westeuropa und insbesondere unserem Vaterland Schutz vor einem sowjetrussischen Angriff. (Beifall.) Niemand in der Welt wird behaupten können, daß die Sowjetunion sich bis jetzt mehr als in Worten zu einem friedliebenden Staat entwickelt habe. Sie will die Herrschaft des Kommunismus in der ganzen Welt, des Kommunismus geleitet durch sie. Sie wendet ungeheure Summen auf zur Verstärkung ihrer Bewaffnung, insbesondere ihrer nuklearen Bewaffnung unter krasser Vernachlässigung der Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen und Konsumgütern. Sie hat seit dem deutschen Zusammenbruch in schneller Folge ein Land nach dem anderen zum Satellitenstaat gemacht, auch unser Mittel- und Ostdeutschland, und erst die Gründung der NATO hat ihrem weiteren Vordringen in Europa Einhalt geboten. (Beifall.)

Nun sind die nuklearen Waffen erfunden worden. Es sind schreckliche und furchtbare Waffen, aber vergessen wir doch nicht gegenüber aller Propaganda, auch der Gesellschaft „Kampf dem Atomtod“ – als wenn wir nicht alle gegen den Atomtod wären –, vergessen wir nicht: Die Vereinigten Staaten hatten diese Waffen zuerst. Sie haben jahrelang Sowjetrußland den kontrollierten Verzicht auf nukleare Waffen angeboten und ferner sich bereit erklärt, allen Ländern die Vorteile der Verwendung der Atomkraft zu friedlichen Zwecken zugänglich zu machen. Der ablehnende Standpunkt der Sowjetunion bei allen derartigen Verhandlungen – zuletzt noch im Jahre 1957 – zwingt geradezu die NATO-Mächte, Schritt zu halten mit der Bewaffnung der Sowjetunion, auch was die taktischen nuklearen Waffen betrifft. Die Sozialdemokratie hat trotz der Gefahr, in der die Freiheit unseres Landes, die Freiheit Europas schwebt, versucht, vor der Bundestagswahl des Jahres 1957 und auch

später das Volk durch die Erzeugung einer panischen Angst in Verwirrung zu bringen und die Bundesregierung und die Mehrheit des Parlaments zu nötigen, auf die Ausrüstung ihrer Wehrmacht mit taktischen Atomwaffen zu verzichten. Es war ihr offenbar gleichgültig, daß dadurch die Gefahr für Deutschland gegenüber dem so überaus stark bewaffneten Sowjetrußland vergrößert wurde. Es war ihr gleichgültig, ob die NATO dadurch auseinandergefallen wäre oder nicht. Was sie sich bei einer solchen Politik denkt, das mag der Himmel wissen. Ich weiß es nicht. Auf alle Fälle hat sie mit dieser Politik keinen Erfolg gehabt, weder bei der Bundestagswahl im Jahre 1957 noch bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 1958. Aber sie gibt ihr Ziel, uns, die Bundesrepublik, bündnisunfähig zu machen und so die NATO zu sprengen, nicht auf; sie will jetzt von neuem ihre Hetzkampagne beginnen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet vermeidet die Sozialdemokratische Partei es, zuviel von ihren Verstaatlichungszielen zu sprechen. Aber während sie früher nur die Verstaatlichung der Grundstoffindustrie forderte, gehen namhafte Sprecher der SPD jetzt so weit, eine Verstaatlichung jeder wirtschaftlichen Produktion zu fordern, die Macht gewährt, das heißt, sie verlangen die Konzentration aller wirtschaftlichen Macht und Produktion in der Hand des Staates oder – was dasselbe wäre – in der Hand einer Anzahl von Funktionären.

So sind seit 1949 CDU/CSU und die SPD in ihrer Politik diametral entgegengesetzte Wege gegangen. Der Erfolg hat uns recht gegeben. Wir haben die Freiheit bewahrt. Wir haben wirtschaftliche und außenpolitische Erfolge errungen, Erfolge, wie sie im Jahre 1949 und früher kein Mensch für möglich gehalten hätte. Wären wir den Weg der Sozialdemokratie gegangen, hätten wir das Petersburger Abkommen abgelehnt, nicht den Anschluß an die freien Völker des Westens, an die Europa-Bewegungen, nicht die Zusammenfassung Europas gewollt, nicht den Eintritt in die NATO vollzogen, so wäre die Demontage weitergegangen, der heutige wirtschaftliche Aufschwung wäre nicht gekommen. Wir hätten durch ein solches Verhalten nicht unsere Freiheit gegenüber den Besatzungsmächten wiedererlangt. Wir hätten nicht den Schutz der Vereinigten Staaten für uns in der NATO erreicht. Die Entwicklung hätte unfehlbar dem kommunistischen Block einen außerordentlich großen Machtzuwachs im Laufe dieser Jahre gebracht.

Ich bin weit entfernt davon, zu sagen, daß die gegenwärtige Lage in der Welt uns befriedigen könnte. Es ist noch keine Abrüstung und kein Friede. Die Wiedervereinigung Deutschlands ist noch nicht erfolgt. Aber mit aller Entschiedenheit erkläre ich: Hätte die Bundesrepublik während dieser neun Jahre eine Außenpolitik und eine Innenpolitik nach dem Rezept der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion betrieben, dann hätte Sowjetrußland schon lange uns und noch andere westeuropäische Länder in seinen Machtbereich gebracht und damit der Freiheit beraubt. (Beifall.)

Wir stehen nicht allein mit unserer Verurteilung der außenpolitischen Haltung der deutschen Sozialdemokratie. Die sozialistischen Parteien der anderen europäischen Länder halten sie ebenso für falsch, wie wir

sie für falsch halten. Dank der politischen Einsicht des deutschen Volkes sind wir in immer steigenderem Maße in die Lage versetzt worden, unsere Außenpolitik und Innenpolitik so zu führen, wie wir sie geführt haben. Daß aber eine so große Partei wie die deutsche Sozialdemokratie eine außenpolitische Auffassung vertritt, wie sie es tut, ist ein schwerer Schaden für das deutsche Volk. Das Vertrauen der freien Völker beruht auf der Haltung der nichtsozialistischen deutschen Parteien. Wie groß wäre das Vertrauen zum deutschen Volk, wenn die Sozialdemokratie sich entschloße, sich zur gleichen Außenpolitik zu bekennen und somit das gesamte deutsche Volk eine einheitliche außenpolitische Konzeption zeigte! (Lebhafter Beifall.)

Meine Freunde! Gott sei es geklagt, die Haltung der sozialdemokratischen Partei versteift sich seit ihrem letzten Parteitag, seitdem Herr Wehner stellvertretender Vorsitzender geworden und seitdem es ihm gelungen ist, den ganzen Parteiapparat in die Hand zu bekommen. Nun, um so stärker und entschlossener sind wir, unsere Außenpolitik trotz des sozialdemokratischen Widerstandes weiterzuführen bis zu unserem Ziele einer allgemeinen Entspannung durch kontrollierte Abrüstung der nuklearen und der konventionellen Waffen.

Mit der Freiheit ist es in einem Lande schlecht bestellt, wenn im großen und ganzen die Bevölkerung in Arbeitnehmer und Unternehmer zerfällt. Eine Mittelschicht ist ein notwendiger Bestandteil, wenn das Staatswesen sich freiheitlich entwickeln soll. Ich gebrauche absichtlich das Wort „Mittelschicht“. Ich meine mehr als die Sorge für den gewerblichen Mittelstand. Ich denke an den gewerblichen Mittelstand, an die Bauern, an die freien Berufe, an die Geistesarbeiter, an die kleineren industriellen Unternehmungen, an die Beamten und Angestellten.

Über dieses Problem „Erhaltung der Mittelschicht“ wird, wie ich glaube, im Laufe dieses Parteitages noch ausführlicher gesprochen werden. Ich kann mich deswegen in meinen Ausführungen darauf beschränken, zu erklären, daß ihre Erhaltung eine besondere Sorge für uns sein wird, damit die Mittelschicht, die, ich wiederhole es noch einmal, eine tragende Schicht ist, sowohl für den politischen Aufbau wie für die Wirtschaft, dem deutschen Volk erhalten bleibt.

Eine politische Frage ersten Ranges bleibt für uns die Wiedervereinigung Deutschlands, sie ist auch eine menschliche Frage von ganz besonderer Bedeutung. Jährlich verlassen in der Sowjetzone 250 000 bis 300 000 Menschen Haus und Hof, ihren Beruf, ihre Verwandten, ihre Heimat und kommen zu uns, weil sie dem Terror, der dort auf sie ausgeübt wird, nicht mehr gewachsen sind. Man muß mit diesen armen Menschen einmal selbst sprechen, um zu hören, wie stark der Druck ist. Man muß sich in ihre Lage einmal hineindenken, um wenigstens einigermaßen zu verstehen und zu wissen, was dort vor sich geht. Ich las dieser Tage in einer ausländischen Zeitung, in Wirklichkeit sei die Sowjetzone, das Land hinter dem Eisernen Vorhang, nichts anderes als ein großes Gefängnis. Das ist ein wahres Wort. Ich wünsche, daß diejenigen, die diesseits des Eisernen Vorhanges in der Freiheit leben, jeden Tag doch wenigstens einige Minuten daran denken mögen, was dort in deutschen Landen vor sich geht (sehr starker Beifall), welche Sklaverei, welche Quälerei, welche

Angst, welcher Terror dort herrschen. In der letzten Zeit sind die geistig Schaffenden in einem solchen Umfange geflohen, daß die Machthaber der Sowjetzone sich genötigt sahen, Erleichterungen für den Verkehr zwischen den Bewohnern der Zone und uns zu gestatten. Die Kirchenverfolgung, die dort herrscht, ist eine Schande für unsere Zeit. Der Druck, der auf die Geistlichen, insbesondere auf die evangelischen Geistlichen durch die Diffamierung ihrer Familienangehörigen, ausgeübt wird, spricht aller Menschlichkeit Hohn. Die unmittelbaren Quäler sind, ich schäme mich fast, es auszusprechen, Deutsche (Pfu!-Rufe), aber hinter diesen steht Sowjetrußland, und Sowjetrußland müssen wir daher für alles Böse, was in diesem Lande geschieht, verantwortlich machen.

Wir werden nicht nachlassen in unseren Bemühungen, den persönlichen Kontakt mit den Deutschen jenseits des Eisernen Vorhanges wiederherzustellen und zu pflegen, ihnen die freie Entscheidung über ihr zukünftiges Schicksal zu verschaffen. Die vier Besatzungsmächte, die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und Sowjetrußland haben die völkerrechtliche Pflicht und die moralische Pflicht, dafür einzutreten, daß Deutschland in Freiheit wieder vereinigt wird. (Starker Beifall.)

Ich weiß, daß die Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien sich mit aller Energie dafür einsetzen, auch Frankreich. Ich habe es aus dem eigenen Munde des Ministerpräsidenten de Gaulle gehört. Es liegt allein bei Sowjetrußland, wenn dieser Zustand weiter andauert, Sowjetrußland will mit der Bundesrepublik gute Beziehungen haben. Gut! Auch wir wollen gute Beziehungen mit Sowjetrußland herstellen. Aber Sowjetrußland muß einsehen, daß es unerträglich ist, wenn nach wie vor 17 Millionen Deutsche dort mit seiner Zustimmung gequält werden. Sowjetrußland sagt, die Zone sei ein souveräner Staat. Sowjetrußland könne ihm nicht befehlen. Ich meine, für das große und mächtige Rußland wäre das eine fadenscheinige und faule Ausrede. (Sehr richtig!) Jedermann weiß, daß die Machthaber in der Sowjetzone durch die Bevölkerung hinweggefegt würden, wenn man nicht wüßte, daß Sowjetrußland mit seinen Truppen und Geschützen und Panzern hinter ihnen steht. (Beifall.)

Sowjetrußland betont immer und immer wieder in seinen Zeitungen, in seinen Radiosendungen, in seinen Noten, daß es friedliebend sei. Hier soll es zeigen, daß es friedliebend ist, indem es endlich diese Last von uns Deutschen hinwegnimmt. Es würde sich selbst vor der ganzen Welt einen großen Dienst damit erweisen, und wir würden dankbar dafür sein. (Lebhafter Beifall.)

Gestern, in den späten Nachmittagsstunden, ist die sowjetrussische Note vom 18. 9. 1958 bekanntgeworden über die Erzielung eines Übereinkommens in der Frage der Wiedervereinigung. Die Note befriedigt uns nicht. Im Herbst 1955 in Moskau hat auch Chruschtschow mir gegenüber die Verpflichtung Sowjetrußlands anerkannt, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen. Wenn man jetzt von uns verlangt, wir sollten uns zunächst mit den Machthabern der Sowjetzone über die Frage der Wiedervereinigung verständigen, dann würde das eine Verewigung der Teilung Deutschlands bedeuten. Nicht diese Machthaber sollen entscheiden,

wir wollen, daß die Bevölkerung der Sowjetzone frei entscheiden soll. (Sehr starker Beifall.)

Unsere europäischen Bemühungen werden weitere Fortschritte machen. Sie alle wissen, warum diese Bemühungen infolge des Absinkens der europäischen Länder und des Emporsteigens der Großmächte und Wirtschaftsräume eine absolute Notwendigkeit sind. Am 1. Januar 1959 wird der Gemeinsame Markt ins Leben treten. Ministerpräsident de Gaulle hat mir bei meinem Besuch in Colombey-les-deux-Eglises am vergangenen Sonntag das ausdrücklich erklärt. Lassen Sie mich daran anknüpfend einige Worte über Frankreich und meinen Besuch in Colombey-les-deux-Eglises sagen. Das Schicksal Frankreichs ist entscheidend für das Schicksal aller europäischen Bestrebungen, genauso gut wie das Schicksal Deutschlands dafür entscheidend ist. Alle Europäer, die europäisch denken, haben in den letzten Jahren manchmal mit großer Besorgnis die Schwankungen und den ständigen Wechsel in der französischen Regierung beobachtet. Wir haben ernste Sorge um unser Nachbarland gehabt. Ich war Sonntag und Montag früh, wie ich eben gesagt habe, Gast de Gaulles auf seinem Landhaus. Ich habe aus meinen sehr offenen, und, wie ich sagen kann, vertrauensvollen und herzlichen Gesprächen mit Ministerpräsident de Gaulle die Überzeugung gewonnen, daß Frankreich einer ruhigen und stetigen Entwicklung entgegengeht, daß zwischen Frankreich und Deutschland eine gute und fruchtbare Zusammenarbeit stattfinden wird zum Wohle beider Länder, zum Wohle Europas und damit auch zur Stärkung des Friedens in der Welt. (Starker Beifall.)

Sie alle kennen das Kommuniqué, das über die Verhandlungen zwischen Ministerpräsident General de Gaulle und mir von uns veröffentlicht worden ist. Lassen Sie mich diesem Kommuniqué ein persönliches Wort hinzufügen: Ich freue mich aufrichtig, Herrn de Gaulle kennengelernt zu haben, und ich freue mich, daß ich ihn an seinem Wohnort fern von Paris kennengelernt habe. Ich glaube, daß man erst dann, wenn man ihn dort gesehen und in Ruhe gesprochen hat, über diesen Mann und das, was er will, ein richtiges Urteil sich bilden kann. Ich habe – ich wiederhole nochmals – das Vertrauen, daß unter ihm Frankreich aus der schrecklichen Unruhe der letzten Jahre herauskommt zu unser aller Wohl. Ich habe das volle Vertrauen, daß die gemeinsame Arbeit zwischen Frankreich und Deutschland zum Wohle aller und Europas beitragen wird. Ich bin überzeugt davon, daß die jahrhundertalten Spannungen und Feindschaften zwischen Deutschland und Frankreich der Vergangenheit angehören. (Starker Beifall.) Ich darf diesem Bericht über meine Aussprache mit Herrn de Gaulle noch hinzufügen, daß ich auf der langen Fahrt durch Frankreich von Straßburg aus nach Colombey-les-deux-Eglises und auf der Rückfahrt überall von der Bevölkerung mit großer, offensichtlicher Freude und mit Herzlichkeit begrüßt worden bin. (Beifall.) Ich habe auch daraus den Eindruck gewonnen, daß die böse Vergangenheit endgültig Vergangenheit ist.

Der Gemeinsame Markt wird unserer Wirtschaft einschließlich der Landwirtschaft manche Probleme bringen, aber nicht nur der Wirtschaft Deutschlands, auch der Wirtschaft anderer Teilnehmerstaaten. Doch die

anfänglichen Schwierigkeiten werden überwunden werden, und der wirtschaftliche, der politische und der menschliche Vorteil für alle wird groß sein. Wie sich die weitere politische Entwicklung in Europa vollziehen wird, das müssen wir der Zukunft überlassen. Man soll nicht zu viele Probleme auf einmal anfassen. Man soll ein Problem nach dem anderen lösen. Ich hoffe sehr, daß auch andere europäische Länder sich auf die eine oder andere Weise anschließen werden. Ich hoffe, daß Großbritannien ebenfalls durch die Schaffung der Freihandelszone an dieser Entwicklung zu seinem und zu unserem Nutzen mitarbeiten wird. (Beifall.) Ich habe eben gesagt, daß wir keineswegs zufrieden sind mit der Lage in der Welt. Die Welt muß endlich einmal eine Periode des Friedens und der Ruhe erhalten. Vor allem muß die Gefahr beseitigt werden, daß irgendein Land von den schrecklichen nuklearen Waffen Gebrauch macht. Darum ist das oberste Ziel unserer ganzen politischen Arbeit die Herbeiführung einer kontrollierten Abrüstung der nuklearen und der konventionellen Waffen. (Lebhafter Beifall.) Es wird ein schwieriger Weg sein bis zu diesem Ziel, und kein Mensch auf der Erde kann genau sagen, wann dieses Ziel erreicht sein wird. Der Weg wird auch nicht immer gradlinig sein, aber er muß mit Geduld und Ausdauer und mit Optimismus gegangen werden. Im Interesse aller Länder und aller Völker. Die ersten Anfänge sind auf der Konferenz der Physiker in Genf gemacht worden. Dieser Faden darf nicht abreißen; er muß weitergesponnen werden. Nur dann können wir zu einem neuen Aufstieg der Menschheit, auch zu einem Aufstieg der unterentwickelten Gebiete kommen.

Heute sind zunächst auszugsweise die neun Punkte für eine kontrollierte Abrüstung bekanntgeworden, die Gromyko in der Vollversammlung der UNO gestern verkündet hat. Wir kennen den Text noch nicht im einzelnen; aber es scheint doch, daß auch nach dem Auszug Ansätze vorhanden sind, um zu dem Ziel, das ich eben genannt habe, zu kommen; denn auch Gromyko spricht von einer Kontrolle gewisser Teilabrüstungsmaßnahmen. Vielleicht ist doch die Zusammenkunft der Atomphysiker in Genf, sind die Vorschläge, die von den freien Völkern und jetzt von Gromyko in der UNO-Vollversammlung gemacht worden sind, ein Anzeichen dafür, daß wir besseren Zeiten entgegengehen.

Ich komme zum Schluß. Ich wiederhole nochmals, denn ich spreche ja in einer Parteiversammlung, auf einer Versammlung unserer Partei: Erfolg verpflichtet! Auch der Erfolg, den wir gehabt haben, verpflichtet uns. Er verpflichtet uns gegenüber dem deutschen Volke, gegenüber den mit uns verbundenen Mächten, gegenüber unserer Partei, ihren Zielen und Idealen. Es gibt für uns kein Ausruhen auf Lorbeeren. Das Leben geht weiter.

Neue Wahlkämpfe stehen bevor: Hier in Schleswig-Holstein, dann in Hessen, in Bayern und in Berlin. Nun, wir sind gerüstet. Wir wollen weiter arbeiten, weiter streben, unsere Erfolge sichern und weiter ausdehnen.

(Anhaltender sehr starker Beifall.)

Präsident Lemmer:

Zu uns hat der Parteivorsitzende gesprochen, der Vorsitzende der deutschen Schicksal in Regierungsverantwortung tragenden Partei. Darum waren es nicht Ausführungen aus parteipolitischer Enge, sondern es sprach zu uns der Staatsmann, der Bundeskanzler des 52-Millionen-Staates der Deutschen, zugleich als Sprecher aller Deutschen, wo sie sich zur Zeit auch befinden mögen. (Lebhafter Beifall.)

Hier den üblichen konventionellen Dank anzubringen, wäre banal. Der Parteitag hat zum Ausdruck gebracht, daß wir nicht nur als Mitglieder der Christlich Demokratischen Union, sondern auch als Bürger der Bundesrepublik für weitere Arbeit und für die Erfüllung weiterer Aufgaben, die uns gestellt sind, ermutigt und gestärkt worden sind. Ich danke unserem Parteivorsitzenden, dem Herrn Bundeskanzler. (Lebhafter Beifall.)

Es ist ein Zufall – und doch entbehrt er nicht der Logik –, daß auf diese Rede jetzt Ausführungen unserer ausländischen Freunde folgen, die diesen Parteitag begrüßen wollen; denn das, was wir hörten, war im Blick zugleich auf das Schicksal nicht nur unseres Volkes, sondern auch anderer Völker gerichtet.

Ich darf, um keine Rangordnung erkennbar zu machen, jetzt geographisch von Süden nach Norden gehend (Heiterkeit), den Vertretern befreundeter ausländischer Parteien das Wort erteilen. Ich darf zunächst unsere seit vielen Jahren bewährte Parteitagsdelegierte von der Demokrazia Christiana Italiens bitten, das Wort zu nehmen.

Frau Abgeordnete le Conci:

Es ist eine Freude und eine Ehre für mich, zum dritten Male schon auf Ihrem Parteitag der Christlich Demokratischen Union Ihnen, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, Ihren Mitarbeitern, dem Präsidenten und allen anwesenden Freunden den herzlichen Gruß aus dem Süden, aus Italien, von unserem Ministerpräsidenten Fanfani und der ganzen Partei zu überbringen.

Der Herr Bundeskanzler hat schon gesagt, wie viele Ereignisse seit dem letzten großen Parteitag in Hamburg stattgefunden haben. Sie hatten wohl recht, mit tiefer Genugtuung – ich möchte dazu sagen, mit stolzer Genugtuung – hervorzuheben, wie sehr das deutsche Volk die großartige, segensreiche zehnjährige Tätigkeit der CDU zu würdigen verstanden hat, nicht nur in dem großen Wahlkampf mit dem großartigen Sieg im September, sondern auch in dem anderen Wahlkampf im vergangenen Juli. Ich darf vielleicht auch auf einen anderen Sieg der Christlich Demokratischen Partei hinweisen, und zwar auf den nicht leicht zu erringenden Sieg der Demokrazia Christiana in Italien. (Beifall.)

Aber Sie, Herr Bundeskanzler, haben auch gesagt, wie gefährlich die Spannung in der weiten Welt heute ist, und diese zunehmende Flucht dem Westen zu zeugt doch von einem Druck, der immer stärker wird, von einer Situation, die immer unerträglicher wird, und Unruhen, die folgendschweren, unaufhörlichen Unruhen im Osten bedrohen ja unsere Freiheit, bedrohen den Frieden. Ich glaube, in einer so schwierigen, gefährlichen Zeit ist das Zusammenhalten der Menschen, die an die-

selben Ideale glauben und deren politische Tätigkeit auf gleicher ethischer Grundlage ruht, von besonderer Wichtigkeit und von besonderer Bedeutung. Ich bin fest davon überzeugt, Herr Bundeskanzler, daß wir alle hier, die Vertreter aller Länder, an dem einen Grundsatz festhalten, den Sie so sehr betont haben: dem Schutz der Freiheit des einzelnen Menschen. Die Teilnahme von den Vertretern so vieler Länder heute an diesem Parteitag ist doch sicherlich ein starker Ansporn zu gemeinsamer Arbeit.

Ich glaube, wir müssen zusammenarbeiten, und deshalb danke ich Ihnen, Herr Bundeskanzler, und den Freunden für die Einladung zu diesem Parteitag. Aber wenn Sie auf diesem Parteitag in der schönen, so gastfreundlichen Stadt Kiel nicht mehr – wie in Hamburg – alle Probleme besprechen, sondern sich ganz besonders auf ein Problem beschränken, das einseitiges, großes Problem, so denke ich, daß es wirklich das sicherste und beste Mittel ist – die innere Festigung des eigenen Landes –, um die gemeinsame Arbeit immer wirksamer zu gestalten. Dasselbe Bestreben ist auch der Inhalt des italienischen Regierungsprogramms gewesen.

Nun, Herr Bundeskanzler, wertere Freunde, wünsche ich Ihnen aus ganzem Herzen den glänzendsten Erfolg in der Arbeit dieses Parteitages, zum Wohle nicht nur Ihres Volkes und Ihres Landes, sondern zum Wohle und zum Nutzen Europas und der freien Welt. Möge Gott uns allen beistehen, damit wir die große Aufgabe, die uns zugeteilt ist, zum Nutzen und im Interesse unserer Völker und der Menschheit wirklich erfüllen können. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Lemmer erteilt das Wort dem Vertreter der Schweizerischen Konservativen Volkspartei, Herrn

Generalsekretär Dr. Rosenberg:

Ich habe Ihnen im Auftrage der Konservativen Christlich-Sozialen Volkspartei der Schweiz ein kurzes, aber herzliches Grußwort, ein Dankeswort und einen Glückwunsch mitzuteilen, und zwar einen Gruß aus der Schweiz – aber ich glaube, hier muß ich präzisieren, es geht nicht um die Holsteinische Schweiz, sondern es geht um die andere Schweiz im Süden und dabei um die Konservative Christlich-Soziale Volkspartei. Hier sei nur die Feststellung getroffen, daß wir uns stolz fühlen, uns Schwesterpartei der CDU zu nennen. Es freut mich speziell, daß ich von unseren führenden Leuten vor allen Dingen Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer unsere Grüße übermitteln darf und ein Dankeswort nicht nur für die Einladung, sondern vor allem für das providentielle Werk, das die CDU unter Führung von Bundeskanzler Dr. Adenauer geleistet hat – nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa –: denn die CDU errichtete den wesentlichen Bau gegen den Kommunismus und gegen den Bolschewismus, einen Bau nicht nur für ihr eigenes Land, sondern für ganz Europa. Was für uns von besonderer Bedeutung ist: Ohne das Zusammengehen der evangelischen und der katholischen Christen in der CDU wäre es nie möglich geworden, die christlich-demokratischen Parteien zu der wirksamsten politischen Kraft in Europa zu machen. Auch dafür möchten wir danken. (Beifall.)



Frau Abgeordnete Elsa le Conci, Italien, überbringt die Grüße der Democrazia Christiania.

Der Generalsekretär der Schweizerischen Konservativen Volkspartei Dr. M. Rosenberger und Frau mit Oberkirchenrat a. D. Cillien (links).





Danken möchten wir auch für die enge Verbindung, die wir in all den letzten Jahren mit der CDU haben durften. Seit es eine CDU gibt, haben wir in der Schweiz – und ich übertreibe wirklich nicht, das geht weit über unsere Partei hinaus – die Sorgen der CDU wirklich von Herzen geteilt. Aber seit die CDU von Erfolg zu Erfolg geschritten ist – und das darf ich hier auch feststellen –, haben wir auch diese Erfolge mitgefeiert und uns mit der CDU gefreut. Ich glaube, daß dieses freundschaftlich nachbarliche Verhältnis, das wir seit Jahren pflegen, von ganz besonderer Bedeutung ist und daß man dieses Verhältnis vielleicht noch mehr vermenschlichen muß. Deswegen habe ich es persönlich besonders begrüßt, daß sich die süddeutschen christlich-demokratischen Parteien mit unseren Parteien in der Christlichen Bodenseeeinternationale wiedergefunden haben und daß man dort Jahr für Jahr nicht nur die Kameradschaft pflegt, sondern sich zur gemeinsamen Zusammenarbeit gefunden hat. (Beifall.)

Ich glaube, es ist auch von einer gewissen Bedeutung, wenn man in Zukunft einen gewissen Referentenaustausch festlegen wollte. Herr Kiesinger zum Beispiel hatte kürzlich in der Schweiz den gleichen Applaus, wie er ihn von CDU-Parteitagen gewöhnt ist. Dieser persönliche Kontakt ist auch der Grund, warum ich eigentlich auf keinem CDU-Parteitag fehle. Das war in der Vergangenheit so, und ich hoffe, daß es auch in Zukunft so bleiben wird. Ich fühle mich hier dermaßen heimisch, daß auch meine verehrte liebe Gattin dieses Mal mitgekommen ist. (Beifall.) Zum Schluß äußere ich einen Wunsch für die Zukunft. Diesen Wunsch kann ich auf keine bessere Formel bringen als auf die Grußformel, mit der unsere Regierung mit den Kantonalregierungen verkehrt: Wir empfehlen Euch samt uns dem Machtschutze Gottes! (Lebhafter Beifall.)

Präsident Lemmer erteilt das Wort dem Sprecher der Österreichischen Volkspartei.

Generalsekretär Dr. Maleta:

Schon mehrmals hatte ich Gelegenheit, an Ihren Parteitagen teilzunehmen. Deshalb empfinde ich es als eine ganz besondere Auszeichnung und Freude, Ihnen heute wiederum die Grüße der Österreichischen Volkspartei und ihrer Parlamentsfraktion überbringen zu dürfen. Ich hatte aber auch einen besonderen Auftrag zu übernehmen. Ich soll Ihnen die Grüße unseres Parteiobmannes, Bundeskanzler Ingenieur Julius Raab, übermitteln. (Lebhafter Beifall.)

Unser Kanzler und wir alle verfolgen mit dem allergrößten Interesse diese Beratungen Ihres Parteitages, nicht allein deshalb, weil wir ein ähnliches Schicksal haben und viele gemeinsame Ereignisse verzeichnen können, nicht allein deshalb, weil wir gemeinsame Prinzipien wie das Bekenntnis zur christlich abendländischen Tradition und zu ihren kulturellen Werken, ihrer Gesellschaftsordnung des sozialen Fortschritts und der menschlichen Freiheit vertreten, sondern deshalb, weil dieser Parteitag mehr als ein innenpolitisches Ereignis ist; die Stellung Ihrer Partei, die Bedeutung der Autorität Ihres Kanzlers, haben ihre Auswirkung in der europäischen Politik. Die deutsche Frage ist das europäische Zentralproblem, und wir alle empfinden die deutsche Teilung als eine Unterdrückung der Gewissensfreiheit. (Lebhafter Beifall.)

Aus diesem Grunde wünsche ich Ihnen nochmals aus aufrichtigem Herzen vollen Erfolg für Ihre Beratungen, für Ihre Partei, für Deutschland und für ein freies, starkes und glückliches Europa.

Präsident Lemmer: Für die Christlich Demokratische Union Zentraleuropas spricht ihr

Präsident Dr. Prochazka:

Ich danke Ihnen für Ihre Gefälligkeit, daß Sie Herrn Sieniewicz und mich als Vertreter der Christlich Demokratischen Union Zentraleuropas zu dem 8. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands eingeladen haben. Diese Einladung ist für uns, die im Exil lebenden christlichen Demokraten Zentraleuropas, eine große Ehre und zugleich eine wertvolle Gelegenheit, uns mit der Arbeit der Christlich Demokratischen Union Deutschlands näher bekanntzumachen. Diese Arbeit zu kennen, ist für uns wichtig und wünschenswert. Wir sind nicht nur christliche Demokraten, sondern wir gehören auch zu jenen Völkern Europas, die unmittelbare Nachbarn Deutschlands sind. Das moderne Deutschland der Nachkriegszeit ist in erster Linie durch die deutsche christlich demokratische Bewegung geprägt worden. Die Völker, deren christlich demokratische Parteien sich in unserer Union vereinigen, sind derzeit noch in der kommunistischen Gefangenschaft, in dem gleichen Maße wie ein bedeutender Teil Deutschlands. Schon aus diesem Grunde berühren sich die Interessen dieser Völker mit den Interessen Deutschlands. Durch die geschichtliche Gesetzmäßigkeit ist es geschehen, daß jetzt, im Jahre 1958, die Deutschen, die Polen, die Tschechoslowaken, die Ungarn, die Jugoslawen, die Balten und alle anderen mittel- und osteuropäischen Völker in die Lage versetzt sind, danach zu streben, ihre nationale Freiheit und die menschliche Würde ihrer Angehörigen gegen dieselbe Macht wiederzugewinnen, gegen die Macht, die die Fehler der europäischen Politik bis in das Herz Europas einzudringen zugelassen hat. Die Freiheit und die menschliche Würde des deutschen Volkes und der kleinen mitteleuropäischen Völker sind heutzutage eng verbunden, und man kann realistisch erwarten, daß mit der Befreiung des unterjochten Ostdeutschlands auch die Freiheit und die Demokratie dieser Völker wiederhergestellt werden. Es ist gewiß symptomatisch, daß nach dem Aufstand in Pilsen und in Mährisch-Ost-
rau in der Tschechoslowakei am 1. Juli 1953 der 17. Juni Ostdeutschland kam und im Jahre 1956 Budapest folgte.

Aber unsere Teilnahme an Ihrem Parteitag soll nicht nur die Bedeutung der Übereinkunft der zwei einstweilen interessierten Teile haben. Wir denken an die spätere Zukunft, und wir wollen etwas Nützliches auch für die definitive Bildung der europäischen Beziehungen leisten. Wir denken nämlich an die Jahre, wenn Deutschland und die kleineren mitteleuropäischen Staaten ihre volle Freiheit und Demokratie genießen werden. Dann wird sich eine gute, solide aufgebaute Nachbarschaft zwischen beiden als eine Lebensaufgabe vor uns stellen, von deren günstiger Lösung so viel für alle Völker, für Europa und die ganze Welt abhängen wird. (Beifall.)

An diese künftige Nachbarschaft müssen wir schon weiter denken und sie durch zielbewußte Arbeit vormerken. Wir müssen sie durch den per-

sönlichen, freundschaftlichen Kontakt mit den politischen Kreisen Deutschlands und den Repräsentanten der unterjochten Völker Zentraleuropas vorbereiten. Wir müssen sie weiter vorbereiten durch wechselseitige Informationen über die politische, wirtschaftliche und kulturelle Lage in unseren Heimatländern und durch deren gründliches Studium, und wir müssen sie schließlich durch das gegenseitige Verständnis für die Bedürfnisse und das Streben unserer Völker vorbereiten; in einem Wort: Gegenseitige Erkenntnis und gegenseitiges Verständnis müssen unsere Parole sein. Sie nur werden die künftige gute Nachbarschaft zwischen unseren Völkern vorbereiten; diese gute Nachbarschaft und die Harmonie der Interessen aller Beteiligten in Mittel- und Osteuropa werden jenes vereinigtes Europa schaffen, das die moderne deutsche Politik Dr. Konrad Adenauers als Programm aufgestellt hat.

Die Harmonie und die Freundschaft zwischen den europäischen Völkern – so unentbehrlich für das Überleben dieses Kontinents – können besonders durch uns, die christlichen Demokraten, gefestigt werden. Wir können durch unsere zwischenstaatliche Zusammenarbeit und durch die christlich demokratische Gesinnungsgemeinschaft in unseren Ländern dazu beitragen. Darum – und ich möchte sagen, gerade darum – haben wir unsere internationalen Organisationen, unsere Organisation der christlichen Demokratie in Lateinamerika, unsere Jugendorganisationen, unsere Christlich Demokratische Union Europas und – um nicht zu vergessen – unsere Internationale Konferenz der christlichen Demokraten aufgebaut.

Ich wünsche aufrichtig, daß sich auch unsere Freunde in den anderen ideologischen Lagern für die zwischenstaatliche Zusammenarbeit einsetzen und auf diesem Gebiete gute Erfolge erzielen. Aber – wenn ich so sagen darf – die christlichen Demokraten erscheinen mir zum Vollbringen dieser Aufgabe besonders geeignet. Ihre Pflicht, die Pflicht gemäß ihrem Programm, ist es, die gute Nachbarschaft und die Zusammenarbeit zwischen den Völkern und die nötige Einheit des Kontinents zu verwirklichen und sie auf eine solide Grundlage zu stellen. Die christlichen Demokraten haben nämlich die Objektivität als Richtlinie, als Führungstern ihrer politischen Tätigkeit gewählt, ich meine die Objektivität in der Erkenntnis, in der Beurteilung und in der Weltanschauung. Die christlichen Demokraten betonen nicht den Kampf der Interessengruppen als die Grundlage der menschlichen Geschichte, sondern einen Ausgleich zwischen den individuellen und den kollektiven Interessen im Sinne eines moralischen Gesetzes. Die christlichen Demokraten setzen sich für eine normgemäße und nicht für eine machtgemäße Lösung der individuellen und der sozialen Probleme ein.

Meiner Ansicht nach trat die christlich demokratische Objektivität schon in mancher konkreten politischen Arbeit hervor. Die Westeuropäische Union, die durch die zielbewußte, energische Initiative und die unermüdete Arbeit Ihres Herrn Vorsitzenden, Dr. Konrad Adenauer, und durch seine christlich demokratischen Freunde Robert Schuman und Alcide de Gasperi zustandegebracht wurde, ist ein Beweis dafür. Jeder von uns weiß, was die Objektivität in einem konkreten Fall darstellt. Sie ist der Gegensatz des Egoismus, der Diskriminierung, der Unterdrückung, der

Verheimlichung und der Verfälschung der Tatsachen. Sie ist ein Gegner des engherzigen und übertriebenen Nationalismus, und sie verwirft die Lehre, daß die Macht dem Recht vorgeht und daß das Recht nur das sei, was mir und meinem Schutze dient.

Wir wissen, daß gerade alle diese Verneinungen der Objektivität zu den Kriegen und den Revolutionen geführt hat. Die Objektivität in der Politik ist die Demokratie und die Berücksichtigung der menschlichen Würde. Der Sieg der Objektivität in den inneren zwischenstaatlichen Beziehungen ist das Ziel unserer christlich demokratischen Tätigkeit. Dieser Sieg wird uns zu einem erfolgreichen Zusammenleben zwischen Deutschland und den kleineren Nationalstaaten in Zentral- und Osteuropa führen, die sich – wie ich hoffe – nach der Befreiung in einer Föderation oder in einer Konföderation vereinigen werden. Er wird uns zu der Einheit Europas führen und zu den effektiven Vereinigten Nationen, und – ich bin überzeugt davon – er wird uns auch zu der Überwindung der Spaltung zwischen dem Westen und dem Osten führen, die das schwerste Problem unserer Zeit darstellt und die die echte Ursache der jetzigen Lage Deutschlands und der unterjochten Nationen Mittel und Osteuropas ist. Die Bevölkerung Rußlands benötigt nämlich die Gerechtigkeit für ihr Überleben in demselben Maße wie alle anderen Völker. Diese Bevölkerung wird durch die gesunde und gerechte Politik der demokratischen Staaten angezogen und wird die gegenwärtigen Machthaber in Sowjetrußland zwingen, sich den demokratischen Grundsätzen zu unterwerfen oder sich ihnen mindestens Schritt für Schritt anzupassen.

Ich sage Schritt um Schritt, weil ich ein Realist bleiben will. Es sind leider keine Wunder zu erwarten. Die jetzigen Probleme können und dürfen nicht durch eine Weltkatastrophe gelöst werden. (Beifall.) Aber wir können volles Vertrauen in die energische und unermüdete politische Führung haben, die gleichzeitig eine Richtlinie verfolgt. Die moralische und geistige, aber auch die politische, wirtschaftliche und militärische Stärke des Westens werden schließlich das kommunistische Regime der Ungerechtigkeit zur Kapitulation zwingen. Wir christlichen Demokraten sind Optimisten. Wir sind überzeugt, daß unsere Welt nicht zu einem Selbstmord oder zu einer fortschreitenden Verfolgung bestimmt ist. Aber wir sind nicht unkritisch und lernen aus der Politik keinen Determinismus oder Totalitarismus. Wir wissen, daß sich der Mensch um seine glückliche Zukunft auch bemühen muß: Arbeite, und Gott wird Dir helfen!

Ich begrüße im Namen der Christlich Demokratischen Union Zentraleuropas den 8. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Ich danke Ihnen. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Lemmer:

Ich darf in Übereinstimmung mit diesem Parteitag Herrn Dr. Prochazka versichern, daß für uns Deutschland so wenig bei Helmstedt wie Europa etwa an der östlichen Grenze des deutschen Siedlungsgebietes aufhört. (Lebhafter Beifall.)

Ich erteile das Wort dem Sprecher der Christlichen Volkspartei Belgiens,

Generalsekretär Tindemanns:

Die Schulfrage in Belgien ist leider wieder aktuell. Sie hat Schuld daran, daß der Vorsitzende der Christlichen Volkspartei Belgiens, Herr Theo Lafèvre, heute nicht hier ist. Er hat mich jedoch beauftragt, in seinem Namen folgende Worte hier auszusprechen:

Es ist mir eine wahre Freude, das Wort auf dieser Veranstaltung zu führen, die die Kraft und die Macht in der christlichen Demokratie in Deutschland so überzeugend bekundet. Der Stil dieses Kongresses, der Dynamismus Ihrer Partei sind mir ein neues Zeichen dafür, ein neuer Beweis meiner These, daß die Zukunft heute der christlich demokratischen Idee gehört. Angesichts der kommunistischen Gefahr steht die Sozialdemokratie nicht nur kompromittiert, sondern auch machtlos da; indem sie an einen platten Materialismus geopfert hat, hat sie die eigentlichen Werte des Westens – die Großzügigkeit, den sich selbst übersteigenden Leistungswillen, den Opfersinn – verloren, und sie ist in weiten Kreisen der europäischen Bevölkerung selbst verantwortlich für den Verlust dieser Werte. Eine sozialistische Masse ist eine materialistische, gleichgeschaltete, auf direkte Vorteile erpichte Masse, der jeder Weitblick ganz entgeht. Sollte Europa sozialistisch werden, so hätte es in dem gleichen Augenblick den Kampf gegen den Kommunismus verloren. (Beifall.)

Dieser Kongreß ist ganz anders. Er wird von einer reellen Begeisterung getragen, die ihren Grund im Glauben findet, jenem Glauben, der Mut einflößt, der Hoffnung und Kraft zum Opfern und zur Gewißheit des Sieges gibt. Diese ganze Haltung ist Trägerin für den fabelhaften Aufstieg des von der CDU geführten Deutschlands gewesen. Diese Haltung finden wir vor allem überlebensgroß verkörpert in der Figur Ihres Bundeskanzlers, Herrn Dr. Konrad Adenauer. Mit ihm fühlt man sich in die Ilias, in die Heldenepoche der Antike zurückversetzt. In seiner Weisheit gemahnt er an den greisen Nestor, aber zugleich gemahnt er durch seine Energie an den unüberwindlichen Archilleus. Er ist der Erste im Rat, er ist der Erste in der Tat. Ein solcher Mann ist in dieser Zeitwende ein wahrer Segen für sein Vaterland und für die ganze westliche Welt. (Lebhafter Beifall.)

Wir von der Christlichen Volkspartei Belgiens empfinden das ganz besonders. Ich darf wohl sagen, daß die Christlich Demokratische Union Deutschlands und unsere Christliche Volkspartei die ersten christlich demokratischen Parteien sind, die gleich nach dem Kriege den Weg zueinander gefunden haben. Seitdem sind sie stets wie wahre Schwesterparteien in naher Verwandtschaft und enger Freundschaft miteinander verbunden geblieben, und sie sind es heute mehr denn je. Es ist also vom ganzen Herzen, daß ich Ihnen den Freundschaftsgruß der Christlichen Volkspartei Belgiens überbringe. Wir danken Ihnen herzlich für den ausgezeichneten Empfang. Wir gratulieren zu diesem großen, von Lebenskraft zeugenden Kongreß, und wir wünschen Ihnen den schönsten Erfolg – nicht nur zum Kongreß, sondern auch zur Fortsetzung der gesegneten Aktivität Ihrer Partei, die unseren beiden verbunde-

nen Ländern im werdenden Europa zum höchsten Wohl gereichen möge. Ich danke Ihnen. (Beifall.)

Präsident Lemmer:

Für die verschiedenen uns befreundeten niederländischen Parteien spricht jetzt von der Antirevolutionären Partei Hollands unser Freund

Präsident Dr. Berghuis:

Ich überbringe sehr gern die herzlichen Grüße der drei christlich demokratischen Parteien aus den Niederlanden, die hier vertreten sind: der Katholischen Volkspartei, der Christlich-Historischen Union und der Antirevolutionären Partei. Wir kennen bei uns nicht – ich möchte sagen, leider nicht – eine CDU wie bei Ihnen. Das wäre bei uns wegen der historischen Gründe auch schwer möglich, jedenfalls in diesem Augenblick. Aber ich darf wohl sagen, daß die Situation bei Ihnen für uns viel Beneidenswertes hat. Wir fühlen uns als christlich demokratische Parteien Hollands eng mit der CDU verbunden. Wir sind dankbar für das, was die CDU – und speziell ihr 1. Vorsitzender, Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer – in Deutschland in bezug auf die Wiederherstellung von rechten Beziehungen mit den früheren Alliierten getan hat. Insbesondere sind wir für die Weise dankbar, in der man das gemacht hat. Das hat zwar nicht dazu geführt, daß die Ereignisse von 1940/1945 vergessen sind, wohl aber dazu, daß wir darüber hinaus einander in einer neuen, gemeinsamen Freundlichkeit gefunden haben. Eben unsere Zeit hat so stark uns lehren können, daß wir alle ohne Ausnahme von den Gnaden Christi leben müssen und daß wir sonst in schrecklichste Gottlosigkeit und Unmenschlichkeit verfallen müssen. Sie und wir, wir nennen uns christliche Partei, und das ist ein großes Wort. Das Sein einer christlichen Partei bedeutet erstens einen Auftrag und zweitens eine Verführung, einen Auftrag deshalb, weil wir wissen und erkennen, daß unsere ganze menschliche Tätigkeit – auch unsere politische und organisatorische – der Forderung zur Gehorsamkeit in Gottes Gebot unterworfen ist. Sie ist auch eine Verführung, weil die Gefahr groß ist, daß wir unsere christliche Organisation oder Partei wie einen Selbstzweck sehen.

Ich will enden, Herr Präsident, mit dem Wunsche, daß wir alle aus christlichen Parteien unseren Auftrag auch für die Zukunft verstehen und vor der Versuchung bewahrt bleiben mögen. Ich danke sehr! (Beifall.)

Präsident Lemmer:

Für die Konservative Partei Großbritanniens spricht das Unterhausmitglied, unser Freund, Herr

Abgeordneter Smithers:

Sie haben die Güte gehabt, ein Mitglied der Konservativen Partei im Parlament zum ersten Male als Teilnehmer an dieser Zusammenkunft Ihrer Partei einzuladen. Hier stehe ich als Abgeordneter für denselben Wahlkreis wie Lord Palmerston. (Stürmische Heiterkeit.)

Wir werden in diesem Jahre das Vergnügen haben, wohl auch zum ersten Male ein Mitglied der CDU anlässlich unseres eigenen Parteikongresses in Blackpool zu begrüßen. Dies sind äußerst bedeutende

und willkommene Schritte zu einer engen Freundschaft und zum besseren Verständnis zwischen deutschen und britischen Politikern. Auf der Jahresversammlung in Königswinter wurde vieles getan. Gleichzeitig jedoch halte ich es für richtig vorzuschlagen, daß wir uns hier in Kiel in einem grundsätzlich engeren Geiste gegenseitigen Verstehens treffen mögen. Als Mitglieder der CDU und der Konservativen Partei haben wir einen gemeinsamen Glauben an den Wert einer freien Gesellschaft, in der der Staat der Diener, nicht aber der Meister seiner Bürger ist. (Lebhafter Beifall.) Wir wissen daher, daß wir, die hier in Kiel versammelt sind, alles Freunde sind, die ähnliche Ziele anstreben und die ähnliche Anschauungen über das Leben und seine Probleme teilen.

In der ersten Lebenshälfte der Männer und Frauen meiner Generation blickten wir über die Nordsee nach Deutschland mit ängstlichen und unruhigen Gedanken. Wir hatten in der Schule vieles über die große Tradition der deutschen Kultur, des deutschen Humanismus und der deutschen christlichen Pietät gelernt. Viele Jahre hindurch schien dies alles verlorengegangen zu sein. Obzwar es uns während der schrecklichen Kriegsjahre aufgab, uns Gedanken über die voraussichtliche Gestaltung der Nachkriegszeit zu machen, spekulierten wir doch bestimmt alle über das neue Deutschland, das aus dieser großen Prüfung hervorgehen würde. Hätten wir es damals gewagt, Hoffnungen für Deutschlands Zukunft zu formulieren, dann hätten wir bestimmt gehofft, daß die ehrwürdige Kultur, der Humanismus und die christliche Pietät des alten Deutschlands wiedererstehen mögen, um das neue Deutschland zu inspirieren. Das gereicht Ihrer Partei und den großen Männern, die sie führen, zu besonderem Ruhm, daß sie auf der sichtbaren Grundlage christlicher Prinzipien ein neues Deutschland wieder aufgebaut haben. Wenn wir in England über die Meere auf die unruhevolle Welt blicken, dann sind wir zutiefst für das, was Sie geschaffen haben, dankbar.

Die Konservative Partei hat der britischen Nation entweder als Regierung oder als Alternativregierung ununterbrochen 300 Jahre hindurch gedient. Während dieser langen Zeit entstand eine ungeheure Tradition politischen Dienstes, die von einer Generation von Politikern auf die andere übertragen wurde. Ich stehe nun vor Ihnen als der bescheidene, aber direkte Nachkomme der Männer, die zum Ende des Bürgerkrieges von 1660 in England eine gemäßigte Regierung wiederherstellten. (Lebhafter Beifall.) Seit jener Zeit vertrat unsere Partei die Idee einer gemäßigten Politik und eines stetigen Fortschritts auf Grund früherer Erfahrungen. Wir sind keine Klassenpartei; wir lehnen jeden Klassenkampf unbedingt ab. Im Gegenteil ist es unser Ziel, im Interesse des gesamten britischen Volkes zu regieren. Diese unsere gemäßigte Politik hat in den meisten Zeiten die Anschauungen der meisten Engländer widergespiegelt. Wir haben es gesehen, wie andere Parteien, die sich enger an doktrinaire politische Dogmen angeschlossen haben, sich auflösten und verschwanden, sobald ihre Doktrinen den Tagesproblemen nicht mehr angepaßt werden konnten.

Ich habe keinen Zweifel darüber, daß wir während der Lebensspanne der meisten von uns hier die Dogmen von Sozialismus, die bereits beginnen, altmodisch auszusehen, verschwinden sehen werden und daß sie durch einen anderen, noch zu erfindenden „Ismus“ ersetzt werden.

(Heiterkeit und Beifall.) Nachdem jedoch die Konservative Partei schon seit 300 Jahren lebt, bin ich, obzwar ich Engländer bin, logisch genug, um keinen Grund zu sehen, warum diese Partei nicht noch weitere 300 Jahre leben sollte. (Heiterkeit und Beifall.) Da ich glaube, daß die Anschauungen unserer beiden Parteien viel Gemeinschaftliches haben, darf ich vielleicht diesen Gedanken zur Ermutigung aller jener vorbringen, die durch ihre Arbeit der CDU dienen.

Es ist nicht meine Absicht, in dieser kurzen Rede die ernstesten Probleme zu erörtern, die – wie wir es alle wissen – für das deutsche Volk seit jeher bestehen. Ich muß mich daher darauf beschränken, Ihnen zu versichern, daß die guten Wünsche der Konservativen Partei Sie in Ihren Regierungsgeschäften begleiten. So wie die Jahre vorbeieilen und so wie die Weisheit und Humanität Ihrer führenden Leute in immer größerem Maßstab durch die Ereignisse offenbar werden, so ist es meine Überzeugung, daß sich gegenseitiges Vertrauen zu einer festen Freundschaft entwickeln wird. (Bravo und lebhafter Beifall.)

Präsident Lemmer:

Ich darf unserem englischen Freunde versichern, daß wir zwar erst am Anfang der 300 Jahre stehen, aber den Wunsch haben, unseren englischen Freunden in dieser Hinsicht zu folgen. (Heiterkeit und Beifall.)

Das Wort hat für die Konservative Partei Dänemarks der frühere Staatsminister

Minister a. D. Kraft:

Im Namen der Konservativen Volkspartei Dänemarks übermittle ich hiermit einen Gruß von unserer Partei und danke herzlich für die freundliche Einladung. Als ich in meiner Jugend für die Wiedervereinigung Schlesiens mit Dänemarks kämpfte, hätte ich nicht gedacht, daß ich einmal gerade hier in Kiel einen freundlichen Gruß von meiner Partei übermitteln sollte. (Heiterkeit und Beifall.) Aber die Zeiten haben sich geändert. Das Vergangene darf nicht die Zukunft absperren. (Beifall.) Heute sind Deutschland und Dänemark Mitglieder derselben Allianz zur Verteidigung der freien westlichen Welt. Heute sollen wir nicht nur als Deutsche und Dänen, sondern auch als Europäer denken. (Lebhafter Beifall.)

Ich benutze mit Freude die Gelegenheit, Sie, verehrter Herr Bundeskanzler, als eine Persönlichkeit zu begrüßen, die von der Geschichte als einer der größten europäischen Brückenbauer genannt werden wird. (Bravo und Beifall.) Das haben Sie jetzt eben bei Ihrer Begegnung mit dem französischen Ministerpräsidenten de Gaulle bewiesen, einer Begegnung, die von europäischer Bedeutung ist.

Mit Ihrem Einsatz haben Sie, Herr Bundeskanzler, auch dazu beigetragen, das gute Verhältnis zwischen unseren beiden Ländern zu stärken. Ihrer Initiative haben wir es zu verdanken, daß die Lebensgrundlage und die Bedingungen der dänischen Volksgruppe in diesem Lande in einer neuen Entwicklung stehen. Ich gedenke hier mit Freude der beiden prinzipiellen Erklärungen, die 1955 in Bonn und Kopenhagen zur Befriedigung der deutsch-dänischen Grenzverhältnisse verabschiedet wurden. Im neuen Europa sollen die Grenzen nicht mehr trennend wirken, sondern alle demokratischen Freiheiten müssen für das gemeinsame

Leben der Völker maßgebend sein. (Beifall.) Wir befinden uns hier in einem Grenzlande, und ich möchte daher den Wunsch aussprechen, daß sich unsere gegenseitigen Beziehungen im echten europäischen Geiste entwickeln und vertiefen mögen. (Beifall.)

Ich glaube, daß die Ideen, für die die Christlich Demokratische Union Deutschlands und unsere Partei kämpfen, eine Notwendigkeit für eine freie und würdige Zukunft unserer Völker und für die Welt sind. (Bravo und Beifall.)

Präsident Lemmer:

Nachdem wir in der Geographie nun also im hohen Norden angelangt sind, darf ich als letzten Redner dem Vertreter der Högerpartiet Schwedens das Wort geben, Herrn

General Helge Jung:

Es kann ohne Überraschung gesagt werden, daß die Entwicklung auf verschiedenen Gebieten in der Bundesrepublik Deutschland heutzutage in Schweden mit zunehmendem Interesse beobachtet wird. Mit Aufmerksamkeit, mit Empfinden und Achtung verfolgen wir die bedeutsamen Fortschritte der westdeutschen Wirtschaft und des westdeutschen Arbeitslebens. Seit jeher hat man bei uns gern – ja, sogar sprichwörtlich – von deutscher Gründlichkeit und deutscher Tüchtigkeit gesprochen. Dazu kann man jetzt auch noch hinzufügen, daß wir empfinden, wie unsere Freunde in Westdeutschland die großen Probleme der Gegenwart in einem Geiste und mit einer Phantasie angreifen, die uns imponieren. Es ist deswegen natürlich, daß die von der Regierung Adenauer betriebene Steuerpolitik und auch ihre Wirtschaftspolitik im allgemeinen mit besonderer Genauigkeit beobachtet werden. Es kommt uns vor, als ob der eingeschlagene Kurs in der Wirtschaftspolitik alle Aussicht hat, gute Ergebnisse zu zeigen, nicht nur in der Form einer gefestigten und stabilen staatlichen und wirtschaftlichen Lage, sondern auch in einer guten und sicheren ökonomischen Stellung der Bevölkerung. Wir von der schwedischen Rechtspartei erkennen darin eines der großen Ziele gegenwärtiger bürgerlicher Politik. Wir sind überzeugt, daß wir in dieser Hinsicht aus den Erfahrungen und Resultaten unserer deutschen Freunde richtige Folgerungen für unser Land ziehen können.

Andererseits ist es wohl verständlich, wenn wir die schnellen wirtschaftlichen Fortschritte hier im Lande mit einer gewissen Beunruhigung betrachten. Wir sind uns darüber klar, daß wir unsere Mittel und Reserven bis aufs äußerste in Anspruch nehmen müssen. Gleichzeitig wollen wir aber glauben, daß für das ganze freie Europa große Vorteile zu erreichen wären, wenn eine völlig freie Konkurrenz in diesem Lande im Rahmen einer näheren Zusammenarbeit der westlichen Staaten auf dem wirtschaftlichen Gebiete zustande käme. Die Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland mit besonderem Nachdruck die Notwendigkeit dieser intimen Zusammenarbeit behauptet, gibt uns die besten Hoffnungen für die Zukunft. Unsere Länder gehören beide westlichen, christlichen Kulturkreisen an. Wir sind Mitbürger von Staaten, die entschlossen sind, nicht vor Gewalt und Unterdrückung zu kapitulieren, sondern für Freiheit und für die Menschenrechte einzutreten. Auf Grund der verschiedenen geographischen Lage unserer Länder und der ungleich gestalteten

geschichtlichen Erfahrungen unserer Völker verfolgen wir außenpolitisch verschiedene Richtlinien. Im wesentlichen aber hegen wir dieselben grundlegenden Ansichten, und ich möchte diese zusammenfassend ausdrücken: Wir sind dafür, daß die Fackel der Freiheit in der Welt nie erlöscht! (Bravo und lebhafter Beifall.)

Präsident Lemmer:

Es bleibt mir übrig, den ausländischen Freunden, die zu uns gesprochen haben, den großen Dank dieses Parteitages zum Ausdruck zu bringen. (Lebhafter Beifall.) Ich glaube, daß die von hohem Verantwortungsbewußtsein – keineswegs nur für unser Volk – getragenen Ausführungen des Parteivorsitzenden keine schönere Resonanz finden konnten als durch die Worte, die wir von ausländischen Gesinnungsfreunden soeben hier vernommen haben. Für uns christliche Demokraten in Deutschland ist diese Freundschaft mit unseren Gesinnungsfreunden in anderen Ländern eine große Ermunterung. Die Zeit des Nationalismus ist vorbei, und ich habe den Eindruck, daß bewußt als christliche in der Politik wirkende Menschen – auch das gehört zu den neuen Erscheinungen in einer veränderten Welt – sich in der Internationalität viel zuverlässiger und redlicher zusammenzufinden vermögen als andere, die es früher einmal für sich in Anspruch genommen haben. (Beifall.)

Es geht uns – das darf ich unseren Freunden zum Abschluß versichern – in unserem Bemühen für unser Land und für unsere Angelegenheiten keineswegs nur um unser Volk. Wir sind uns der höheren Verbundenheit bewußt, um als Christen endlich durch die Tat zu helfen, daß eine friedlichere Menschheit in einer guten Ordnung Wirklichkeit werden möge. (Beifall.)

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung dieser Vormittagssitzung angelangt.

Musik: Chr. W. Gluck: Overtüre zu Iphigenie in Aulis.

Unterbrechung: 13.15 Uhr

1. Plenarsitzung

Die Sitzung wird um 15.00 Uhr eröffnet.

Präsidentin Frau Dr. Jochmus:

Ich eröffne die erste Plenarsitzung des 8. Bundesparteitages der CDU. Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich ein Schreiben zu verlesen, das der Präsident der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Prof. Dr. Hallstein, uns übersandt hat:

Sehr geehrte Herren! Ich danke Ihnen verbindlichst für die Einladung zur Teilnahme am 8. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union vom 18. bis 21. September in Kiel. Leider kann ich Ihrer liebenswürdigen Einladung keine Folge leisten, weil ich in denselben Tagen an einer Sitzung des Ministerrates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Venedig teilnehmen muß.

Ich wünsche dem 8. Bundesparteitag einen großen Erfolg. Mit verbindlichen Empfehlungen

Ihr Hallstein.

Wir haben heute einige wesentliche geschäftsordnungsmäßige Dinge zu erledigen. Zunächst ist ein Redaktionskomitee zu wählen, das die eingehenden Entschließungen für die Vorlage am Sonntag vorzubereiten und zu koordinieren hat. Bundesvorstand und Bundesausschuß schlagen Ihnen dafür folgende Namen vor:

Bundesminister Dr. Schröder, Kiesinger, Dr. Gradl, Dr. Hellwig, Dr. Raske, Dr. Pettenberg, Arndgen, Bundesminister Lücke und Frau Dr. Rehling.

Werden dazu noch andere Vorschläge gemacht?

(**Wehking:** Namens des Landwirtschaftsausschusses der CDU bitte ich den Parteitag, diese Kommission zu erweitern, und zwar schlagen wir Herrn Pflaumenbaum vor.)

Es wird der Herr Bundestagsabgeordnete Pflaumenbaum vorgeschlagen. Ist die Versammlung damit einverstanden? (Zustimmung.)

Dann ist die Redaktionskommission damit beschlossen.

Wir haben nun eine Mandatsprüfungskommission zu wählen. Bundesvorstand und Bundesausschuß schlagen hierfür vor:

Dr. Noltenius als Vorsitzenden, Müllenbach, Dullenkopf, Klauk.

Keine Wortmeldungen? – Dann ist damit die Mandatsprüfungskommission ernannt. Die Mitglieder werden gebeten, um 15.30 Uhr zum Organisationsbüro zu kommen.

Wir haben als erstes heute nachmittag die Wahl des ersten Vorsitzenden und seiner vier Stellvertreter vorzunehmen. Nach der Geschäftsordnung hat einer derartigen Wahl ein Rechenschaftsbericht voranzugehen. Demnach werden wir zunächst den Bericht über die Tätigkeit der Bundestagsfraktion durch Herrn Dr. Krone und dann den Bericht des Bundesvorstandes durch Herrn Ministerpräsidenten Dr. Meyers entgegennehmen. Beide Referate werden darauf zur Diskussion gestellt. Gleichzeitig wird das Referat des Herrn Bundeskanzlers von heute morgen einbezogen.

Nunmehr erteile ich das Wort zu seinem

Bericht über die Tätigkeit der Bundestagsfraktion

dem Herrn Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, Herrn

Dr. Krone:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch in diesem Jahr hat der Vorsitzende der Bundestagsfraktion dem Parteitag einen Tätigkeitsbericht zu geben. Er umfaßt den Abschluß der zweiten und den Beginn der dritten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages. Nun liegt aber für die gesamte zweite Legislaturperiode das Urteil der Wähler vor, und ich darf annehmen, daß der Parteitag an diesem Urteil, das am 15. September vorigen Jahres abgegeben worden ist, nichts auszusetzen hat.

Das Urteil der Wähler ist der Auftrag an die Fraktion, die so erfolgreiche Politik Konrad Adenauers weiterhin mit dem ganzen Können zu unterstützen und konsequent fortzusetzen. Die zweite Legislaturperiode

hat für unsere Fraktion vier harte Jahre bedeutet. Nicht selten mußte der Mut auch zu scheinbar unpopulären Entscheidungen aufgebracht werden. Und dies sehr oft unter dem Druck einer öffentlichen Kritik, die eine konsequente Haltung gern mit Konformismus verwechselt und eine eigenartige Sympathie für „schwankende Gestalten“ besitzt. Der Wähler denkt – es ist erfreulich – ganz anders. Es ist bei der Bundestagswahl am 15. September wieder einmal deutlich geworden, daß wir den Wähler besser kennen als manche Kritiker unserer Arbeit. Über zwei Wahlperioden hinweg hat sich das deutsche Volk zu der Politik der Regierung bekannt. Im vorigen Jahr zum dritten Male hat der deutsche Wähler – diesmal mit mehr als der Hälfte der Stimmen – dem Bundeskanzler Konrad Adenauer das Vertrauen ausgesprochen.

Was einem Volke von seiner Regierung an Leid zugefügt werden kann, wie ganze Gebiete verspielt werden können, daß Millionen draußen fielen oder daheim in Bombennächten erschlagen wurden – doch Heydrich in Prag starb nicht den Tod des Landsers vor Stalingrad – wie ein Volk auf den Nullpunkt seiner Geschichte zurückgeworfen wurde, das haben wir seit 1933 bitter erfahren. Das alles liegt erst 13 Jahre zurück. Jedes Wort über jene Zeit erübrigt sich.

Wir wissen, was noch unvollendet vor uns steht. Wir wissen, daß unser Staat ein Ganzes, aber noch nicht das Ganze ist. Doch wir wissen auch, was erreicht wurde. Daß wir wieder ein souveräner Staat sind. Daß 1955 endlich die noch nicht heimgekehrten Kriegsgefangenen heimkamen und jetzt noch immer Deutsche aus Rußland heimkommen. Dieses und noch mehr könnte gesagt werden. Der Mann, mit dessen Namen diese Leistung von historischer Bedeutung unlöslich verbunden ist, Konrad Adenauer, ist zu unserer Freude und zu unserem Stolz, einer der unseren. Wir grüßen und danken Dr. Konrad Adenauer! (Starker Beifall.)

Wir tagen hier in Kiel, in Schleswig-Holstein, in diesem schönen, in Sprache und Sitte noch immer konservativen Land. Fassen Sie es als eine Reverenz vor dem gastgebenden Land und seinem tüchtigen Ministerpräsidenten, unseren Freund Kai Uwe v. Hassel, auf, wenn ich zunächst nun über den Grünen Plan berichte! Dabei bin ich mir bewußt, daß in Schleswig-Holstein nicht nur Bauern leben, sondern auch Arbeiter, ein breiter Mittelstand und dazu so viele aus der Heimat Vertriebene, die diesem Land heute noch mit sein Gepräge geben.

Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat auch in diesem Jahr dem Grünen Plan, der wie seine Vorgänger mit dem Namen Heinrich Lübkes verbunden ist, diesem großen konstruktiven Aufbauwerk für die deutsche Landwirtschaft, geschlossen ihre Zustimmung gegeben. Hier sind sich unsere Freunde von der sogenannten „Grünen Front“, ein Detlev Struve oder ein Bauknecht, mit unseren Arbeitnehmervertretern und Sozialpolitikern, einem Josef Arndgen, einem Josef Schüttler oder einem Alois Lenz, völlig einig gewesen.

Ein Volk, das die Sicherung seiner bäuerlichen Existenz vernachlässigt, geht gefährliche Risiken ein. Wir wollen nicht, daß unser Volk einer radikalen Verstädterung anheimfällt. Man soll uns aber nicht für Romantiker halten, die sich in ein ländliches Idyll verliebt haben. Wenn wir

von der Sicherung der bäuerlichen Existenz sprechen, dann meinen wir auch, daß der Bauer und seine Familie an der zivilisatorischen Entwicklung teilhaben müssen. Das ist sogar eine Hauptaufgabe des Grünen Plans, und wir werden unser Augenmerk verstärkt darauf zu richten haben, wie vor allem auch das Leben der Frau auf dem Lande erleichtert werden kann.

Landwirtschafts- und Bauernpolitik ist für uns ein Teil jener gesellschaftlichen Aufbaupolitik, der wir uns im dritten Bundestag nun ganz besonders annehmen. Sie liegt auf der Linie: Sicherung des bestehenden Eigentums und Eigentum für breiteste Bevölkerungsschichten, eine Forderung, wie sie immer wieder unser unvergeßlicher Karl Arnold erhoben hat. Ihm auch an dieser Stelle den Dank auszusprechen, halte ich für die Pflicht der Fraktion. (Beifall.)

Ich erinnere an unseren letzten Parteitag in Hamburg, wo Arnold und Erhard gemeinsam hierfür einstanden. Ich bin sehr glücklich, unserem heutigen Parteitag berichten zu können, daß die Parole von Hamburg in unserer Fraktion auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

Alle Politik, welche die Bildung von Eigentum auf breiter Basis anstrebt, welche Eigentum an Haus und Heim – insbesondere für die wachsende Familie – will, die aber auch an die Bildung von industrieller Ausstattung in Arbeiterhand herangeht, die so den Entproletarisierungsprozeß innerhalb der Industriearbeiterschaft nun zum endgültigen Abschluß führen will – muß dann aber auch darauf bedacht sein, daß die noch unabhängigen Schichten in unserem Volk – der private Unternehmer, der gewerbliche Mittelstand, die freien Berufe und die Bauern – nicht dem Sog der gewiß auch unentbehrlichen Großbetriebe erliegen. Festigung und Ausbau dieser selbständigen Existenzen durch die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen für alle wird die wichtigste gesellschaftspolitische Aufgabe der nächsten Zeit sein. Daraus ergeben sich die konkreten Fragen, die im Gesellschaftsrecht, auf dem Gebiet des Kreditwesens, im Steuerrecht, namentlich bei der Umsatzsteuer, nun in Angriff zu nehmen sind. Mehr wird hierzu morgen noch zu sagen sein.

Der Bundeshaushalt hat in diesem Jahre ein Gesamtvolumen von über 38 Milliarden DM erreicht. Wir sind mit unserem Freund Etzel einig, wenn er die finanzpolitische Lage ernst sieht und radikale Sparsamkeit verlangt. Unsere Freunde im Haushaltsausschuß des Bundestages – Dr. Vogel, Niederalt, Dr. Conring; ich nenne sie auch für die anderen – haben die Konsequenzen bereits gezogen. Der Rotstift ist bei den diesjährigen Etatberatungen zu seinem Recht gekommen, und ich möchte annehmen, daß der Parteitag dagegen nichts einzuwenden hat.

Der nächste Bundeshaushalt wirft schon seine Schatten voraus. Wir sind uns in der Bundestagsfraktion unserer Verantwortung für einen ausgeglichenen Haushalt bewußt und werden unseren Finanzminister darin unterstützen, den Ausgleich nicht über höhere Steuern, sondern durch das im privaten wie im öffentlichen Leben probate Mittel der Sparsamkeit zu finden.

45 Dabei ist die Lage, von der wir auszugehen haben, in etwa so: Auf der einen Seite steigende Ausgaben für die Sicherheit unseres Vaterlandes,

und ich bekenne mich offen zu der Überzeugung, daß die Deutsche Bundesrepublik, was sie zu ihrer eigenen Verteidigung und zur Verteidigung der freien Welt leisten kann, auch tatsächlich leisten muß. Auf der anderen Seite steht aber auch schon heute eine soziale Leistung, die sich wahrhaftig sehen lassen kann und die unserem Staat als sozialem Rechtsstaat alle Ehre macht. Ich meine, das sollten wir auch sagen, und zwar nicht ohne Stolz.

Wir wissen, daß jeder Pfennig, den der Staat ausgibt, vom Bürger verdient, erarbeitet werden muß. Es gibt eine Auffassung vom Staat, die meint, der Staat müsse ein perfektes Versorgungsinstitut sein. Das ist nicht unsere Auffassung; denn sie widerspricht dem Menschen. Die sozialen Leistungen des Staates müssen – ich betone es noch einmal – durchweg, von Notzeiten abgesehen – subsidiäre Leistungen sein. Die beste Sozialpolitik ist und bleibt eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik, an der alle, aber auch alle, teilhaben; (Beifall.) und lassen Sie mich dazu ein kurzes Wort sagen: Eine gesunde Wirtschaft ist im Gegensatz zu gewissen Tendenzen, die sich neuerdings sogar im Film breit machen, kein Unglück für einen Staat. Und es heißt die Dinge auf den Kopf stellen, wenn man so tut, als würde mit einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik in erster Linie die Unmoral großgezogen. Die Moral eines Volkes ist bei wirtschaftlicher Prosperität sehr viel weniger gefährdet als in Zeiten der Not.

Ich komme zur Sozialpolitik zurück. Das Ministerium Theo Blanks, unsere Sozialpolitiker im Arbeitskreis der Fraktion mit Peter Horn und Karl Hahn, unsere Mittelständler und Wirtschaftler mit Kurt Schmücker und Dr. Hellwig stehen vor einer Fülle dringender Fragen, von denen ich einige dem Parteitag wenigstens nennen möchte: Die Unfallversicherung, die so wichtige, aber auch ungemein schwierige Reform der Krankenversicherung, die, wie mir scheint, sehr notwendige Abstimmung auf dem Gesamtgebiet der sozialen Leistungen. Und außerdem all das, was unter den Begriff „Sozialordnung“ fällt; denn das Arbeitsministerium ist bekanntlich ein Ministerium für Arbeit und Sozialordnung geworden, und mit Recht erwarten die freien Berufe, die Ärzte, die Anwälte, die Journalisten, die Künstler und andere mehr, daß aus den neuen Zuständigkeiten des Arbeitsministers für sie nun effektiv etwas herauskommt.

Glauben Sie bitte nicht, daß ich dem Parteitag mit falschem Stolz eine neue Gesetzesflut ankündigen möchte. Ich bleibe bei dem, was ich schon in Hamburg gesagt habe: Nur so viele Gesetze wie unbedingt nötig, und dann gute und anwendbare Gesetze. Bei jedem Gesetz muß sich der Gesetzgeber dreierlei fragen: Erstens: Ist es unbedingt nötig? Zweitens: Was kostet es? Drittens: Wir sollten auch an den denken, der es ausführen, und an den, der es befolgen soll. Das käme dann dem Beamten zugute, dem Staate selber und nicht zuletzt dem Staatsbürger, so bei seiner Steuererklärung.

Im Rechtsausschuß des Bundestages mit seinem Vorsitzenden Matthias Hoogen wird allerdings schon bald eine gesetzgeberische Aufgabe in Angriff genommen werden müssen, über deren Notwendigkeit und deren Bedeutung kein Zweifel möglich ist. Ich meine die große Straf-

rechtsreform. Ich weiß vom Reichstag her, was eine Strafrechtsreform an Arbeit und Zeit verlangt.

Man möge einem Nichtjuristen, also einem Nichtzünftigen eine Anmerkung gestatten, von der er allerdings glaubt, sie sei doch nicht so ganz abwegig. Ich weiß nicht, wie der Entwurf im einzelnen aussieht, ich habe aber eine Bitte: Man sei nicht zu perfektionistisch. Man vergesse über allen Paragraphen nicht den Strafrichter selber. Man lasse Raum für „das Recht, das mit uns geboren“. Ich meine, das wäre auch ein Beitrag zum Kapitel „Gesellschaftsreform“ und sollte in gleicher Weise bei allen Beamten gelten.

Ich komme nun zu den beiden großen und in der Tat entscheidenden Auseinandersetzungen, in denen wir in diesem Jahr gestanden haben: Atomare Verteidigung und – dadurch ausgelöst – ein Verfassungskonflikt von allergrößter Tragweite! Man kann hierüber heute schon mit einem gewissen Abstand sprechen, ganz anders jedenfalls als nach jener Parlamentsnacht vom 23. Januar, die draußen im Lande mit Recht Unruhe, ein Gefühl der Unsicherheit und den Eindruck des Versagens hervorrief.

Was aber geschah dann? Die Debatte, die zwei Monate später stattfand, hat es gezeigt. Die Nacht vom 23. Januar war eine harte, eine unerbittliche Erfahrung für uns gewesen. Die Fraktion hatte, was sie noch lernen mußte aus ihr gelernt. Am 25. März, eine Minute vor Mitternacht, schloß der Präsident die letzte Sitzung des Deutschen Bundestages vor Ostern mit den besten Wünschen für einen guten Osterurlaub. Mit diesem Osterwunsch ging eine Debatte zu Ende, die an Gegensätzen, an Härte und Leidenschaft in der deutschen Parlamentsgeschichte ihresgleichen sucht. Sie hatte vier Tage gedauert.

Es ging um die Frage der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr. Diese Ausrüstung allerdings nicht unter allen Umständen, sondern nur dann, wenn die Welt weiterhin in Waffen erstarrt – es also nicht zu dem kommt, was wir immer und immer wieder als einen entscheidenden Beitrag zur friedlichen Lösung der Weltkonflikte in die internationale Diskussion stellen – wenn es nicht zu einer allgemeinen kontrollierten Abrüstung kommt. Zur Entscheidung im Bundestag stand also nicht, wie ein hoher Besuch in Bonn in einer Tischrede sagte, ein Gesetz, das festgelegt hätte: Die Deutsche Bundeswehr wird atomar ausgerüstet. Jetzt und sofort unter allen Umständen. Zur Debatte und zur Entscheidung stand – es sei wiederholt – die wichtige politische Frage, deren Antwort allerdings von der Weltmacht im Kreml zu geben ist. Fällt sie gegen die Abrüstung aus, dann soll die Bundesrepublik ermächtigt sein, im Rahmen und nach dem Maße der atlantischen Verteidigungsgemeinschaft die Deutsche Bundeswehr mit atomaren Waffen auszurüsten.

Unsere Fraktion hat diesen Beschluß einstimmig gefaßt. Ohne Fraktionszwang; denn es gibt bei uns bekanntlich keinen Fraktionszwang, wie es in den Parlamentsberichten nachzulesen ist. Leicht haben wir uns diesen Entschluß wahrhaftig nicht gemacht. Wir sind aber nach wie vor davon überzeugt, daß wir mit ihm der Sicherung des Friedens und unserer eigenen Sicherheit gedient haben. Entscheidungen wie diese sind nicht Entscheidungen des Tagtäglichen. Sie können nur aus dem

ganzen Ernst der Stunde und vor dem Gewissen gefunden werden. Solche Stunden sind eine Last und drücken schwer. Wer würde nicht wünschen, daß solche Fragen nicht gestellt würden! Wer möchte ihnen nicht ausweichen?

Wer aber für andere Verantwortung trägt – im Grunde trägt ein jeder für den Nächsten Verantwortung – wer, sagen wir es so, für andere eine besondere Verantwortung trägt – wie etwa der Vater für seine Familie, der Politiker, der gewählte Abgeordnete –, kann der einer solchen Frage überhaupt ausweichen? Die Atomwaffen sind da. Sie stellen durch ihr Vorhandensein auch an uns eine Frage, auf die wir antworten müßten. Ich sagte schon, daß unser Ziel die allgemeine kontrollierte Abrüstung sowohl der atomaren als auch der herkömmlichen Waffen ist. Wir stehen deshalb zu der Erklärung der Bundesregierung, jedes Abkommen, das die Großmächte auf dem Gebiet der Abrüstung treffen, unbesehen anzunehmen. Das Weitere aber ist – und hier haben wir sogar Professor Gollwitzer auf unserer Seite –, ich zitiere: daß „wir den gegenwärtigen Frieden dem gegenseitigen Abschreckungsgleichgewicht verdanken“. Wenn dem so ist, wie können wir dann politisch falsch handeln, wenn wir bis zu einer allgemeinen Abrüstung zu diesem Gleichgewicht beitragen? Kann ich es verantworten, mit meinem Nein der anderen Seite das Übergewicht zuzuspielen?

Wir haben die beschwörenden Worte, die aus besorgtem Gewissen an uns gerichtet wurden, sehr ernst genommen. Wir huldigen keiner wertfreien Politik. Wir wollen keine Privatisierung des Ethos und auch keine Minderung des Ethos in der Öffentlichkeit. Jedoch nimmt der christliche Politiker nun aber nicht die Bibel und holt aus ihr wie aus einem politischen Rezeptbuch die Antwort auf konkrete, in einer geschichtlichen Stunde gestellte Fragen. Die Geschichte der Kirche und der Politik hat zahllose, warnende Beispiele dafür, wohin das führt. Das endet mit einem Fanatismus des Utopischen und Revolutionären.

Wir haben uns zur Pflicht der Verteidigung unseres Volkes und seiner Freiheit bekannt, und zwar unter den heute gestellten Bedingungen. Wir haben das getan, um dem Frieden zu dienen. Vielleicht darf ich dieses Kapitel meines Berichtes mit den Worten des verehrten Bischofs Dr. Halfmann aus Kiel im Sommer dieses Jahres auf der Tagung des Evangelischen Arbeitskreises in Essen schließen: „Dem Politiker“, so sagt Bischof Halfmann, „ist eine der gewaltigsten Aufgaben der Geschichte gestellt. Das kann nur eine Politik sein, die den Krieg als Mittel der Politik auszuschalten versucht. Wer ist der Politiker? Wir alle sind das, sofern wir Staatsbürger sind. Wir alle müssen die Verantwortung mittragen und den exponierten Politiker in seinem besonderen Amt fühlen lassen, daß er von der gemeinsamen Überzeugung vieler getragen wird. Seine letzten Entscheidungen aber kann ihm keiner abnehmen. Sie muß er in der Einsamkeit des Gewissens vor Gott treffen.“ Wir haben das getan.

Und nun die Frage: Durfte sich der Gesetzgeber die Entscheidung über die Bewaffnung der Deutschen Bundeswehr vielleicht durch eine Volksbefragung abnehmen lassen? Das ist der Gegenstand des Verfassungskonflikts gewesen, über den ich nunmehr dem Parteitag kurz zu be-



Frau Dr. Jochmus, Dr. Krone und Oberkirchenrat a. D. Cillien im Gespräch während einer Sitzungspause.



Die Größe der Britischen
Konservativen Partei überbringt
Abgeordneter Peter Smithers.
Die britischen Konservativen waren
zum erstenmal auf diesem
Parteitag vertreten.

richten habe und der durch den Spruch unserer höchsten Instanz in Karlsruhe seinen Abschluß gefunden hat.

Von der Opposition wurde uns gesagt, eine Volksbefragung solle nur eine unverbindliche Meinungsäußerung der Wähler erbringen und sei kein Volksentscheid. Wir haben dem entgegengehalten – und das Bundesverfassungsgericht hat diese Auffassung bestätigt –, daß sich der Wähler gar nicht unverbindlich äußern kann.

Unser neuer Staat beruht auf einem gut abgewogenen Ausgleich von Autorität und Freiheit. Was wäre wohl inzwischen aus der Bundesrepublik geworden, hätten wir noch das System ständiger Kabinettswechsel? Durch das in unserem Grundgesetz verankerte, konstruktive Mißtrauensvotum ist eine Stetigkeit garantiert, die wir nicht aufs Spiel setzen, noch von anderen antasten lassen dürfen. Darum aber ist es der SPD bei der ganzen Volksbefragungsaktion gegangen. Diese Aktion war ein Versuch, das Ergebnis der dritten Bundestagswahl wieder umzustößen und auf diese Weise auch einen Regierungswechsel zu erzwingen. Mit gutem Grund hat der Parlamentarische Rat, dem bekanntlich auch prominente Sozialdemokraten mit maßgebendem Einfluß angehört haben, dem neuen deutschen Staat den Charakter einer repräsentativen Demokratie gegeben und Plebiszite ausgeschlossen, weil sie zu leicht von Demagogen ausgenutzt werden können. Deshalb sind die geplanten Volksbefragungen tatsächlich ein Anschlag auf unsere Verfassung gewesen. Sie haben aber noch eine andere höchst bedenkliche Seite gehabt; sie waren auch ein Versuch, durch von der SPD beherrschte Länderregierungen und Gemeindeparlamente in eine Kompetenz einzugreifen, die allein dem Bund zusteht.

Zur Ehre der deutschen Presse muß hier nun gesagt werden, daß sie – abgesehen von den sozialdemokratischen Parteizeitungen – nahezu einmütig die verfassungswidrigen Manöver der sozialdemokratischen Opposition verurteilt hat. Auch diejenigen Blätter, deren Wohlwollen uns im allgemeinen nicht gehört, durchschauten das Spiel und lehnten es in unterschiedener Weise ab. Weniger eindrucksvoll war für uns das Nein der Freien Demokraten, das nur mit verfassungspolitischen, aber nicht mit verfassungsrechtlichen Bedenken begründet wurde. Es war offensichtlich so formuliert, daß es der SPD nicht zu weh tun sollte.

Wenn Demokratie einen Sinn haben soll, dann ist eine Wahl eine Entscheidung über den Weg der vom Volk gewollten Politik. Dann ist die Wahl für den, dem das Volk seine Stimme gab, ein Auftrag.

Wer die Wahl gewonnen hat, wer sie dreimal im Bund und soeben auch in Nordrhein-Westfalen gewonnen hat, das steht wohl fest, und darauf wird das deutsche Volk und auch das Ausland bauen können. Ich sage das einmal, um sauber und ordentlich die Grenze zwischen Opposition und Regierungsmehrheit abzustecken. Ich sage es aber auch, um zu erklären, daß wir uns in der Bundestagsfraktion nicht nur der uns gebotenen Chance bewußt sind, sondern auch der Verantwortung, die die Wahlen uns auferlegt haben.

Die Opposition ist ein notwendiger Bestandteil der parlamentarischen Demokratie. Ich möchte hier in Kiel nun nicht all das wiederholen, was ich auf dem Hamburger Parteitag und im Bundestag über die Rolle der

Opposition ausgeführt habe. Ich möchte aber doch noch einmal unterstreichen, daß die Opposition für uns nicht lediglich der Gegensatz zur Regierung und zur Mehrheit im Parlament ist und daß sie sich selbst abwertet, wenn ihre Haltung nur darauf hinausläuft. Wir sehen in der Opposition die parlamentarische Vertretung eines Teiles des deutschen Volkes, und wir wünschen, daß sie mit ihren Überlegungen und Vorschlägen zu einer Politik beiträgt, die dem Ganzen dient.

Diese unsere Einstellung sollte allmählich auch der verehrte Vorsitzende der Freien Demokratischen Partei, Dr. Reinhold Maier, zur Kenntnis nehmen. Wir tun ihm bestimmt nicht den für seinen parteipolitischen Existenzkampf vielleicht erforderlichen Gefallen, uns zu einer Einheitspartei sattem bekannten Musters zu versteigen. Wie die Dinge in Deutschland nun liegen, geht es, so glaube ich, für eine nicht abzu-sehende Zeit um die Entscheidung zwischen der Christlich Demokratischen Union und den Sozialdemokraten. Darum also, wer von den zwei Parteien führt. Hieran wird der Liberalismus, auch wenn er parteibildend bleiben sollte, nichts ändern. Bei ihm zeigt sich wieder, daß es nie gut geht, wenn man auf zwei Tanzböden gleichzeitig tanzen will. Der Liberalismus gehört mit all seinen positiven und auch mit seinen negativen Seiten der Vergangenheit an. Er kann heute ganz einfach deshalb keine Aufgabe mehr erfüllen, weil diejenigen seiner Postulate, die richtig und notwendig waren, längst schon allgemeine Anerkennung gefunden haben.

Das haben wir kürzlich wieder bei den Gesetzen über die Lehrerbildung in Baden-Württemberg und Bayern gesehen. Diese Gesetze, zu denen wir unsere Freunde, die Ministerpräsidenten Dr. Seidel und Dr. Gebhard Müller, nur beglückwünschen können, haben die Zustimmung aller Parteien, der beteiligten Verbände und der beiden Kirchen erhalten. Die Union hat sich hier erneut als eine Partei der Toleranz erwiesen, als die Partei einer Liberalität, die sich als der einzig gangbare Weg in der konfessionellen Gespaltenheit unseres Volkes ergibt. Der Staat kann diese Spaltung nicht überwinden. Hier führt kein Zwang in irgendeiner Form weiter. Wir können nur hoffen, daß alle Liberalen liberal genug sind, nach diesem Beispiel von Stuttgart und München zu verfahren.

Wenn ich vorhin sagte, daß die Entscheidung über die politische Führung auf absehbare Zeit nur zwischen den beiden großen Parteien liegt, so habe ich damit keine Gräben aufreißen wollen. Natürlich haben wir uns nach dem Stuttgarter Parteitag der SPD die Frage stellen müssen, wer dort nun eigentlich Sieger geblieben ist, ob man die Tür nach rechts zugeschlagen hat und ob wir so etwas wie eine unzeitgemäße Renaissance des Marxismus und seiner Ideologie zu verzeichnen haben. Das sind nämlich nicht nur Probleme der deutschen Sozialdemokratie, sondern echte Probleme der deutschen Politik.

Unser Wunsch geht nicht dahin, daß sich die ideologischen Gegensätze in Deutschland noch verschärfen. Wir können diesen Wunsch deshalb nicht haben, weil eine solche Verschärfung der Gegensätze das Ringen um die staatliche Einheit Deutschlands ungeheuer erschweren und vielleicht sogar aussichtslos machen würde. Wir leben in einem geteilten Vaterland. Diese Teilung beruht ausschließlich auf äußerer Gewalt. Sie

teilt nicht unser Volk. Sie trennt nicht die Herzen. Daß das auch heute noch so ist, ist eine große Hoffnung für uns alle. Deshalb werden wir auch weiterhin um der Einheit Deutschlands willen Gemeinschaft mit allen suchen, die wie wir die Einheit in Frieden und in Freiheit wollen.

Der demokratische Sozialismus ist in Europa ohne Zweifel eine Erscheinung innerhalb der freien Welt. Er hat seine Bedeutung. Er steht im Kampf gegen die kommunistische Gefahr auf der Seite der Freiheit, und nichts liegt uns ferner, als ihn auf die andere Seite abdrängen zu wollen. Indessen – und das erfüllt uns mit tiefer Sorge – ist nicht zu bestreiten, daß nicht alle, die sich in Deutschland zum demokratischen Sozialismus bekennen, aus diesem Bekenntnis die gleichen Konsequenzen ziehen, die gezogen werden müssen. Das ist eines der größten und ernstesten Probleme der deutschen Politik.

Die sozialdemokratische Parteiführung ist zwar außerordentlich empfindlich, wenn sie von uns hierauf angesprochen wird, wird es aber auch in Zukunft hinnehmen müssen, daß wir, was uns besorgt macht, mit größter Offenheit zum Ausdruck bringen. Mit einem Vertuschen der unser Land bedrohenden Gefahren kommen wir nicht weiter, und wer um der Einheit der eigenen Partei willen die in ihr auftretenden Tendenzen, statt sie auszuräumen, einfach verleugnet, wird mehr und mehr in die Abhängigkeit von diesen Tendenzen geraten. Dann aber ist der Tag nicht mehr fern, wo man sich in Moskau und in Pankow sagen wird, daß das deutsche Volk aufgehört hat, eine Einheit zu sein, daß es, innerlich gespalten und zerrissen, nun reif für die Bolschewisierung geworden ist.

Wir sind im Bundestag eine sehr große Fraktion. Ich nehme die Berliner Abgeordneten dazu, weil ich Berliner bin, Herr Bundeskanzler. Von 519 Abgeordneten sind wir heute 279. Es sind also seit der Septemberwahl noch einige Kollegen hinzugekommen. Vielleicht hat auch das etwas mit dem Zug zur Konzentration zu tun. Das aber ist nun das Interessante an diesem Zug zu den großen Parteien, daß an ihm auf keinen Fall das geltende Wahlgesetz – die einen würden sagen, die Schuld trägt, die anderen – das Verdienst hat. Auch kein böser Wahlarithmetiker der CDU hat hier seine Hand im Spiel. Hier spricht der Wähler! Es geht eine Strömung durch unser Volk, die der deutschen Demokratie und ihrer weiteren Stabilisierung nur dienlich ist. Lassen Sie mich daraus einen Schluß ziehen. Unser Volk hat es mit der inneren Zersplitterung einfach satt. Es hat sich damit politisch einsichtiger erwiesen als manche Parteien und Parteipolitiker, die den demokratischen Staat vor lauter Bäumen nicht mehr sahen.

Ich muß jetzt ein Wort über unsere Fraktionsarbeit selber sagen. Zu Beginn unserer parlamentarischen Arbeit schrieben einige Zeitungen, in unserer Fraktion würde die Arbeit durch die Altingesessenen monopolisiert, die neuen Kollegen kämen nicht zu Worte. Ein ernster Vorwurf! Ich könnte mich gegen den Vorwurf verteidigen und darauf hinweisen, daß es schon einiger Zeit bedarf, um sich unter 279 Kollegen kennenzulernen, und daß eine so große Fraktion sich in die parlamentarische Arbeit erst einspielen muß. Ich will mich aber nicht verteidigen, sondern darauf verweisen, daß das Bild sich inzwischen geändert hat.

51 Neben die alten parlamentarischen Größen sind neue und junge Kolle-

gen getreten. Wir haben in kurzer Zeit erreicht, was notwendig war. An dieser Zusammenarbeit unter uns, zwischen den Alten und den Neuen, wird die Fraktion festhalten. Immer wieder schütteln einige die Köpfe, wenn ein Neuer nach vorn tritt und gar Minister wird. Ich bin der letzte, der der jungen Generation in der Politik die Türe zur Verantwortung verbaute, eine Fraktion kann nicht genügend acht darauf geben, daß die Bahn für junge Kräfte freigemacht wird.

Noch eins will an dieser Stelle gesagt sein. Zwischen Regierung und Fraktion besteht ein gutes Verhältnis gegenseitigen Vertrauens und immer besser werdender Zusammenarbeit. Ich weiß, daß von beiden Seiten alles geschieht, daß dieses gute Verhältnis bleibt.

Wenn ich das sage, so heißt das nicht, daß die Fraktion der verlängerte Arm der Regierung ist. Die Fälle sind bekannt, da die Fraktion sich gegen geplante Gesetzentwürfe ausgesprochen hat. Solche Fälle wird es immer einmal geben. Das gehört zum Wesen einer funktionierenden und lebendigen Demokratie. Sie sind keine Sensationen und bieten keinen Anlaß zu hintergründigen personellen Spekulationen. Lassen Sie mich aber auch ebenso offen sagen, daß die Fraktion Wert auf die Feststellung legt, daß Ausnahmen eben Ausnahmen sind und daß die Regel der enge Kontakt, das gegenseitige Gespräch und die Debatte mit der Regierung ist. Darauf legen wir Wert, und darin liegt auch die Chance unseres Erfolges. (Beifall.)

Auf eine gute Zusammenarbeit mit unseren Freunden im Bundesrat und in den Ländern legen wir größtes Gewicht. Wir tun das aus Überzeugung, weil wir Föderalisten sind, doch keine Zweckföderalisten, die morgen wieder Zentralisten sein können. Wir tun das aber auch aus Klugheit. Wie könnte das anders sein, wo wir, die wir in der Bundestagsfraktion aus Mitgliedern zweier selbständiger und eigengewichtiger Parteien bestehen, jeden Tag wie in einem Anschauungsunterricht praktisch erweisen müssen und auch erweisen, was Föderalismus ist und was er sein will.

Wir arbeiten mit unseren Freunden von der bayrischen Christlich-Sozialen Union aufs beste zusammen. Nicht nur der Fraktionsvorsitzende mit dem Landesgruppenvorsitzenden, dem klugen Hermann Höcherl, sondern auch mit unseren parlamentarischen Geschäftsführern Rasner, Wacher und Rösing, denen ich hier ein besonderes Wort des Dankes sagen möchte. (Beifall.)

Ich spreche mich hier auf dem Parteitag in Kiel erneut für eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Ländern, zwischen der Bundestagsfraktion und unseren Freunden in den Ländern aus. Gehen wir in diesem Geiste des Vertrauens an die Arbeit, dann werden wir gemeinsam auch Aufgaben meistern, die bisher unbewältigt blieben, an die wir aber im Interesse von Bund und Ländern herangehen müssen.

Gestatten Sie mir nun ein Wort über unser Verhältnis zu den Organisationen und Gruppen, die ich unsere „außerparlamentarischen Partner“ nennen möchte. Wir stehen alle in einem Beruf. Wir gehören Schichten und Ständen an, die ihre Interessen haben und sie auch vertreten, mit Recht vertreten. Die Interessen haben ihr Recht und ihren Platz bei uns.

Wir schieben sie nicht beiseite. Wir setzen uns mit ihnen auseinander. Das gehört zu einer Volkspartei, die aus den Kräften des Volkes lebt und sie in sich aufnimmt. Interessen werden aber Gift, wenn sie sich absolut setzen. Darum kann der Interessent nie das letzte Wort in der Politik haben. Über dem Teil steht das Ganze. Es ist Sache der Politik, der politischen Führung, die Interessen im Rahmen des Ganzen zu sehen und vom Volksganzen her zu entscheiden. Daß wir das immer wieder getan haben, hat uns nicht nur nicht geschadet, sondern ist vom Volk auch verstanden und bejaht worden. Wir werden diesen Weg weiter gehen.

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß sogar die überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmer nicht organisiert ist und daß der Deutsche Gewerkschaftsbund weniger als ein Drittel unserer Arbeitnehmer repräsentiert. Ich sage das nicht in einem den DGB abwertenden Sinne, sondern schildere die Lage, wie sie tatsächlich ist. Konsequenzen aus ihr zu ziehen, ist in erster Linie Sache der DGB-Führung selber. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat geglaubt, in der Auseinandersetzung über die atomare Verteidigung Position beziehen zu müssen. Er geriet deshalb in eine Krise, weil er sich dem Druck der Sozialdemokraten nicht entziehen konnte. So ist er damals auf einen Weg eingeschwenkt, der nichts anderes zur Folge haben konnte, als daß ein Keil in diesen Verband getrieben wurde. Vielleicht hat man das gewollt. Einige der Gewerkschaftsführer und auch führende Sozialdemokraten wollen es bestimmt. Sie wollen die sozialistische Richtungsgewerkschaft. Die DGB-Führung aber muß sich fragen, ob sich damit ihre Chancen bei der nichtorganisierten Arbeitnehmerschaft erhöhen. Die Wahlergebnisse müßten ihr zu denken geben. Die sozialen Zustände, die Marx als Bausteine zu seinem Lehrgebäude des Klassenkampfes und der Verelendungstheorie gedient haben, existieren nicht mehr. Wer noch am Marxismus festhält, geht mit der sozialen Entwicklung nicht mit. Er ist ein Mann des 19. Jahrhunderts, das in seiner Ideologie überholt ist. (Beifall.) Eine Gewerkschaftsbewegung, die mit parteipolitischer Gebundenheit an die Sozialdemokratie und unter Beibehaltung überholter marxistischer Doktrinen eine Einheitsgewerkschaft glaubt aufrecht erhalten zu können, gibt sich einer großen Täuschung hin. Nichts ist falscher als die Behauptung einzelner Gewerkschaftsführer, der Deutsche Gewerkschaftsbund würde, wenn er politische Neutralität üben würde, gewissermaßen sich selbst entmannen.

Was jede Bewegung in Deutschland – auch der Deutsche Gewerkschaftsbund – für sich in Anspruch nehmen kann, das ist das Recht, sich schützend vor unsere freiheitliche, demokratische Grundordnung zu stellen. Wenn sie jemals in Gefahr geraten würde, hätte jeder Staatsbürger sogar die Pflicht, sie gegen innere wie gegen äußere Feinde zu verteidigen. Das aber ist etwas ganz anderes als die Frage der politischen Neutralität. Wenn der Deutsche Gewerkschaftsbund mit dieser Verpflichtung bricht – er hat schon oft genug und stets zu seinem Schaden gegen sie verstoßen – dann ist das – darüber muß er sich im klaren sein – der Bruch auch mit Millionen Arbeitnehmern, die nun einmal nicht sozialdemokratisch wählen wollen (starker Beifall) und die von einer deutschen Gewerkschaftsbewegung etwas anderes erwarten als ein Sich-Schleppen-lassen im parteipolitischen Fahrwasser.

Und kann es die DGB-Führung mit ihren von ihr selbst immer wieder herausgestellten Pflichten gegenüber unserem demokratischen Staat vereinbaren, wenn sie auf diese Weise in Gegensatz zur Mehrheit des vom Volk gewählten Bundestages und der vom Vertrauen dieser Mehrheit getragenen Regierung gerät? Sollte es nicht um unserer Demokratie willen selbstverständlich sein, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund Beschlüsse des Bundestages respektiert, statt sich an oppositionellen Aktionen gegen solche legale Entscheidungen zu beteiligen. Wir wünschen uns eine starke, eine unabhängige, eine wirklich moderne Gewerkschaft. Wir haben nichts dagegen, wenn sie sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für das Interesse der Arbeitnehmer einsetzt. Das ist ihr gutes Recht und sogar ihre Pflicht. Es muß sich aber um solche Interessen handeln, die nicht aus dem Vokabular einer überlebten Ideologie entnommen sind, sondern der neuen gesellschaftlichen Position des deutschen Arbeiters entsprechen. Wir können es nicht verstehen, daß uns ausgerechnet von gewerkschaftlicher Seite immer wieder Steine in den Weg gelegt werden, wenn wir eine Gesellschaftspolitik betreiben, wie sie gerade auch der Arbeitnehmer in Deutschland heute fordert, als freier Staatsbürger in einem freien Staat. (Beifall.)

Es scheint mir kein absurder Gedankensprung zu sein, wenn ich hier ein Wort über unsere Bundeswehr anschließe. Wir haben die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Wir haben eine Berufsarmee ausdrücklich – und seltsamerweise im Gegensatz zur heutigen SPD – abgelehnt; denn wir wollen Soldaten aus allen Schichten der Bevölkerung. Wir wollen eine Bundeswehr, die überall, auch in der Arbeiterschaft, wurzelt. Der Staat, so glaube ich, ist gelungen. Die Bundeswehr ist kein Fremdkörper in unserem Staat, sondern der politischen Führung untergeordnet. Sie verdient unser Vertrauen und unsere Unterstützung. Sie wissen, daß wir bei der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht der Forderung nach einem parlamentarischen Wehrbeauftragten stattgegeben haben, weil auch wir es für nützlich hielten, dem Bundestag auf diese Weise den denkbar engsten Kontakt mit der Entwicklung in der Bundeswehr zu ermöglichen. Es hat mich gefreut, daß unlängst ein sozialdemokratisches, angesehenes Mitglied des Verteidigungsausschusses der Überzeugung Ausdruck gegeben hat, man könne nun doch auf den Wehrbeauftragten verzichten. Zwar ist diese Auffassung nicht auch von der sozialdemokratischen Parteispitze gebilligt worden. Sie zeigt aber doch, daß das anfängliche Mißtrauen gegen die Bundeswehr nun auch in sozialdemokratischen Kreisen im Abklingen ist. Was unsere Freunde Theo Blank und Franz-Josef Strauß geleistet haben, findet damit eine verdiente Anerkennung. (Beifall.) Ich möchte diese Anerkennung aber auch unseren Offizieren und Unteroffizieren nicht vorenthalten.

Die Frage ist allerdings, ob uns der Verzicht auf den Wehrbeauftragten nun tatsächlich weiter bringen kann. Ich will diese Frage hier nur stellen und nicht auch schon beantworten. Sie wird von unseren Freunden im Verteidigungsausschuß noch eingehend geprüft werden müssen. Worauf es mir, wenn ich das sage, in erster Linie ankommt, das ist eine Änderung der Haltung bei denen, die die Aufstellung der Bundeswehr als ein für den demokratischen Staat gefährliches Risiko betrachtet haben. Die

Bundeswehr hat heute einen Anspruch darauf, als das gewertet zu werden, was sie ist. Ihre Angehörigen sind unsere deutschen Soldaten, die eine harte, aber leider unerlässliche Pflicht erfüllen. Ich habe bereits, als ich vom Haushalt sprach, darauf hingewiesen, daß wir den finanziellen Lasten, die die Sicherheit der Bundesrepublik verlangt, nicht ausweichen können. Aber damit allein ist es nicht getan, obgleich es ein großer Fortschritt wäre, wenn die SPD nun wenigstens ihr prinzipielles Nein zum Verteidigungshaushalt aufgäbe; denn dieses Nein zieht die Bundeswehr fast zwangsläufig in parteipolitische Auseinandersetzungen hinein, die weder ihr noch unserem Staat gut bekommen. Die Bundeswehr ist zu unser aller Schutz da. Sie gehört weder der CDU noch der Regierung. Sie dient keiner Gruppe und keiner Partei, sondern dem Ganzen. Deshalb muß der Bundestag in seiner Gesamtheit ein positives Verhältnis zu ihr haben. Staat und Armee dürfen einander nicht fremd werden.

Meine Damen und Herren! Am 1. Oktober wird der Deutsche Bundestag erstmalig nach der Sommerpause in Berlin wieder zusammentreten. Es sind jetzt zehn Jahre her – es war um die Jahreswende 1947/48, als es in der sowjetisch besetzten Zone zwischen der Besatzungsmacht und den Deutschen dort zum endgültigen Bruch kam. Zwei Jahre vorher hatte Walter Ulbricht, der mit den Soldaten der Sowjetmacht aus Moskau nach Berlin gekommen war, in einer Versammlung in der Berliner Stadthalle vom Lebensrecht des deutschen Volkes, von seinem Recht auf Freiheit und von der Demokratie als Staatsform für den neuen deutschen Staat gesprochen. Nicht alle, die damals in der Zone Verantwortung hatten, haben sofort den Mißbrauch erkannt, der mit den Worten Recht, Freiheit und Demokratie von Ulbricht getrieben wurde. Ich müßte viele nennen, die damals in Berlin und in der Zone ihren schweren Kampf um die Freiheit gekämpft haben. Ich nenne nur einen, der, weil er erkrankt ist, nicht unter uns sein kann, und dessen größtes Verdienst der unentwegte und unerschrockene Kampf gegen die Tyrannei in jeder Form und für das Recht war, unser Freund Jakob Kaiser. (Lebhafter Beifall).

Es kam zwischen der sowjetischen Besatzungsmacht und uns zum Bruch, als wir die Oder-Neiße-Linie als Friedensgrenze anerkennen und zur Volksdemokratie, jener kommunistischen Farce einer Demokratie, „Ja“ sagen sollten. Wir haben zu beiden Forderungen der Sowjetmacht „Nein“ gesagt, und wir halten an diesem Nein unentwegt fest. (Beifall.) Mag auch die Tür zur Heimat jetzt verschlossen sein, mag die Zahl der Flüchtlinge aus der Zone sich noch steigern, – das Recht unseres Volkes auf Heimat, auf Einheit und Freiheit ist und bleibt für uns unerschütterlich. Es ist der Leitgedanke unserer Politik. (Starker Beifall.)

Wir werden uns in Berlin mit der Lage in der sowjetisch besetzten Zone zu befassen haben, die unerträglich geworden ist. Ulbricht und seine Gruppe haben das Programm der restlosen Durchführung des Kommunismus verkündet. Der dialektische Materialismus ist die Grundlage des Kampfes gegen Gott und sein Gebot, gegen Gottes- und Menschenrecht. Die Zone erlebt heute einen Kampf gegen Christentum, gegen Religion und Gewissensfreiheit wie nie zuvor. Da bleibt für Tausende und Aber-tausende nur noch die Flucht. Dieser Flüchtlingsstrom, der nun schon seit

Jahren andauert, bedeutet mehr, als irgendeine Abstimmung zum Ausdruck bringen könnte. Er ist, was man im Kreml endlich bedenken sollte, eine Niederlage auch für die sowjetische Politik in der Zone. Wir, die wir die Freiheit dazu haben, werden nicht darauf verzichten, deshalb nicht nur an unsere Verbündeten, sondern an die gesamte Welt zu appellieren. Deutschland hat heute wieder viele Freunde in der Welt. Wir stehen nicht allein da, wenn wir gegen das Unrecht, das unserem Volke angetan wird, aufbegehren. Hinter unserer Forderung nach Recht, Freiheit und Einheit stehen 70 Millionen Deutsche, die – wir sagten es Herrn Mikojan, als er hier war, – auch mit dem russischen Volke in Frieden und guter Nachbarschaft leben wollen, die aber, wie sie dem russischen Volke ihr Recht auf ihr staatliches Leben zubilligen, genau so das gleiche Recht auf Freiheit für sich selber beanspruchen. (Beifall.)

Die Grundsatzentscheidungen auf dem Gebiete der Außenpolitik sind gefallen und von der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes anerkannt worden. Wir können nichts Besseres tun, als an dieser Außenpolitik festzuhalten, und wir werden das auch tun, heute und morgen. Wenn morgen der ganze Tag Aufgaben der Innen- und Gesellschaftspolitik zugedacht ist, so wird das keiner dahin auslegen dürfen, daß für uns Fragen der Außenpolitik oder gar die deutsche Frage auch nur um ein Weniges an Bedeutung und Vorrang verloren hätten. Sie sind und bleiben die Lebens- und Existenzfragen unseres deutschen Volkes. Doch das glauben wir auch, daß zu ihrer Lösung nicht nur die volle Zustimmung des deutschen Volkes notwendig ist – die ist da, – nicht nur ein stetes, geduldiges, jede Chance ausnützendes, jeden Vorschlag prüfendes, kluge Initiativen entwickelndes außenpolitisches Arbeiten gefordert wird, sondern daß dazu auch ein im Inneren geordneter und gesicherter Staat, ein an echten Lebenswerten orientiertes Volk und ein auf Freiheit und Recht aufgebafter, gut geordneter Gesellschaftsaufbau unseres Volkes gehören. Diese Erfordernisse sind Vorbedingung für eine Lösung der deutschen Frage. Sie allein ermöglichen es uns auch, auszuharren in ständiger, initiativer Arbeit, aber auch in der Ruhe und Festigkeit, deren stärkstes Fundament eine unerschütterliche Sicherheit und Geborgenheit im letzten ist.

Hier hat das Bild seinen Platz, das jene Zehntausende von Frauen boten, da sie unter den Spruchbändern des atheistischen Kommunismus vor der Hedwigskirche in Ost-Berlin so selbstverständlich und ganz anspruchslos in der Gemeinschaft der Gemeinde nichts anderes wollten und taten, als Gott zu loben und zu preisen. Wem noch nicht das Leben eines Christen in seinem Wert für unser Volk aufgegangen ist, der konnte es hier erfahren, der kann es tausendfach erfahren, wo Christen beider Kirchen in einer sich von Tag zu Tag verstärkenden Christenverfolgung Zeugnis für Gott ablegen und einander helfen. (Beifall.)

Soll ich hier Anklage gegen die Sowjetunion erheben? Ich tue es nicht. Ich will nur die Vernunft der sowjetischen Staatsmänner anrufen. Was in Mitteldeutschland geschieht, ist ein furchtbares Unrecht, das dem ganzen deutschen Volk angetan wird. Es gibt keine zwei deutschen Staaten, sondern nur ein einziges Deutschland, und dieses ganze Deutschland leidet. Warum will nicht auch die Sowjetunion sich endlich mit ihm versöhnen?

Wir sind bereit, alles, was in unseren Kräften steht, für diese Versöhnung zu tun. Nur eins darf man von uns nicht verlangen: Daß wir dem Regime in der Zone auch nur den kleinen Finger reichen, damit es seine Existenz rettet. Wir wollen weder Rache nehmen, noch sonstwie abrechnen. Aber wir wollen die Einheit Deutschlands, seine Freiheit und den Frieden.

Noch ein letzter Gedanke; er mag unpolitisch klingen; er ist es aber nicht: Von Theodor Haecker stammt das Wort, daß alle Unordnung in der Welt mit der Unordnung im Denken beginne, und daß vom Denken her die Umkehr kommen müsse. So sehr ich mich diesem Satz verbunden fühle, ich glaube, er allein genügt nicht, auch nach Haecker nicht; er genügt vor allem in dieser Zeit nicht. Unsere Zeit lebt in einem Dynamismus sondergleichen, in einer Spannungsgeladenheit und Sorge, wie selten zuvor. Was vermag das Denken, wenn der Teufel in der Welt los ist. Mit den Ideologien des 19. Jahrhunderts und ihrem Messianismus kommen wir nicht hin. Das haben wir bitter erfahren. Wir gleichen auslaufenden Fässern. Der Aufstand des Menschen, der sich selbst erlösen wollte, ist gescheitert, gescheitert an jedem Teil der Welt, der die Freiheit des Gedankens und des Wortes hat und sie verteidigt. Noch nicht gescheitert ist der Glaube an die Selbsterlösung des Menschen, sondern von brutaler Macht allein gehalten, und in voller Virulenz, in jenem Teil der Welt, den der Bolschewismus unterworfen hat, mit heute fast einer Milliarde Menschen.

Im Altertum gab es der Sage nach einen Mann, der legte seine Mitmenschen auf ein Bett, und wenn einer für das Bett zu lang war, dann sägte er ihm die Beine ab. War einer aber zu kurz, so streckte er ihm die Glieder so lange, bis auch dieser in das Bett paßte. Dieser Mann aus dem Altertum, der sich den Menschen und die Welt zurechtschnitt, ist noch immer nicht ausgestorben; auch der nicht, der das mit Säge und Schraube tut. Er ist wohl unsterblich, solange es Menschen gibt. Mit ideologischen Neukonstruktionen kommen wir auch nicht weiter. Der Mensch ist eben anders gebaut, als ihn die Konstrukteure des Utopismus haben wollen. Von der Politik, vom Staat her, können wir nur einen Teil dazu beitragen, daß die Welt in Ordnung kommt. Daß sie anders wird, daß sie besser wird – ein Gedanke, der noch gar nicht einmal haltbar ist –, dazu bedarf es noch anderer und letzter Kräfte.

Mit einem Wort von Blaise Pascal hat im vorigen Jahr Eugen Gerstenmaier seinen Vortrag geschlossen. Er sprach von der Erfahrung, daß die Gerechtigkeit in dieser Welt ohnmächtig sei ohne die Macht. Lassen Sie mich mit einem Pascal ergänzenden, heute furchtbar aktuellen Wort Theodor Haeckers schließen, in seinem Buch über Vergil nachzulesen. Er fordert uns in dieser unheilvollen Zeit auf, das Kreuz zu schlagen, ehe es uns erschlägt.

Was ist der Sinn der Politik heute anderes, als zu ihrem Teil dazu beizutragen, daß wir diese Stunde bestehen, daß Friede, Freiheit und Gerechtigkeit werden und gesichert bleiben, auch für unser deutsches Volk und Land.

Präsidentin Frau Dr. Jochmus:

Ich danke Ihnen, Herr Dr. Krone, sehr herzlich für Ihr weitgefaßtes Referat.

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, habe ich das Vergnügen, Ihnen mitzuteilen, daß inzwischen ein weiterer ausländischer prominenter Gast eingetroffen ist, und zwar Herr Staatsminister A. E. de Schryver, Präsident der Internationalen Union Christlicher Demokraten. (Lebhafter Beifall.)

Ich darf Ihnen herzlich für Ihre Teilnahme an unserem Parteitag danken. Nunmehr bitte ich, das Wort zu seinem Referat zu nehmen Herrn

Ministerpräsident Dr. Meyers:

Herr Bundeskanzler! Freunde in der Union! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bericht, den ich Ihnen namens des Bundesvorstandes erstatte, steht unter dem Zeichen zweier außergewöhnlicher Erfolge unserer Union. Was vor 1933 weder im Reich noch in den Ländern und nach 1945 weder im Bund noch in den Ländern auf demokratische Weise und mit den Mitteln einer demokratischen Wahlausinandersetzung möglich gewesen ist, hat die Christlich Demokratische Union bei der Bundestagswahl und bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen erreicht: Mehr als die Hälfte der Wähler gaben unseren Kandidaten ihre Stimme. Damit ist die Union zu einem Höhepunkt der Entwicklung gekommen, wie ihn selbst viele von uns nicht zu erhoffen wagten. Ich brauche nicht besonders zu betonen, daß ihr damit aber zugleich auch ein außerordentlich hohes Maß an Verantwortung zugefallen ist – Verantwortung gegenüber sich selbst, Verantwortung gegenüber den Wählern, vor allem aber Verantwortung gegenüber der deutschen Demokratie. In einer von Schwierigkeiten und Problemen erfüllten Welt, in der gewaltigsten weltpolitischen Auseinandersetzung der Neuzeit, umgeben von vielen, für den Bestand unseres Volkes und Staates furchtbaren Gefahren, trägt die Christlich Demokratische Union den größten Teil der Verantwortung für das politische Schicksal aller Deutschen. Sich hierin zu bewähren, ist für sie die entscheidende Aufgabe.

Wie sieht es nun in der Organisation der Union aus? Herr Bundesgeschäftsführer Dr. Heck hat nach seiner Wahl zum Bundestagsabgeordneten sein Amt niedergelegt. Er hat in jahrelanger zielstrebigere Tätigkeit seine ganze Kraft, seine Initiative und seine organisatorische und politische Begabung der Christlich Demokratische Union zur Verfügung gestellt. Es ist mir ein besonderes Bedürfnis, ihm auch von dieser Stelle den aufrichtigen Dank und die uneingeschränkte Anerkennung des Bundespartei Vorstandes zum Ausdruck zu bringen. (Beifall.) Als Nachfolger von Herrn Dr. Heck hat Herr Dr. Kraske die Leitung der Bundesgeschäftsstelle der VDU übernommen. Ich darf ihm für seine verantwortungsvolle Tätigkeit besten Erfolg wünschen.

Die Christlich Demokratische Union hat zur Zeit 18 Landesverbände und 396 Kreisverbände. Seit dem letzten Bericht auf dem Bundesparteitag in Stuttgart 1956 sind 9 Kreisverbände und 100 Ortsverbände neu hinzugekommen. Der Zusammenschluß der christlichen Kräfte im Saarland ist bislang noch nicht zustande gekommen. Die positiven Kräfte in der

CDU-Saar und der CSU-Saar wollen die Zusammenführung. Es bedarf der Klarstellung, daß sich derjenige, der sich diesem Ziel widersetzt, nicht zu uns gehört. Nachdem die vorbereitenden Besprechungen zu einer weitgehenden Übereinstimmung der Standpunkte geführt haben, erwartet der Bundesvorstand, daß die endgültige Regelung nunmehr alsbald und ohne weitere Verzögerung erfolgen wird.

Die Arbeit auf der untersten Organisationsstufe, also in den 396 Kreisverbänden, wird geleistet von 202 hauptamtlichen Kreisgeschäftsführern, 29 nebenberuflichen und 49 ehrenamtlichen Geschäftsführern. Da bei den ständig gewachsenen Anforderungen die Arbeit von ehrenamtlichen und nebenamtlichen Kräften nicht hinreichend getan werden kann, wird man davon ausgehen müssen, daß praktisch nur jedem zweiten Kreisverband ein eigener Kreisgeschäftsführer zur Verfügung steht. Dieser unbefriedigende organisatorische Zustand wird noch dadurch verschärft, daß die einzelnen Landesverbände verschieden gut durchorganisiert sind.

Wir haben eine Untersuchung über die hauptamtlichen Mitarbeiter durchgeführt. Sie hat ergeben, daß die Union in der Gefahr steht, überalterte Geschäftsführer zu erhalten. Die Frage geeigneten Nachwuchses wird daher – auch unter Berücksichtigung der unzureichenden Versorgung der Kreisverbände durch Kreisgeschäftsführer – immer dringender. Die Lösung dieser Frage hängt aber entscheidend von der Regelung des Einkommens und der Altersversorgung der Geschäftsführer ab. Das Einkommen der Kreisgeschäftsführer ist noch in sehr vielen Fällen unzureichend: 13 Prozent der Kreisgeschäftsführer erhalten unter 400,- DM Gehalt. Weitere 35 Prozent liegen unter 600,- DM. Die Gehälter sind insbesondere unter Berücksichtigung der Tatsache als schlecht anzusehen, da die weitaus meisten Kreisgeschäftsführer, nämlich Vierfünftel, verheiratet und von diesen wiederum 90 Prozent Familienväter sind. Mit der Altersversorgung der Kreisgeschäftsführer steht es ebenfalls schlecht: Dreiviertel aller Kreisgeschäftsführer haben keine über die Angestelltenversicherung hinausgehende Altersversorgung. Nur etwa 15 Prozent der Kreisgeschäftsführer sind zugleich Mandatsträger für die Union, und zwar auf kommunaler Ebene. Ein einziger Kreisgeschäftsführer ist Landtagsabgeordneter, keiner ist Mitglied des Bundestages. Aus diesen Zahlen ergibt sich deutlich, daß im Unterschied zur SPD die hauptamtlichen Mitarbeiter der Christlich Demokratischen Union nicht in politische Stellungen delegiert und durch Mandate belohnt werden. Andererseits bedarf es nach den oben angeführten Zahlen keiner Erklärung mehr, warum Nachwuchssorgen bestehen und warum der organisatorische Zustand der Union auf der untersten Ebene vieles zu wünschen übrig läßt.

Der Mitgliederbestand der Union hat sich seit dem Stuttgarter Parteitag nicht wesentlich geändert. Zugänge und Abgänge halten sich in etwa die Waage. Man wird für die Christlich Demokratische Union und die Junge Union nach wie vor von etwa 300 000 Mitgliedern ausgehen können. Zu meinem besonderen Bedauern kann ich keine exakte Zahl nennen. Die Mitgliederbewegungen in den Kreis- und Landesverbänden werden vielleicht zu unterschiedlich und sporadisch mitgeteilt. Auch ist es nicht von

der Hand zu weisen, daß die Mitgliedermeldungen hier und da nicht mit dem nötigen Ernst erfolgen. Zudem hat die Union auch einen viel zu hohen – wie ich es einmal nennen möchte – Wanderungsverlust. Mitglieder, die ihren Wohnsitz – sogar innerhalb eines großen Stadtbezirks – wechseln, gehen vielfach verloren. Hier kann nur die Einrichtung einer zentralen Mitgliederkartei Abhilfe schaffen, wie sie etwa die italienische Democrazia besitzt.

Zwischen der politischen Stärke der Christlich Demokratischen Union und der Zahl ihrer Mitglieder besteht kein vernünftiges Verhältnis. Je größer die Wahlerfolge der Union wurden, desto sichtbarer ist sie von einer Mitgliederpartei zu einer Wählerpartei geworden. Jeder zweite Wähler, der Ihnen auf der Straße begegnet, hat bei der letzten Bundestagswahl und bei der letzten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen die Christlich Demokratische Union gewählt. Vergleicht man diesen Tatbestand mit den Mitgliederzahlen, so ergibt sich ein krasses Gefälle. Es lohnt daher, der Frage nachzuspüren, welche Gründe für die Zurückhaltung des Bundesbürgers gegenüber einem Beitritt zu unserer Union maßgebend sind und was die Union tun kann, um dieser Erscheinung zu begegnen, die um so bedenklicher wird, je länger sie besteht. Der immer wieder erhobene Ruf nach einer verstärkten Mitgliederwerbung nützt offensichtlich überhaupt nichts.

Die landläufige Vorstellung, daß die Enthaltensamkeit des deutschen Staatsbürgers gegenüber dem Erwerb der Mitgliedschaft in einer politischen Partei vorwiegend auf die schlechten Erfahrungen im Dritten Reich und unmittelbar danach zurückzuführen sei, ist heute sicher nur noch zu einem verhältnismäßig geringem Teil richtig. Ein so „vereinsfreudiges“ Volk wie das deutsche müßte einen solchen Schock nach rund einem Dutzend Jahren nun doch langsam überwunden haben, vor allem, wenn man die weitverbreitete Bereitschaft ins Auge faßt, sich sonstigen Vereinigungen und Organisationen anzuschließen, auch solchen, die zum mindesten in den politischen Raum vorstoßen. Zur Beantwortung unserer Frage werden wir andere Gesichtspunkte heranziehen müssen, die es im einzelnen sorgfältig zu erforschen gilt. Dabei dürfen wir nicht verkennen, daß die deutschen Wähler in den letzten Jahren sich nicht starr an bestimmte politische Gruppen binden lassen, sondern ihre politische Wahlentscheidung stärker als früher von Fall zu Fall treffen; vielleicht wollen sie sich diese Freiheit der Wahl durch die Mitgliedschaft in einer politischen Partei nicht versperren. Darüber hinaus sollten wir aber auch die Erkenntnisse der modernen amerikanischen Soziologen nicht außer acht lassen; denn sie treffen bei der Verhaltensweise des amerikanischen Staatsbürgers in vielem auf eine der unseren sehr ähnlichen Situation. Am bedeutungsvollsten scheinen mir die Feststellungen, die Riesman in seinem berühmt gewordenen Buch „Die einsame Masse“ trifft. In umfangreichen Untersuchungen legt er nämlich klar, daß der amerikanische Staatsbürger zur Politik die Haltung eines „Zuschauers“ und „Konsumenten“ einnimmt, also die Haltung eines Menschen, der alle politischen Erscheinungen und Beeinflussungsversuche lediglich aus der Sicht des unbeteiligten Dritten betrachtet; er läßt sich für eine politische Entscheidung werben wie ein Kunde und „kauft“ dabei

den „Artikel“, der ihm mit der geschicktesten Werbung am sinnfälligsten und eindruckvollsten angeboten wird. Diese Zuschauer- und Konsumentenhaltung gegenüber der Politik unterstellt auch Lord Woolton für England. Sie scheint in Deutschland ebenfalls in immer stärkerem Umfange um sich zu greifen und erklärt dann die weitgehende Passivität des Staatsbürgers gegenüber den politischen Parteien sowie den Erfolg mancher Wahlpropaganda. Ersichtlich ist jedenfalls, daß der Wunsch nach aktiver Mitgestaltung der politischen Dinge – und das ist in der modernen Massen-Demokratie nur im Wege der Mitarbeit in einer politischen Partei möglich – wenig entwickelt und im allgemeinen von der abwartenden Zuschauerhaltung überlagert ist.

Dieses Verhalten der überwiegenden Mehrzahl unserer Mitbürger erscheint mir aus staatspolitischen Gründen bedenklich. Das Grundgesetz hat in Art. 21 die politischen Parteien verfassungsrechtlich institutionalisiert. Wenn es davon spricht, daß „die Parteien bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken“, so bedeutet diese verhältnismäßig zurückhaltende Formulierung in der Verfassungswirklichkeit, daß sich dieses Mitwirkungsrecht heute, unter den Umständen der modernen Massengesellschaft, in eine weitgehende Monopolstellung umgewandelt hat. Ich brauche Ihnen nicht im einzelnen darzutun, daß in der Wirklichkeit unseres Staatslebens die Parteien immer stärker, eindeutiger und beherrschender die großen politischen „Beweger“ des Staatsvolkes geworden sind, ja, daß sie die eigentlichen Träger und Gestalter der politischen Willensentscheidung unseres Volkes darstellen. Diese Funktion können sie aber nur in demokratischer Verantwortung vollziehen, wenn sie sich in ihren aktiven Mitgliedern wirklich auf weiteste Schichten eines parteipolitisch profilierten und in den Parteien aktiv mitwirkenden Staatsvolkes stützen können. Die praktische Bedeutung dieser Überlegung wird sofort ersichtlich, wenn ich an die Nominierung der Kandidaten bei Parlamentswahlen erinnere. Es kann gar nicht bestritten werden, daß die politischen Parteien hier gegenüber dem Staatsvolk, vor allem bei den politisch bedeutungsvollen Wahlen in Bund und Ländern, längst eine Art Präsentationsmonopol besitzen; Abgeordneter kann – von verschwindenden Ausnahmen abgesehen – bei diesen Wahlen heute nur noch der Kandidat einer politischen Partei werden. Diese innerparteiliche Kandidatenauslese ist aber dadurch gekennzeichnet, daß sie mit verbindlicher Wirkung für die Gesamtheit der Wahlberechtigten von einem verhältnismäßig kleinen Teil von Parteimitgliedern vollzogen wird. Der nicht parteilich gebundene Wähler verliert damit jeden Einfluß auf die für seine Wahlentscheidung so bedeutungsvolle Vorauslese bei der Kandidatenermittlung.

Eine demokratische Partei muß sich darüber klar sein, daß ein solcher Sachverhalt mancherlei Gefahren in sich schließt. Sie können nur dadurch vermieden werden, daß man entweder alles versucht, um durch die Erfassung weitester Kreise des Volkes in den politischen Parteien den innerparteilichen Entscheidungen ein, vom Gesamtvolk gesehen, stärker demokratisches Gepräge zu verleihen, oder daß man, etwa dem Beispiel der Vereinigten Staaten von Amerika folgend, das Präsentationsmonopol bei der Kandidatenaufstellung durch die Einführung von Vorwahlen wenigstens theoretisch zu durchbrechen versucht.

Ich glaube, daß unter diesen Gesichtspunkten die heute so beliebte Debatte darüber, ob eine politische Partei es sich leisten könne, eine reine Wählerpartei zu sein, neue und gewichtige Aspekte erhält. Eine verfassungsrechtlich verankerte Parteiendemokratie, wie das Grundgesetz sie eingeführt hat, scheint mir jedenfalls zwingend die Mitgliederpartei zu verlangen – sowohl um der Partei, wie auch der Verfassungsordnung und damit der Demokratie willen. Die Christlich Demokratische Union wird in den kommenden Jahren diesem Problem besondere Bedeutung beimessen und alles versuchen müssen, um auf dem Wege zu einer Mitgliederpartei entscheidende Fortschritte zu erzielen. Wir sollten uns alle modernen Erkenntnisse zunutze machen, um gerade hier objektive Grundlagen und damit brauchbares Material für unsere Planungen und Entscheidungen zu beschaffen.

Manches läßt sich aber sicherlich auch dadurch ändern, daß wir in unseren Orts- und Kreisparteien ein den Vorstellungen der Zeit entsprechendes politisches Leben führen. Der Zusammenschluß darf nicht auf der gesellschaftlichen Stellung oder der freundschaftlichen Bindung, sondern muß auf der Gemeinsamkeit politischer Gesinnung beruhen. In vielen Kreisparteien ist der Zusammenhalt der alten Mitglieder so eng, daß sich jeder neue Anwärter als Außenseiter fühlen muß und deswegen den Eintritt in diesen geschlossenen Kreis scheut. Hier müssen die Überlegungen und Entscheidungen der Kreisparteien in den kommenden Wochen und Monaten einsetzen. Hier muß aber auch die stille und zähe Kleinarbeit geleistet werden, ohne die es nun einmal nicht geht.

Der Vorstand weiß, daß in mancher Kreispartei und in angeschlossenen Verbänden, ob es sich nun um die Betriebsgruppenarbeit der Sozialausschüsse, die Kommunalpolitische Vereinigung, die Junge Union oder die Frauenausschüsse handelt, solche unauffällige und entsagungsvolle Arbeit geleistet wird. Sie bereitet den Boden vor, auf dem die politischen Früchte reifen. Deshalb mag der Dank für diese Arbeit allen in ihr hingebungsvoll Tätigen an dieser Stelle ausgesprochen sein. Es läßt sich aber nicht übersehen, daß es in weiten Bereichen unserer Union noch an dieser entscheidenden Kleinarbeit fehlt. Hier muß Wandel geschaffen werden. Erst dann sind die Voraussetzungen für ein kräftiges, pulsierendes, zeitoffenes Leben in den Organisationen der Union erfüllt. Von besonderer Bedeutung erscheint mir bei diesem Geschäftsbericht eine Betrachtung zur Bundestagswahl 1957. Ein Vergleich zwischen den Zahlen der Stimmen, die bei der ersten Bundestagswahl 1949 und bei der dritten Bundestagswahl 1957 für die CDU/CSU abgegeben wurden, zeigt das ebenso erfreuliche wie erstaunliche Anwachsen des Stimmanteils unserer Union von 31 Prozent auf 50 Prozent aller abgegebenen Stimmen, also ein Anwachsen von 19 Prozent in acht Jahren. In der gleichen Zeit vermochte die SPD ihren Stimmanteil zwar zu halten, aber nicht wesentlich zu vermehren; das Wachstum beträgt nur 3 Prozent. Alle übrigen politischen Parteien weisen von Wahl zu Wahl, trotz aller Versuche, sich über Wasser zu halten, steigende, ja teilweise sogar entscheidende Schrumpfungstendenzen auf. Bei der Bundestagswahl von 1957 hat neben der CDU und SPD nur noch die FDP die 5-Prozent-Klausel zu überspringen vermocht. Das gleiche war der Fall bei der Landtags-

wahl in Nordrhein-Westfalen, gleichzeitig jedoch seit 1949 fast ein Drittel ihrer Stimmen eingebüßt. Alle anderen politischen Parteien, insbesondere der BHE und die Bayernpartei, das Zentrum und andere Splitterparteien, sind endgültig gescheitert.

Eine allgemeine Wahlanalyse läßt daher zunächst den sicheren Schluß zu, daß die Bewegung zum Zweiparteiensystem von Bundestagswahl zu Bundestagswahl sichtbar in Erscheinung getreten ist und daß keinerlei Anzeichen dafür vorliegen, diese Entwicklung habe bereits ihren Höhepunkt erreicht oder gar ihren Abschluß gefunden.

Das bedeutet zugleich das immer sichtbarere Absterben aller kleinen Parteien. Die Chance, „Zünglein an der Waage“ spielen zu können, nimmt für sie immer deutlicher ab. Es wäre auf die Dauer auch ein untragbarer Zustand, wenn ausgerechnet die kleinen Parteien den Ausschlag gäben und damit zu einem politischen Gewicht kämen, das im umgekehrten Verhältnis zu ihren unbedeutenden Wählerzahlen stände. Die SPD zeigt sich als eine in ihren Wählern ziemlich konstante Partei; sie kann mit einem bestimmten Wahlergebnis seit Jahren rechnen, kommt jedoch trotz aller Anstrengungen aus dem traditionellen „30-Prozent-Ring“ nicht heraus. Das bedeutet, daß sich die kommenden Wahlkämpfe noch eindeutiger als bisher zu einer ausschließlichen Auseinandersetzung zwischen den beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD entwickeln werden und daß es bei dieser Auseinandersetzung vor allem um jene Wähler geht, die in ihrer Stimmabgabe schwankend sind und sich erst verhältnismäßig spät und weitgehend aus gefühlsmäßigen Gesichtspunkten für eine bestimmte Partei entscheiden. Die Gruppe der sogenannten labilen Wähler macht etwa 15 Prozent aller Stimmberechtigten aus. Dieser Feststellung liegen sehr genaue und detaillierte Untersuchungen zugrunde, die wir in den letzten Jahren vor der Bundestagswahl unter Zuhilfenahme moderner Untersuchungsmethoden durchgeführt haben. Um diese 15 Prozent der Wählerschaft werden daher auch in Zukunft im wesentlichen die Wahlkämpfe geführt werden. Hinzu kommen diejenigen Wahlberechtigten, die unschlüssig sind, ob sie sich überhaupt an der Wahl beteiligen sollen. Diese Zahlen sind bei den einzelnen Wahlen sehr unterschiedlich.

Mit dieser Prozentzahl allein ist jedoch noch nichts Wesentliches gewonnen; alles hängt vielmehr davon ab, herauszufinden, wie sich diese Wählergruppe strukturell zusammensetzt. Dabei spielen landsmannschaftliche und konfessionelle Gesichtspunkte eine ebenso große Rolle wie die Frage, ob diese Wählergruppe städtische oder ländliche Wähler oder Angehörige einer bestimmten Berufsgruppe oder Altersschicht umfaßt. *Erst auf diese Weise lassen sich Untersuchungsergebnisse erzielen, die für die Richtung sowie für die sachliche und regionale Schwerpunktbildung im Wahlkampf entscheidende Erkenntnisse vermitteln.*

Gerade dieser Untersuchung haben wir besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Dabei sind die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1871 bis 1933 für das Bundesgebiet, die Bundesländer sowie für die Regierungsbezirke zusammengestellt und diese mit den Bundestags- und Landtagswahlen nach 1945 in Vergleich gesetzt worden. Aus mancherlei Gründen waren dabei außerordentlich schwierige Umrechnungen erforderlich.

Der Umfang dieser Arbeit wird deutlich, wenn ich Ihnen sage, daß allein rund 8000 Prozentzahlen neu errechnet werden mußten, und daß die statistischen Unterlagen für diese Arbeit einen Volkswagenbus füllen.

Besonders eingehend wurden die Wahlergebnisse der Bundestags- und Landtagswahlen nach 1945, geordnet nach einer regionalen Zusammenstellung sowie nach einer Analyse der Wahlentscheidung verschiedener Bevölkerungsgruppen, untersucht. Das war nur möglich, indem das vorhandene statistische Material im Lochkartenverfahren aufbereitet wurde. Auf diese Weise konnten wir jedem Wahlkreiskandidaten genaue Unterlagen bezüglich der früheren Wahlergebnisse in seinem Wahlkreis zur Verfügung stellen, zugleich aber auch den Kreis- und Landesverbänden, die damit instandgesetzt wurden, die Schwerpunkte im Wahlkampf mit Rücksicht auf frühere Wahlergebnisse sorgfältig festzulegen. Von gleicher Bedeutung war aber auch die Untersuchung der Wahlentscheidung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Hinsichtlich der Männer und Frauen kam uns eine Sondererhebung des Statistischen Bundesamtes anläßlich der Bundestagswahl 1953 zugute; Wir haben überdies versucht, alle gleichartigen Sondererhebungen regionaler oder örtlicher statistischer Ämter für unsere Untersuchung nutzbar zu machen. Daneben ergaben die Unterlagen Möglichkeiten, die Beziehungen zwischen der Größe einer Gemeinde und Art und Umfang der Wahlentscheidung ihrer Wahlberechtigten festzustellen.

Sie werden sich denken können, daß diese Vorarbeiten eine große Arbeit verursachten und Rechenoperationen von außerordentlich großem Umfang erforderten. Diese Untersuchungen haben sich jedoch, wie das Ergebnis der Bundestagswahl gezeigt hat, durchaus gelohnt. Wichtigste Erkenntnis für die Gestaltung des Wahlkampfes, die teilweise mit liebgewordenen überkommenen Vorstellungen gründlich aufräumt, waren nur mit Hilfe dieser Methode möglich. Gestützt auf diese ebenso umfassende wie objektive Analyse der Wählerschaft konnten die Schwerpunkte des Wahlkampfes sachlich und regional ausgewählt werden.

Sachlich mußte der Wahlkampf der CDU darauf gerichtet sein, die Wahlbeteiligung zu steigern, den Wahlkampf auf die labilen Wähler zu konzentrieren und deutlich zu machen, daß es sinnlos sei, kleine Parteien zu wählen. Der Erfolg unserer Bemühungen, die auf diesen Erkenntnissen basieren, zeigt uns die Wichtigkeit und Richtigkeit solcher Untersuchungen, auf die eine moderne Partei schlechterdings nicht verzichten kann, wenn sie nicht Gefahr laufen will, einen Wahlkampf ins Blaue hinein zu führen. (Beifall.)

Aber ein Wahlkampf wird mit Berechnungen und Planungen nur vorbereitet. Durchgeführt wird er von Menschen, und zwar nicht allein oder hauptsächlich den Rednern, sondern gerade und insbesondere von dem unbekanntem, in rastloser Arbeit tätigen Helfer in den Orts- und Kreisparteien. Diesen vielen Helfern, die uns bei der Arbeit unterstützt haben, dankt der Vorstand herzlich. Der Erfolg ihrer Arbeit wird ihnen der beste Lohn für ihre Mühen sein.

Nicht nur die Untersuchung der Wahlergebnisse hat uns jedoch während der Vorbereitung der Bundestagswahl 1957 intensiv beschäftigt. Wir waren uns zugleich darüber einig, daß die thematische Gestaltung des



Ministerpräsident Dr. Gebhard Müller (jetzt Präsident des Bundesverfassungsgerichts) im Gespräch mit Ministerpräsident Dr. Meyers.

Gespräch an Bord der „Bunten Kuh“ (Staatssekretär Felix v. Eckart, Dr. v. Brentano, Bundesschatzmeister Bach, Kai-Uwe v. Hassel und Theodor Blank.





Dr. Heinrich Krone, der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, mit Fraktionsgeschäftsführer Rasner.



Bundesminister Professor Dr. Oberländer mit Reichminister a. D. von Keudell, dem Vorsitzenden des Vertriebenenausschusses der CDU.

Wahlkampfes und seine Durchführung, die Wahlversammlungen, die Handzettel- und Briefaktionen, die Gestaltung der Plakate und alle sonstigen Einzelheiten sorgfältig überlegt und aufeinander abgestimmt werden mußten, daß aber vor allem eine intensive Analyse derjenigen Wünsche des präsumtiven CDU-Wählers notwendig war, über die er im Wahlkampf etwas hören wollte. Auch hier lagen eingehende Erhebungen vor, die wir hatten durchführen lassen.

Die wichtigsten Ergebnisse dieser ständigen Meinungserforschung ergaben einmal, daß die öffentliche Meinung in Deutschland außerordentlich stark von außenpolitischen Ereignissen beeinflussbar ist und daß die Außenpolitik – das soll eine Feststellung, keine Wertung sein – im Bewußtsein des Wählers erheblich mehr wiegt als die Innenpolitik. Die Außenpolitik mußte daher auch das zentrale Anliegen des Bundestagswahlkampfes werden.

Darüber hinaus ergab sich aber sehr bald, daß der deutsche Wähler nicht Parteiparolen vor seiner Wahlentscheidung hören möchte. Seine Entscheidung ist vielmehr eine Vertrauensbezeugung gegenüber einer Persönlichkeit, von der er glaubt, daß sie die vielen Probleme schon richtig lösen werde, die er selber in ihrer Vielschichtigkeit nicht mehr zu durchschauen vermag. Die diesbezüglichen Befragungen ergaben, daß die Person des Bundeskanzlers im Bewußtsein des deutschen Wählers so fest begründet ist, daß sein Name schon allein ein Programm bedeutet und keiner wortreichen Umschreibung mehr bedarf. (Lebhafter Beifall.) Die Befragungen ergaben ebenfalls, daß der SPD eine solche unbestrittene Führungspersönlichkeit nach der Meinung des deutschen Wählers fehlt.

Unter diesen Umständen mußte der Wahlkampf von der CDU sowohl als Rechenschaftsbericht über ihre Leistungen wie auch mit Hinweis darauf geführt werden, daß der Bundeskanzler der Garant dieses Programms einer stetigen Aufwärtsentwicklung der Bundesrepublik ist. Weiter galt es, dem Bewußtsein des Wählers einzuprägen, daß der Bundeskanzler von einer bewährten Mannschaft hervorragender Persönlichkeiten umgeben ist. Endlich aber mußte die Stabilität der Politik, die ruhige Sicherung des Erreichten und die Ablehnung von Experimenten, welche sich durch die Befragung der Wählerschaft eindeutig als ihr Anliegen herausgestellt hatten, besonders stark und zentral in unsere Wahlpropaganda eingebaut werden.

Sie alle wissen, daß dieses Grundkonzept der Wahlkampfpropaganda von der Bundesleitung entschlossen und gelegentlich auch gegen örtliche Widerstände derer durchgehalten worden ist, die den Wahlkampf mit den angeblich bewährten Methoden vergangener Jahrzehnte führen wollten. Ich glaube sagen zu dürfen, daß der Erfolg uns auch hier Recht gegeben hat. Die Wahlpropaganda einer politischen Partei muß sich heute, wenn sie nicht am Wähler vorbei reden will, der Erkenntnisse der modernen Soziologie und Psychologie bedienen. Sie kann und darf den Menschen nicht anders ansprechen, als er heute überall im täglichen Leben angesprochen wird. Gerade die labilen Wählerschichten, deren Stimmen die Wahlen entscheiden, sind im wesentlichen nur mit diesen Mitteln zu erreichen, weil es in Wahlversammlungen überhaupt nicht

geht. Ich weiß, daß gerade in unserer Union hier und dort solchen Werbemethoden mit Bedenken, ja Kritik begegnet wird, daß man uns amerikanischer Werbetechniken beschuldigt und mit drohend erhobenem Zeigefinger darauf hinweist, zu welchen Entartungen die Übertragung von privatwirtschaftlichen Methoden auf den Wahlkampf in den Vereinigten Staaten geführt habe.

Ich will durchaus nicht in Abrede stellen, daß gerade in Nordamerika die kritiklose und unbegrenzte Übernahme von Methoden der Werbetechnik auf die Wahlkampfpropaganda unter Ausnutzung der Erkenntnisse der Tiefenpsychologie zu unerfreulichen Resultaten geführt hat. Demgegenüber muß ich jedoch daran festhalten, daß wir bei unserer Wahlkampf vorbereitung die Grenze dessen, was aus demokratischer und politischer Verantwortung hier vertretbar ist, genau im Auge behalten haben. Unsere Union kann solche Dinge nicht unbegrenzt und ohne Rücksicht auf das Erfordernis der freien Wahlentscheidung des demokratischen Staatsbürgers übernehmen. Darüber hinaus steht ihr die Würde des Menschen viel zu hoch, als daß sie diese mit ihren Wahlkampfmethoden auch nur anzutasten beabsichtigte. Wir können mit ruhigem Gewissen feststellen, daß wir uns bei diesem Bundestagswahlkampf zwar aller modernen Erkenntnisse bedient haben, welche die Demokratie zur Erforschung der Meinung ihrer Bürger bereithält, daß wir jedoch in keinem Falle die Grenze dessen überschritten haben, was aus unserer weltanschaulichen Sicht heraus vertretbar ist. Andererseits müssen wir aber auch mit Nachdruck hervorheben, daß es ein gefährliches Unterfangen gewesen wäre, auf diese modernen Erkenntnisse zu verzichten und auf diese Weise an Millionen unentschlüssener Wähler vorbeizureden und sie damit weiterhin ihrer politischen Abstinenz zu überantworten. Das Ergebnis des Wahlkampfes in Nordrhein-Westfalen hat die Richtigkeit unserer Politik und unserer Methoden bestätigt.

Sie werden es mir nicht übelnehmen, wenn ich an dieser Stelle nochmals unseres Freundes Karl Arnold gedenke, obwohl es bereits mehrfach geschehen ist; er, den ein unfaßbares Geschick acht Tage vor der Wahl aus dem Leben abberief, eine Woche vor der Entscheidung, für die er seine ganze Kraft hingegeben hatte, eine Entscheidung, die ihm, wenn er sie erlebt hätte, den größten Triumph seines politischen Lebens und seine glänzende Rehabilitierung gebracht haben würde. (Lebhafter Beifall.) Sie werden verstehen, daß wir in Nordrhein-Westfalen mit besonderer Trauer und Wehmut seines Todes gedenken.

Während die Bundestagswahl und die Landtagswahl eindeutig gewonnen wurden, können wir das von den Kommunalwahlen der Berichtszeit nicht sagen. Zum Teil wurden diese Wahlen sogar eindeutig verloren. Es liegt bei den zuständigen Stellen der Landesverbände, diese Erscheinung und ihre Ursachen zu untersuchen; denn was die Familien für das Volk, das sind die Gemeinden für den Staat. Auf die Dauer werden wir unsere politischen Erfolge im Bund und Land nicht festigen, wenn wir nicht im kommunalen Bereich den Grund dazu legen. (Lebhafter Beifall.)

In der Berichtszeit erging am 24. Juni 1958 das bekannte Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die Steuerbegünstigung von Spenden an

politische Parteien für verfassungswidrig erklärt. Dazu ist folgendes zu sagen: Es besteht nunmehr die gleiche Rechtslage wie vor Dezember 1954. In jenem Monat war die Steuerbegünstigung für Zuwendungen an politische Parteien eingeführt worden. Die Urheber des Gesetzes gingen von der Erwägung aus, daß es eine Benachteiligung der politischen Parteien darstelle, ihre für das Gemeinwohl förderliche Arbeit nicht als steuerbegünstigt anzuerkennen, insbesondere wenn sie im Verhältnis zu den übrigen als förderungswürdig und steuerbegünstigt anerkannten Zwecken wie etwa Kunst und Wissenschaft betrachtet werde.

Am 9. Juli 1957 hat die Hessische Landesregierung, vertreten durch Herrn Dr. Arndt, also in Wirklichkeit die SPD, den Antrag beim Bundesverfassungsgericht gestellt, das Gesetz, soweit es Zuwendungen an politische Parteien steuerlich begünstige, für verfassungswidrig und damit für nichtig zu erklären. Die Antragsteller behaupteten, das Gesetz verletze den Anspruch aller Parteien auf Chancengleichheit. Antragsgegner in diesem Verfahren war die Bundesregierung. Die Christlich Demokratische Union wurde mit dem Verfahren erst durch ein Fernschreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 6. Mai 1958 befaßt, in welchem ihr anheimgestellt wurde, im Termin vom 13. Mai zu erscheinen und Ausführungen zu machen. Erst am 7. Mai erhielt die Christlich Demokratische Union die zur Beurteilung des Verfahrens notwendigen Schriftsätze. Aus dem Verlauf des Verfahrens und der unbestimmten Form der Einladung mußte der Geschäftsführende Vorstand den Eindruck gewinnen, daß es lediglich um die Klärung einer verfassungsrechtlichen Frage gehe und nicht um irgendwelche tatsächlichen Ermittlungen. Insbesondere hat das Bundesverfassungsgericht niemals mitgeteilt, daß es in eine Art von Beweiserhebung über die Parteifinanzierung eintreten wolle.

Zu seiner großen Überraschung erfuhr der Geschäftsführende Vorstand nach der Verhandlung vom 13. Mai, daß das Gericht einen Sachverständigen geladen hatte, um von diesem Aufklärung über die Parteifinanzierung und Wahlkampfkosten zu erhalten. Dabei haben Vertreter der Hessischen Landesregierung und der SPD Mitteilungen über die Parteienfinanzierung gemacht. Diese Darlegungen sind – auf diese Feststellung müssen wir entscheidend Wert legen – falsch. Der Vorstand bedauert, daß das Bundesverfassungsgericht ihm trotz mehrfacher Anträge keine Gelegenheit gegeben hat, sie vor Gericht richtigzustellen. (Hört! Hört!) Der Bundesvorstand stellt abschließend zu dem Verfahren fest, daß er die Entscheidung des höchsten deutschen Verfassungsgerichts selbstverständlich akzeptiert. Anders als manche Sozialdemokraten nehmen wir christlichen Demokraten eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts auch dann hin, wenn sie uns nicht richtig zu sein scheint. Der Bundesvorstand bedauert jedoch, daß ihm keine Gelegenheit gegeben worden ist, den falschen Eindruck, der in der Öffentlichkeit entstand, zu zerstreuen. Er ist darüber hinaus im Einvernehmen mit den ernsthaften Untersuchungen politischer Wissenschaftler und Soziologen der Überzeugung, daß die nunmehr für verfassungswidrig erklärte Bestimmung die Chancengleichheit der politischen Parteien in gar keiner Weise beeinträchtigt hat. Die Sozialdemokratische Partei finanziert ihre Wahlkämpfe, ihre kostspieligen Sonderaktionen und ihren umfangreichen

Apparat, – der viel größer ist als der unsere – zwar in der Methode anders, aber im Prinzip gleich; denn das reine Beitragsaufkommen reicht bei keiner deutschen Partei aus, ihre Arbeit zu finanzieren.

Das Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht hatte wenigstens den *einen Vorteil, daß die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erneut auf die drängende Frage der Parteienfinanzierung des Parteiengesetzes gelenkt worden ist.* Die Christlich Demokratische Union wünscht die baldige Verabschiedung eines Parteiengesetzes. Sie verkennt jedoch nicht die großen Schwierigkeiten, die dem entgegenstehen. In dem Gesetz, das nach dem Beschluß des Bundestages zum Ende dieses Jahres vorgelegt werden muß, sind nach Art. 21 GG. hauptsächlich zwei Komplexe zu regeln: Einmal die innere demokratische Ordnung und zum anderen die Offenlegung der Finanzquellen der Parteien. Im Zusammenhang mit dem Parteiengesetz müssen Fragen entschieden werden, die noch nicht einmal wissenschaftlich genügend geklärt sind. Es muß z. B. der Begriff der Partei definiert werden, es muß geklärt werden, ob und in welchem Umfange die Parteien rechts- und prozeßfähig werden sollen, ob ein Parteienregister angelegt werden muß und anderes mehr. Darüber, was das Parteiengesetz an Regelungen bezüglich der inneren Ordnung der politischen Parteien enthalten soll, wird in der Bundesrepublik seit Jahren mit viel Worten und wenig konkreten Ergebnissen diskutiert. Mir will scheinen, daß die Regelungen dieses Gesetzes um so leichter sein können, je mehr die politischen Parteien selber in loyaler und verfassungstreuer Durchführung des Art. 21 GG und unter Berücksichtigung der vom Bundesverfassungsgericht bereits aufgestellten Richtlinien für die innere Ordnung der politischen Parteien das Erforderliche tun. Die Christlich Demokratische Union als die Trägerin der politischen Verantwortung in der Bundesrepublik sollte hier sichtbar mit gutem Beispiel vorangehen.

Nach dem Statut unserer Union haben wir eine Geschäftsordnung, eine Ehrengerichtsordnung und eine Finanzierungsordnung zu verabschieden. Die Geschäftsordnung liegt im Entwurf vor und ist gestern den Mitgliedern des Bundesausschusses überreicht worden. Sie war vorher von den Landesgeschäftsführern durchberaten worden, die eine besondere Kommission zur Prüfung des Entwurfs eingesetzt hatten. Der Bundesausschuß der Partei wird sich noch Ende Oktober oder Anfang November mit dem Entwurf befassen können, so daß er in absehbarer Zeit verabschiedungsreif ist. Ich darf hier einflechten, daß die Konferenz der Landesgeschäftsführer, die in bestimmten Zeitabständen tagt, nicht nur in diesen, sondern auch in anderen Fällen wertvolle Beiträge zur Intensivierung der Parteiarbeit geleistet hat. Dafür spricht der Vorstand den Landesgeschäftsführern seinen besonderen Dank aus.

Für die Parteigerichtsordnung liegen erste Entwürfe vor, die jedoch noch der redaktionellen und inhaltlichen Überarbeitung bedürfen. Auch durch diese Regelung wird ein weiterer Beitrag für die innere Ordnung der Union geleistet, denn jede geordnete Gemeinschaft bedarf einer Ehrenordnung. Die Union muß in die Lage versetzt sein, Auseinandersetzungen ihrer Mitglieder untereinander, welche die Grundlagen ihrer Beziehung zur Union betreffen, zu prüfen und über sie zu entscheiden. Nur

auf diese Weise kann auch der Schutz der Ehre des einzelnen Mitgliedes gewährleistet und das Mitglied selber vor Mißgriffen und Fehlentscheidungen der Parteinstanzen geschützt werden.

In der letzten Zeit hat sich noch ein neues Anliegen ergeben, nämlich der Schutz der Union vor Mitgliedern, welche nicht mehr innerlich zu ihr stehen und sie nach außen durch Mißbrauch dieser formalen Mitgliedsbeziehung schädigen. Ich brauche in diesem Zusammenhang keine Namen zu nennen; aber wir haben doch in unseren Reihen Fälle erlebt, bei denen nur unklar war, ob das Groteske oder das Empörende an ihnen überwog. In Zukunft müssen hier ganz klare Verhältnisse geschaffen werden. Nur wer innerlich auf dem Boden der Union steht, darf ihr auch äußerlich angehören. (Beifall.)

Der Vorstand ist überzeugt, daß alle Mitglieder der Union diesen Grundsätzen beipflichten. Die Ehrengerichtsordnung wird für die Getroffenen alle erforderlichen rechtsstaatlichen Sicherungen vorsehen. Das bedarf keiner besonderen Erörterung.

Wenn wir in dieser Art von uns aus versuchen, die innere Ordnung der Union zu festigen, so erübrigt sich dadurch das Parteiengesetz nicht. Es darf aber nicht verkannt werden, daß dem staatlichen Gesetzgeber bei der Legalisierung der politischen Parteien gewisse Grenzen gezogen sind. Zu einer freien Gesellschaft, zu einem freien Staat gehören auch freie politische Parteien. Es kann nicht sein, daß die politischen Parteien unter administratives oder justizförmiges Kuratel gestellt werden, wie es früher die Reichsgesetzgebung mit ihrer Beschränkung des politischen und sozialen Vereinswesens versuchte.

Eine ähnliche Beschränkung des Gesetzgebers gilt auch bei der Regelung des parteilichen Finanzwesens. Durch allerlei falsche, von links kommende Thesen über den politischen Einfluß des Kapitals ist die Öffentlichkeit in einen Zustand permanenten künstlichen Mißtrauens versetzt worden, aus dem heraus sie demjenigen den meisten Beifall zollt, der eine möglichst rigorose Kontrolle der Parteifinzen fordert. Dieselben unpolitischen Puritaner wären jedoch sehr wenig davon erbaut, wenn man ihre eigenen Prinzipien konsequent auch auf andere, ihnen nahestehende Verbände – ich brauche keine Namen zu nennen – anwenden wollte. Außerdem beweisen sämtliche ausländischen Regelungen desselben Problems – ich erinnere an die Vereinigten Staaten von Amerika, an Großbritannien und Schweden –, daß man gewisse Grenzen nicht überschreiten darf, ohne die Autorität des Gesetzgebers selbst zu gefährden.

Abschließend darf ich zum Parteiengesetz noch folgendes bemerken: Wir sollten die Vorarbeiten für das Parteiengesetz nicht den Ressorts, den Beamten und der Opposition überlassen, sondern von uns, von der Union aus, tätig werden und unter Benutzung der in unseren Reihen schon erarbeiteten Teilergebnisse – ich erinnere an die Tagung der Jungen Union in Konstanz – einen Gesetzentwurf erarbeiten, der verwirklicht, was wir wollen und was wir uns vorstellen.

Noch wichtiger als dieser Bereich der inneren Ordnung im Parteiengesetz ist jedoch die Schaffung eines staats- und gesellschaftspolitischen Leitbildes, das der deutschen Öffentlichkeit, aber auch uns selbst die

Möglichkeit gibt, die Christlich Demokratische Union zu definieren. Die Union ist eine junge Partei, die verhältnismäßig früh nach ihrer Gründung überall in Deutschland schwere politische Verantwortung hat übernehmen müssen. In dieser mühevollen Tagesarbeit, in der Sorge um die Bewältigung immer wieder neuer Probleme des deutschen Schicksals in den vergangenen zwölf Jahren, hat sich zwar im Bereiche der Außenpolitik und der Sicherheitspolitik eine klare und unmißverständliche Standortbestimmung unserer Union herauskristallisiert. Die Innenpolitik ist jedoch, ohne daß diese aus den Umständen folgende Entwicklung hier etwa kritisiert oder gar dramatisiert werden sollte, eindeutig zu kurz gekommen. Es ist also hohe Zeit, daß die Christlich Demokratische Union, die heute die größte deutsche Volkspartei darstellt, ihr staatliches und gesellschaftspolitisches Leitbild entwickelt. Es steht fest, daß sie keinen sozialistischen und auch keinen liberalen Staat will, wie aber der Staat aussehen soll, dessen Verwirklichung sie anstrebt, ist in mancher Beziehung noch nicht genügend durchdacht und aufgeheilt.

Daher sollen nunmehr in allen Gremien unserer Union eingehende Erörterungen über diese Frage in Gang kommen. Sie müssen um der Bedeutung dieser Standortbestimmung willen mit Nachdruck gefördert und in voller Freiheit gestaltet werden. Auf diese Weise muß sich an Hand der großen Grundprinzipien, welche unser politisches Wollen tragen, dieses staats- und gesellschaftspolitische Leitbild der Union herauskristallisieren, und zwar in einer Form, die seine Verwirklichung in der gesellschaftspolitischen Situation unserer Tage ermöglicht. Der Klärung dieses Problems soll auch dieser Bundesparteitag dienen, der sich deshalb mit innerpolitischen Fragen befaßt.

Ein Rechenschaftsbericht kann niemals mit einem abschließenden Ergebnis aufwarten. Es liegt in seiner Natur, daß er Erreichtes hervorheben und zu Erreichendes aufzeigen, daß er den Blick rückwärts und vorwärts wenden muß und daß eine Aufgabe, kaum gelöst, die andere nach sich zieht. Das mag den bekümmern, der in stiller Ruhe ein beschauliches Dasein führen möchte. Wer aber Verantwortung tragen will für das Geschick der öffentlichen Dinge, dem wird die Unruhe ständige Begleiterin sein. Sie allein ist sicher kein Wert; schöpferische Unruhe aber ist jener Stoff, aus dem in der Demokratie der Weg nach vorn bereitet wird. Möge diese Erkenntnis unserer Union bei ihrer für das Schicksal Deutschlands und der Zukunft so entscheidender Arbeit stets gegenwärtig sein.

(Starker Beifall.)

Vorsitzender Landtagspräsident Gockeln:

Meine Damen und Herren! Ihr Beifall beweist, daß Sie die Rechtfertigung anerkannten, diese Frage auf die Tagesordnung zu nehmen. Herzlichen Dank, Herr Dr. Meyers, für Ihre Mühe und Ihren Bericht.

Wir haben in der Tagesordnung stehen „Ausssprache“. Bis jetzt schreckt uns Ihre Mitarbeit noch nicht, d. h. die auch noch zu tätigen Wahlen erlauben es noch, zunächst mit der Ausssprache zu beginnen. Die vorliegenden Wortmeldungen zwingen uns nicht dazu, die Ausssprache nach Sachgebieten zu ordnen, sondern wir können zunächst einmal beginnen.

Aussprache

Als erster hat das Wort Herr

Dr. Gradl (Berlin):

Im Laufe des heutigen Vormittags und auch schon gestern in der Sitzung des Parteausschusses ist wiederholt und sehr eindringlich auf das hingewiesen worden, was sich gegenwärtig in der sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin abspielt. Es ist hingewiesen worden auf das Elend der Flüchtlinge, auf den Flüchtlingsstrom, auf den Kampf gegen die Kirchen, auf Sperrung des Reiseverkehrs usw. Heute morgen hat der Herr Bundeskanzler, als auch er sehr eindringlich darauf hinwies, gesagt, man sollte sich doch nicht nur – ich sage es dem Sinne nach – auf diese allgemeinen Betrachtungen beschränken, sondern man sollte sich sehr genau auch vor Augen halten, was das alles wirklich für den einzelnen Menschen bedeutet, der dort drüben in diese Not gestellt ist. Deshalb habe ich geglaubt, daß es vielleicht zu Beginn dieser Diskussion ganz gut ist, wenn ich Ihnen an zwei ganz konkreten Beispielen zeige, wie es Deutschen in Deutschland heute geht.

Das erste Beispiel! Vor gar nicht langer Zeit war ein Mann bei mir, der einfach nicht mehr wußte, wie er mit dem Leben fertig werden sollte, weil ihm folgendes passierte. Er ist ein kleiner Angestellter in einem mitteldeutschen Kombinat, er ist verheiratet und hat fünf oder sechs Kinder. Der Älteste ist soweit, daß er nun aus der Schule heraus kann und eine Lehrstelle sucht. Da er ein tüchtiger Junge ist, bestand die Aussicht, für ihn eine Lehrstelle in einem angesehenen technischen Betrieb zu bekommen. Aber die Bedingung, die gestellt wurde, war folgende: Er muß auch an dem Jugendweiheunterricht teilgenommen haben. Das hat der Junge in der Schule abgelehnt, weil es ihm der Vater verboten hatte. Das ging dann eine Weile hin und her. Eines Tages kommt dieser Mann von der Arbeit nach Hause, und es fällt ihm auf, daß seine Frau sehr bedrückt ist. Dann stellt sich heraus, daß im Laufe dieses Vormittages als Besucher eine Funktionärsgruppe da war, um auf die Frau einzureden und ihr zuzureden im Interesse ihres Sohnes, ihrem Kind doch die Zustimmung zu geben, daß er an dem Jugendweiheunterricht teilnehme. Dann hat man der Frau gesagt, als sie glaubte, sie könne sich auf die Abwesenheit ihres Mannes herausreden – der nicht da war –, bei uns besteht Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau; „Sie können das ruhig entscheiden.“ Die Frau gestand ihrem Mann, daß sie schließlich Ja gesagt hat. Können Sie sich vorstellen, was nun in einer solchen Familie vor sich geht, wie diesen Menschen zumute ist, womit sie fertig werden müssen?

Ein weiteres Beispiel! Das ist auch noch nicht lange her. Ein junger Mensch, eine junge Lehrerin in der Ausbildung, etwa 21 Jahre alt, auf irgendeinem pädagogischen Institut in der Zone kurz vor der Prüfung! Da wird von ihr verlangt, daß sie aus der Kirche austrete, weil man ihr sonst nicht die Zulassung zur Prüfung gebe. In ihrer Not ist sie zu ihrem Pfarrer gegangen, um sich Rat zu holen. Dieser Pfarrer hat nun darüber einem anderen Pfarrer berichtet, der es für eine Berliner Zeitung niedergeschrieben hat. Nun will ich Ihnen, obwohl das vielleicht etwas un-

gewöhnlich ist, diese wenigen Sätze vorlesen, und zwar das, was dieser junge Mensch erklärt hat, nämlich:

„Der Seminargruppenleiter hat gesagt, ich würde nur dann zur Prüfung zugelassen, wenn ich schriftlich meinen Austritt aus der Kirche erkläre. (Pfu!-Rufe.) Was soll ich tun? Einige vom Institut haben schon unterschrieben. Wenn ich nicht austrete, kann ich nicht Lehrerin werden. Wenn ich nicht Lehrerin werde, kann ich meine Eltern nicht unterstützen. Meinem Vater haben sie jetzt den Tischlerbetrieb weggenommen. Ich muß möglichst bald Geld verdienen, da meine Eltern keinen Pfennig bekommen. Trete ich aber aus der Kirche aus, dann habe ich keine Ruhe mehr; ich würde mir ewig Vorwürfe machen. Nach dem Westen kann ich auch nicht gehen; denn dort erkennen sie meine Ausbildung nicht an. Herr Pfarrer, was soll ich tun!“

Wer sich vergegenwärtigen kann, was das heißt, was eine solche Not des Gewissens für den einzelnen Menschen in der Zone bedeutet, wer sich das wirklich lebendig vor Augen stellen kann, der weiß erst, was Freiheit ist. (Beifall.) Er weiß auch, was wir meinen, wenn wir sagen: Die Freiheit ist das höchste Gut, und die Freiheit muß verteidigt werden. Da meinen wir nicht Freiheit von materieller Not. Wenn Herr Ulbricht glaubt, mit den Menschen in der Zone fertig werden zu können, weil er jetzt endlich die Lebensmittelkarten abgeschafft und ihr materielles Lebensverhältnis ein wenig verbessert hat, dann irrt er sich; denn die eigentliche Not ist doch diese Not. Und mit dieser Not wird das System drüben nicht fertig, weil die Menschen eben gerade diese Not nicht ertragen wollen. (Beifall.)

Deshalb müssen wir hier auf dem Parteitag der Christlich Demokratischen Union ganz schlicht bekennen, daß wir uns bewußt sind, die Wiedervereinigung ist eine nationale Aufgabe, aber für uns ist sie einfach auch ein Gebot christlicher Nächstenliebe.

Nun haben wir gestern und heute Berichte zu hören und zu lesen bekommen über eine gewisse neue Entwicklung in der sowjetischen Zone. Dort werden jetzt vielleicht gewisse Erleichterungen eingeräumt, aber nicht für die Masse der Bevölkerung, nein, sondern für einige kleine Schichten, deren Unzufriedenheit dem System besonders unbequem ist. Jetzt werden auch, wie immer in solchen Systemen, Schuldige gesucht. Welch eine groteske Situation, der Hauptschuldige, Ulbricht, der sucht jetzt die Schuldigen, um sich damit ein Alibi zu verschaffen. Aber ich will hier nicht höhnen, wir sind ja doch im Grunde froh, wenn nur irgendwo da drüben – und sei es auch nur für einen kleinen Teil von Menschen – wieder einmal etwas mehr Bewegungsfreiheit, Lebens- und Denkraum gegeben wird. Also, darum sage ich das hier nicht. Ich habe zwei andere Gründe. Wir wollen nämlich zweierlei nicht übersehen, und zwar gerade jetzt angesichts dieser Versuche in der Zone, für eine kleine Gruppe gewissermaßen ein Ventil zu öffnen. Dieses System, das diese Korrektur vorzunehmen sucht, nimmt sie nicht vor, weil es aus sich heraus erkannt hätte, daß das, was es den Menschen zumutet, falsch und unzutraglich ist, nein, das tut es nur, weil es vor aller Öffentlichkeit bloßgestellt ist durch die Flucht von Tausenden und Abertausenden und weil wir, der freie Teil Deutschlands, so eindringlich darauf hingewiesen haben, daß

man es nicht mehr totschweigen kann, auch nicht mehr hinter dem Eisernen Vorhang totschweigen kann. (Beifall.)

Wenn da eine solche Korrektur vorgenommen wird, dann wollen wir uns – so froh wir sind, daß irgendwo ein wenig Erleichterung gegeben wird, – nicht der Illusion hingeben, als ob dadurch wirklich die Not nun ernsthaft im ganzen geringer würde; im Gegenteil, ich glaube, wir müssen vielleicht noch mehr als bisher aufmerken. Es war drüben schon einmal so; sie haben etwas gelockert, und dann, als sie glaubten, es habe sich beruhigt, haben sie ihren Kurs um so schärfer weitergetrieben. Jetzt steht doch drüben als die große Aufgabe der Beschluß des 5. Parteitages der SED, den großen Schritt von der Volksdemokratie zum vollendeten Sozialismus zu tun. Das ist noch immer der unkorrigierte und verbindliche Beschluß der tragenden Partei drüben. Es besteht also immer noch die Gefahr, daß das wahrgemacht wird, was dieser Übergang zum Sozialismus, wie sie es nennen, verlangt, nämlich zum Beispiel auch den selbständigen Existenzen in der Zone die Existenzbasis zu nehmen. Machen wir uns klar: Noch immer gibt es da drüben eine nicht kleine Zahl von Menschen, die eine einigermaßen selbständige Existenz haben. Es sind immer noch Hunderttausende von Bauern; auch die Zahl der Handwerker, der Einzelhändler, geht noch in die Hunderttausende. Vielleicht sind es etwa eine Million selbständige Existenzen, die in der Gefahr stehen, daß dieser kommunistische Staats- und Parteiwille sich gegen sie mit aller Wucht wendet. Das ist die Situation, über sie dürfen wir uns nicht dadurch hinwegtäuschen lassen, daß man drüben jetzt irgendwo einige Erleichterungen schaffen will. Wenn dieses System es fertig bekommen sollte, den Willen des SED-Parteitages wahrzumachen, dann bedeutet das für eine Million selbständiger oder einigermaßen selbständiger Existenzen die äußerste Gefährdung für sie und ihre Familie.

Es kann sein, daß aus dieser Not da drüben und aus der Not des Flüchtlingsstroms eine Katastrophe wird. Das ist eine Gefahr, die vor uns steht. Darüber dürfen wir uns, unser eigenes Volk und auch die Welt, nicht im unklaren lassen. Was dazu politisch zu sagen ist, wird sicherlich der Deutsche Bundestag in Berlin in seiner ersten großen Debatte nach den Parlamentsferien tun. Ich kann nur hoffen, daß es zu einer gemeinsamen Sprache und Bekundung angesichts dieser unglaublichen Not, die über einem Teil unseres Landes liegt, kommen wird. (Beifall.)

Wir haben – und deshalb habe ich es gewagt, hier am Anfang der Diskussion des Parteitages dies zu sagen – als die verantwortliche Partei in unserem Lande die Pflicht, wie dies auch heute morgen der Herr Bundeskanzler besonders zum Ausdruck gebracht hat, deutlich zu machen, daß wir nicht einfach stillschweigend zusehen können. Natürlich wissen wir, daß ein Appell an die Welt allein nicht genügt, wir müssen auch das Unsere dazu tun. Wir wissen, daß wir gedankenreich, daß wir wagnisfreudig, daß wir geduldig und zähe sein müssen. Ich bin dem Herrn Bundeskanzler sehr dankbar dafür, daß er hinsichtlich der neuen sowjetischen Note zur Viermächtekommission sein Urteil behutsam formuliert hat. Inzwischen ist eine neue Note bekannt geworden. Sie gibt auch keinen Anlaß, mit ihr zufrieden zu sein. Wir werden aber im vollen Be-

wußtsein unserer Verantwortung und der Not da drüben jedem einzelnen Ansatz, ja, jeder Spur eines Ansatzes mit aller Gründlichkeit nachgehen, um zu sehen, ob da vielleicht nicht einmal eine Tür geöffnet werden kann zu einem Weg, der uns allen über diese Not hinweghilft.

Wenn man so spricht und denkt, wie ich es eben hier ausgeführt habe, dann hat das weder mit Optimismus noch mit Pessimismus etwas zu tun, das sind Kategorien des Denkens und des Fühlens, die man, wenn es um die deutsche Sache geht, beiseite schieben muß. Mit anderen Worten, man muß sich frei halten von Illusionen, aber man muß beherrscht sein von dem Willen, allen Widerständen zum Trotz dieser Not ein Ende zu machen durch eine Politik für deutsche Einheit in Freiheit. (Beifall.)

Präsident Gockeln:

erteilt das Wort Herrn

Blumenfeld (Hamburg):

Auch ich möchte anknüpfen an die Worte und Gedanken unseres Freundes von Hassel und unseres 1. Vorsitzenden von heute vormittag. Außerdem möchte ich insbesondere aufgreifen, was unser Freund Gradl gesagt hat. Gerade wir Christlichen Demokraten haben in unserer großen Partei mit allen ihren Gliederungen die Pflicht, alles zu tun, damit das große Problem, das durch den Flüchtlingsstrom eingetreten ist, möglichst bald gelöst wird. Wir wissen, wieviel von Regierungs- und Behördenstellen und auch sonstigen Organisationen für die Not der Flüchtlinge getan wird, aber der Staat kann nicht alles allein tun, vor allen Dingen kann der Staat eines sicherlich nicht geben, und das ist die im persönlichen Bereich liegende Hilfsbereitschaft und die Verbindung von Mensch zu Mensch. Wir müssen alle persönlich dafür sorgen, daß nicht nur die Not gelindert, sondern auch der Welt gezeigt wird, daß wir es ernst meinen mit der Wiedergewinnung der Einheit unseres Vaterlandes. (Beifall.)

Ich habe mich auch noch aus einem anderen Grunde zu Wort gemeldet, nämlich dem, daß ich es lebhaft begrüße, daß wir heute einen großen und breiten Bericht über unsere Parteiorganisation bekommen haben. Wenn es mir auch nicht zusteht, den Dank des Vorstandes oder irgendeiner Gliederung der Partei hier unserem Freund Dr. Meyers auszusprechen, so möchte ich doch als Landesvorsitzender der Christlich Demokratischen Union Hamburg Herrn Dr. Meyers sehr herzlich danken für die große Arbeit, die er im vergangenen Jahre für uns alle geleistet hat. (Beifall.)

Er hat kein Hehl daraus gemacht, daß unsere Partei sowohl auf Bundesebene wie auf Länder- und Kreisebene noch lange nicht das Ziel der Klasse erreicht hat. Er hat mit großer Offenheit bekannt, daß vieles, was erst begonnen worden ist, in mühevoller Arbeit zu Ende geführt werden muß. Ich darf hier hinzufügen, daß wir, die wir in den Ländern in verantwortlicher Parteiarbeit stehen, übersehen können, wie schwierig das ganze Gebiet ist. Es hilft nun einmal nichts, wir müssen diese ganzen organisatorischen parteipolitischen Arbeiten außerordentlich ernst nehmen; denn sie haben, wie Dr. Meyers gesagt hat, ganz klare politische Konsequenzen für uns als CDU nicht nur im Bunde, sondern auch in den

Ländern und Gemeinden. Die Systematik, die hineingebracht werden muß in unsere Parteiarbeit und in die Beziehungen zwischen der Bundespartei und den Landes-, Kreis- und Ortsparteien soll so gestaltet werden, daß nicht nur von oben nach unten eine Straffung erfolgt, sondern auch von unten nach oben die Anregungen kommen, damit sie oben verwertet werden können. (Beifall.)

Bisher waren das wesentliche Bindeglied in unserer Parteiarbeit die Bundestagsfraktion und die Landesgeschäftsführer. Ich begrüße es dankbar, daß die Landesgeschäftsführer dem Bundesvorstand und Bundesparteiausschuß einen vorläufigen endgültigen Entwurf über eine neue Geschäftsordnung vorgelegt haben. Ich sage „vorläufig endgültig“, weil es sicherlich nicht der letzte Entwurf sein wird. Was geschehen muß, ist das unmittelbare Heranführen und Heranbringen aller derjenigen gewählten Parteifreunde in unseren Parteebenen an die Zusammenarbeit zwischen Bundespartei und den Landes-, Kreis- und Ortsparteien. Unsere politische Zukunft hängt wesentlich davon ab, wie wir uns in den kommenden Jahren vor allen Dingen in der Kommunalpolitik als Partei bewähren. Es kommt darauf an, daß es uns gelingt, für die kommunalpolitische Arbeit in allen Gremien qualifizierte Kandidaten zur Verfügung zu stellen; denn, das bekenne ich offen, darin ist uns die Sozialdemokratische Partei, bislang jedenfalls, überlegen. Es ist notwendig, durch die Straffung unserer Parteiarbeit auch zu der führenden Partei in der Kommunalpolitik zu werden. Hierzu haben wir ein Anrecht angesichts der großen Leistungen der Christlich Demokratischen Union in der Bundesregierung wie auch in den Länderregierungen.

Präsident Gockeln:

erteilt das Wort Herrn

Mengelkamp (Junge Union):

Herr Ministerpräsident Dr. Meyers hat vorhin in seinem Bericht des Vorstandes das Parteiengesetz und die Parteifinanzierung erwähnt. Er hat auch erklärt, daß schon die verschiedensten Instanzen sich mit dieser Frage befaßt hätten, u. a. auch die Junge Union Deutschlands auf ihrem Deutschlandtag in Konstanz. Ich brauche zur Wichtigkeit und zur Dringlichkeit dieses Problems sicherlich nichts mehr hinzuzufügen. Daher möchte ich Ihnen einen Antrag namens des Bundesvorstandes der Jungen Union Deutschlands vorlegen:

„Der Bundesparteitag wolle beschließen, der Bundesvorstand wird beauftragt, eine Sonderkommission sofort einzusetzen, die die Frage der Parteiengesetzgebung und Parteienfinanzierung für die CDU Deutschland in Angriff nimmt.“

Präsident Gockeln:

erteilt das Wort Herrn Bundestagsabgeordneten

Kiesinger:

Ich möchte an die Ausführungen meines Parteifreundes Dr. Gradl anknüpfen und einige Gedanken vorbringen sowie einige praktische Vorschläge zum Problem der Wiedervereinigung und der Lage der Menschen in der Ostzone machen. Ein Satz des Herrn Bundeskanzlers von heute

morgen hat auch mich zündend getroffen, der Satz nämlich, jeden Tag sollten wir wenigstens einige Minuten daran denken, was in der Zone vor sich geht. Ich habe dabei an die Klage eines im Ausland lebenden Deutschen gedacht, den ich vor kurzem in Lima getroffen habe und der sich bitter bei mir darüber beklagte, daß er während seines jüngsten Aufenthaltes in der Bundesrepublik, bei einer Fahrt mit der Bundesbahn, kaum oder viel zu wenige Bilder von Landschaften und Städten der Ostzone gesehen habe. Er meinte, es müsse doch eine Selbstverständlichkeit sein, daß uns diese Landschaften stets vor Augen gestellt werden. Er hat recht! Meine Freunde! vielleicht haben wir in allen diesen Dingen bis jetzt nicht genug getan, nicht etwa aus Herzensträgheit, sondern weil wir zu gebannt auf das unmittelbare politische Problem der Lösung der Wiedervereinigung schauten und darüber vergaßen, daß wir, solange wir mit politischen Mitteln die Wiedervereinigung nicht lösen können und konnten, versuchen müssen, unser eigenes Gewissen und das Gewissen der freien Welt aufzurütteln und unseren Menschen drüben das Bewußtsein zu geben, daß wir sie niemals vergessen und im Stich lassen werden. (Beifall.)

Da fällt nun das Wort von der täglichen Minute des Gedenkens. Ich habe mich sofort gefragt, warum nicht erst damit machen, Herr Bundeskanzler, warum nicht im deutschen Rundfunk jeden Tag in allen Sendungen und Stationen diese eine Minute des Gedenkens an die Menschen drüben? (Beifall.)

Warum nicht in jeder deutschen Schulklasse jeden Tag eine Minute dieses Gedenkens an die Menschen drüben? (Beifall.)

Warum trägt nicht jedes deutsche Klassenzimmer den Namen einer Stadt oder Landschaft von drüben? (Beifall.)

Warum nimmt nicht jede deutsche Stadt oder Gemeinde sich einer Stadt oder Gemeinde von drüben an, als Partnerin, und stellt neben ihr eigenes Wappenschild an den Eingang der Stadt das Schild mit dem Namen und der Silhouette dieser Stadt?

Ich spreche ins Unreine. Ich habe diese Gedanken eben erst hier konzipiert, aber ich bin zum Herrn Bundeskanzler gegangen und habe ihn gefragt: „Herr Bundeskanzler! Wie wäre es, wenn in dieser Situation Sie als der Mann, zu dem auch die 18 Millionen Menschen drüben in tiefster Verehrung blicken, regelmäßig, etwa alle 14 Tage, über den deutschen Rundfunk zu den Menschen drüben sprächen, um ihnen guten Trost zu geben?“ (starker Beifall!) Er hat mir zu meiner Freude sofort gesagt: „Ich würde das ganz besonders gern tun.“ – Herr Bundeskanzler! Tun Sie es! (sehr starker Beifall!)

Wahlen

Präsident Gockeln:

Ich möchte Sie bitten, jetzt mit über die Erledigung unserer Tagesordnung zu beraten. Die Aussprache ist noch nicht beendet. Wir haben noch Wortmeldungen vorliegen. Aber mit Rücksicht darauf, daß wir um 19.00 Uhr abschließen wollen, wäre es notwendig, jetzt die Wahlen vorzunehmen und dann die Aussprache während der Auszählung der Stimmen fortzu-

setzen. Um rechtzeitig fertig zu werden, müssen wir diese Chance ausnützen. Ist die Versammlung damit einverstanden, daß wir jetzt die Wahlen vornehmen? (Zustimmung.)

Dieser Punkt steht ordnungsgemäß auf der Tagesordnung. Ich darf darauf hinweisen, daß gemäß § 5 Abs. 3 unserer Statuten der Bundesparteitag den Bundesvorsitzenden und vier gleichberechtigte stellvertretende Vorsitzende auf zwei Jahre wählt. Der Bundesparteitag 1956 in Stuttgart wählte den Bundesvorsitzenden und seine vier Stellvertreter. Auf diesem jetzt stattfindenden Bundesparteitag ist also die bisherige Amtsdauer der Vorsitzenden abgelaufen. Die Wahlen müssen neu getätigt werden. Sie haben zu erkennen gegeben, daß Sie damit einverstanden sind. Darf ich den Vorsitzenden der Mandatsprüfungskommission, Herrn Bürgermeister Dr. Noltenius, bitten, uns kurz den Bericht zu erstatten.

Dr. Noltenius:

Ich darf Ihnen den Bericht der Mandatsprüfungskommission geben. Maßgebend für die Zusammensetzung des Bundesparteitages ist der § 4 unseres Statuts. Ich darf darauf hinweisen, daß auf je 75 000 CDU-Wählerstimmen der letzten Bundestagswahl ein Delegierter entfällt und auf je angefangene 1000 Mitglieder der Landesverbände ein weiterer Delegierter. Nach den Mitgliederzahlen und den Wählerstimmen beträgt die Sollzahl der stimmberechtigten Delegierten des Bundesparteitages 1958 516. Die Landesverbände sind mit Schreiben vom 29. April, also rechtzeitig, aufgefordert worden, ihre stimmberechtigten Delegierten nach ihren Satzungen zu wählen und der Bundespartei zu melden. Von allen Landesverbänden sind diese Meldungen eingegangen.

Die Kommission hat festgestellt, daß von den 516 stimmberechtigten Delegierten 475 anwesend sind. Das ist also die Teilnehmerzahl an der bevorstehenden Wahl. Nach dieser festgestellten Zahl von 475 sind die Stimmzettelblocks durch die Landesgeschäftsführer an die stimmberechtigten Delegierten ausgegeben worden. Ich nehme an, daß diese Blocks in den Händen der Delegierten sind. (Zurufe: Nein!) Dann müssen Sie sich an Ihren Landesgeschäftsführer wenden. Von der Bundesgeschäftsstelle ist das Nötige getan. Jeder dieser Blocks enthält 12 Stimmzettel, die sich durch Farbe und Aufdruck auf der Vorderseite und durch eine Nummer unterscheiden. Ich nehme an, daß vom Herrn Präsidenten vor jedem Wahlgang die Nummer des Stimmzettels aufgerufen und ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß für den betreffenden Wahlgang ein Stimmzettel mit einer anderen Nummer dann ungültig ist. Die Stimmabgabe ist auf der Rückseite zu vermerken.

Präsident Gockeln:

Ich danke Ihnen für Ihren Bericht. Meine Damen und Herren! Sie haben bereits den Hinweis erhalten, daß Sie an Unterlagen für Ihre Legitimation besitzen: Einen Ausweis, daß Sie stimmberechtigter Delegierter sind und einen Block mit Stimmzetteln. Die Kommission hat zwölf Wahlzettel vorgesehen, ich hoffe aber, daß Sie mit fünf auskommen werden. Über das Verfahren werde ich gleich einige Worte sagen.

Zunächst eine Vorfrage! Aus dem Zwischenruf eben mußte ich entnehmen, daß nicht alle stimmberechtigten Delegierten im Besitz ihres Aus-

weises und ihrer Stimmzettel sind. (Zurufe: Nein!) Welches Land ist es, das dort Not leidet? Ich kann es von hier aus leider nicht feststellen. Sie bekommen aber die Unterlagen.

Zur Technik des Wahlganges gebe ich folgendes bekannt: Wir haben zu wählen den Ersten Vorsitzenden und vier Stellvertreter. Es erscheint als selbstverständlich, daß wir den Ersten Vorsitzenden im Alleingang wählen. Herr Noltenius! Es braucht nicht so zu sein, daß wir für die vier Stellvertreter vier Wahlgänge machen, sondern ich werde Ihnen ein System empfehlen, wonach wir diese vier Stellvertreter in einem Wahlgang wählen können. Das sieht dann so aus: Im Stimmzettel Nr. 1 wäre der Stimmzettel für die Wahl des Bundesvorsitzenden. Im Stimmzettel Nr. 2, 3, 4 und 5 wären die Zettel für die Wahlen der vier Stellvertreter, wobei wir festlegen könnten, wie die Reihenfolge sein soll, z. B. Stimmzettel 2: Dr. Gerstenmeier, 3: von Hassel, 4: Dr. Krone, 5: Blank.

Da vermerkt ist, daß Sie für die Gültigkeit des Stimmzettels auf die Rückseite den Namen schreiben müssen, kann das in der von mir vorgeschlagenen technischen Form geschehen; ein nicht mit Namen versehener Stimmzettel würde also Stimmenthaltung bedeuten. Ist das klar? Bestehen irgendwelche Bedenken gegen diese Technik? Ich würde dann vor dem Wahlgang die Form noch einmal erläutern. Ein solches Verfahren scheint mir geboten, weil wir sonst in fünf aufeinanderfolgenden Wahlgängen jeden der vier Stellvertreter einzeln wählen müßten. Bestehen irgendwelche Bedenken gegen diese Form, in der wir verfahren wollen? – Das ist nicht der Fall. –

Meine Damen und Herren! Wir haben keine endgültige Geschäftsordnung. Herr Dr. Meyers hat darauf aufmerksam gemacht, daß wir gestern eine Vorlage bekommen haben, um sie später einmal zu verabschieden. Aber hier für diese Amtshandlung hat die Zukunft schon begonnen; denn ich muß einen Weg finden, um nun diese Amtshandlung nach der beabsichtigten und gewollten Ordnung unserer Partei durchzuführen. Ich werde versuchen, das in Übereinstimmung mit parlamentarischen Erfahrungen und mit guten Absichten durchzuführen. Ich bin in die Lage versetzt worden, gleichzeitig das Amt des Berichterstatters auszuüben, und zwar darüber, was Vorstand und Parteiausschuß zu ihren Überlegungen bewegen hat.

Darf ich zunächst eine nette Begebenheit erzählen! In diesen Tagen unterhielt sich ein Gremium über die Wahlen, die in Kiel stattfinden würden. Am Schluß dieser Unterhaltung sagte jemand – es war nicht vorwurfsvoll gemeint, sondern nur ein ordnungsliebender Hinweis –: Wir haben noch gar nicht über die Person des Vorsitzenden gesprochen. Ein anderer erwiderte darauf: Nun, das ist doch selbstverständlich. Darüber brauchen wir gar nicht zu reden. Merken Sie nun, weshalb ich Ihnen das erzählt habe? (Heiterkeit.)

Bundesvorstand und Bundesparteiausschuß haben mich in die Lage versetzt, Ihnen einen einzigen Vorschlag machen zu können. Dieser einzige Vorschlag – der an anderer Stelle als selbstverständlich bezeichnet worden ist – war der, den bisherigen Vorsitzenden unserer Bundespartei, Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer, wiederzuwählen (starker Beifall!). Herr Bundeskanzler! Sie zucken mit den Achseln! (Bundeskanzler

Dr. Adenauer: Vor Freude!, Heiterkeit) Ich glaube, Sie hätten darauf hinweisen wollen, daß wir Sie nicht gefragt haben.

Ich bin also in der Lage, daß Bundesvorstand und Bundesausschuß erklärt haben: Wir schlagen die Wiederwahl des bisherigen Bundesvorsitzenden, des Herrn Bundeskanzlers, vor. Damit Sie nun keinerlei Skrupel bezüglich Ihrer Freiheit haben, die zu wahren ist, weise ich Sie darauf hin, daß die Delegierten durchaus ein Vorschlagsrecht besitzen. Ich halte es für notwendig, das ausdrücklich festzustellen und frage deshalb, ob die Delegierten zu einem weiteren Vorschlag geneigt sind. – Ich stelle fest, daß das nicht der Fall ist, so daß wir nur den Vorschlag zur Wiederwahl des Herrn Bundeskanzlers vorliegen haben.

Meine Damen und Herren! Wir können dann zur Wahlhandlung schreiten. In der vorgesehenen Geschäftsordnung heißt es: „Wahlen, die durchzuführen sind in Parteigremien, erfolgen grundsätzlich geheim und durch Stimmzettel.“ Dann aber kommt ein Satz, der das Wort „grundsätzlich“ besonders hervorhebt: „Sie können durch Erheben der Stimmkarte erfolgen, falls sich kein Widerspruch erhebt.“ Wenn man also „grundsätzlich geheim“ sagt, kann man eigentlich nicht einen zweiten Satz dieser Art hinschreiben. Hier am Vorstandstisch beim Präsidium ist man der Meinung, bei politischen Wahlen sei es zweckmäßig, sie durch Stimmzettel durchzuführen. Sie wissen, warum. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie den Vorschlag akzeptierten, die Wahl mit Stimmzettel durchzuführen, und zwar in der Form, daß Stimmzettel Nr. 1 für die Wahl gebraucht und auf die Rückseite der Name des Vorgeschlagenen, Bundesvorsitzender Dr. Adenauer, geschrieben wird.

(Ministerpräsident Dr. Meyers: Zur Geschäftsordnung!)

Wir haben keine Geschäftsordnung. Wenn Sie uns aber einen vernünftigen Rat geben können, dann bitte, Herr Dr. Meyers!

Ministerpräsident Dr. Meyers:

Ob der Rat vernünftig ist, Herr Präsident, weiß ich nicht. Darüber mögen Sie entscheiden. Daß er aber nach meiner Ansicht den gesunden Menschenverstand für sich hat, behaupte ich und will das auch beweisen. Geschäftsordnungen und formelle Vorschriften sind dazu da, irgendwelche Schwierigkeiten in Krisenfällen meistern zu können. Wenn aber keine Krise da ist, braucht man die Brücke nicht. Hier ist doch der Fall so eindeutig, daß ich sagen muß: Wenn wir eine Geschäftsordnung, die wir noch nicht haben, auf einen Fall anwenden wollen, den sie nicht treffen will, dann müssen wir mit Goethe sagen: Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage! (Beifall.) Ich würde Ihnen vorschlagen, damit wir unsere Zeit und Arbeitskraft nicht unnötig lange in Anspruch nehmen, bei unserem Ersten Vorsitzenden durch Akklamation und bei den anderen aber durch Stimmzettel zu entscheiden (sehr starker Beifall).

Präsident Gockeln:

Ich danke für die Wohltat, die der alte Herr Goethe schon für uns erdacht hat. Die Praxis hat uns nur manchmal gezwungen, das zu übersehen, was Herr Goethe gemeint hat. Sie haben den Vorschlag gehört. Bestehen dagegen Bedenken? Nein! – Dann würden wir so verfahren, daß die stimmberechtigten Delegierten ihre Karte erheben. Ich bitte die Damen

und Herren, die dem Vorschlag des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses zu folgen bereit sind, den bisherigen Vorsitzenden, den Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer, wiederzuwählen, um ihr Handzeichen. – Ich danke Ihnen. Ich bitte um die Gegenprobe! – Ohne Gegenstimmen. Enthaltungen? (Bundeskanzler Dr. Adenauer enthält sich.) Der Herr Bundeskanzler wird nicht gezählt. (Heiterkeit und starker Beifall.)

Herr Bundeskanzler! Ich muß Sie fragen, ob Sie geneigt sind, das Amt wieder zu übernehmen.

Bundeskanzler Dr. Adenauer:

Ich nehme die Wahl mit herzlichem Dank für das Vertrauen an (starker Beifall.)

Präsident Gockeln:

Der Parteitag quittiert mit herzlichem Dank dieses Ja-Wort.

Herr Bundeskanzler! Die Hoffnungen Ihrer eigenen Partei, die Hoffnungen des deutschen Volkes und darüber hinaus eines großen Teils der Welt bilden die Last, die Sie tragen. Das Vertrauen Ihrer Partei, das Vertrauen des deutschen Volkes und auch der übrigen Welt bildet die Grundlage der Kraft, aus der Sie zu handeln vermögen. Die Gnade des Wirkens gibt Ihnen ein anderer. Und in Ehrfurcht und Dankbarkeit wollen wir Zeuge dessen sein: Was Sie tun, was Ihre eigene Partei mit Stolz erfüllt und was Ihnen den Mut und die Härte gibt, diesen Weg unseres Volkes zu führen und zu gestalten, das erscheint für jeden im politischen Leben Stehenden einmalig. Es ist eine Erscheinung, die wir nur im tieferen Sinn zu verstehen in der Lage sind. Wir danken Ihnen sehr, daß Sie die Absicht haben, noch einige Zeit bei uns zu bleiben. (Starker Beifall!)

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß in Stuttgart vier Stellvertreter des Herrn Bundesvorsitzenden gewählt wurden. Sie haben heute morgen aus der Berichterstattung gehört, daß ein Vertreter des Bundesvorsitzenden von uns gegangen ist und ein Vertreter diese Pflicht nicht mehr ausfüllen kann. Dieser Parteitag steht also vor der Aufgabe, vier Vertreter zu wählen, wobei die Wahl von Herrn Dr. Gerstenmeier und Herrn Ministerpräsident von Hassel eine Wiederwahl und die Wahl für den verstorbenen Ministerpräsidenten Karl Arnold und den erkrankten Minister Jakob Kaiser eine Neuwahl, oder, wenn Sie wollen, eine Zuwahl wäre.

Sie haben in der Presse gelesen, daß die Personalwahlen für den Kieler Parteitag keine Probleme seien. Wir haben es eben erlebt. Auch hinsichtlich der Frage, über die jetzt entschieden werden muß, haben Bundesvorstand und Bundesausschuß eine gewisse Selbstverständlichkeit gesehen und mich in die Lage versetzt, Ihnen einen einzigen Vorschlag zu unterbreiten, nämlich für die ausgeschiedenen Herren zur Wahl zu stellen: Herrn Dr. Heinrich Krone und Herrn Theodor Blank. Darf ich fragen, ob weitere Vorschläge gemacht werden? – Das ist nicht der Fall. Dann existiert also nur dieser Vorschlag für die Neuwahl. Wir könnten nun, wie ich es vorhin andeutete, den Wahlgang der vier Stell-



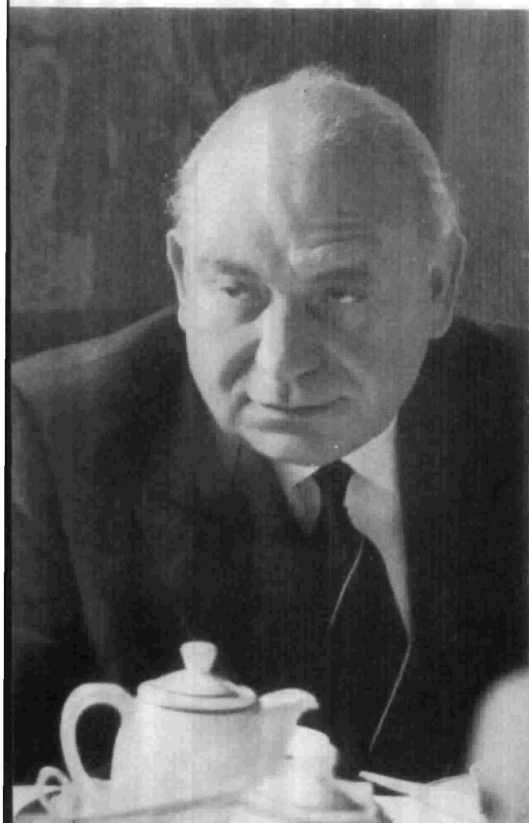
Manfred Klein, Berlin,
spricht für die
Inhaftierten der Zone.



Landtagspräsident
Gockeln, Düsseldorf,
der uns inzwischen durch
jähren Tod entrissen
wurde.



Dr. Johann Baptist
Gradl MdB, Berlin,
spricht zur
gesamtdeutschen Frage.



Landrat Wilhelm Johnen, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, bei wohlverdienter Kaffeepause.



Erik Blumenfeld, Vorsitzender des Landesverbandes Hamburg, spricht in der Diskussion über Fragen der Parteiorganisation.

vertreter in einem Wahlgang durchführen. Sind Sie damit einverstanden, daß wir so verfahren:

Stimmzettel 2	würde sein	Dr. Gerstenmeier
"	3	" " von Hassel
"	4	" " Dr. Krone
"	5	" " Theodor Blank

Sie wollen also in dieser Reihenfolge die einzelnen Zettel auf der Rückseite beschreiben und zwar den Namen des zu Wählenden. Ich wiederhole noch einmal: Nr. 2: Dr. Gerstenmeier, Nr. 3: von Hassel, Nr. 4: Dr. Krone, Nr. 5: Theodor Blank.

(Ministerpräsident Dr. Schmidt: Sie sind doch alle gleichberechtigt!)

Ich kann sie aber nicht alle in einem Stimmzettel unterbringen. Wir benötigen doch vier Stimmzettel, und zwar nach dem Beschluß, der soeben gefaßt wurde. Sie sind gleichberechtigt, aber darüber habe ich hier nicht zu entscheiden, sondern ich muß sie nur in der Reihenfolge zur Wahl bringen. Stimmzettel, die auf der Rückseite den Namen nicht enthalten, gelten als Enthaltung; denn Sie sehen auf der Vorderseite aufgedruckt: „Stimmabgabe auf der Rückseite“.

(Zuruf: Und was ist mit „Nein“?)

Es wird gefragt, ob man auch „Nein“ schreiben könne. Das ist sinngemäß dasselbe. Der Stimmzettel sagt ganz deutlich, welches die Meinung des Delegierten ist. Wenn Sie einen anderen Namen schreiben wollen, so kann ich das nicht verwehren. Ich habe nur den Vorschlag des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses vorzutragen. Wollen wir so verfahren? (Zustimmung)

Ich bitte dann, die Stimmzettel auszufertigen und mit der Einsammlung anschließend zu beginnen. Ich bitte die Mitglieder der Mandatprüfungskommission, sich hier zu versammeln, um gleich mit der Auszählung zu beginnen. Darf ich fragen, ob einer der Delegierten nicht in der Lage war, seinen Stimmzettel abzugeben? – Die Wahlhandlung ist geschlossen.

Die Mitglieder der Redaktionskommission werden gebeten, sich heute abend um 22 Uhr im Hotel Flensburger Hof zu treffen.

Wir können unsere Aussprache fortsetzen. Die Zählung der Stimmen wird etwa 20 Minuten dauern, so daß wir zweckmäßig handeln, wenn wir jetzt die Aussprache fortsetzen. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Manfred Klein aus Berlin; er ist SBZ-Häftling.

Aussprache

Klein (Berlin):

Wir hörten vorhin von unserem Freund Dr. Gradl einige konkrete Beispiele von Menschen, die drüben im Osten unseres Vaterlandes leben müssen. Ich möchte diese Beispiele noch nach einer Richtung hin ergänzen. Ich glaube, daß die Verteidigungslinie unseres Staates durch Bautzen, Torgau, Brandenburg, Waldheim und alle die anderen Zuchthäuser geht.

Ich werde nicht vergessen, wie mir die Kameraden an meinem Entlassungstag zuriefen: Vergeßt uns nicht! – Dieser Ruf galt nicht nur

denen, die zur Entlassung kamen, sondern er galt uns allen. Wir sollten diesem Ruf folgen. Wir sollten stets das Bewußtsein wachhalten, daß noch viele Tausende in den Zuchthäusern drüben auf uns warten. Wir sollten das Bewußtsein wachhalten, daß in Bautzen und Torgau noch Menschen sind, die in den Jahren 1945 und 1946 von sowjetischen Gerichten verurteilt wurden und bis heute noch nicht zur Entlassung gekommen sind. Ich wende mich hier an die anwesenden Pressevertreter und frage, ob es unserer Presse nicht möglich ist, in viel stärkerem Maße als bisher sich des Schicksals der Menschen drüben anzunehmen, die Tag für Tag einen langsamen Mord in den Zuchthäusern erdulden. Wir haben gehört, daß in diesen Tagen Botschaften gesagt wurden. Aber eine Botschaft, auf die wir warten, ist noch nicht eingetroffen. Lassen Sie mich an ein ganz konkretes Beispiel erinnern. Ich darf den Namen von Hermann Josef Flade nennen. Er hat nun auch schon die Hälfte seiner Strafzeit verbüßt und könnte formaliter jeden Tag entlassen werden. Seine Entlassung wäre eine echte Botschaft und vielleicht ein erster Schritt zur Entspannung. Solange diese Botschaft aber nicht eintrifft, sind wir berufen, hier von Kiel aus Botschaften dorthin zu richten, wo man auf sie wartet. Noch ein Wort sei mir zum Abschluß gestattet. Im vorigen Jahr hat unser Herr Bundeskanzler, – und hier möchte ich vielleicht sagen – unser erster Parteivorsitzender – längere Zeit mit einem Kreis ehemaliger politischer Häftlinge gesprochen und sich ihre Sorgen angehört. Heute sind viele dieser damaligen Gäste schon ordentliche Delegierte dieses Parteitages, ein Zeichen der fortlaufenden Wiedereingliederung.

Ich glaube, daß alle davon Betroffenen einmal ganz offen ein Wort des Dankes allen denen sagen müssen, die uns auf diesem Weg entgegengekommen sind und uns geholfen haben. Das enthebt uns aber auch nicht der Verpflichtung, an die anderen zu denken. Es gibt Fälle, wo wirklich Hilfe dringend notwendig ist. Ich greife einen Fall heraus. Ein Bauer findet nach seiner Entlassung mit seinen 58 Jahren nirgendwo Anstellung. Unser Bundeskanzler hat damals an die Wirtschaft appelliert, diesen Menschen zu helfen. Die Wirtschaft hört zwar einen solchen Appell, aber sie denkt: Ein Mensch, der lange Zeit aus dem Beruf gerissen war, ist natürlich nicht sofort wieder voll arbeitsfähig. Ich meine daß es in diesen Fällen möglich sein müßte – und ich wende mich hier besonders an unseren Parteifreund Bundesinnenminister Dr. Schröder –, den Menschen, die mit ihrer Haft dem Staate gedient haben, die gleichen Vergünstigungen zu geben, wie sie auch alle diejenigen bekommen, die unter das 131er Gesetz fallen. Alle Häftlinge müssen wieder Brot und Arbeit finden und eingegliedert werden in unsere Gemeinschaft. (Beifall.)

Präsident Gockeln:

Herr Klein hat sich bei denen bedankt, die geholfen haben. Er gehört zu denen, die neun Jahre Unfreiheit im eigenen Vaterland genossen haben. Das Wort hat Herr

Professor Dr. Friedensburg (Berlin):

Alles das, was wir von den Herren Dr. Gradl, Kiesinger und Klein gehört haben, findet unsere volle Zustimmung. Niemand wird auch nur an-

deutungsweise etwas dagegen zu sagen haben. Aber, meine lieben Freunde! Das ist nicht genug. Eine stille Minute des Gedenkens an jedem Tag in Ehren. Wichtiger wäre es aber, jeden Tag einen Brief, und jeden Monat ein Paket an einen Menschen in der Zone zu schicken. Ich habe vor kurzem einen Brief von einem evangelischen Pfarrer bekommen, der mit acht Kindern im mecklenburgischen Landgebiet wohnt. Einige der Kinder sind zur Zeit krank. Eines ist gestorben, weil die notwendigen Medikamente nicht rechtzeitig beschafft werden konnten. Er hat mir geantwortet: „Ihr Paket hat mich um so tiefer gerührt, als es das erste gewesen ist, das ich seit einem Jahr bekommen habe.“ Er hat viele Freunde und Verwandte in Deutschland. Ein Pfarrer drüben in der Zone hat höchstens die Hälfte bis Zweidrittel dessen, was ein gelernter Arbeiter bekommt. Damit will ich es genug sein lassen. Seien wir uns darüber klar: Eine Sache siegt nicht durch leidenschaftliche Deklamation, sondern durch die Opfer, die man für sie bringt. (Beifall.)

Einer christlichen Partei steht es wohl an, sich dieser Sache zu erinnern und sich für die einzusetzen, die bereit sind, sich ans Kreuz schlagen zu lassen. Das persönliche Opfer ist gerade in den Beziehungen zu den Menschen der Zone das wirkungsvollste und edelste Mittel, das wir anwenden können. (Beifall)

Präsident Gockeln:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Bis zur Bekanntgabe des Wahlergebnisses möchte ich Herrn Dr. Meyers bitten, uns den vorliegenden Antrag zur Kenntnis zu bringen und einen Vorschlag über die weitere Behandlung zu machen.

Anträge

Ministerpräsident Dr. Meyers:

Dem Vorstand ist ein Beschluß vorgelegt worden, daß die Zahl der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder von 3 auf 4 erhöht werden soll. Der Vorschlag kommt von den Sozialausschüssen und wird mit dem dringenden Problem der Betrauung eines Mitgliedes unseres Parteivorstandes mit den Betriebsratsarbeiten begründet. Ich persönlich habe Bedenken, daß wir auf jedem Parteitag unsere Statuten ändern. Wir haben jetzt eine neue Geschäftsordnung vorgelegt und damit eine Grundlage geschaffen, um über die Ausgestaltung der Spitze unserer Partei noch einmal diskutieren zu können. Deswegen ist es wohl richtiger, die Dinge reifen zu lassen und zunächst einmal in der Praxis zu erproben, wie es am besten ist. Es kann auch sein, daß von der einen oder anderen Seite noch weitere Wünsche kommen, so daß ein völliges Hin-und-her entstände, wenn wir uns nicht auf ein System festlegten. Deswegen darf ich Ihnen in Abänderung dieses Vorschlages, aber mit Genehmigung und im Einverständnis der Vorschlagenden und auch in Anerkennung des wichtigen Grundanliegens, das diesem Antrag zugrunde liegt, vom geschäftsführenden Vorstand aus vorschlagen, folgenden Antrag anzunehmen:

„Der Bundesparteitag ermächtigt den Bundesausschuß, zu den geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern erforderlichenfalls weitere Mitglieder für besondere Aufgaben hinzuzuwählen.“

Dann haben Sie den sogenannten kleinen Parteitag, nämlich den Bundesausschuß, mit dieser Frage befaßt. Der Bundesausschuß kann elastisch darüber bestimmen; denn aus der Geschäftsordnung müssen auch sicherlich noch einige Vorschriften in das Statut übernommen werden, weil sie nicht in die Geschäftsordnung hineingehören. Ich wäre Ihnen also dankbar, wenn Sie diese elastische Form, die wir Ihnen vorschlagen, heute akzeptieren. Dann könnte über das Ergebnis im nächsten oder übernächsten Parteitag, wo sowieso wiederum Wahlen sind, Bericht erstattet werden.

Präsident Gockeln:

Sie haben den Vorschlag des Herrn Berichterstatters gehört. Ist der Parteitag damit einverstanden?

(Zuruf: Wie hoch soll die Zahl der zu Wählenden sein?)

Nach der Formulierung ist das sozusagen eine Ermächtigung an den Bundesausschuß, und zwar soll er jeweils feststellen, welche Sonderaufgaben zu erfüllen sind und ob dafür jemand zu berufen ist.

Ich darf diese Zeit überbrücken, um einige kleine persönliche Dinge zu erledigen. Geburtstag feiert heute Herr Theo Blank (Beifall) und der Herr Bundesschatzmeister Bach (Beifall). Der Tag hat freudig begonnen, er wird auch so abschließen. Ich bekomme soeben einen Hinweis, daß auch der Kollege Dichtel gestern Geburtstag gehabt hat. Auch er verdient es, daß wir uns seiner erinnern. Ich spreche also allen denen herzliche Glückwünsche aus, die gestern, heute und morgen Geburtstag hatten bzw. haben. (Beifall)

Meine Damen und Herren!

(Zuruf: Was ist mit meinem Antrag, den ich vorhin eingebracht habe?)
Soll der hier durch ausdrücklichen Beschluß erledigt werden?

(Zuruf: Der Parteitag möge beschließen!)

Herr Mengelkamp! Ihr Kollege schlägt vor, daß wir den Antrag in eine Schlußresolution hineinnehmen. Ich glaube, die Bedeutung und Wirksamkeit sind gleich.

(Mengelkamp: Ich habe aber diesen Auftrag bekommen!)

Sie haben den Auftrag bekommen, festzustellen, daß der Bundesparteitag damit einverstanden ist, diesen Antrag in die Schlußresolution mit aufzunehmen. —

Das Wort hat Herr

Ministerpräsident Dr. Meyers:

Meine lieben Parteifreunde! Entschuldigen Sie, daß ich Sie weiter aufhalte, aber wir müssen ja sowieso warten. Mir scheint, daß dieser Antrag in eine Schlußresolution nicht hineinpaßt. Der Antrag ist begründet und es braucht nichts mehr hinzugefügt zu werden. Deswegen würde ich Ihnen vorschlagen, den Antrag anzunehmen. Dann haben wir ihn vom Tisch. Es ist etwas, was der Bundesvorstand selbst durch mich hat vortragen lassen, daß wir nämlich etwas von uns aus in der Frage des Parteiengesetzes tun. Es soll auf Antrag der Jungen Union dafür eine Kommission eingesetzt werden.

Präsident Gockeln:

Der Vorschlag war gemacht worden. Wir haben die Vorlage für diese Entschliebung aber noch nicht gesehen. Wir haben nun gehört, daß beabsichtigt ist, eine Entschliebung im wesentlichen mit politischen Fragen auszufüllen, aber nicht mit statuarischen Dingen, so daß wir also genötigt sind, über diese Frage jetzt zu entscheiden. Ich bitte die Damen und Herren, die dem gemachten Antrag und Vorschlag stattgeben, um das Handzeichen!

(Zuruf: Antrag noch einmal vorlesen!)

Ministerpräsident Dr. Meyers:

Entschuldigen Sie bitte, aber die Wiederholung ist im politischen Leben oft eine unvermeidbare Form. Der geistige Vater soll den Antrag vorlesen.

Mengelkamp:

Ich habe vorhin den Antrag wie folgt formuliert:

„Der Bundesparteitag möge beschließen, der Bundesvorstand wird beauftragt, sofort eine Sonderkommission einzusetzen, die sich mit den Fragen der Parteiengesetzgebung und der Parteienfinanzierung befaßt.“

Präsident Gockeln:

Herr Mengelkamp! Dürfen wir den bescheidenen Wunsch haben, daß das Präsidium diesen Antrag schriftlich bekommt.

(Unruhe. Bundesminister Lücke: Das Wort „sofort“ herauslassen! – Zuruf: Herr Mengelkamp! Sie müssen den Antrag einreichen! – Zuruf: Abstimmen!)

Wenn keinerlei Zweifel mehr über die Abstimmung des soeben skizzierten Antrages bestehen, dann bitte ich die Damen und Herren, die zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Ich danke Ihnen und bitte um die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Nun kommen wir zu dem Antrag Nr. 2.

Ministerpräsident Dr. Meyers:

„Der Bundesparteitag ermächtigt den Bundesausschuß, zu den geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern erforderlichenfalls weitere Mitglieder für besondere Aufgaben hinzuzuwählen.“

(Zuruf: Dieser Antrag ist unklar formuliert. Es geht nicht daraus hervor, ob die Hinzuzuwählenden lediglich für diesen speziellen Aufgabenkreis genommen werden sollen, oder ob sie ständig dazugehören!)

Dazu kann ich Ihnen folgendes sagen: Innerhalb des geschäftsführenden Vorstandes sind die Aufgaben aufgeteilt. Wenn sie mit besonderen Aufgaben betraut werden, sollen sie für diese Aufgaben tätig sein, gehören aber ständig zum geschäftsführenden Vorstand. Damit das klar ist.

Präsident Gockeln:

Ich wiederhole hier noch einmal den vorliegenden Antrag:

„Der Bundesparteitag ermächtigt den Bundesparteiausschuß, zu den geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern erforderlichenfalls weitere Mitglieder für besondere Aufgaben hinzuzuwählen.“

Wer wünscht dagegen zu sprechen? Bitte, Herr

Dr. Weber:

Dieser Antrag enthält eine Statutenänderung. Eine Statutenänderung muß aber nach guter Übung auf der Tagesordnung stehen. Ich widerspreche deshalb diesem Antrag.

Präsident Gockeln:

Der Hinweis von Dr. Weber ist formal berechtigt. Die Entscheidung über diesen Antrag war nicht auf der Tagesordnung vorgesehen. Ich muß die Berechtigung eines solchen Hinweises und des geltend gemachten Widerspruchs anerkennen. Herr Meyers, kann der Antrag in Wieder-vorlage gehen?

Ministerpräsident Dr. Meyers:

Wir haben keine Geschäftsordnung. Deshalb kann auch nirgendwo stehen, daß das vorher auf der Tagesordnung stehen müsse. Ich bin durchaus der Ansicht, daß man nicht leichtfertig mit Statutenänderungen umgehen soll. Gerade deswegen habe ich Ihnen diesen elastischeren Weg vorgeschlagen. Das Anliegen ist an uns herangetragen worden von den Sozialausschüssen; es liegt der Antrag der Sozialausschüsse vor, ein Mitglied hinzuzunehmen. Ich bin der Ansicht, daß dann eine Reihe anderer Anliegen kommen und wir in der Erweiterung fortgeschritten wären, ohne daß wir einmal die Notwendigkeit in der Praxis hätten erproben können; deshalb bin ich zu diesem Vorschlag gekommen, nachdem ich mich mit dem Ersten Vorsitzenden abgestimmt habe, daß wir das dem kleinen Gremium, in dem sämtliche Landesverbände vertreten sind, wie bei einem Parteitag, überlassen, weil es viel kleiner und elastischer ist und auch mehr zusammentreten und besser beraten kann. Eine endgültige Formulierung sollte dann bei der Neuordnung unseres Statuts getroffen werden.

Ich meine, der formelle Grund von Herrn Dr. Weber schließe nicht durch. Wenn ich aber das materielle Anliegen ansehe, das dahintersteht, daß wir nämlich auf die Dauer überhaupt nicht mehr unseren politischen Stand halten können, wenn wir nicht die Arbeiterschaft hinter uns bekommen und nicht in die Betriebe gehen können, dann sollten wir dieses Formelle doch zurücktreten lassen. Ich glaube nicht, daß der Parteitag nicht selbst bestimmen könnte, worüber er zu bestimmen beliebt. Er hat nämlich, um es deutsch und einfach auszudrücken, insofern Kompetenz-Kompetenz. Deswegen bitte ich Sie herzlich, wegen des Anliegens, nicht wegen des Weges diesem Antrag zuzustimmen.

Präsident Gockeln:

Welche Chancen, wenn man keine Geschäftsordnung hat! Aber wir sind im Besitz der Kompetenz-Kompetenz und können darum über diesen Antrag entscheiden. Der von Dr. Meyers gemachte Vorschlag enthält noch keine materielle Entscheidung, sondern lediglich eine Ermäch-

tigung an den Bundesausschuß, diesem Gremium können Sie zutrauen, daß es wirklich alle zutrage tretenden Gesichtspunkte prüfen wird.

(Zuruf: Abstimmen! – Weiterer Zuruf: Ich bin dafür, daß dieser Punkt diskutiert wird. Es sind eine Menge Probleme zu diskutieren, bevor man „Ja“ oder „Nein“ sagen kann.)

Sind die Antragsteller damit einverstanden?

(Ministerpräsident Dr. Meyers: Ich habe nichts dagegen.

Zurufe: Abstimmen!)

Es wurde geltend gemacht, daß über diesen Antrag nicht abgestimmt werden könne, wenn nicht eine Diskussion stattfindet. Wer wünscht das Wort?

Dr. Weber:

Ich habe deshalb Einwendungen erhoben, weil ich der Meinung bin, daß hier ein Problemkreis angeschnitten wird, der in die Substanz einer politischen Partei irgendwie hineinspielt. Sie wissen alle, daß die Frage der Betriebsratswahl Angelegenheit der Gewerkschaften und nicht der politischen Parteien ist. Das ist zumindest ein Moment, über das diskutiert werden sollte, bevor wir hier ganz schnell „Ja“ oder „Nein“ sagen.

Präsident Gockeln:

Das Wort hat Herr

Albers:

Die Sozialausschüsse hatten den Antrag gestellt,

(Bundesminister Lücke: Nicht die Gewerkschaften!)

daß der geschäftsführende Vorstand um eine Person erweitert werden soll. Ich war der Meinung, daß der Bundesparteitag für das Anliegen der Sozialausschüsse Verständnis habe. Es geht um folgendes: Wenn die Christlich Demokratische Union mehr als ein Drittel ihrer Wählerschaft heute noch aus der industriellen Arbeiterschaft aufweisen kann und das ist ihr großes Glück und auch ihr Erfolg gewesen – dann muß sie sich bemühen, daß dieser Personenkreis der industriellen Arbeiterschaft noch erweitert wird. Darum geht es und um nichts anderes, daß nämlich der geschäftsführende Vorstand das Recht bekommt, zur Erweiterung der Basis unserer Arbeit in den Sozialausschüssen jemand für den christlich-sozialen Bereich hinzuzunehmen. Ich ziehe meinen Antrag zurück, nachdem ich die Meinung des Herrn Dr. Meyers gehört habe. Ich bitte aber, dem Antrag Dr. Meyers zuzustimmen, damit auch nach draußen dokumentiert wird, daß das, was die Arbeiterschaft in den nächsten Wochen und Monaten zu tun hat, eine entsprechende Unterstützung in der Parteispitze findet. (Beifall!)

Präsident Gockeln:

Wird weiter das Wort gewünscht? Aus ihrem Beifall entnehme ich, daß Sie in der Mehrzahl die diesem Antrag zugrundeliegende Absicht billigen. Wir können also darüber abstimmen. Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag Dr. Meyers zustimmen wollen, um das Hand-

zeichen. – Ich danke Ihnen. – Gegenprobe? – Enthaltungen? – Der Parteitag hat mit großer Mehrheit diesen Antrag angenommen.

(Dr. Meyers: Ich lege auf die Formulierung „Gegen wenige Gegenstimmen“ Wert .Es könnte nachher auf das Mehrheitsverhältnis ankommen!)

Die Feststellung lautet also: Gegen wenige Gegenstimmen bei zwei Stimmenthaltungen angenommen. Jetzt ist es korrekt!

(Dr. Meyers: Danke!)

Ich bitte um einen Augenblick Aufmerksamkeit für den Berichterstatter der Mandatsprüfungskommission.

Wahl

Dr. Noltenius:

Meine Damen und Herren! Ich gebe Ihnen das Wahlergebnis bekannt: Es sind abgegeben worden

im Wahlgang 2 – Vorschlag Gerstenmaier
insgesamt 455 Stimmzettel,
davon für Gerstenmaier 425 Stimmen,
19 Enthaltungen,
5 Nein-Stimmen und 6 andere Vorschläge.

im Wahlgang 3 – Vorschlag von Hassel
insgesamt 449 Stimmzettel,
davon 438 für von Hassel,
9 Enthaltungen, 2 andere.

im Wahlgang 4 – Vorschlag Dr. Krone
insgesamt 445 Stimmzettel,
davon für Dr. Krone 388,
11 Nein-Stimmen, 30 Enthaltungen,
im übrigen zersplitterte Stimmen.

im Wahlgang 5 – Vorschlag Theodor Blank
insgesamt 449 Stimmzettel,
davon 384 für Theodor Blank,
12 Nein-Stimmen, 37 Enthaltungen, 16 zersplitterte.

(Beifall.)

Präsident Gockeln:

Sie haben die Feststellungen der Mandatsprüfungskommission gehört und daraus entnommen, daß Dr. Gerstenmaier, von Hassel, Dr. Krone und Theodor Blank zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden sind. Ich nehme an, daß die Vorschläge nicht ohne Einverständnis der Beteiligten erfolgt sind. Ich wäre auch nicht in der Lage, sie im einzelnen zu befragen. Ich gratuliere den Gewählten herzlich im Namen des Bundesparteitages.

Die Exil-CDU hat mich gebeten, darauf hinzuweisen, daß Dr. Krone in diesem Sinne als ihr Vertrauensmann gelten solle und daß dieses an der Wahl selbst charakterisiert werden müsse.

Damit können wir die Beratungen für heute abschließen. Wir setzen die Sitzung morgen früh um 9 Uhr fort. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende: 19.10 Uhr.

Dritter Tag: Samstag, 20. September 1958

2. Plenarsitzung

Beginn der Sitzung: 9.00 Uhr

Präsident Kratz eröffnet die 2. Plenarsitzung und erteilt das Wort dem Präsidenten der Internationalen Union Christlicher Demokraten, Herrn

Staatsminister de Schryver. Mit Beifall begrüßt, hält dieser eine Ansprache in französischer Sprache, die mehrmals von lebhaftem Beifall unterbrochen wird. Die Übersetzung gibt Herr

Schwarz von Liebermann:

Ihr Beifall, meine Damen und Herren, scheint mir anzudeuten, daß Sie wohl alles verstanden haben, was Herr Minister de Schryver gesagt hat. Da man aber einem Freund immer gehorsam sein soll und Herr de Schryver mich gebeten hat, kurz zu übersetzen, was er gesagt hat, bitte ich Sie, mich zu entschuldigen, wenn ich jetzt hier einen Augenblick stehe. Herr de Schryver sagte zunächst, wie glücklich er sei, daß er hier vor Ihnen sprechen dürfe als Vertreter der Internationalen Union Christlicher Demokraten, einer Union, die heute weit über Europa hinausgewachsen ist und in einer neuen Epoche ihrer eigenen Entwicklung steht. Er fügte hinzu, daß es ein tiefes Erlebnis sei, hier stehen zu dürfen aus Anlaß des Parteitages einer Union, die durch ihren Umfang und ihre Stärke vielleicht mehr als jede andere Union und Partei Christlicher Demokraten dazu beigetragen habe, daß die christliche Demokratie heute dort stehe, wo sie stehe. Er sprach dann von dem Parteivorsitzenden, der irgendwie gleichsam die Inkarnation dieses ganzen Strebens geworden sei, eines Strebens, das sich sowohl auf der nationalen wie auf der internationalen Ebene vollziehe. Die nationale Ebene ist uns jeden Tag gegenwärtig. Eine der dringendsten Aufgaben ist es, auch auf internationaler Ebene eine Gemeinsamkeit zu erreichen. (Beifall.)

Er fügte hinzu, daß gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt ein Anliegen des Bundeskanzlers auch zum Anliegen der Union Christlicher Demokraten geworden sei, nämlich jetzt klar und deutlich herauszustellen, daß es der Mensch ist, um den es letzten Endes auf nationaler und internationaler Ebene geht, und daß diese beiden Ebenen nicht mehr getrennt werden können. An diese Feststellung fügte er hinzu: Das Internationale und das Nationale sind heute in besonderer Weise aufgerufen zur Verschmelzung in Europa. – Er schloß dann mit dem Dank dafür, daß die Christlich Demokratische Union, daß die Inkarnation, wie er sagte, der Christlich Demokratischen Union, nämlich der Herr Bundeskanzler, mehr als andere dazu beigetragen hätte, daß Europa morgen, nein, tunlichst heute schon, unser Vaterland sei. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Kratz:

Ich danke dem Herrn Präsidenten der Internationalen Union Christlicher Demokraten, Staatsminister de Schryver, für seine Worte, die eine so herzliche Anteilnahme an der Arbeit dieses Bundesparteitages bewiesen haben. Ich darf Ihnen im Namen des Bundesparteitages versichern, daß

die Christlich Demokratische Union Deutschlands wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft mitarbeiten und ihre ganze Kraft daran setzen wird, daß es bald zu einem freien Europa kommt. (Beifall.)

Wir beginnen nun mit unserer Tagesordnung. Ich erteile das Wort zu seinem Referat

Staatsordnung und Gesellschaftsbild

dem Herrn

Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier

Herr Präsident! Herr Bundesparteivorsitzender! Meine Damen und Herren! Überblickt man den seitherigen Verlauf der deutschen Geschichte in diesem Jahrhundert, so kommt man zu dem bitteren Resultat, daß die Katastrophe, die über das Deutsche Reich hereinbrach, nicht außerhalb, sondern innerhalb unserer Grenzen geboren wurde. Der Ruin Deutschlands wurde nicht von außen, sondern von innen verursacht. Der erste Weltkrieg und sein fataler Ausgang mag auch die Folge einer falschen Außenpolitik in der Zeit nach Bismarck gewesen sein. Die Katastrophe des zweiten Weltkrieges aber war die Folge der inneren politischen Entwicklung Deutschlands, das Ergebnis eines zwar korrekten, aber dennoch unzureichenden Umgangs mit der Macht durch die demokratisch gesonnenen Repräsentanten der Weimarer Republik und der dadurch möglich gewordenen „Machtergreifung“ durch Hitler.

Es kommt mir in diesem Zusammenhang mit dieser Erinnerung nicht darauf an, denen, die dafür mit dem ganzen deutschen Volk schwer bezahlt haben, heute noch irgendeinen Vorwurf zu machen. Aber es kommt darauf an, uns mit dieser geschichtlichen Vergegenwärtigung daran erinnern zu lassen

1. daß die Macht über den Buchstaben der Verfassung hinaus verpflichtet,
2. daß Deutschlands Position in der Welt von seiner innerstaatlichen Entwicklung im Guten wie im Bösen unmittelbar und empfindlich betroffen wird.

Die innere Situation der Bundesrepublik war in den letzten acht Jahren eine entscheidende Voraussetzung unserer außenpolitischen Entwicklung. Ohne die entschiedene innere Absage der großen Mehrheit des deutschen Volkes an gefährliche Experimente aller Art, ohne die innere Bereitschaft, nach zwei verlorenen Kriegen Weltmachträumen den Abschied zu geben, und ohne seine überzeugende Entschlossenheit, hinfort keinen anderen als den freiheitlichen Rechtsstaat zu ertragen, wäre unserer Außenpolitik der Erfolg versagt geblieben. Das Bündnisssystem, in dem wir uns befinden, ist das folgerichtige Ergebnis jener ideenpolitischen Selbstbestimmung, die der damalige Präsident des Parlamentarischen Rates, Konrad Adenauer – ich habe auf dem Stuttgarter Parteitag daran erinnert –, vor nahezu zehn Jahren vor einem internationalen Forum in Bern für das besiegte deutsche Volk zu Recht in Anspruch genommen hat. Unsere Übereinstimmung mit den Völkern, die entschlossen sind, den freiheitlichen Rechtsstaat gegen die unerhörten Gefahren unserer Zeit zu verfechten, ist gerade darum tief und fest begründet. Diese Übereinstimmung wird dadurch nicht beeinträchtigt,

daß unsere Staatsordnung und unser Gesellschaftsbild ihre eigenen Züge tragen. Im Fundamentalen und im Elementaren stimmen wir Deutschen mit allen anderen freiheitlichen Rechtsstaaten voll überein. Das gilt nicht nur vom Geist und Gehalt unserer Verfassung, sondern auch von der Moral, mit der diese Verfassung praktiziert wird.

Die Tatsache, daß das Grundgesetz nur für eine Übergangszeit der deutschen Geschichte Geltung haben soll, nämlich nur bis zur Wiederherstellung des Reiches, ist keine Einschränkung des Gesagten. Wir müssen zwar bereit sein, für den Fall der Wiedervereinigung Deutschlands nicht nur auswärtige Verträge, sondern auch eine Vielfalt von Gesetzen mitsamt dem Grundgesetz zur Diskussion zu stellen. Das bedeutet, daß wir bereit sein müssen, auch in wichtigeren Fragen der inneren Ordnung und der künftigen gesamtdeutschen Staatsorganisation andere Lösungen hinzunehmen als die, an die wir uns in der Bundesrepublik inzwischen gewöhnt haben. Aber diese Bereitschaft hat jedenfalls für uns ihre unverletzliche Grenze darin, daß wir bei der Wiederherstellung unserer staatlichen Einheit die Grundsätze des freiheitlichen Rechtsstaates nicht antasten lassen (Beifall).

Mit anderen Worten: Die Bundesrepublik und ihr Grundgesetz sind auch nach unserem Willen ein Provisorium, ein Übergang, an dessen baldige Ablösung durch eine neue in ganz Deutschland gültige Reichsverfassung wir unsere ganze Kraft setzen. Aber die fundamentalen sittlichen, rechtsstaatlichen und gesellschaftlichen Überzeugungen, die im Grundgesetz niedergelegt sind und unsere Staatsordnung tragen, sind für uns keineswegs beliebig auswechselbar. Wir sind daher bei aller Bereitschaft für die zeit- und sachgerechte Weiterbildung unserer Staats- und Gesellschaftsordnung doch in keiner Weise bereit, uns davon etwas z. B. zugunsten der sogenannten sozialistischen Errungenschaften abhandeln zu lassen. Es mag sein, daß es bei der SPD Leute gibt, die in dieser Sache kompromißbereit sind, vielleicht weil sie damit ebenso der Wiedervereinigung wie dem Restbestand des Marxismus in Deutschland zu dienen vermeinen. Wir werden dem widerstehen; denn wir halten es für eine Illusion, die staatliche Einheit Deutschlands wiederherzustellen in einem Kompromiß zwischen den Grundsätzen des freiheitlichen Rechtsstaates und dem kommunistischen Gesellschaftsbild (Beifall).

Es mag sein, daß mit der Ablehnung solcher Kompromisse die Chancen der Wiedereinigung nicht wachsen. Aber wer hält es nach den Erfahrungen, die wir hinter uns haben, für möglich, noch einmal die Systeme der Freiheit und der Knechtschaft in Deutschland so zu mischen, daß das deutsche Volk damit glücklich wird? (Beifall).

Gewiß ist, daß wir Bundesrepublikaner, jedenfalls aber wir, die CDU Deutschlands, weder über die Staatsordnung noch über unser eigenes Gesellschaftsbild nachdenken dürfen, ohne uns dabei bewußt zu sein, daß beides stillschweigend im Ganzen und Grundsätzlichen auf ganz Deutschland hin gedacht werden muß. Unsere Vorstellungen von der Staatsordnung der Deutschen und von unserem eigenen Gesellschaftsbild müssen von der Qualität, Exaktheit und Großzügigkeit sein, daß sie gerecht zu werden vermögen dem Bedürfnis des ganzen deutschen Volkes, in einer gesicherten freiheitlichen Rechtsordnung zu leben.

künftige deutsche Reichsverfassung und eine gesamtdeutsche Gesellschaftsordnung müssen sich in tatsächlicher und nicht nur in nomineller Übereinstimmung befinden mit der Charta der Vereinten Nationen. Mehr als die in dieser Charta auch von der sowjetrussischen Regierung feierlich anerkannten Rechte und Freiheiten beanspruchen wir Deutschen für die Weiterentwicklung und Durchgestaltung unserer deutschen Staatsordnung und unseres Gesellschaftsbildes nicht. Aber wir beanspruchen auch kein Jota weniger, und zwar für ganz Deutschland (Beifall).

Der junge Wilhelm von Humboldt hat sich unter dem Eindruck der französischen Revolution mit den Aufgaben und Grenzen des Staates befaßt. Die Schrift ist auch heute noch im Zeitalter des modernen Sozialstaates und der totalitären Systeme ungewöhnlich anregend. Humboldt kam zu dem Ergebnis, daß sich der Staat – ich zitiere – „aller Sorgfalt für den positiven Wohlstand der Bürger“ zu enthalten und sich lediglich auf ihren Schutz vor inneren und äußeren Feinden zu beschränken habe. „Zu keinem anderen Zwecke beschränke er ihre Freiheit.“ Soweit wörtlich! In den Ohren unserer Zeit ist das ein Sakrileg. Indessen hat dieser Humboldtsche Staatsbegriff den politischen Liberalismus fast ein Jahrhundert hindurch in Atem gehalten. Friedrich Naumann erst hat – getragen vom Strom der Zeit – eine neue Epoche des Liberalismus dadurch heraufgeführt, daß er diesen liberalen Staatsbegriff mit den Realitäten der modernen Geschichte verband, nämlich mit dem nationalen und sozialen Gedanken. Lange vor Naumann waren jedoch die sozial-konservativen Energien aus dem alten Zentrum und aus dem nationalgestimmten Protestantismus in der Gesellschafts- und Staatspolitik des Reiches wirksam geworden. Ich behaupte, mehr als die sozialistischen Ideen des 19. Jahrhunderts sind diese Kräfte aus dem deutschen Hochkatholizismus und Protestantismus die Wegbereiter des heutigen Verhältnisses von Staat und Gesellschaft geworden.

Die moderne Staatsauffassung hängt ab von dem Gesellschaftsbild, dem die Mehrzahl seiner Bürger zufällt. Die Gestalt und Ordnung des Staates werden von diesem Gesellschaftsbild her entweder bestätigt oder in Frage gestellt. Die Staatsordnung der kommunistischen Staaten oder des Faschismus folgte der kommunistischen oder faschistischen Vorstellung von der Gesellschaft, ebenso wie die Staatsordnung der demokratischen Staaten der Idee der Rechtsgleichheit und Rechtssicherheit, und mehr und mehr auch dem Bedürfnis nach sozialer Sicherheit entspricht.

Wir treten damit vor das Kernproblem, dem sich auch unsere innere Politik seit Jahr und Tag stellen muß. Das Grundgesetz gibt der Bundesrepublik und selbstverständlich auch uns, einer profoundly rechtsstaatlich gesonnenen Partei, auf, aus Deutschland einen sozialen Rechtsstaat zu machen. Es steht nirgendwo im Grundgesetz, was das eigentlich heißt. Deshalb ist die Frage an die Partei gestellt: Heißt das, daß der Staat über die Rechtssicherheit hinaus auch die soziale Sicherheit jedes Bürgers gewährleisten müsse und daß der Bürger nicht nur einen verbrieften Anspruch auf Schutz für Leib und Leben, Hab und Gut, Ehre und Freiheit an den Staat hat, sondern daß er auch einen verbürgten Anspruch

auf die Sicherung seiner materiellen und sozialen Existenz an die im Staat präsente Allgemeinheit hat? Das ist die Frage, das und nicht weniger!

Die Lage, in der wir uns heute im freien Teile Deutschlands befinden, hat sich in den letzten Jahren immer schneller der gesellschaftspolitischen Situation in den anderen Ländern des freien Europas angeglichen. Selbst die gravierenden Tatbestände, die sich aus der Teilung Deutschlands ergeben, das immer neu zu bewältigende Flüchtlingsproblem und die fortgesetzte Provokation des ganzen deutschen Volkes durch Ulbricht und Genossen – selbst dieser nationale Notstand Nr. 1 hat unsere rasche wirtschaftliche und gesellschaftliche Angleichung an die freien Völker Europas nicht zu mindern vermocht. Im Gegenteil: Die Massierung des weitaus größeren Teils des deutschen Volkes auf der restlichen Hälfte seines Volksbodens, der einstweilige Verlust seiner landwirtschaftlichen Hauptgebiete hat den ohnehin im rasanten Fortschritt befindlichen Industrialismus in Deutschland noch gefördert. Die Bundesrepublik ist im Guten wie im Bösen, d. h. mit allen Vorteilen und Nachteilen, ein moderner Industriestaat im internationalen Wettbewerb geworden mit allen gesellschaftspolitischen Problemen, die einem solchen eigen sind. Es tut gut, wenn wir unter diesem Horizont auch die Frage unseres Flüchtlingsproblems betrachten. Glauben Sie, daß wir zu den sechs Millionen neuer Arbeitsplätze gekommen wären, wenn wir nicht gegen unseren Willen eine Art Zwangspotential von zehn Millionen Menschen bekommen hätten, die zu uns gestoßen sind? Das hat nicht nur Nachteile, das hat für den Aufbau unserer Wirtschaft selbstverständlich auch Vorteile gebracht. In dem allem handelt es sich keineswegs nur um Fragen der Wirtschaftsgestaltung und der Sozialpolitik, sondern ebenso um Grundfragen unserer Kulturpolitik. Ist es um Schmutz und Schund geschehen, seitdem die sogenannte Lex Soraya entrüstet abgelehnt und dafür die Selbstreinigung der Presse feierlich gelobt wurde? Und wer kann behaupten, daß unser Schul- und Ausbildungswesen im Ringen mit dem wachsenden Lehrstoff zu jener harmonischen Gelassenheit gelangt wäre, die für die Erziehung und Menschenbildung weit wichtiger ist als alle Stoffpaukerei? (Beifall). Ich kann mir nur erlauben, Ihre Aufmerksamkeit auf diese brennend wichtigen Fragen zu richten, die schon allein einen Parteitag wert wären. Ich verweise darauf, weil man sie nicht ignorieren darf und weil sie in diesen Zusammenhang gehören. Damit ist nur flüchtig auf zwei Gebiete hingewiesen, die uns ernste Sorgen bereiten.

Unsere Sozialpolitik befindet sich seit Jahr und Tag auf einer Gratwanderung. Sie braucht unser aller Zielklarheit und charaktervolle Beständigkeit, um mit den Gefahren fertig zu werden, die ihr aus steigenden Ansprüchen bei wahrscheinlich sinkender Leistungsbereitschaft erwachsen.

Ich gehöre nicht zu denen, die alle sozialpolitischen Entscheidungen, die wir in Bund, Ländern und Gemeinden zu vertreten oder mitzuvertreten haben, für schlechterdings geglückt halten. Aber ich gehöre mit der ganzen CDU Deutschlands zu denen, die willens sind, Deutschland als einen sozialen Rechtsstaat durchzugestalten, und es nicht bei der Proklamation des Grundgesetzes bewenden zu lassen (Beifall).

Daß es uns damit ernst ist, das haben wir in diesen Jahren des wirtschaftlichen und sozialen Aufbaues wahrhaftig bewiesen. Wir haben die Rechtsansprüche derer, die im besonderen die Last des verlorenen Krieges tragen, ehrlich und redlich honoriert. Wir sind mit den Kriegsofferrenten, mit dem Lastenausgleich, mit der Wiedergutmachung nicht hinter dem zurückgeblieben, was wir verheißen haben. Wir haben die Verpflichtung aus Artikel 131 des Grundgesetzes erfüllt, und wir sind dabei, auch dort, wo es uns schwerfiel, um des Rechtes willen so weit wie überhaupt möglich gegangen. Vor einigen Wochen sprach mich ein alter Seeoffizier von der „Graf Spee“ in Buenos Aires an. In dieser Seestadt Kiel wird es wohl erlaubt sein, daran zu erinnern. Er wollte nichts, als dem Präsidenten des Bundestages den Dank eines honorigen Mannes dafür aussprechen, daß ihm die Bundesrepublik in Vertretung des Deutschen Reiches eine, wie er sagte, anständige, seine Existenz sichernde Versorgung gewährt habe (Beifall).

Nun, wir haben dies alles für unsere Pflicht gehalten. Wir glaubten allerdings, auch nicht weniger an die denken zu sollen, die heute alt, krank oder arbeitsunfähig von den Erträgen einer blühenden Wirtschaft ausgeschlossen wären, wenn ihnen nicht von Staats wegen unter die Arme gegriffen würde. Die 3,5 Milliarden, die wir dafür jährlich im Bundeshaushalt aufwenden müssen, reuen uns nicht. Ich verdanke dem Herrn Bundesfinanzminister eine Korrektur der Zahlen, die in meinem Manuskript stehen. Der Herr Bundesfinanzminister hat mich darüber belehrt, daß es nicht 3,5 Milliarden, sondern 4,8 Milliarden sind, die wir dafür ausgeben, und daß wir die 3,5 Milliarden für die Kriegsoffer verwenden. Zu alledem stehen wir.

Was wir jedoch mit Sorge beobachten – und das soll frei ausgesprochen werden –, ist dies, daß diese gewaltigen sozialen Leistungen in nicht wenigen Teilen unseres Volkes nicht nur Zufriedenheit, sondern auch steigende Ansprüche zur Folge haben. Weder die alten Sozial-Konservativen aus dem Zentrum und dem nationalen Protestantismus noch der von Naumann zur Idee des Sozialstaates bekehrte Liberalismus haben das vorausgesehen. Es gibt Erscheinungen in unserem öffentlichen Leben, die vor allem diejenigen betroffen machen, die sich von dem klassischen Liberalismus Wilhelm von Humboldts nach der Melodie „Jeder ist seines Glückes Schmied!“ losgesagt haben zur Bejahung des sozialen Rechtsstaates. Sollten sie, sollten wir gegen uns selbst Humboldt gelten lassen müssen? – Ich zitiere Humboldt noch einmal –: „Noch mehr aber leidet durch eine zu ausgedehnte Sorgfalt des Staates die Energie des Handelns überhaupt und der moralische Charakter. Dies bedarf kaum einer weiteren Ausführung“, meint Humboldt; „denn wer oft und viel geleitet wird, kommt leicht dahin, den Überrest seiner Selbsttätigkeit gleichsam freiwillig zu opfern. Er glaubt sich der Sorge überhoben, die er in fremden Händen sieht, und genug zu tun, wenn er ihre Leitung erwartet und ihr folgt. – Damit verrücken sich seine Vorstellungen von Verdienst und Schuld.“ So Humboldt vor etwa 170 Jahren!

Es ist verständlich, daß auf einen Zwangs-Staat, wie wir ihn erlebt haben, der alles fordert, alles lenkt und alles nimmt, mit stillen Protesten – die lauten sind zu gefährlich – und Fluchtversuchen und schließlich mit der Apathie des eigenen Gewissens geantwortet wird. In un-

serem Staat der Freiheit, in dem nichts leichter ist, als eindrucksvolle Forderungen zu stellen, schafft sich diese Apathie in dem massiven Anspruch auf generelle Existenzsicherung – nicht nur Rechtsicherung – durch den Staat ihren Ausdruck. Sie tut es freilich nur, weil es den müden Gewissen zuvor so suggeriert wurde, sei es von Ideologen, sei es von bloßen Opportunisten. Aber wie auch immer: die Frage ist gestellt, ob der soziale Rechtsstaat seinen Bürgern das letzte Risiko der wirtschaftlichen, der sozialen Existenz abnehmen muß, indem er schließlich jedem ohne Ansehen seiner Leistungen oder seines Leistungsvermögens soziale Sicherheit garantiert. Das ist die Frage!

Bis jetzt steht unsere Sozialpolitik und Gesellschaftspolitik ebenso wie unsere Kulturpolitik auf zwei grundlegenden Voraussetzungen:

1. Die Sozialleistung des Staates steht und fällt mit der wirtschaftlichen Leistung des Volkes. Wir sind keine Zauberer und können deshalb nur ausgeben, was wir uns selbst und anderen, die es auch erst verdienen mußten, abgenommen haben. Wir lehnen es ab, mit irgendwelchen Kunststücken anderer Art die Sozialleistungen zu verbessern; denn jede Entwicklung in der Richtung auf eine neue Inflation gefährdet nicht nur den Wert, sondern auch die Grundlage der sozialen Leistung (Beifall), weil sie eine unvermeidbare Gefährdung unseres Wirtschaftssystems, unserer Währung und unserer Gesellschaftsordnung ist. Davon wissen wir zweimal gebrannten Kinder in Deutschland doch schließlich alle etwas zu erzählen, wenn wir uns die letzten vierzig Jahre vorstellen.

2. Die Sozialleistung setzt die persönliche Eigenleistung voraus und bleibt an sie gebunden (Beifall).

Sie verstehen, was ich damit sagen will; denn in der Tat setzen wir uns mit diesem Grundsatz entscheidend ab von dem neosozialistischen Lieblingsgedanken des Versorgungsstaates. Sein Rezept ist es, den Arbeitsertrag des Einzelnen von Staats wegen in so hohem Maße in Anspruch zu nehmen, daß aus dem gemeinsamen Pott, in den er eingebracht werden soll, eine gleichmäßige Befriedigung der Existenzbedürfnisse aller Staatsbürger ermöglicht wird. Das ist der hochmoderne, friedliche Weg zur Erreichung eines alten marxistisch-sozialistischen Zieles, nämlich der klassenlosen Gesellschaft in einem sozial-egalitären Massenstaat.

Es ist keine Frage, daß es dieser Zielstellung gegenüber heute in Deutschland nur ein Entweder-Oder gibt. Ob sich der Liberalismus an Naumann oder an Humboldt orientiert, ob in der CDU die Sprecher des Mittelstandes oder der Sozialausschüsse dazu das Wort nehmen: In dieser Sache waren und sind sie und bleiben hoffentlich auch einer Meinung (Beifall). Auch wer so wie wir mit aller Kraft die gesellschaftliche Verbindung von Arbeiterschaft und Bürgertum fördert, und wer so vollständig fertig ist mit dem alten Klassen- und Standesbewußtsein wie wir, auch der wird mit dem modernen egalitären Massenstaat auf gespanntem Fuß leben. Wir tun es, weil wir die seelisch-geistigen Folgen der Vermassung, ihren Angriff auf die Selbständigkeit und Eigenverantwortung des Menschen, auf seinen Personkern für ebenso verheerend halten wie die Einebnung aller Strukturprofile der Gesellschaft. Aber wir sind keine Fatalisten, die des Glaubens sind, daß diese Einebnung

der sozialen Gliederung, die das moderne sozialistische Gesellschaftsbild betreibt, diese Abwürgung der gesellschaftlichen Individualität und diese Rückbildung persönlicher Initiative und Risikobereitschaft das unvermeidliche Ergebnis der modernen Industriegesellschaft sein müßten. Das glauben wir nicht.

Noch eine Bemerkung zur Terminologie! Unser Freund Blank hat vor einigen Tagen in Berlin den Begriff des Wohlfahrtsstaates nachdrücklich von dem des Versorgungsstaates abgegrenzt. Ich kann mich dem anschließen unter einer Bedingung, wenn nämlich Klarheit darüber besteht, daß Wohlfahrtsstaat nichts anderes besagen soll als der auf die Freiheit und Selbstverantwortung des Einzelnen gegründete soziale Rechtsstaat (Beifall). Bis jetzt wird der Begriff des Wohlfahrtsstaates häufig gleichgesetzt mit dem Versorgungsstaat. In diesem Sinne lehne ich ihn ab (Beifall). Die moderne Industrie-Gesellschaft ist hochgradig Leistungsgesellschaft. Es hat keinen Zweck, darüber hinweg zu phantasieren und zu träumen. Ihr Funktionieren setzt darum das denkerische und verantwortungsbewußte Mitgehen im Arbeitsprozeß voraus. Die Wirtschaft im Zeitalter der Kernenergie und der Automation wird nach allem, was wir bis jetzt wissen – ganz abweichend von der Fata Morgana, die vor einiger Zeit von dem sozialdemokratischen Parteitag in München begeisterten Zuschauern vorgespiegelt wurde –, keineswegs die Arbeit und die persönliche Leistung der Arbeitsfähigen überflüssig machen. Im Gegenteil: Es wird lediglich eine weitere Verlagerung von der einfachen zur qualifizierten und hochqualifizierten Arbeit stattfinden. Diese Verlagerung wird sich nur vollziehen können, wenn eine größere Zahl von Menschen als seither schon mit ihrer Ausbildung eine höhere Leistung erbringt und außerdem bereit ist, sich auf die Dauer einem strengeren Leistungsanspruch im Berufe auszusetzen. Das ist die nackte Wahrheit (Beifall). Hermann Schulze-Delitzsch, dessen 150. Geburtstag wir in diesen Tagen gedenken, hat das lange vorausgesehen: „Handwerk geht mehr und mehr in Kopfwerk über.“ Das bedeutet aber nicht, daß in Zukunft weniger gearbeitet werden muß als bisher.

Es kann außerdem kein Zweifel darüber bestehen, daß, wenn unsere Wirtschaft wettbewerbsfähig bleiben und die steigenden Lebensansprüche einer wachsenden Bevölkerung befriedigen soll, sie auf steigende Produktion angewiesen ist. Das aber heißt unweigerlich, fortlaufend investieren. In einem nachdenklichen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung der nächsten 20 Jahre stellt der Amerikaner Peter Drucker den Satz auf, daß – ich zitiere – „ein Unternehmen, das in seiner eigenen Branche wettbewerbsfähig bleiben will, in 10 Jahren in der Lage sein muß, $\frac{2}{5}$ mehr zu produzieren als heute, ohne ein Wesentliches oder überhaupt ein Mehr an Überstunden“. In 20 Jahren aber müsse es in der Lage sein, „zweimal soviel zu produzieren bei nur $\frac{1}{10}$ mehr an Arbeitsstunden“.

Ich mache auf diese nüchterne Voraussage aufmerksam, um erstens dem lieblichen Märchen unserer Zeit von dem steigenden Lebensstandard bei sinkender Arbeitszeit und Arbeitsleistung mit Hilfe der zauberhaften Automation den Spiegel der Wirklichkeit vorzuhalten (Beifall). Ich mache zweitens darauf aufmerksam, um auf die Notwendigkeit der steigenden Investitionen hinzuweisen. Das heißt natürlich, daß auch



Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier spricht über „Staatsordnung und Gesellschaftsbild“.



Dr. Willeke MdB und Oberbürgermeister a. D. Wilhelm Bitter während einer Plenarsitzung



Frau Dr. Rehling während der Abstimmung

weiterhin zugunsten der Bildung von Sparkapital ein gewisser Konsumverzicht unerlässlich ist. Drucker hat ausgerechnet, daß die Vereinigten Staaten, um ihre Wirtschaft auf der Höhe zu halten, ihre Kapitalinvestitionen in der freien Wirtschaft in den nächsten 20 Jahren weit mehr als verdoppeln müssen. Von den Konsequenzen, die sich aus der fortschreitenden Qualifizierung der Arbeit für die Vermehrung der Ausbildungskosten ergeben, vermittelt einen Eindruck die in den Vereinigten Staaten vorausgesehene Steigerung der Schullast von heute 15 Milliarden Dollar im Jahr auf ca. 50 Milliarden Dollar im Jahre 1975.

Was besagen diese Hinweise für uns? Im Zusammenhang mit unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik vor allem zweierlei:

1. Wenn wir am Grundsatz der freien Wirtschaft festhalten wollen, dann darf im wohlverstandenen Interesse des ganzen Volkes, d. h., um dem einzelnen eigenen Grund unter die Füße zu geben und unsere Wirtschaft krisenfest und wettbewerbsfähig zu machen, an der Steuer-Schraube nicht nach Belieben weitergedreht werden (Beifall).

Damit kommen wir überhaupt nicht weiter. Unsere Absicht ist es ja nicht, einen Juliesturm an den anderen zu stellen, oder den Staatshaushalt – ich habe so etwas gehört – noch mehr auszuweiten. Ich empfehle dem ganzen Bundesparteitag, in der Ablehnung dessen wie ein Mann hinter den Bundesfinanzminister zu treten (Beifall). Unsere Absicht muß es sein, das private Sparen und die private Kapitalbildung zu ermöglichen und zu fördern (Beifall). Das ist das Thema. Damit haben wir in den vergangenen Jahren Erfolge erzielt, und damit haben wir auch in der Zukunft zu beweisen, daß es uns ernst ist mit der Parole des Hamburger Parteitages aus den Fundamenten unseres Denkens heraus, wenn wir sagen: *Eigentum für alle*.

2. Nach den jüngsten Berechnungen der Bundesbank stieg das Masseneinkommen von 46,3 Milliarden DM im Jahre 1950 auf 104,2 Milliarden DM im Jahre 1957. In ersten Halbjahr 1958 hat es sich um weitere 10% erhöht. Der Bruttostundenverdienst der Industriearbeiter beträgt heute 170% dessen von 1950. Es ist wahr, daß es bei manchen 200% sind. Einen Ausdruck findet diese Entwicklung auch zusammen mit unserer Wohnbaupolitik in der Tatsache, daß heute schon etwa 750 000 Arbeiter in Deutschland Hauseigentümer sind. Schließlich darf ich in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß die Spareinlagen von Juli 1957 bis Juli 1958 allein um 6,5 Milliarden DM gestiegen sind. Ein Zuwachs, der fast so groß ist wie die gesamte Sparsumme von 1948 bis 1952. Ähnlich ist die Entwicklung am Kapitalmarkt verlaufen. Alles in allem auch eine Dokumentation für das, was wir unter sozialer Sicherheit verstehen möchten!

Trotz dieser großen Erfolge stehen wir auch in Zukunft unter dem Zwang zur steigenden Leistung. Das ist kein Anlaß, das Robotertum zu preisen oder dem trüben Hennecke-Kult der Pankower Ausbeuter etwas abzugewinnen. Aber es ist für uns ein Anlaß, energisch dafür einzutreten, daß die exakte Bewertung der persönlichen wie der gemeinschaftlichen Leistung, auf welche die moderne Industriegesellschaft angewiesen ist, gepflegt und in unserer sozialen Gesetzgebung strikt geschützt wird. Die Arbeitsdisziplin und die Arbeitsmoral unseres Volkes

haben den Wiederaufbau ermöglicht. Sinken sie ab, wird uns auch nichts vor dem wirtschaftlichen und sozialen Absinken retten.

Ich sage noch einmal, was ich vor dem Parteitag in Hamburg letztes Jahr gesagt habe, daß wir in allem Wesentlichen die Grenzen des sozialen Rechtsstaates nach der Leistungsseite erreicht haben. Wir haben keinen großen Spielraum mehr. Es ist eine Illusion, wenn wir uns das einbilden. Treten wir über ihn hinaus, so besteht die Gefahr, daß wir kopfüber in das Gesellschaftskonzept des modernen Sozialismus stürzen. Er weiß nichts anderes, als durch die weitere Ausdehnung der Staatskompetenzen die egalitäre Massengesellschaft zu organisieren, die persönliche Leistung zu belasten durch die Wegnahme des größeren Teils ihres materiellen Ertrags zugunsten der Staatsgesellschaft. So wird die soziale Existenz des Bürgers im wesentlichen auf den Staat gegründet. Es ist nur konsequent, daß der so gesicherte Bürger dann selbstverständlich auch vom Staat kontrolliert und entscheidend abhängig gemacht wird (Beifall).

Selbstverständlich kann man diesen harten Text auch verführerisch tonen, was ich nicht getan habe. Ich frage Sie aber, ob dadurch am Tatbestand selbst das Mindeste geändert wird. Wir haben es hundertmal gesagt, daß und warum wir diese Linie nicht wollen. Ich fasse es in den einen Satz zusammen: Wir von der Christlich Demokratischen Union glauben, daß, weil der Mensch zur Freiheit berufen, mit eigenem Gewissen und eigener Verantwortung ausgestattet ist, er weder vom Staat noch von der Gesellschaft mediatisiert und bewirtschaftet werden darf. Das apostolische Gebot: „Einer trage des anderen Last“ ist ein verpflichtender Anspruch auch bei dieser Betrachtung der Dinge an unsere Gesinnung und unser Gewissen, aber es ist keine Zwangsparole, mit deren Hilfe aus einer Vielfalt von Begabungen, Leistungen und Charakteren eine uniforme, von staatlichen Befehlsständen aus dirigierte unfreie Masse gemacht werden darf (Beifall). Wenn zum Beispiel die Sozialabgaben über die bis jetzt erreichte Grenze von ca. 30% des Bruttolohnes hinaus beträchtlich erhöht werden müßten, dann würde die freie Verfügbarkeit über den wesentlichen Teil des persönlichen Arbeitsertrages verlorengehen an den Staat: eine Art kalter Sozialisierung. Einige Monate, nachdem unser Freund Theo Blank das Arbeitsministerium übernommen hatte, hielt er vor den zuständigen Ausschüssen des Bundestages eine Rede. In ihr traten seine Bemühungen, das zu halten, was die seitherige Sozialgesetzgebung versprochen hat, eindrucksvoll zu Tage. Aber unser neuer Arbeits- und Sozialminister konnte auch nicht verschweigen, daß das nur möglich ist und daß gewisse Verbesserungen der Leistungen nur in Erwägung gezogen werden könnten, wenn eklatante Mißstände und Mißbräuche, zum Beispiel in der Krankenversicherung, energisch beseitigt würden.

Aber in jener Rede Blanks wurde auch deutlich, daß wir Christlichen Demokraten nicht jeden frommen Wunsch, auch wenn er – ausdrucksvoll vorgebracht – aus unseren eigenen Reihen kommt, erfüllen können oder dürfen. Da ist zum Beispiel die Auseinandersetzung um den sogenannten Familienlohn. Ich trete Theodor Blank uneingeschränkt bei: „daß der Lohn grundsätzlich Leistungslohn ist und bleiben muß“ (Beifall).

Denn Blank hat recht: „Die Leistung ist der Motor des wirtschaftlichen Geschehens. Sie muß im Lohn ihren Gegenwert finden.“ Wer solide Leistungen will, der muß einen anständigen Lohn zahlen. Wer Spitzenleistungen verlangt, muß Spitzenlöhne bieten und zahlen. Aber dieser Lohn muß auch vor dem Zugriff der öffentlichen Hand, jedenfalls insoweit geschützt werden, daß der materielle Anreiz für die Leistung nicht von vornherein ruiniert wird.

Wir haben gegen die sozialistische Gesellschaftspolitik weiterhin dies auf dem Herzen, daß sie, auch soweit sie dem klassischen Marxismus abgesagt hat, nicht begreiflich zu machen vermag, wie sie die Wirtschaft als freie Wirtschaft funktionsfähig erhalten und den Schutz des Arbeitsertrages gegenüber den gesteigerten Ansprüchen der öffentlichen Hand im Versorgungsstaat wirksam machen will. Wie will sie das eigentlich machen? Ich glaube, daß die Wahlen der letzten Jahre gezeigt haben, daß ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft nicht nur die Kernfragen unserer Außenpolitik begriffen hat, sondern auch die unserer Innenpolitik. Ich glaube, es ist begriffen, daß die von uns vertretene unterschiedene Wertung der persönlichen Leistung und der von uns geforderte weitgehende Schutz des Leistungsertrages die einzige solide Grundlage für den weiteren Aufstieg des deutschen Arbeiters ist. Im Mai 1955 hat sich der Herr Bundeskanzler ein Gutachten führender Sachverständiger über die „Neuordnung der sozialen Leistungen“ erstellen lassen. Es heißt darin: „In der modernen Wirtschaftsgesellschaft muß dem Einzelnen der Zusammenhang zwischen seiner wirtschaftlichen Leistung und seinem Einkommen bewußt werden. Der soziale Fortschritt kann nicht darin gesehen werden, daß immer weitere Teile der Existenzsicherung dem Staat übertragen werden. Es muß auf die Dauer das Ziel sein, ein Höchstmaß persönlicher Eigenständigkeit für alle herbeizuführen und zu erhalten.“ Goldene und richtige Worte deutscher Professoren! An uns ist es, mit dieser richtigen Einsicht auch das Richtige anzufangen.

Es ist nicht einzusehen, wie es ohne die strikte Befolgung dieses Gutachtens weiter zu der Neubildung und Streuung von Eigentum kommen kann, für die der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung am 29. Oktober 1957 nachdrücklich eingetreten ist. Wer „Eigentum für alle“ sagt, der muß eben selbstverständlich auch von allen eine angemessene Leistung verlangen, und er muß diese Leistung und ihren Ertrag schützen vor dem Zugriff der öffentlichen Hand, das heißt, er darf dem Staat nur geben, was dieser unbedingt braucht. Mit dem Blick auf den Herrn Bundesfinanzminister sage ich: Das allerdings muß sein!

Wer „Eigentum für alle“ sagt, kündigt noch einer anderen bedenklichen Erscheinung in der modernen Wirtschaftsgesellschaft Widerstand an. Ich zitiere: „Wir wollen nicht, daß schließlich bei immer größerer Konzentration der Wirtschaft zu Großbetrieben das Volk aus einer kleinen Schicht von Herrschern über die Wirtschaft und einer großen von Abhängigen besteht. Wir brauchen unabhängige mittlere und kleine Existenzen in Handwerk, Handel und Gewerbe; wir brauchen das gleiche in der Landwirtschaft, und wir brauchen die anderen freien Berufe.“ Dieser Satz gegen die fortschreitende Wirtschaftskonzentration stammt

aus derselben Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom Oktober 1957. Ich frage mich, ob der Satz – um praktisch zu reden – die Ankündigung einer gründlichen Umsatzsteuerreform darstellt. Sie scheint immerhin fällig zu sein, wenn etwas gegen den Konzentrationsprozeß getan werden soll (Beifall).

Zusammen mit unserem Freund Erhard haben wir einen langen Kampf um das Kartellgesetz geführt. Dieser Kampf war alles andere als bequem; er war nicht bequem innerhalb der CDU, und er hat Ergebnisse gebracht, von denen man fragen kann, ob sie ausreichen, oder ob nicht bereits eine Novelle fällig ist (Vereinzelter Beifall). Darf ich aus diesem zurückhaltenden Beifall schließen, daß noch gewisse Meinungsverschiedenheiten hier bestehen? (Heiterkeit).

Die Prüfung jedenfalls ist notwendig, aber sie ist darüber hinaus auch erforderlich für viele andere staatliche Maßnahmen, die möglicherweise trotz der formalen Gleichbehandlung die Mittel- und Kleinbetriebe in ihren Auswirkungen behindern.

Ich habe eben eine sehr sorgsam abgewogene Stellungnahme unseres Freundes Schmücker zu diesem Problemkreis durchgesehen. Ich habe sie leider zu spät in die Hand bekommen, um hier etwas Programmatiches dazu zu sagen, aber ich darf sagen, daß ich mit der Gesamttendenz einig bin und daß es nicht in das Belieben der CDU gestellt ist, so oder so zu verfahren, sondern daß wir auf Grund der Verpflichtung gegenüber unserem Grundbegriff von Staatsordnung und Gesellschaft gehalten sind, auch in der praktischen Politik, wie sie in unseren Fraktionen betrieben wird, danach zu handeln.

In diesem Zusammenhang muß auch noch auf die vom Bundeswirtschaftsminister wie von anderen unserer Freunde betriebene Popularisierung der Aktie hingewiesen werden. Warum sollte sie nicht doch noch bei uns ein Mittel werden, um eine breitere Beteiligung von Arbeitnehmern am Großbetrieb zu schaffen und dadurch das zu bewirken, was in Amerika die „Demokratisierung des Eigentums“ genannt wurde? Der Bundesarbeitsminister hat, in die gleiche Richtung zielend, soeben mit Recht auf die Bedeutung des Erwerbs von Kapitalbeteiligungen für Arbeitnehmer hingewiesen. Indem wir uns auf diesen Weg begeben, sagen wir Christlichen Demokraten selbstverständlich der gegensätzlichen Parole, nämlich der Sozialisierung der Großbetriebe auch in der Grund- und Schlüsselindustrie ab (Beifall).

Ich bin bereit, in der Diskussion darauf einzugehen. Man kann nicht die Widersprüche in einer *complexo compositorum* miteinander verbinden und damit vor das deutsche Volk treten. Schließlich wird der Bund durch die undogmatische Privatisierung von Bundeseigentum ein Beispiel geben müssen für Länder, Gemeinden und Privatindustrie. Solche Privatisierungen sind nur eine logische Folge der in unserem Gesellschaftsbild wirksamen Grundvorstellungen vom Einzelnen und der Gemeinschaft. Fragt man uns, welche Absicht, welcher Leitgedanke denn einer solchen Wirtschafts- und Sozialpolitik zugrunde liege, so können wir darauf kurz und bündig antworten, daß die CDU das *Gesellschaftsbild eines konsequenten Personalismus* vertritt. Das ist etwas anderes, als den Egoismus des Einzelnen im Staate Trumpf sein zu lassen. Wir müssen deshalb bereit sein, daraus auch unbequeme Kon-

sequenzen zu ziehen. Wenn ich von hier aus auf die politischen Kampf-
fronten blicke, so komme ich zu dem Ergebnis, daß, von nicht sehr be-
langreichen kleinen Gruppen und von Nuancen abgesehen, wir uns
heute im freien Teil Deutschlands ideenpolitisch – ich sage einstweilen
ideenpolitisch und greife gar nicht dem Organisationsbereich der Par-
teien vor – in einem Zweiparteiensystem befinden; denn die parlamen-
tarischen Traditionsträger des politischen Liberalismus können sich –
wenn sie sich nicht vollständig aufgeben wollen – nur mit uns
und nicht gegen uns zu einem personalistischen Bild des
sozialen Rechtsstaates bekennen. Dieses Bild steht im klaren Gegen-
satz zu dem egalitären Gesellschaftsbild des deutschen Reformsozialis-
mus, geschweige gar zu dem des herkömmlichen Marxismus.

Es ist alles andere als ein Verhältnis selbstverständlicher Harmonie, das
zwischen unserem Gesellschaftsbild und Staatsverständnis und dem Ge-
danken an Staatssubventionen besteht. Ich komme damit auf einen,
wenn man die Sache programmatisch ansieht, heiklen, um nicht zu
sagen schwierigen Punkt. Ich meine damit nicht die Staatszuschüsse zur
Rentenversorgung und auch nicht eigentlich die Bundeszuschüsse zum
sozialen Wohnungsbau. Man kann ihn begreifen als eine großzügige
Maßnahme zur Beseitigung eines einmaligen nationalen Notstands, als
eine Kriegsfolgenlast. Sicher ist der soziale Wohnungsbau nach unserem
Willen darüber hinausgewachsen. Er ist zu einer allgemeinen breiten
Starthilfe des Bundes gerade in den Schichten unseres Volkes geworden,
die bisher von der Eigentumsbildung ausgeschlossen waren. Diese Start-
hilfe ist damit zugleich, nehme ich alles in allem, eine großzügige In-
vestition des deutschen Volkes zugunsten seiner Volksgesundheit in
physischer, sozialer und moralischer Hinsicht; denn der soziale Woh-
nungsbau zielt auch auf die Kräftigung der Familie. Unser Freund
Lücke hat gerade diesen Gesichtspunkt mit Nachdruck in das öffentliche
Bewußtsein gerückt.

Die Staatssubvention jedoch, die ihrem finanziellen Umfang und ihrer
Art nach auf harte Kritik stößt – unbeschadet der Tatsache, daß sie im
Bundestag fast einstimmig über die Bühne geht – ist der Grüne Plan
unseres Freundes Lübke. Die soziale Struktur des deutschen Bauern-
tums in einem voll beschäftigten Industriestaat, die Rückkehr Deutschlands
in die Weltwirtschaft und schließlich die Entwicklung des Gemeinsamen
Marktes haben eine Situation geschaffen, die Landwirtschaft und Staat
vor besonders schwierige soziale und wirtschaftliche Probleme stellt.
Die deutsche Landwirtschaft muß einen tiefgehenden Umstellungsprozeß
bewältigen, ohne daß der Staat sie dabei kurzerhand über die Hürden
heben könnte (Beifall).

Wenn wir unserem Freund Lübke gefolgt sind und uns trotz unseres ge-
spannten Verhältnisses zum Gedanken der Staatssubventionen für sei-
nen Grünen Plan entschlossen haben, so geschah das vor allem aus zwei
Gründen:

1. Wir halten das deutsche Bauerntum für ein grundlegend wichtiges
Element des deutschen Volkskörpers, für dessen Regenerationsfähigkeit
und Lebenskraft. Schon allein darum würden wir es für unsere Pflicht
halten, das deutsche Bauerntum nicht vor die Hunde gehen zu lassen.

2. Die Substanz der deutschen Landwirtschaft ist der bäuerliche Familienbetrieb. Mit der Subvention des Grünen Planes tritt die moderne deutsche Industriegesellschaft für eine Minderheit ihrer Mittelschicht höchst tatkräftig ein. Wir möchten, daß das in Deutschland einmal von oben bis unten verstanden und gewürdigt wird (lebhafter Beifall).

Die deutsche Landwirtschaft umfaßt heute ca. 12% der Bevölkerung der Bundesrepublik. Der Grüne Plan zielt darauf, der Landwirtschaft zu gleichen Startbedingungen wie anderen Wirtschaftszweigen zu verhelfen. Aber diese Hilfe versteht sich in keiner Weise als die Zubilligung eines Rechtsanspruchs auf Staatssubventionen an irgendeine Gruppe oder Schicht. Das muß einfach festgestellt werden. Hier geht es nicht um einen Vorbehalt gegenüber der deutschen Landwirtschaft, sondern darum, was wir unserem staatspolitischen und gesellschaftspolitischen Grundgedanken schuldig sind. Wir denken nicht daran, mit dem Grünen Plan einer „pluralistischen Subventionsordnung der Gesellschaft“ (Arnold Gehlen) Tür und Tor zu öffnen.

Auch unsere Subventionen, so kann ich zusammenfassen, stehen auf dem Grundsatz der Subsidiarität, der Hilfe zur Selbsthilfe, die unsere ganze staatliche Sozialpolitik beherrscht. Mit all seinen sozialen Leistungen und Subventionen übernimmt unser sozialer Rechtsstaat keine Garantie für die soziale Existenz seiner Bürger oder einzelner Gruppen von ihnen – es sei denn für die, die einen klaren Rechtsanspruch an den Staat haben oder die in unverschuldeter Arbeitsunfähigkeit auf seine Hilfe angewiesen sind. Der soziale Rechtsstaat und der sozialistische Versorgungsstaat unterscheiden sich dadurch, daß im sozialen Rechtsstaat der einzelne das Risiko seines Lebens und seiner Existenz übernehmen und behalten muß. Im sozialistischen Versorgungsstaat wird ihm dieses Risiko zwar vom Staat abgenommen, aber dafür tritt der einzelne unter die Bewirtschaftung des Staates und seiner Kontroll- und Exekutionsorgane in einem Umfang und in einer Weise, wie wir das nicht wollen (Beifall). Im sozialen Rechtsstaat greift nach dem Subsidiaritätsprinzip der Staat hilfsweise ein, im sozialistischen Versorgungsstaat soll der einzelne vom Staat bekommen, was er braucht, aber dafür hat er dem Staat zu leisten, was er vermag. Ich kann nicht einsehen, wie ein solcher „Taschengeldstaat“ (Röpke) eine Verheißung oder auch nur ein Ansporn zu sein vermöchte für den aufstrebenden, leistungsfähigen deutschen Arbeiter, von anderen zu schweigen (Beifall).

Im Jahre 1896 schrieb Friedrich Naumann in seiner Zeitschrift „Hilfe“: „Was nützt uns die beste Sozialpolitik, wenn die Kosaken kommen? Wer innere Politik treiben will, der muß erst Volk, Vaterland und Grenzen sichern; er muß für nationale Macht sorgen. Hier ist der schwächste Punkt der Sozialdemokratie.“ Wir haben in den vergangenen acht Jahren dieselben Erfahrungen gemacht. Nach dem jahrelangen bloßen Nein gegen unsere Politik der Sicherung Deutschlands hat sich die Führung der deutschen Sozialdemokratie unter dem Druck der weltpolitischen Entwicklung zu einer mittleren Linie entschlossen. Aber als sie damit nach langem Ringen in den eigenen Reihen ihren Widerstand gegen eine Wiederbewaffnung Deutschlands aufgab, da erwies es sich, daß die militärische Sicherung Deutschlands auf uns allein gestellt unmöglich ist, gleichgültig ob eine aus der NATO gelöste Bundeswehr mit

oder ohne Atomwaffen ausgestattet würde. Ich möchte damit lediglich auf den zwingenden inneren und äußeren Zusammenhang hinweisen, der zwischen der sozialen Sicherheit und der gesicherten Rechtsordnung des Staates besteht. „Was nützt uns die beste Sozialpolitik, wenn die Kosaken kommen?“

Die Geschichte der letzten 50 Jahre ist ein einziges Beispiel dafür, daß auch ein geklärtes Gesellschaftsbild und eine ideal entworfene Staatsordnung unfruchtbar bleiben, wenn das in der heutigen Welt nun eben einmal unerläßliche Maß von äußerer Sicherheit nicht erreicht werden kann. Die Folge ist jene Unsicherheit, die über allem hängt und jedem von uns bekannt ist. Wer spart, wer investiert, wer baut denn, wenn er ernstlich befürchten muß, daß morgen die Kosaken kommen, und wer leistet denn etwas, wenn er damit rechnen muß, daß die vielleicht schön formulierte, aber schwächliche Staatsordnung ihm morgen über dem Kopf zusammenbricht? Mit anderen Worten: Die soziale Sicherheit verlangt gebieterisch die Rechtssicherheit in der auch nach außen gesicherten Staatsordnung. Das hat nun gar nichts mit übertriebenem Sicherheitsverlangen zu tun, aber sehr viel mit den ca. 6 Millionen neuer Arbeitsplätze in der Bundesrepublik. Es ist merkwürdig, daß dieselben Leute, die auch den letzten Rest von Wagnis und Risiko im Existenzkampf des Einzelnen durch ein überperfektes System von Staatsgarantien ausschließen möchten, dort, wo es sich um die unerläßliche Existenzsicherung der Nation handelt, uns mit ihren Träumen und Ängsten Risiken zumuten, die kein Staatsmann eingehen und keine Verantwortung tragende Partei aufgreifen darf (starker Beifall).

Die Leitidee unseres christlich-sozialen Gesellschaftsbildes ist nicht „der Einzige und sein Eigentum“, um Stirners Parole zu nehmen, sondern es ist die auf eigenen Füßen stehende verantwortungsbewußte Persönlichkeit in der gegliederten und geordneten Gemeinschaft. Das heißt, daß die Freiheit, die wir meinen, nicht die Freiheit des Dschungels ist, wo der Starke den Schwachen frißt, oder feiner, wo der Großverband den Einzelnen bewirtschaftet (Beifall). Unser Gesellschaftsbild verlangt, daß unsere Staatsordnung in einem so verläßlichen und intensiven Sinn Rechtsordnung ist, daß sie jedem eine verbürgte Chance gibt, aus sich und seiner Leistungsfähigkeit das Beste zu machen. Unser Gesellschaftsbild verlangt ebenso, daß der Einzelne und seine Bedürfnisse dabei nicht absolut gesetzt werden, sondern in einen vertretbaren Einklang gebracht werden mit der nun einmal nicht abwälzbaren Last der Gemeinschaft. Wir können und werden uns niemals einfallen lassen, über der energischen Betonung der Eigenständigkeit und Selbstverantwortung die soziale Mitverantwortung des Einzelnen zu bagatellisieren oder außer Sicht kommen zu lassen.

Es würde sich lohnen, unsere Staatsordnung, ihre Verfassungswirklichkeit und Organisation zum Gegenstand einer Aussprache auf einem Parteitag zu machen. Mit aufrichtiger Genugtuung haben wir in den vergangenen Monaten verfolgt, wie sich die repräsentative Demokratie des Grundgesetzes im Kampf um die Volksbefragung, gegen ihre Abwürgung zugunsten der plebiszitären Demokratie durchgesetzt hat.

Die repräsentative Demokratie mit ihrem ausgeprägten *personalistischen* Begriff des parlamentarischen Mandats entspricht dem moralischen

Niveau und Rechtscharakter unseres Gesellschaftsbildes weit mehr als jede Art von plebiszitärer oder parteienstaatlicher Demokratie. Als eine rechtsstaatlich gesonnene Partei sind wir ohnehin zum Schutze der Verfassung verpflichtet. Insofern stehen wir geschlossen hinter dem Herrn Bundesinnenminister. Aber darüber hinaus sind wir dazu auch von unserem Gesellschaftsbild her angehalten. Dazu muß notfalls auch von den Machtmitteln des Staates ein zwar genau verantworteter, aber energischer Gebrauch gemacht werden, wenn das nötig ist. Dies gilt nicht nur im Blick auf die Sicherheitsorgane des Staates, sondern auch im Blick auf die anstehende Strafrechtsreform. Wir sind jedenfalls nicht bereit, uns eines Tages dieselben oder ähnliche Vorwürfe machen zu lassen, die die Weimarer Republik leider nicht von der Hand weisen kann (Beifall).

Wichtiger aber als Polizei und Staatsanwalt scheint mir in diesem Zusammenhang zu sein das richtige Verhältnis unserer Partei und der Öffentlichkeit zum parlamentarischen Mandat. Unsere Staatsordnung ist die der parlamentarischen Demokratie und nicht die der präsidentialen Demokratie. Das verpflichtet die politischen Parteien, denkbar gewissenhaft bei ihrer Kandidatenauswahl zu verfahren. Auch dabei müssen Leistung, Eignung und Gewissen – jedenfalls bei uns in der CDU – ausschlaggebende Bedeutung haben (Beifall). Das folgt zwingend aus unserem Gesellschaftsbild. Die Führung des Staates und damit unser Schicksal steht nach menschlichem Ermessen darauf, von welcher moralischen und leistungsmäßigen Qualität die Träger der parlamentarischen Mandate sind (Beifall).

Es hieße, Ihre Geduld zu überfordern – und ich würde zudem nur wiederholen können, was ich vor einigen Tagen in Trier sagte –, wenn ich hier über das Problem unseres Parlamentarismus spräche. Ich möchte mich deshalb auf zwei unmittelbar zu unserem Thema gehörige Bemerkungen beschränken:

1. Es ist ein Irrtum zu meinen, daß wir es geschafft haben, wenn wir im Bundestag oder in anderen Parlamenten – was Gott geben möge – die absolute Mehrheit erlangen. Bei dem Trend zum Zweiparteiensystem ist es notwendig, daß wir die absolute Mehrheit haben. Aber die damit verbundene Verantwortung verpflichtet uns erst recht, alles zu tun, um unsere Fraktionen im Stadtrat, im Landtag und im Bundestag so gut wie irgend möglich zu besetzen (Beifall).

Bei wem liegt die Verantwortung? Sie liegt nicht im Bundesvorstand – der hat dazu gar nichts zu melden, bedauerlicherweise –, sondern in erster Linie in der Hand der Kreisorgane unserer Partei. Auf ihnen lastet damit die volle Verantwortung für das Niveau und die Leistungsfähigkeit der Fraktion. Schon das allein muß ein Grund sein, unsere Kreisorgane denkbar ernst zu nehmen und wiederum auch denkbar gut zu besetzen. Denken Sie bloß nicht, daß es so wichtig wäre, nur nach oben zu sehen! Unsere Partei muß einen festen Grund haben; wir gehen von unten nach oben! (Lebhafter Beifall.)

2. Noch ernster genommen aber werden muß das Mandat als solches. Der Artikel 38 des Grundgesetzes ist Geist von unserem Geist.

– Kiesinger, ist es wahr oder nicht? (Kiesinger: Ja!)

Aber auch wenn er es nicht wäre, würde er von uns unbedingten Respekt verlangen; denn unser Gesellschaftsbild verträgt nicht die Vorstellung, daß die Ordnung und das Schicksal unseres Staates in der Hand „fern-gelenkter“, aus anonymen Bereichen gesteuerter Leute liegt. Das ver-trägt sich nicht mit den Vorstellungen der Christlich Demokratischen Union. Lassen Sie es mich offen sagen, wir haben niemals den Sinn und das Recht der außerparlamentarischen Interessenverbände bestritten. Die Interessenverbände haben ein Recht und einen Sinn. Aber wir haben darauf bestanden, daß sich diese Verbände den Staat nicht untertan machen dürfen. Deshalb war es nicht Sache eines Parteichefs, sondern es war die Pflicht eines Staatsmannes, gestern ein Wort zu Herrn Rosen-berg und einigen Gleichgesinnten dieser Art zu sagen (starker Beifall).

Wir erlauben niemand, auch wenn wir seine Existenz und seine Sinn-berechtigung anerkennen, sich den Staat untertan zu machen. Eine poli-tische Partei, jedenfalls die CDU Deutschlands, darf weder eine Inter-essengruppe noch eine Koalition solcher Gruppen sein. Selbstverständ-lich gibt es auch bei uns ständische Berufsgruppen, die legitimerweise das vertreten, was ganzen Schichten unseres Volkes not tut. Die Aufgabe der Partei aber ist es, nicht nur auf solche berechtigten Forderungen zu hören, sondern diese Forderungen zu bändigen, d. h. sie ihrem poli-tischen, auf das Wohl des ganzen Volkes bezogenen Ziel ein- und unter-zuordnen (Beifall). Wer sich das nicht gefallen lassen will, der ist bei uns fehl am Platze; denn wir schicken nicht Delegierte von Interessen-gruppen, sondern Mandatsträger des Volkes in das Parlament (Beifall). Mandatsträger, die nach ihrer eigenen Einsicht und ihrem eigenen Ge-wissen dem Wohl des ganzen Volkes verpflichtet sind.

Das Dilemma, in dem sich der deutsche Föderalismus – um damit den dritten und letzten Punkt anzusprechen – seit einiger Zeit befindet, hat mit unserem Thema etwas Wesentliches zu tun. Der deutsche Föderalis-mus will seiner Herkunft nach keineswegs nur das Organisationsproblem des deutschen Nationalstaates lösen, sondern er ist von dem Gedanken inspiriert, ehemals selbständige deutsche Staaten in einem dauerhaften Bund zu vereinen. Ich sehe hier ab von der geschichtlichen Fracht, die unserem Föderalismus damit bis heute aufgebürdet ist. Sein Dilemma scheint mir darin zu bestehen, daß die so betrachtete föderalistische Idee auf eine gesellschaftliche und gesellschaftspolitische Situation stößt, die in allem Wesentlichen einheitlich geworden ist. Schon die innere und äußere Bewältigung dessen, was die Deutschen gemeinsam erlebt und erlitten haben, zwingt in Schleswig-Holstein wie in Bayern vor dieselben Fragestellungen und Lösungen. Für die Entscheidungs- und Bewegungsfreiheit der Länder bleibt damit gerade in den vitalen gesellschaftspolitischen und allgemeinpolitischen Lebensfragen wenig oder kein Spielraum mehr.

Meine Damen und Herren! Rentenreform, Wirtschaftspolitik und Sicher-heit können eben nicht in jedem Lande gesondert gemacht werden. Spä-testens die Existenz einer Ständigen Konferenz der Kultusminister weist aber auch auf das Problem im Bereiche der Kultur.

In der in allen Ländern der Bundesrepublik tatsächlich gleichgearteten nationalen Gesellschaftsproblematik und in ihren zwangsläufigen Kon-sequenzen sehe ich das Dilemma des deutschen Föderalismus heute.

Nicht darum, daß es da und dort mal nicht so ganz spurt, wie das wünschenswert ist und wofür wir unser aller Bestes tun sollten im Bundestag und Bundesrat, nein, ich spreche hier nur deshalb davon, weil ich der Meinung bin, daß die Kompetenzen der Länder nicht weiter zugunsten des Bundes beschnitten werden sollten. Im Gegenteil, meine Damen und Herren, wir sollten bei unserem Föderalismus auch in der Zukunft insoweit bleiben, als wir mit Nachdruck einen Gedanken unseres ganzen Gesellschaftsbildes auch in diesem Problem bewahren und beweisen, nämlich den Gedanken, daß alles, was irgendwo anders – z. B. in diesem Falle bei den Ländern – besser, konkreter, d. h. menschlich und sozial angemessener behandelt und entschieden werden kann als im Bund, eben zu den Ländern geht, und zwar ohne Streit und ohne lange Diskussion (Beifall).

Aber was gebieterisch nach einer einheitlichen, für den ganzen Bund verbindlichen Lösung schreit, das sollte auch ohne Kompetenz- und Verfassungskonflikte in vernünftigen Vereinbarungen neu geregelt werden. Ich persönlich denke z. B. an die Frage der Zusammenlegung von Bundes- und Landtagswahlen und muß gestehen, ich finde es nicht so abgeschmackt, einen solchen Gedanken ernsthaft in die Diskussion zu bringen (Beifall).

Man greift damit gar nicht an die föderalistische Grundstruktur unserer Staatsordnung, sondern man tut etwas, von dem ich meine, daß es nachgerade einfach auch ein menschliches Gebot für eine Christlich Demokratische Union ist, die den Einzelnen und seine Leistungsmöglichkeiten in den Mittelpunkt ihres Denkens stellt. Kurz und gut, ich unterstütze Vorschläge dieser Art, weil sie mir staatspolitisch notwendig erscheinen.

Aber lassen Sie mich zum Schluß von diesen rechtlichen und organisatorischen Fragen wieder zum Kern der Sache zurückkehren, zu unserer Staatsordnung, um die es in unserer inneren Politik im weitesten Sinne geht. Max Weber, dessen großes Vermächtnis uns der Herr Bundespräsident mit der Neuauflage der politischen Schriften Webers soeben wieder nahe brachte, hat einmal gesagt: „Es ist Glaubenssache, wie die Sache auszusehen hat, für die die Macht erstrebt wird in der Politik.“ Webers Freund Friedrich Naumann hat dazu kurz und bündig gemeint, die vornehmste Aufgabe der Politik sei es, aus Massen Menschen zu machen (starker Beifall).

Wenn wir, die Christlich Demokratische Union Deutschlands, dasselbe sagen, aus Massen Menschen zu machen, dann kommt diese Antwort nicht aus einer verträumten Liebe zu idyllischen Zuständen der Vergangenheit, sondern sie kommt aus dem Gefühl der Mitverantwortung für den Menschen in einem Jahrhundert, das trotz gewaltiger Blutverluste eine Vervierfachung der Bevölkerungszahl der Erde bringen wird! Wem es da nicht aufgeht, in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts, was es bedeutet, daß es das Ziel und die Aufgabe ist, aus Massen Menschen zu machen, dem ist nicht mehr zu helfen.

Unsere Gesellschaftspolitik verlangt darum nicht die Restauration vergangener Zustände; sie verlangt etwas viel Schwereres, sie verlangt eine eigene, unserer Zeit angemessene gesellschaftsgestaltende Leistung. Der Wandel der Gesellschaft entstammt nicht, wie einige Mißvergnügte immer wieder hervorheben, der Lust und Laune unruhiger Gesellen.

Solche Gesellen haben wir in unserem Jahrhundert zu unserem Leidwesen erlebt. Aber es wäre ganz falsch zu meinen, daß der Wandel der Gesellschaft nur die Folge des unheilvollen Wirkens solcher unruhiger Gesellen in der Geschichte wäre. Nein, dieser Wandel der Gesellschaft gehört zum ewigen Wellenschlag der Geschichte. Auch wenn es anders aussieht, glauben wir doch mit der Christenheit der ganzen Erde, daß sich die Geschichte mit dem Menschen nicht im sinnlosen Wirbel dreht, sondern, vom Atem Gottes getragen, einem großen Ziele zustrebt. Wir sind gerade deshalb mehr als andere, denen dieser Horizont des persönlichen und politischen Wirkens fehlt, davor gefeit, am unhaltbar Gewordenen zu kleben. Wir greifen in das Morgen, wenn wir zu dem stehen, was im Wandel der Staatsordnungen und Gesellschaftsformen gültig bleibt, weil es, auf die wahre Berufung des Menschen gegründet, eine ewige Geltung hat. Das ist kein seltsamer Ausflug in die Metaphysik, sondern das ist eine legitime, vielleicht sogar notwendige Erinnerung daran, in welchem Sinn die Christlich Demokratische Union eine christliche Partei ist (lebhafter Beifall).

Die armen Leute, die in dem „C“ unseres Namens nur einen gerissenen Trick politischer Propaganda sehen, werden mit diesem Hinweis auf unser Geschichtsverständnis und damit auf unser politisches Grundverständnis wahrscheinlich überhaupt nichts anzufangen wissen. Die anderen aber, denen das neumodische Zitieren von Bibelstellen und kirchlichen Autoritäten im politisch-parlamentarischen Kampf verdächtig, ja zuwider ist, die mögen aus diesem inneren Begründungszusammenhang unseres politischen Wirkens ersehen, inwiefern wir uns guten Gewissens eine christliche Partei nennen. Wir tun das, auch wenn wir von keinem unserer Gefährten, unserer Wähler und Freunde jemals verlangen werden, daß er sich damit zu einer seiner persönlichen Überzeugung und seiner inneren Einstellung fremden Aussage veranlaßt sehen soll. Das erwarten und wünschen wir gar nicht.

Dieser Umriß kann gar keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Viele von uns werden zu Recht vieles Wichtige vermissen. Ich habe mich auf die allgemeine Richtung und einige aktuelle Grundfragen zu beschränken versucht. Die Unvollkommenheit geht allein zu meinen Lasten; aber ich hoffe, etwas davon sichtbar gemacht zu haben, auf welchen geistigen Grundlagen die Christlich Demokratische Union Deutschlands, ihr Gesellschaftsbild – das heute zur Debatte stand – und die von diesem Gesellschaftsbild und von der Christlich Demokratischen Union verfochtene Staatsordnung gründet. Es ist weder die Philosophie des materiellen Standards, wie uns einige moralische und unmoralische Snobs glauben unablässig bescheinigen zu sollen – allmählich wird mir der billige Triumph über die „moralische Minderwertigkeit“ unseres Wirtschaftswunders zuviel –, noch ist es die Technik der Machtbehauptung, sondern es ist erstens die Konsequenz – und damit knüpfe ich an das an, was ich in Stuttgart mit Ihrer Zustimmung bei einer Erinnerung an die zehnjährige Geschichte unserer Partei sagen mußte – aus einer in die Tiefen unseres persönlichen und nationalen Lebens greifenden Erfahrung, die wir mit unserer eigenen deutschen Geschichte gemacht haben. Es ist zweitens die Einsicht in die innere Differenz der freien Welt, die durchstanden werden muß. In der freien Welt gibt es auch Diffe-

renzen. Es gibt nicht nur die großen weltpolitischen Differenzen des Gegensatzes zwischen Freiheit und Knechtschaft, zwischen freien Rechtsstaaten und den totalitären Zwangsstaaten, sondern es gibt selbstverständlich auch eigene Differenzen der freien Welt. Diese Differenz in der freien Welt ist das Thema dieser Rede gewesen. Sie muß durchgefächert werden. Die Auseinandersetzung mit den totalitären Zwangsstaaten ist eine andere als die mit dem sozialistischen Versorgungsstaat. Es wäre falsch – und es sollte uns Christlichen Demokraten nicht passieren –, den rechtsstaatlich gesonnenen Sozialismus der freien Welt kurzerhand als den stillen Verbündeten oder als den braven Verwandten des militanten Kommunismus anzusehen (Beifall). Der rechtsstaatlich gesonnene Sozialismus aber ist auch heute noch permanent in sich selbst gefährdet, mindestens soweit er sich vom Marxismus nicht konsequent und durchdringend gelöst hat (Beifall).

Als der junge Karl Marx 1843 mit dem ersten Entwurf seines „Sozialismus oder Kommunismus“ schwanger ging, da sagte ihm sein besonnener Freund, der Emigrant Arnold Ruge in Paris, daß solche Gedanken, wie sie Marx angefangen habe zu erwägen und zu Papier zu bringen, unweigerlich zum Polizei- und Sklavenstaat führen müssen. Nun, Arnold Ruge hat schrecklich recht behalten. Es ist ein Glück, daß die Arbeiterbewegung sich von Anfang an zum großen Teil, vor allem auch außerhalb Deutschlands, dem klassischen Marxismus verschlossen hat. Nur dadurch ist sie mehr als eine Lohnbewegung, nämlich eine Freiheitsbewegung geworden. Es ist die geschichtliche Aufgabe der christlich-demokratischen Arbeiterschaft, dafür zu sorgen, daß es dabei auch unter allen Umständen bleibt und daß die Arbeiterschaft nicht in einer Art Spätherbst auch noch beginnt, hier im freien Teil Deutschlands zu einer späten Klassenkampfbewegung zu werden. An solchen Tönen fehlt es nämlich leider nicht. Es ist die Aufgabe unserer ganzen Partei, die christlich-demokratische Arbeiterschaft dabei tatkräftig und entschieden zu unterstützen. Unsere Gesellschaftspolitik kennt weder das proletarische Klassenbewußtsein noch die patriarchalische Herablassung, aber sie erträgt auch nicht den Druck, die Bevormundung und die Gängelei, wie *wir sie nicht selten den Nichtsozialisten gegenüber – lassen Sie mich es vorsichtig sagen – in einigen großen Organisationen erleben.*

Der auf seinen eigenen Füßen stehende, gewissenhaft das Gemeinwohl bedenkende Staatsbürger ist und bleibt das einzige wahre Fundament des sozialen Rechtsstaates. Die soziale Gerechtigkeit, die in ihm geübt werden soll, besteht darin, daß Fleiß und Leistung geschützt, der begründete Rechtsanspruch garantiert und dem schuldlos zu kurz gekommenen und Arbeitsunfähigen großzügig unter die Arme gegriffen wird. Das Wagnis aber, meine Freunde, das letzte Wagnis des Lebens, soll unser Staat seinen Bürgern nicht abnehmen; denn wir glauben, daß der Mensch damit um sein Eigenliches, um die ihm auferlegte Bewährung in der Freiheit, gebracht würde. Dazu reicht die Christlich Demokratische Union nicht die Hand. Wir können mit Englands Konservativen vielmehr glaubend und hoffend sagen: Vorwärts, Freunde, vorwärts in Freiheit!“

(Starker anhaltender Beifall).

Präsident Kratz:

Im Namen des Parteitages darf ich unserem Parteifreund und verehrten Bundestagspräsidenten, Dr. Eugen Gerstenmaier, für seine grundlegenden und – ich darf entgegen seiner eigenen Äußerung sagen – umfassenden Darlegungen unseren herzlichsten Dank aussprechen. (Beifall.)

Der vielfache und vor allem am Schluß andauernde Beifall hat Ihnen, sehr verehrter Herr Bundestagspräsident, bewiesen, in welchem Maße Sie mit Ihren Darlegungen das Interesse unserer Freunde hier erregt haben und ich muß bekanntgeben, daß zu Ihrem Referat bereits viele Wortmeldungen vorliegen. Der Wortmeldungen sind so viele, daß sich das Präsidium Gedanken machen mußte, wie der Ablauf der Diskussion gewährleistet werden könne. Das Präsidium sieht vor, daß zuerst eine Diskussionsrednerin vom Standpunkt der Frauen aus zu den grundsätzlichen Fragen Stellung nimmt.

Bis 13 Uhr werden dann die Diskussionsredner zu Wort kommen, die Fragen der Sozialordnung und des Eigentums besprechen, von 15 bis 16 Uhr Vertriebenenfragen, und von 16 bis 19 Uhr werden die Diskussionsredner zu Wort kommen, die über Fragen der Wirtschaft, des Mittelstandes, der Landwirtschaft, der Mittelschichten und der Finanzen sprechen wollen.

Das Präsidium sieht sich gezwungen, alle Redner zu bitten, unter möglicher Stofflicher Konzentrierung zu sprechen und eine Redezeit von 15 Minuten unter keinen Umständen zu überschreiten, da sonst nicht die Gewähr gegeben ist, daß alle Wortmeldungen berücksichtigt werden können. Von dieser Redezeitbeschränkung ist nur eine einzige Ausnahme gemacht worden, und zwar gilt sie für die erste Rednerin, die wegen der Bedeutung ihrer Ausführungen eine Redezeit von 20 Minuten zugewilligt erhalten hat.

Aussprache

Ich erteile nun das Wort

Frau Dr. Schwarzhaupt – Wiesbaden:

Wir Frauen der CDU sind dem Präsidium dankbar, daß wir aus dem Erfahrungsbereich und von unseren Problemen her ein ergänzendes Wort zu den gesellschafts- und staatspolitischen Ausführungen des Herrn Bundestagspräsidenten sagen können. Denn wir glauben allerdings, daß zu den Gefahren unserer modernen Gesellschaft, die der Herr Bundestagspräsident dargestellt hat, auch besondere Gefahren und besondere Probleme gehören, die die Partnerschaft von Mann und Frau in unserer modernen Gesellschaft betreffen. Ich bitte Sie, vor allem zwei Fragen, um die es sich hier handelt, gemeinsam mit uns zu erörtern.

Die landläufige Meinung geht dahin, als habe die Frau in der modernen Gesellschaft gewonnen, als sei sie auf Gebieten im Vordringen, die früher dem Mann vorbehalten waren. Ich glaube, daß der wirkliche Sachverhalt ganz anders ist. Der wirkliche Sachverhalt zeigt vielmehr – wie mir scheint –, daß die früher in der vorindustriellen Gesellschaft be-

stehende Partnerschaft zwischen Mann und Frau weithin zu Ungunsten der Frau gestört ist. Der zweite Sachverhalt ist der, daß mit dem fortlaufenden Vordringen der industriellen Gesellschaft immer wieder besondere Gruppen von Frauen in besondere Not und in besondere Härten ihres Lebens gekommen sind.

Erlauben Sie mir, daß ich dies etwas im einzelnen darlege, und ich bitte die Männer und Frauen unserer Partei, diesen Fragen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und mit uns darüber nachzudenken, wie wir zu einer gerechten Ordnung für die beiden Geschlechter in der Gesellschaft kommen können, –

Präsident Kratz:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte doch um größere Ruhe im Saal. (Sehr richtig! und Beifall.)

Frau Dr. Schwarzhaupt:

Daß die Entwicklung unserer heutigen Gesellschaft eine Störung der früher viel lebendigeren Partnerschaft zwischen Mann und Frau gebracht hat, beruht vor allem auf zwei Entwicklungsmomenten. Es beruht zuerst einmal auf der Einschrumpfung des privaten und auf der Einengung des familiären Bereichs im Verhältnis zu dem Gesamten unseres sozialen Lebens. Die Frau hatte von alters her ihren Platz in der Familie, früher in der Großfamilie, in dem gesellschaftlichen Umkreis dieser Großfamilie, in der privaten Wohltätigkeit, in der Nachbarschaft, in der Gemeinschaft des Dorfes oder der gesellschaftlichen Schicht, zu der diese Großfamilie gehörte. Mit der Einschrumpfung von diesen Aufgaben und dem Übergang immer weiterer Aufgabenbereiche aus dem Privaten in das Öffentliche, aus dem Familiären in Anstalten, Organisationen, Verbände und in den Staat, aus der kleineren in die größere Gemeinschaft, mit dieser Entwicklung verengte sich der Raum der Frau; dafür wuchs der öffentliche Raum an, in dem die Frau von alters her keinen oder nur einen sehr geringen Einfluß und Aufgabenbereich hat. Man denke etwa an Gebiete wie die Pflege der Alten und Kranken und an die wirtschaftliche Fürsorge für die Alten und Kranken, die früher partnerschaftlich von Ehemann und Ehefrau in der Großfamilieneinheit versorgt wurden. Diese Aufgabe ist in den öffentlichen Bereich hinaus verlegt worden, in Krankenanstalten, in Krankenkassen und in Versicherungen, also in ein Gebiet, auf dem die Frau sehr viel weniger aktiv und mittätig ist.

Die Frauen sind in einem gewissen Maß ihren Aufgaben gefolgt, sie sind in die untersten, unteren und mittleren Stufen des Berufslebens eingedrungen, in denen diese Aufgaben erfüllt werden. Sie sind aber nur in sehr geringem Maße in die Bereiche eingedrungen, in denen die Leitung und in denen die Führung der bisher partnerschaftlich erledigten Aufgaben vor sich gehen. Wir machen uns große Illusionen, wenn wir meinen, daß mit dem Eindringen einer Minderheit von Frauen in die unteren und mittleren Berufsschichten ein Ausgleich für das gegeben sei, was die moderne Gesellschaft an partnerschaftlicher Zusammenarbeit in der früheren Großfamilie verloren hat. Das Zurücktreten der kleineren und privateren sozialen Gebilde gegenüber dem Öffentlichen, den Verbänden, dem Staat hat zugleich einen Schwund an Aufgaben und

Einfluß der Frau mit sich gebracht, der bei weitem nicht durch das Vordringen von Frauen in neue Positionen ausgeglichen worden ist, das in der modernen Gesellschaft vor sich gegangen ist.

Dazu kommt ein Zweites. Auch in der Familie – in der Familie, wie sie heute ist – hat sich eine Veränderung vollzogen, indem der Berufsbereich des Mannes und der Hausstand auseinandergezogen worden sind. Das Leben von Mann und Frau, das sich früher weithin deckte und das früher räumlich eng miteinander verbunden war, ist in räumlich getrennte und in verschieden geprägte Aufgaben und Lebensbereiche auseinandergezogen worden. Damit ist auch hier ein Stück echter und lebendiger Partnerschaft gelockert worden, und sehr viel mittelbarer Einfluß, den die Frau aus ihrem Aufgaben- und Erfahrungsbereich auf den Mann ausübte und durch den sie auf seine Stellung im öffentlichen Leben einwirkte, ist flacher, ist unlebendiger, weniger wirksam geworden. Es wird zu den Aufgaben unserer Zeit gehören, diese Partnerschaft wiederherzustellen, in einer neuen unserer Zeit entsprechenden Form. (Beifall.)

Daß sie fehlt, daß hier noch viel geschaffen werden muß, ergibt sich aus dem zweiten Sachverhalt, auf den ich hinweisen will, nämlich daraus, daß im Verlaufe der modernen gesellschaftlichen Entwicklung immer wieder bestimmte Gruppen von Frauen auf die Schattenseite des Lebens gekommen sind.

Es begann mit der Not der Fabrikarbeiterin in der Zeit der beginnenden Industrialisierung. Man hat sich um Maßnahmen – Mutterschutz, Kindergärten und Arbeitsschutz für die Jugend – bemüht. Heute sind die Nöte andere, aber ebenso schwer. Ich erinnere an die Überlastung der kinderreichen Hausfrau. Ich erinnere an das Problem der berufstätigen Hausfrau mit ihrer Doppelbelastung, die zu Lasten der Familie, aber auch ihrer menschlichen Persönlichkeit geht. Ich erinnere an einen weiteren Sachverhalt, von dem sehr wenig gesprochen wird, der aber sehr viele menschliche Not in sich birgt. Der Übergang von einer Wirtschafts- und Gesellschaftsform, in der die Mehrzahl der Familien von einem gemeinsamen Besitz getragen war, zu der Form, daß die Familie von dem Leistungslohn des Familienvaters getragen wird, hat für die Frau eine folgenschwere Last mit sich gebracht. All die Frauen, die nicht selbst an der Konkurrenz um den Leistungslohn teilnehmen können, das heißt die verheirateten Frauen und diejenigen, für die der Leistungslohn des Mannes aus irgendeinem Grunde für ihre Existenz nicht tragfähig ist, alle diese Frauen kommen notwendigerweise, zwingend und folgenschwer auf die Schattenseite des sozialen Lebens. (Beifall.) Etwa die Frauen, deren Männer früh gestorben sind, die ihre Berufsarbeit wegen der Ehe unterbrechen mußten, die Frauen, deren Männer krank, arbeitsunfähig, lebensuntüchtig sind, die Frauen, deren Ehen aus irgendeinem Grunde scheiterten oder deren Männer nicht für sie und für die Familie sorgen, sind ohne weiteres auf der Schattenseite unseres sozialen Daseins. Wer etwas von den Sprechstunden der Fürsorge, von sozialen Beratungsstellen weiß, der macht immer wieder die Erfahrung, daß diese Gruppen von Frauen unter den Fürsorgebedürftigen eine ganz große Zahl bedauernswürdiger und schuldlos nölleidender Menschen darstellen. Es ist schwierig, in all diesen Fällen Hilfe zu finden. Aber ich glaube, daß

sich eine ganze Reihe von Lösungen anbietet und daß diese in einem gemeinsamen Suchen von Männern und Frauen unseres sozialen Lebens weiterführen müßten.

Die Tatsache zum Beispiel, daß die vom Leben der Frau, von dem besonderen Berufsweg der Frau her so dringend zu wünschende Lösung einer Teilzeitarbeit so wenig verwirklicht wird, scheint mir ein Hinweis darauf zu sein, daß es an dem partnerschaftlichen Bemühen um diese Frage fehlt. (Beifall.)

Ich weiß, daß es etwa in der Wirtschaft oder im Lehrerberuf Schwierigkeiten gibt, Teilzeitarbeit einzuführen. Ich weiß aber auch, daß zu einer Lösung, die vom Leben der Frau her so dringend geboten ist, ein Weg gefunden werden müßte. Es darf nicht so bleiben, daß etwa die Arbeiterfrau nur vor der harten und beinahe unmenschlichen Wahl steht, einen vollen Achtstundentag neben ihrem Haushalt und der Versorgung der Kinder zu wählen oder auf ein Mitverdienen ganz zu verzichten, und daß die Witwen und die Frauen, die allein Kinder zu versorgen haben, immer vor der harten Wahl stehen, entweder in äußerster Dürftigkeit mit kleinen Renten zu leben oder eine volle, überlastende Berufsarbeit zu übernehmen (Beifall.)

Die Frage der Wiedereingliederung von Frauen in den Beruf, die wegen ihrer Ehe, wegen der Sorge für ein Kind ihren Beruf verlassen mußten, und für die die Notwendigkeit besteht, ihn wieder aufzunehmen, die Frage einer Hilfe für die immer noch überlastete Landfrau sind dringende soziale Probleme, bei denen ich bitte, daß Männer und Frauen unserer Partei und unseres Landes gemeinsame Lösungen suchen. Die Lösung des kommunistischen Herrschaftsbereiches, in dem man grundsätzlich gleiche wirtschaftliche und berufliche Leistungen von Mann und Frau erwartet, kann nicht die unsrige sein. (Beifall.) Aber gerade deshalb müssen wir differenzieren, komplizierte, vielleicht schwierige, aber dafür menschlichere Lösungen suchen. Dazu ist es nötig, daß Mann und Frau nicht nur in den unteren Schichten unseres beruflichen und politischen Lebens, sondern auch in der Führung unseres Staates in allen Stufen gemeinsam arbeiten. (Lebhafter Beifall.)

Wir Frauen haben in Deutschland Erfahrungen mit unserer politischen Mitarbeit gemacht, und dabei ist eine Reihe von Vorurteilen, die in bezug auf die politische Haltung und Stellungnahme der Frauen bestanden, von der Erfahrung beseitigt worden. Zunächst einmal war es das Vorurteil, daß die Frau politische Fragen mit dem Gefühl ansieht, während der Mann allein mit dem Verstand entscheidet. Man hatte das Vorurteil, daß sich die Frauen deshalb – wenn sie wählen durften – den radikalen Parteien, die in ihrer Propaganda stärker emotional, gefühlsbetont, arbeiten, anschließen würden. Dieses Vorurteil wurde bereits in den Wahlen der 30er Jahre, in den Wahlen vor der Machtübernahme des Nationalsozialismus beseitigt. Wo getrennt nach Geschlechtern gewählt wurde, hat sich vielmehr gezeigt, daß die Frauen – mehr als die Männer – gerade die radikalen Parteien gemieden haben und daß sie sich stärker den Parteien zuwendeten, die bewahrend, konstant, erhaltend waren. (Beifall.)

Frau Dr. Schwarzhaupt MdB,
spricht in der Diskussion.



Bundesminister für Wohnungsbau
Paul Lücke.



Am Vorstandstisch: Bundesminister Lemmer, Landesvorsitzender Dr. Fay (Hessen), Landtagspräsident Gockeln † (Düsseldorf), Landtagspräsident Kratz (Saarbrücken), Dr. Stoltenberg, Bundesvorsitzender der Jungen Union, Frau Dr. Jochmus MdB, Vorsitzende des Frauenausschusses, Dr. Even MdB (Junge Union), Gräfin Hagen.



Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung Theodor Blank und Johannes Albers (rechts).

Ein zweites Vorurteil gegenüber der politischen Mitarbeit der Frau wurde durch das Scheitern der sogenannten Frauenfriedensbewegungen der letzten Jahre widerlegt. Hier glaubte man von bestimmter politischer Seite her, eine bestimmte gefühlsmäßige Haltung der Frau anzusprechen und mit ihr politische Wirkungen erzielen zu können. Man sagte sich, die Frau wolle nicht den Kampf, sie wolle den Frieden, sie folge dem Gefühl, nicht der rational rechnenden Vernunft; man werde sie also leicht hinter eine primitive, propagandistisch emotionale Bewegung für den Frieden – in Anführungszeichen „für den Frieden“ –, das heißt gegen die Wiederaufstellung von Soldaten bringen. Diese Bemühungen um die Frauen sind an der politischen Vernunft, an der Mäßigung, an der vernünftigen und ruhigen Haltung der Frauen im politischen Leben weithin gescheitert. (Beifall.)

Wie der politische Beitrag der Frau in den allgemeinen politischen Fragen aussieht, ist sehr viel differenzierter. Das ist nicht auf so einfache Formeln zu bringen wie: hier Gefühl, hier Verstand; hier Frieden, hier Kampf. Das ist komplizierter, weil das politische Leben und die politischen Entscheidungen, die wir zu treffen haben, verschieden sind. Es gibt sicherlich Verschiedenheiten in der Haltung, Verschiedenheiten in der Methode, Verschiedenheiten auf den Erfahrungsgebieten, die Mann und Frau im politischen Leben zusammenbringen. Es ist aber notwendig, daß hier beide ihren Beitrag leisten.

Der Bundestagspräsident hat den schönen Satz geprägt, daß im Morgen das übrig bleibt, was auf die wahre Berufung des Menschen gegründet ist. Er hat dabei an die Berufung zur Freiheit gedacht. Ich möchte diesen Gedanken in einer anderen Richtung weiterführen, nämlich in der, daß der Mensch berufen ist, als Mann und Frau zu leben, im Gegenüber, Miteinander angewiesen aufeinander. Und wenn wir eine soziale Ordnung schaffen wollen, die eine richtige Ordnung, die eine menschliche Ordnung ist, so muß sie zum Ausdruck bringen, daß der Mensch Mann und Frau ist, und daß die menschliche Ordnung von Mann und Frau im gleichen Maße im Zusammenarbeiten miteinander verwirklicht wird. (Beifall.)

Wenn ich das zusammenfasse, worauf es uns Frauen der CDU gerade in dieser Zeit, gerade bei dem Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung, auf die wir angewiesen sind, ankommt, so sind es zwei Dinge. Es ist erstens, daß das partnerschaftliche Miteinander, das in der vorindustriellen Zeit in lebendiger und unmittelbarer Weise vorhanden war, wieder in alle Bereiche unseres sozialen und politischen Lebens eingeführt werden möge und daß deshalb die Frauen Möglichkeiten zur Mitwirkung in allen Stufen des staatlichen und des öffentlichen Lebens erhalten, auch da, wo geführt, gedacht und geleitet wird. (Beifall.)

Das Zweite, worauf es uns ankommt ist, daß in der CDU und in unserem Staatsleben Frauen und Männer miteinander, mit gleichem Interesse und mit gleicher Dringlichkeit die Sorgen, die sich aus der gesellschaftlichen Entwicklung einer Industriegesellschaft in besonders harter Weise für das menschliche und politische Leben bestimmter Gruppen von Frauen immer wieder als schwere soziale Härten ergeben, sehen und daß gemeinsam über Abhilfe nachgedacht wird. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Kratz:

Ich danke unserer Diskussionsrednerin. Das Wort hat nunmehr Herr

Bundesminister Blank:

Eugen Gerstenmaier hat in seiner Rede vorhin unter anderem gesagt, daß sie nur ein Umriß sei und keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben könne. Viel mehr muß das natürlich für einen zeitlich beschränkten Diskussionsbeitrag gelten. Ich muß Sie daher bitten, damit vorlieb zu nehmen, daß ich nur das eine oder andere aufgreife, nicht um eine unterschiedliche Auffassung im Prinzipiellen darzutun, sondern um den einen oder anderen Akzent hier und da hervorzuheben. Eugen Gerstenmaier hat mich – nun, das war zuviel Ehre für mich – mehrfach zitiert. Ich darf *aus seinen Zitaten das eine aufgreifen, wo er sich mit der Terminologie beschäftigt, wo er vom Wohlfahrtsstaat und vom Versorgungsstaat spricht.*

Ich habe vor wenigen Tagen in Berlin vor der Gesellschaft für sozialen Fortschritt einen Vortrag über dieses Thema gehalten. Soeben habe ich eine Anzahl von Exemplaren des Bulletins zugeschickt bekommen; sie reichen nicht für alle Delegierten, aber ich nehme mir die Freiheit, die Exemplare, die mir zugegangen sind, Ihnen auszuteilen, weil ich Wert darauf lege, daß Sie diese Ausführungen kennenlernen. Es geht mir darum, die Dinge zu verdeutlichen und nicht durch den falschen Gebrauch von Worten eine Sache zu verdecken und ein Anliegen, das die Christlich Demokratische Union hat, zu verringern.

Gerstenmaier sagte, wenn so, wie ich es definiert hätte, es gedacht sei, dann könne man dazu ja sagen. Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich in Kürze noch einmal versuchen, diese Dinge darzulegen.

Vor wenigen Monaten habe ich vor den drei Bundestagsausschüssen, die sich mit Fragen der Sozialpolitik beschäftigen, ebenfalls einen Vortrag gehalten, der auch schriftlich vorliegt, und ich habe dort die wesentlichsten Prinzipien – sicherlich nicht vollständig – unserer Sozialpolitik dargelegt. Ich muß sagen, daß ich bis heute in der öffentlichen Diskussion einen entscheidenden Widerspruch gegen das dort Vorgelegte nicht gehört habe. Ich hatte damals unter anderem gesagt, daß die Sozialpolitik die Freiheit und auch die Verantwortung des einzelnen nicht aufgeben dürfe. Ich hatte hinzugesetzt, daß die Sozialpolitik der Wohlfahrt aller dienen soll. Ich habe gesagt: die Sozialpolitik darf die Freiheit und die Verantwortung des einzelnen nicht aufheben. Da muß man sich natürlich ein wenig mit dem Begriff der Freiheit beschäftigen, zum mindesten mit dem Begriff „Freiheit“, wie ihn die Sozialpolitik – oder genauer gesagt, die christliche Sozialpolitik – versteht. Ich verstehe unter Freiheit in der Sozialpolitik nicht, daß man Gegensätze, naturgegebene Spannungen aufheben, egalisieren soll, sondern ich bin der Meinung, daß es darauf ankommt, den Widerstreit von Interessen in ein System von Rechten einzubinden, daß mit diesen Rechten die Freiheit beginnt und daß ihr Sinn darin liegt, dem Menschen die beste Möglichkeit zur Entfaltung seines gesamten Menschentums zu geben; eben das möchte ich als Freiheit verstanden wissen, nämlich Freiheit als die Möglichkeit persönlicher Entfaltung. (Beifall.) Wenn auch Gerstenmaier nicht die

gleiche Formulierung gebraucht hat, so glaube ich, ist dies genau das, was er in seinem Vortrag angesprochen hat, und wir, Freund Gerstenmaier, stimmen darin völlig überein. (Beifall.)

Nun muß man sich natürlich auch über die Grenzen dieser Freiheit unterhalten. Daß Freiheit nicht bedeutet, alles zu tun und zu lassen, was man will, ist eine bare Selbstverständlichkeit. Die Freiheit erfährt ihre Beschränkung in der Gesellschaft, in der Gemeinschaft, weil ja der Mensch hier dem Mitmenschen begegnet, und in der Begegnung mit dem Mitmenschen, der das gleiche Freiheitsbedürfnis und das gleiche Recht auf Freiheit hat, findet die Freiheit nicht nur ihre Grenze, sondern in dieser Begegnung kann sie überhaupt erst erlebt und erfahren werden. (Beifall.) Ich bin also der Meinung, daß es im wesentlichen darauf ankommt, die Rechtsgleichheit herzustellen. Ich bin aber weiter der Meinung, daß – was die Schranken der Freiheit anbetrifft – Freiheit nicht nur, wie ich gesagt habe, bewußt und gewollt im Rechte ihre Beschränkung findet, sondern es gibt auch andere Beschränkungen; das müssen wir einmal deutlich aussprechen, und diese andere Beschränkung ist die Macht, und die Macht muß den Sozialpolitiker als eine der Ursachen der Unfreiheit interessieren. Ja, ich bin der Meinung, er muß sie sogar bekämpfen, wo immer sie die Freiheit mindert. Es kommt auf die Gleichheit des Rechtes an, und es ist gar nicht so, daß alle das gleiche erstreben. Recht und Gerechtigkeit erfordern ja nicht für jeden das gleiche – und auch insofern stimme ich mit Gerstenmaier wieder völlig überein –, sondern Recht und Gerechtigkeit erfordern für jeden das Seine. Es darf niemand vom Zugang zu den Werten des Lebens, die zu erringen er die Kraft und den Willen hat, sofern er dabei die Freiheitssphäre der anderen respektiert, ausgeschlossen werden. Das eben möchte ich unter Sozialordnung verstanden wissen. (Lebhafter Beifall.)

Damit ich meine Zeit nicht überschreite, möchte ich mich kurz fassen. Ich bin der Meinung, daß gerade in dem Streben nach der Freiheit des Menschen in der Arbeit überhaupt die Berechtigung zu einer selbständigen – und nun bitte ich Sie, Herr Professor Erhard, im Augenblick nicht zu erschrecken, ich meine und wiederhole –, daß gerade in dem Streben nach der Freiheit des Menschen in der Arbeit die Berechtigung zu einer selbständigen, nach eigenen Wertbegriffen in den Wirtschaftsablauf intervenierenden Sozialpolitik beruht.

Ich glaube, ich muß das noch näher interpretieren. Wir haben alle miteinander eindrucksvoll erfahren, daß die Wirtschaftspolitik durchaus in der Lage ist, Not zu beseitigen, Armut zu beseitigen – das Beispiel dafür haben wir ja aus den letzten zehn Jahren so sinnfällig vor Augen –, aber es ist ein Irrtum anzunehmen, daß dabei auch schon automatisch abfinke, was wir unter sozialer Ordnung, unter sozialer Gerechtigkeit verstehen, sondern ich bin der Meinung – und das muß klar ausgesprochen werden –, daß wir diese durch unsere Sozialpolitik absichtsvoll zu bewirken haben. (Beifall.)

Ich darf mich noch einmal dem Satz zuwenden, daß die Sozialpolitik – wie ich gesagt habe – der Wohlfahrt aller dienen soll. Nun bin ich bei dem Worte, das ich interpretieren will. Ist es denn nicht christliche Staatsauffassung, ist es nicht Inhalt aller christlichen Soziallehre, daß der

Staat als die die anderen Gemeinschaften integrierende Gemeinschaft die Aufgabe habe, das öffentliche Wohl zu fördern? Wenn dem so ist, weshalb scheuen wir uns denn, das auszusprechen, was doch selbstverständliche christliche Auffassung ist – wenn auch das Wort einen anderen Klang bekommen hat –, daß wir den Wohlfahrtsstaat in diesem Sinne bejahen, daß wir die sittliche Aufgabe des Staates darin sehen, das Wohl seiner Bürger zu begründen und zu fördern. Ich jedenfalls spreche es aus. (Beifall.)

Ich werde nachher noch einmal die Grenzen aufzeigen. Ich jedenfalls leugne es nicht, daß in weiten Kreisen der Arbeitnehmerschaft ein Bedürfnis nach sozialer Sicherheit vorhanden ist. Wer will ihr das übelnehmen? In der vorindustriellen Gesellschaft war der Mensch ganz anders mit seiner Existenz und damit auch mit seiner Sicherheit in das Wirtschaftliche eingebettet; aber in der industriellen Gesellschaft, in der große Teile des Volkes zur verwertbaren Verfügung nur ihre Arbeitskraft haben, nicht aber andere Güter im wesentlichen Umfang, in einer solchen industriellen Welt entsteht die Frage nach der sozialen Sicherheit. Darin liegt ja auch die soziale Unsicherheit, daß man nur auf seine Arbeitskraft als Verwertbares angewiesen ist. Wundert es Sie, daß dann im Alter, bei Krankheit, bei Invalidität eben die bange Frage auftritt, was dann nun noch für Existenzmöglichkeiten verbleiben. Deshalb bekenne ich mich dazu und sage das ganz offen: Hier hat der Staat – jedenfalls der, so wie wir ihn verstehen – seine Aufgabe und die Verpflichtung, durch ein System von Rechten dieses Verlangen nach sozialer Sicherheit in dem notwendigen Ausmaß zu befriedigen. Damit will ich die Freiheit der Persönlichkeit nicht aufgehoben haben. Damit will ich auch nicht, daß etwa der Staat stellvertretend für das Nichtbewähren des einzelnen eintreten sollte, sondern ich halte hier an dem von Gerstenmaier herausgestellten Subsidiaritätsprinzip fest. Aber dort, wo es über die Kraft des einzelnen hinausgeht, hat der Staat die Verpflichtung, durch die Sozialgesetzgebung ein bestimmtes Minimum an sozialer Sicherheit zu schaffen. Unser Staat, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat das doch in den vergangenen Jahren getan. Es kommt doch nicht von ungefähr, daß bei der letzten Bundestagswahl – wie Sie aus den Wahlergebnissen in den Industrie Großstädten sehen können – weite Teile der deutschen Arbeitnehmerschaft uns ihre Stimme gegeben haben, aus dem Gefühl heraus, daß sie in diesem Staate auf der Basis einer vernünftigen Wirtschaftspolitik, Vollbeschäftigung, steigende Löhne, eine bessere Lebenshaltung erreicht und zugleich in der Sozialpolitik – ich erinnere nur an die Rentenreform, die die Christlich Demokratische Union betrieben hat – auch eine Befriedigung ihres Verlangens nach sozialer Sicherheit gefunden haben. (Beifall.)

Wir empfinden doch nicht heute neu, weil Gerstenmaier ein so glänzendes Referat gehalten hat – ich gratuliere ihm dazu –, daß wir uns jetzt auch einmal der Sozialpolitik zuwenden müssen, sondern wir haben sie doch einige Jahre im Deutschen Bundestag mit großem Erfolg betrieben. Wenn wir uns heute auf diesem Parteitag unter anderem mit diesem Fragenkomplex beschäftigen, dann nur, um das noch einmal zu verdeutlichen, um hier noch einmal im einzelnen klarzustellen.

Wenn ich mich also bemühe – was in einer kurzen Diskussionsrede ja nicht ganz gelingen kann –, einmal die Dinge beim Namen zu nennen, wenn ich mich um die Klärung der Begriffe bemühe und wenn ich eben das Wort „Wohlfahrtsstaat“ gebraucht habe und – Sie kennen meinen Dickschädel – auch in Zukunft gebrauchen werde, dann grenze ich natürlich ganz scharf ab, und zwar insofern, als ich den Versorgungsstaat ablehne, jene Vorstellung, als sei der Staat eine Gemeinschaft in der jeder nur Forderungen zu stellen brauche und dieser die Aufgabe habe, alles zu tun, damit die Existenz des einzelnen gesichert bleibt und er selber nichts mehr zu tun braucht. Ich wende mich gegen eine solche utopische Variante des Wohlfahrtsstaates, ich wende mich gegen den Mythos, daß der Wohlfahrtsstaat ein Zustand sei, und zwar das Endstadium des Menschheitsweges aus dem Dunkel der Not in die glänzende Gegenwart, in ein Leben ohne Kümmernisse, in ein Leben ohne Schmerzen. Dieser Fortschrittsglaube, diese Glücksduselei aus dem vergangenen und vorvergangenen Jahrhundert ist doch durch die harte Wirklichkeit widerlegt, denn der Mensch bleibt Mensch mit allem, was zu seinem Menschsein gehört. Er wird auch bei der besten Sozialordnung, die wir aufbauen, von Schmerzen heimgesucht werden. Er wird Macht und Ohnmacht der Medizin erfahren. Er wird dem Tod unterliegen, und alle Menschen haben ihr persönliches Schicksal zu erleiden. Sie müssen ihre persönlichen Entscheidungen treffen und die Folgen ihres eigenen Versagens auch auf sich nehmen. Das möchte ich ganz klar ausgesprochen haben. Gegen diese utopische Variante des recht verstandenen Wohlfahrtsstaates wende ich mich.

Lassen Sie mich zum Vergleich nur noch eine ganz kurze Gegenüberstellung bringen. Wir brauchen uns ja nur einmal mit dem Sozialsystem des Kommunismus zu beschäftigen, um die Dinge ganz klar in Griff zu bekommen. Lassen Sie mich zitieren, was vor kurzem einer der Oberhäuptlinge des Kommunismus, der SED-Mann Hermann Matern, zu der Frage des Systems gesagt hat. Er hat gesagt: „Am Stand der Arbeitsmoral offenbare sich die wirkliche Einstellung des Menschen zum sozialistischen Staat. Wenn man den Menschen nicht nach den Ergebnissen der Arbeit messe, dann könne man nicht richtig einschätzen, ob man sich auf ihn verlassen könne.“ Lassen Sie mich das in einen einfacheren Satz bringen. Das heißt doch nichts anderes, als daß der Mensch nur soviel wert ist, als er für die Gesellschaft an Leistung erbringt. Hier ist er nicht mehr der Mensch, hier ist er Arbeitsfunktionär. Daß wir das nicht wollen, ist eine bare Selbstverständlichkeit. Für uns kommt in erster Linie der Mensch, und ich gebe Eugen Gerstenmaier vollkommen recht, daß es verkehrt wäre, diesen Menschen zu institutionalisieren, zu verwalten. Über allem steht – auch in der Sozialpolitik – die Freiheit der menschlichen Persönlichkeit – ich glaube, es richtig definiert zu haben –: Freiheit als die Möglichkeit persönlicher Entfaltung.

Wenn man ein solches Bekenntnis abgelegt, dann ist darin zugleich die Vorstellung enthalten, die man vom Menschen schlechthin hat, und wir Christen müssen das von Zeit zu Zeit wieder einmal aussprechen, so wie ich es vor den Bundestagsausschüssen getan habe. Wir begreifen den

Menschen eben als ein Geschöpf Gottes, dem Anteil am Reich Gottes verheißen worden ist. Von da haben wir auszugehen. (Beifall.)

Wir wissen aber auch andererseits, daß der Mensch in der Gemeinschaft eine soziale Verpflichtung hat, in der Begegnung mit dem anderen. – Gerstenmaier hat das sehr schön dargelegt. Wir wissen, daß der Mensch auch von der Natur her und von Gott gewollt als Gemeinschaftswesen in diesem irdischen Leben steht, und wir als Christen erkennen die Verpflichtung der Gemeinschaft an, dort helfend einzugreifen, wo die Not des Lebens über die Kraft des einzelnen geht. Der Staat als die größte alle anderen integrierende Gemeinschaft hat hier eine besondere Aufgabe. Ich bin sicher, daß von dort her – die Dinge recht verstanden – gerade die christlichen Demokraten die Kraft und die Fähigkeit zu Entscheidungen in der sozialpolitischen Gesetzgebung haben, die wirkliche und wahrhaftige Sozialpolitik sind, weil sie nämlich den Menschen erhöhen und nicht zum Massenmenschen, zum Funktionär degradieren. Das ist der Inhalt unserer Sozialpolitik. (Beifall.)

Ich habe nicht die Zeit – so reizvoll es wäre –, auf eine Reihe von Problemen, die im Augenblick akut sind und die in Kürze im Deutschen Bundestag von unserer Fraktion behandelt werden müssen, einzeln zuzugehen. Ich dachte mir, es wäre besser, wenn ich versuchte, auf meine Weise den Vortrag Gerstenmaiers vielleicht ein wenig zu variieren, vielleicht das eine oder das andere herauszuheben, vielleicht den einen oder anderen Akzent kräftiger oder schwächer zu setzen. Im Prinzipiellen gibt es da keine Unterschiede. Ich dachte mir, das würde genügen. Eins muß ich aber noch aussprechen, weil ich vorgestern in der Presse einiges gelesen habe: Unsozial, unverantwortlich handelt jeder, der unerfüllbare soziale Forderungen stellt. (Sehr richtig! und Beifall.) Ich habe mich nicht gescheut, das vor einem großen Verband auszusprechen, und ich wiederhole das hier. Wenn wir zum Beispiel gegenwärtig in der Kriegsoferversorgung über 3,6 Milliarden DM im Jahr aufwenden, dann ist damit noch nicht gesagt, daß man nicht der Frage nachgehen könne, ob noch Verbesserungen möglich sind. Ich will mich darüber nicht äußern, weil wir die Dinge im Kabinett noch nicht abschließend behandelt haben. Aber wenn jemand, der ernst genommen werden will, eine Forderung stellt, die bedeuten würde, diese 3,6 Milliarden DM um 4 Milliarden DM aufzustocken, dann scheut sich Theodor Blank nicht, das utopisch zu nennen; das hat keinen Sinn für Wirklichkeit mehr; das ist eben nicht mehr Politik. (Beifall.)

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Ich möchte einigen Verbänden noch einmal folgendes sagen. Soziale Probleme finden ihre Lösung nicht nur in der Gesetzgebung, sie sind nicht nur Aufgaben des Staates, sondern getreu dem Subsidiaritätsprinzip gibt es soziale Aufgaben, die von kleineren Gemeinschaften gelöst werden können. Sie wissen, was ich meine. Eine Stärkung des Partnerschaftsgedankens in der Wirtschaft, des Gedankens des Miteinander der Sozialpartner würden für eine Sozialpolitik eminent große Bedeutung haben. (Beifall.)

Im Jahre 1905 – vor etwas über 50 Jahren – ging ein Streit zu Ende, der bis dahin in der deutschen Arbeiterbewegung bestanden hatte. Damals entschied man sich nämlich grundsätzlich dafür, über den Tarifvertrag

Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln. Seit einem Jahre predige ich den Sozialpartnern, nunmehr dort nicht stehen zu bleiben, ebensoviel Mut zu haben wie vor 50 Jahren und nunmehr – entweder im Rahmen der Tarifpolitik oder über die Tarifpolitik hinausgehend – die Fragen der Eigentumsbildung für den Arbeitnehmer vorwärts zu treiben. (Beifall.)

Wenn ich eben davon ausging, daß der Arbeiter ja zunächst für die Existenzsicherung für sich und seine Familie als Verwertbares nur die Arbeitskraft hat und daß ihm noch ein anderes in die Hand gegeben werden müßte, dann erwächst aus dieser Überlegung unsere Forderung nach einer Eigentumsstreuung und nach Eigentumsbildung in der Hand der Arbeitnehmer. Wir warten hier auf den Anfang. Wir wollen keine billige politische propagandistische Angelegenheit daraus machen, sondern wir wollen – soweit noch vorhanden – die Entproletarisierung, und was könnte ein größerer und bedeutenderer Schritt auf diesem Wege sein, als auch dem Arbeiter durch den Besitz von Eigentum größere Möglichkeiten der persönlichen Entfaltung zu geben, damit auch größere Freiheiten und damit auch größere soziale Sicherheit. Zu diesem modernen Problem muß man sich in der deutschen Gewerkschaft stellen und nicht vom politischen Streik reden. Das wollte ich einmal mit aller Klarheit gesagt haben. (Lebhafter Beifall.)

Herr Präsident! Sie haben mich noch nicht gerügt, Sie hätten das tun müssen, meine Zeit ist um; ich komme zum Schluß. – Was wir unter Sozialpolitik verstehen, ist folgendes: Absichtsvolles Bewirken einer rechten sozialen Ordnung. Darunter verstehen wir nicht, dem einzelnen die Sorge für sein Leben und für alle Lebensrisiken abzunehmen – das ist unmöglich –, sondern darunter verstehen wir eine Rechtsordnung, in der jeder auf den Platz kommen kann, der seinem Können, seinen Anlagen und seiner Leistung gebührt, eine Ordnung, in der jeder das Seine erwerben, haben und genießen kann. Diese Rechtsordnung zu schaffen, das ist der Sinn und der Inhalt unserer Sozialpolitik. Das, meine Damen und Herren, hat mich veranlaßt zu sagen: Jawohl, diesen Staat nennen wir dann getreu dem, was er nach christlicher Staatsauffassung zu sein hat, den Wohlfahrtsstaat, in dem man in Freiheit und in Selbstbewährung leben kann. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Kratz:

Das Wort hat der Vorsitzende des Arbeitsausschusses Eigentum der Bundestagsfraktion, Herr

Professor Dr. Burgbacher:

Ich werde hoffentlich die Redezeit wegen der Kollegen und Kameraden, die nachher kommen, genau einhalten.

Da ich weiß, daß wir in dem Willen, Eigentum in breiter Streuung zu bilden, einig sind, möchte ich auf die weltanschaulichen oder wissenschaftlichen oder politischen allgemeinen Begründungen dieses Vorhabens nicht eingehen. Ich möchte drei Gedanken aussprechen, die vorwiegend informatorischer Natur für diesen Parteitag und unsere Freunde sein sollen. Der erste ist folgender. Man muß sich, wenn man an diese Frage herangeht, zunächst einmal über die Größenordnung klar werden, und zwar zunächst über die Größenordnung der Verteilung des

bestehenden Nationalvermögens, und zweitens über den in der volkswirtschaftlichen und sozialwirtschaftlichen Entwicklung erkennbaren Trend, und drittens über die Möglichkeiten und über die Wege, die sich der Partei und der Legislative zur Förderung des privaten und des persönlichen Eigentums anbieten. Es ist gar nicht einfach, sich über Größenordnungen klar zu werden, denn es herrscht ein erstaunlicher Mangel in der nationalen und in der internationalen Statistik über die Größe und Zusammensetzung des Volksvermögens. Es kann sich deshalb bei allen Zahlen, die ich nenne, nur um gewissenhaft ermittelte Schätzungen handeln, die wohl vielleicht auch noch in der Diskussion – ich meine nicht die heutige, sondern in der wissenschaftlichen Diskussion – eine weitere Abklärung erfahren können.

Man wird heute das deutsche Volksvermögen auf etwa 700 Milliarden DM schätzen können, und es verteilt sich etwa wie folgt: Auf die Landwirtschaft mit 50 Milliarden, auf die Industrie mit 100 Milliarden, auf den Verkehr mit 100 Milliarden, auf die sonstige Wirtschaft mit 50 Milliarden, auf die öffentliche Verwaltung mit 100 Milliarden, auf die Wohnungswirtschaft im weitesten Sinne des Wortes mit 200 Milliarden und auf das sogenannte Hausratvermögen mit 100 Milliarden DM.

Von diesem gesamten Nationalvermögen gehört gut die Hälfte privaten Haushaltungen und knapp die Hälfte der öffentlichen Hand: Bund, Ländern und Gemeinden sowie anderen öffentlichen Einrichtungen. Ich möchte an dieser Stelle schon feststellen, daß es eine moderne Wirtschaft ohne öffentliches Vermögen überhaupt nicht gibt.

Wie ist nun der Trend? Freund Höffner von der Universität in Münster hat einmal ein schönes Bild gebraucht: wenn man einen Baumstamm von einem kräftigen Wuchs und einem natürlichen Wachstum durchsägt, dann kann man Jahresringe der Entwicklung feststellen. Wir können feststellen, daß es diese Ringentwicklung auch bei uns gibt. Wir haben als erstes nach dem Zusammenbruch Nahrung, dann Wohnung, dann Kleidung, dann Beschäftigung, dann Vollbeschäftigung, dann Altersversorgung geschaffen und sind natürlicherweise jetzt an den Ringen der privaten Vermögensbildung angekommen. Ich glaube, daß es auch die Aufgabe unserer Politik ist, natürlichen Entwicklungen die Wege frei zu machen, sie zu fördern und nicht unnatürliche aufzuzwängen.

Diese natürliche Entwicklung hat unser Volk wohl auch verstanden. Wir haben in Sparkassenguthaben in 23 Millionen Sparkassenbüchern über 30 Milliarden. Wir haben in Millionen von Lebensversicherungen ein Versicherungskapital von 45 Milliarden mit eingezahlten 12 Milliarden. 2,3 Millionen Bausparverträge mit einem Sparkapital von 30 Milliarden sind vorhanden, davon eingezahlt 8 Milliarden. Bei einem Haushalt von vier Personen sind also 10 Millionen deutsche Bürger am Bausparen heute schon aktiv interessiert. Die öffentliche Hand hat im sozialen Wohnungsbau 25 Milliarden investiert, und wir haben seit 1948 im Eigentum, im privaten Eigentum 1,3 Millionen Wohnungen geschaffen. Zur Zeit spart unser Volk von dem sogenannten Haushaltseinkommen von rund 100 Milliarden im Jahr auf allen Ebenen, die es gibt – Sparen, Lebensversicherung, Bausparen, Obligationen – sicherlich etwa 10 Prozent. Der Vermögenszuwachs seit der Währungsreform hat sich in ganz

groben Zahlen wie folgt verteilt. Die öffentliche Hand hat rund 100 Milliarden Vermögen mehr gebildet, darin aber das Vermögen für den sozialen Wohnungsbau und die Sozialfonds. Die Wirtschaft hat gut 100 Milliarden neues Vermögen gebildet, insbesondere durch nicht entnommene Gewinne, durch Sonderabschreibungen, durch die sogenannte Finanzierung über den Preis. Die privaten Haushalte haben an Hausratvermögen neu etwa 60 bis 65 Milliarden gebildet; im Sparen bei Sparkassen – wie genannt – 30 Milliarden, im Bausparen – wie genannt – 8 Milliarden, in Lebensversicherungen – wie genannt – 10 oder 12 Milliarden und in Eigenheimen etwa 5 Milliarden, also ebenfalls über 100 Milliarden.

Es ist wichtig zu wissen, daß das sogenannte Produktionsmittelvermögen vom gesamten Nationalvermögen höchstens etwa 20 Prozent beträgt. Nun haben wir den Zustand der Vollbeschäftigung erreicht. Wir haben einen immer intakter werdenden Kapitalmarkt und können uns jetzt statt der Förderung der Bildung von Wirtschaftsvermögen – wie bisher – zur Schaffung der Vollbeschäftigung, zur Schaffung der Rationalisierung der deutschen Wirtschaft auch in der Legislative – und wir müssen das auch konsequenterweise – der Bildung des Vermögens in Personenhand zuwenden. Wenn wir das tun, dann geht in dem Grade, in dem sich Kapitalvermögen in Personenhand bildet, der natürlichen Automatik der Volks- und Finanzwirtschaft entsprechend ganz von selbst die sogenannte Finanzierung über den Preis laufend zurück, und zwar laufend in dem Maße, in dem der Kapitalmarkt intakt wird. Das beweisen auch schon die Zahlen. Wir hatten 1927 70 Prozent der wirtschaftlichen Investition auf dem Kapitalmarkt finanziert. Wir hatten 1948/49 null Prozent der Investitionen auf dem Kapitalmarkt finanziert, weil der Kapitalmarkt selbst null war, und mußten den Weg der Finanzierung gehen, den wir gegangen sind, um der Logik der Politik gemäß zuerst Brot, Arbeit, Vollbeschäftigung, moderne Technik zu schaffen, wie es auch geschehen ist. 1957 sind über den Kapitalmarkt 30 Prozent finanziert und 1958 werden es nach den bisher vorliegenden Zahlen über 40 Prozent sein.

Sie sehen also diesen Trend, der sich auch an anderen Zahlen klar darstellt. Von 1950 bis 1958 ist nämlich der Anteil der privaten Haushalte am gesamten Nationalvermögenszuwachs von 20 Prozent Schritt für Schritt auf 35 Prozent gestiegen und der in der Wirtschaft von 50 Prozent auf 28 Prozent abgesunken; allerdings ist der öffentliche Vermögen wieder von 30 Prozent auf 37 Prozent gestiegen. Mir scheint nun klar zu sein, daß es eine politische Aufgabe von Bedeutung ist, jedweden – oder den größten – Teil des natürlicherweise kommenden Vermögenszuwachses in die privaten Haushalte, in die Personenhand zu lenken und dabei davon auszugehen, daß zwar Eigentum seiner Natur nach nicht erzwungen, sondern aus dem freien Willen des Bürgers erwachsen muß, daß wir aber die politische Aufgabe haben, diesen freien Willen des Bürgers, der durch die Erfahrungen von zwei Inflationen mehr oder weniger verschüttet ist, noch stärker zu wecken, als es der Fall ist, ihn auch anzuregen und diese Privilegierungen – wie wir auch die Wirtschaft mit durch Privilegierungen gesund gemacht haben und logischerweise sozusagen im gewissen Sinne verpflichtet sind – auch der persönlichen

Vermögensbildung zuzuwenden. Welche Wege gibt es? In unserem Arbeitskreis werden alle möglichen Wege geprüft, und ich möchte nur die Wege aufweisen und nicht die Einzelheiten der Lösung, weil diese noch nicht restlos erarbeitet worden sind und ich sie mir daher noch vorbehalten möchte.

Da ist zum Beispiel das Sparprämiengesetz, das wir vielleicht noch nach dem Familienstand etwas variieren müssen, das wir vielleicht auch auf Lebensversicherungen ausdehnen können, damit auch die nicht mehr einkommensteuerpflichtigen Bürger dieses Landes an dem Vorsorgevermögen der Lebensversicherungen interessiert werden. Ein außerordentlich schwieriges Thema, das aber angefaßt werden muß, ist die Frage der Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer, ist die Frage des Investivlohnes und ist die Frage des sogenannten Sozialkapitals, das sich bei den großen Unternehmen mit etwa 8 Milliarden DM gebildet hat und das durch die Rentenreform jetzt ein anderes Gesicht bekommen hat. Darüber arbeiten wir an einem Rahmengesetz, das natürlich schwierig ist, aber ich wiederhole: Es muß behandelt werden!

Ich komme zur Frage der Privatisierung von bundeseigenen Vermögen -- das Volkswagengesetz brauche ich nur zu nennen -- und auch zu den Beteiligungen an anderen Bundesunternehmen, und zwar an all denen, die sonst von der freien Wirtschaft betrieben werden. Aber es gibt öffentliches Vermögen, das sich der Privatisierung absolut entzieht; es handelt sich hier um Überführung von Eigentum der Unternehmen in der öffentlichen Hand, die ansonsten von der freien Wirtschaft besorgt werden. Ob der Bund dabei gleich hundertprozentig ausscheidet oder ob er zunächst die sogenannte Sperrminorität behält, um den Übergang zu sichern und zu kontrollieren, welche Sozialkurse gemacht werden, um dem kleinen Mann diese kleinen Aktien nahezubringen, ob man die Emissionszeiten staffelt, so daß die erste Emissionszeit dem kleinsten Einkommen, die nächste dem größeren usw. zukommt, um eine gewisse Sicherheit der breiten Streuung ohne Schaffung neuer Behördenapparate zu finden, das sind die Probleme, die sich uns anbieten.

Bei dem Lastenausgleich sind bis jetzt 27 Milliarden DM ausgegeben worden. Das ist gut ein Drittel der insgesamt in Frage kommenden Summe. Von diesen 27 Milliarden sind aber bis jetzt nur etwa 25 Prozent in die Eigentumsbildung geflossen und 75 Prozent in den Konsum. Wir müssen uns überlegen, welche Möglichkeiten sich bei den weiteren zwei Dritteln aus dem Lastenausgleichsvermögen -- das sind 50 Milliarden die bewegt werden -- anbieten, um Wege zu finden, die eine stärkere Investierung dieser Mittel in die Schaffung des persönlichen Eigentums bedeuten. (Beifall.)

Wenn ich Ihnen sage, daß es sich zum Beispiel bei der Privatisierung des Bundesvermögens um einige Milliarden handelt, hier aber um 50 Milliarden, dann sehen Sie schon, wie verschieden das Gewicht der Dinge, manchmal sehr abweichend von der öffentlichen Vorstellung, verteilt ist. Die Mittel der Sozialversicherung, der Lebensversicherung sind bisher mit Recht in hohem Maße in die Wirtschaft geflossen, eben wegen des Mangels am Kapitalmarkt. Wir glauben, daß der Zeitpunkt gekommen ist, daß man auch diese Mittel in einem höheren Maße zur

Bildung persönlichen Eigentums, insbesondere des Eigenheims und des Stockwerkeigentums, ansetzen sollte. (Beifall.)

Die Förderung der Baulandfragen für Eigentum ist nach Ansicht unserer Experten eine besondere Aufgabe, weil es oft sehr viel schwieriger ist, das Bauland zu finden als die Finanzierung. Aber auch bei der Finanzierung bleibt noch eine Lücke. Beim Eigenheim und beim Stockwerkseigenheim macht die Restfinanzierung Schwierigkeiten. In den Vereinigten Staaten garantiert der Staat 90 Prozent der Finanzierung des Eigenheims und des Stockwerkseigentums, und er hat bei dieser Garantie keine Ausfälle. Man müßte sich also überlegen, wie man diesen Weg zum Eigenheim – und ich wiederhole, auch zum Stockwerkseigentum – finanziert, denn zu glauben, von den 15 Millionen Haushalten in der Bundesrepublik könnten 15 Millionen auch ein Eigenheim bekommen, ist eine Utopie, und Utopien und Romantik lieben wir nicht; wir lieben die Realität. Deshalb müssen wir neben dem Eigenheim auch das Stockwerkseigentum unserem Volke nahebringen, das bis jetzt aus Gründen der Vergangenheit diesem Problem noch etwas fremd gegenübersteht. Die Kleinaktien müssen wir in das Aktienrecht einfügen. Ich bitte Freund Etzel, nicht zu erschrecken, wenn ich sage, daß wir uns steuerliche Privilegierungen für das Vermögen und für gewisse Erträge aus Vermögen überlegen müssen. Ich glaube, der Schrecken wird nicht so groß sein, weil es sich ja um Neubildung von Vermögen und Reinertrag daraus handelt.

Hier brennt die rote Lampe, ich muß also zum Schluß kommen und sagen – auch im Anschluß an die Worte unseres Freundes Theo Blank: Für uns CDU-Leute ist Wirtschaftspolitik, ist Gesellschaftspolitik, Sozialpolitik eine organische Einheit. Es ist eines ohne das andere nicht denkbar. Nachdem wir die Rentenreform abgeschlossen haben, nachdem wir die Vollbeschäftigung haben, ist der nächste Schritt das persönliche Eigentum. In dem Maße, in dem wir den einzelnen krisensicher machen, in dem Maße wird die kollektive sozialpolitische Legislative entlastet, weil die natürlichste Kraft die ist, die der einzelne selbst besitzt. (Beifall.)

Präsident Kratz:

Bevor ich dem nächsten Diskussionsredner das Wort gebe, muß ich Sie darauf hinweisen, daß noch sieben Wortmeldungen zum Thema Sozialordnung und Eigentumbildung vorliegen. Ich muß daher die letzten Diskussionsredner leider darum bitten, Ihre Redezeit noch weiter – und zwar auf zehn Minuten – zu beschränken, damit wir mit allen Diskussionsrednern durchkommen und damit wir jedenfalls die Grenze von 16 Uhr mit dem Beginn der wirtschaftspolitischen Debatte einhalten können.

Das Wort hat nunmehr Herr

Bundesminister Lücke:

40 Prozent der Bausparer, 2 Millionen Sparer sind Arbeiter. Freund Gerstenmaier! Keine Gelegenheit unserer Sozialpolitik, keine Gelegenheit, Einzeleigentum, jetzt, heute und in dieser Nacht, morgen und übermorgen zu schaffen, bietet sich so sehr an wie im sozialen Wohnungsbau. Darum, Theo Blank, brauchen wir nicht den Anfang zu machen, sondern meine Bemerkungen hier sollen nur kritischer Natur sein und

vielleicht versuchen, Wege zu finden, wie wir erreichen können, daß der Wille der breiten Schichten nach Einzeleigentum mehr und mehr in die Wirklichkeit umgesetzt wird. 2 Millionen Wohnungen müssen noch gebaut werden. Herr Professor Burgbacher hat die Zahlen genannt; 75 Milliarden flossen bisher in den Wohnungsbau.

Das Gesetz zur Schaffung von Familienheimen hat eine ganz schlichte Tatsache zur Grundlage, die heute und hier in dem ausgezeichneten Referat des Bundestagspräsidenten dargelegt wurde, und zwar die Tatsache, daß die Familie bestimmen soll, was sie haben will, ob sie eine Mietwohnung haben will oder ein Eigentum. Wenn sie sich zu dem Eigentum entschließt, muß sie sparen, muß sie eine dem Familienstande entsprechende Eigenleistung erbringen. 2 Millionen Wohnungen müssen gebaut werden. Das ist eine große Aufgabe. Täglich kommen aus der Zone Menschen zu uns, um Heimat, Arbeit und auch Obdach zu finden. Die jungen Familien wollen versorgt werden; also die Aufgabe drängt und ist äußerst aktuell.

Wenn der Wohnungsbauminister berichten muß, daß nur etwa 30 Prozent der Gelder des sozialen Wohnungsbaues – also jene 25 Milliarden Steuergelder sind es doch, direkt und indirekt zwar, die in den sozialen Wohnungsbau geflossen sind – Einzeleigentum in der Hand der Arbeitnehmer, der Familien, wurden, dann ist der Anteil zu gering.

1950 bauten wir etwa 56 000 Einfamilienhäuser in der Bundesrepublik bei einem Bauvolumen von 500 000. In diesem Jahr sind es etwa 160 000. Es könnten mehr sein; allein in diesem Land Schleswig-Holstein wurden auf Grund vorliegender bewilligungsreifer Anträge im Juni dieses Jahres auf 10 000 Einwohner 40 unerledigte Anträge für den Bau von Eigenheimen gemeldet, für die das Land keine Gelder bereitstellen konnte; 40 Anträge je 10 000 Einwohner, bei denen 60 Prozent der Antragssteller einkommensschwach sind! In Bayern wurden bei 10 000 Einwohnern sieben Anträge gestellt. Damit ist ausgedrückt, daß die in der Gesamtbildung erscheinenden 90 000 unerledigten Anträge auf Eigenheim in der Bundesrepublik den Eigentumswillen der Menschen sichtbar machen, und es mangelt daran – und das ist die große Sorge –, daß die Durchführung der von uns erlassenen Gesetze in Ländern und Gemeinden nicht überall so gut läuft wie zum Beispiel in dem Gastlande Schleswig-Holstein. Es muß daher sichergestellt werden, daß nicht die großen Wohnungsbaunternehmen in erster Linie den Rahm abschöpfen. (Sehr richtig! und lebhafter Beifall.) In diesem kommen der Meier und der Müller nicht zum Zuge.

Wir brauchen die Unternehmen; sie haben aber eine dienende Funktion. Sie sollen für die Familien bauen, jawohl, Herr Professor Burgbacher, und nicht Einfamilienhäuser, Reihenhäuser, Wohnungseigentum; darum haben wir die Gesetze gemacht. Es geht aber nicht auf die Dauer – das wurde gestern und auch heute hier gesagt –, daß die zweieinhalbtausend gemeinnützigen Unternehmen, die einer besonderen Verpflichtung unterliegen, aber 1,8 Millionen – wer das Bauprogramm des Jahres 1958 ansieht, der wird das feststellen –, also rund 2 Millionen Wohnungen, Mietwohnungen in ihrem Bestand haben. Davon einen gesamten Investitionsaufwand von über 20 Milliarden DM! Das ist eine Machtzusam-

menballung anonymer Art, die uns ebenso besorgt stimmen muß wie die Machtzusammenballung in den Händen der Industrie. (Sehr gut! und lebhafter Beifall.)

Es kommt also darauf an, die gesetzlichen Möglichkeiten, die die Union in den letzten Jahren im Familienheimgesetz realisiert hat, in Stadt, Land und in den Gemeinden durchzusetzen, und ich muß hier um Ihre Unterstützung bitten. Sehen Sie, die Christlichen Demokraten sind eine junge Partei, und wir haben noch keine funktionierende Organisation, wie sie die SPD besitzt, die diese Chance in den letzten Jahren sehr konkret genutzt hat und im Lande draußen bestimmt – jedenfalls noch überwiegend bei der Durchführung der Bundesgesetze –, wie gebaut werden soll. Das ist der Appell, den ich Ihnen und so vielen Freunden hier im Saal nur weitergeben kann.

Dann sind noch die jungen Familien da. Wir müssen dafür sorgen, daß sie endlich zum Zuge kommen. (Beifall.) Wir sollten dafür sorgen, daß wir nicht erst darauf warten, bis sie ein Kind oder Zwei Kinder haben, bevor wir sie richtig unterbringen. (Sehr richtig! und Beifall.) Darum bereitet der Wohnungsbauminister vom Bunde her eine Aktion „Junge Familie“ mit Unterstützung der Jungen Union vor, um zu erreichen, daß die jungen Leute im Lande zum Zuge kommen. Aber am Anfang steht das Sparen gerade für junge Leute, und das Moped könnte man vielleicht einsparen, wenn man das Eigenheim vom Staat bezuschußt haben will. (Sehr richtig!)

Wir hatten bis zur Wahl in Nordrhein-Westfalen, bis zu dem stolzen Wahlsieg, in keinem Land der Bundesrepublik einen Minister für Wohnungsbau, der der CDU oder unserer Bonner Koalition angehört. (Hört, hört!) Der Wohnungsbau ist aber – ich kann immer und immer wieder nur darauf hinweisen – Sache der Länder in der Durchführung. So kann man doch nicht erwarten, daß politische Gegner, die gegen das Gesetz gestimmt haben, einen besonderen Eifer an den Tag legen, unsere Gesetze in den Ländern durchzuführen. Wenn ich eine Bitte aussprechen darf, was man hier konkret tun könnte, dann ist es die: die Wahl in Schleswig-Holstein gewinnen und möglichst auch in Bayern und Hessen, damit wir dort auch unsererseits Minister einsetzen, die über unser Anliegen und das gesellschaftspolitische Anliegen, das insbesondere im Wohnungsbau liegt, bei der Durchführung wachen. (Sehr gut! und Beifall.)

Meine Freunde! Tag und Nacht, jede Minute entsteht eine Wohnung. Ich habe fünfzehn Minuten Redezeit, und in dieser Zeit sind fünfzehn Wohnungen fertig geworden. (Heiterkeit und Beifall.) Aber, meine Damen und Herren, davon sind nur 30 Prozent in unserem Sinne gebaut, und es warten Hunderttausende im Lande darauf, zu einem Eigentum zu kommen. Haus und Boden ist für unsere Familien – gerade für die breiten Schichten – die größte Sehnsucht, und wir sind eine wahre Volkspartei, wenn wir den Menschen helfen, hier zum Zuge zu kommen. Aber wer bauen will, braucht Land, braucht Bauland, Herr Professor Burgbacher, und Bauland bedarf bestimmter Voraussetzungen. Die 4½ Millionen Wohnungen, die wir bauen könnten, haben viel Bauland verbraucht. Darum brauchen wir dieses Gut Bauland zu vernünftigen Prei-

sen, zu gerechten Preisen. Einer der ganz bösen Flecken auf der Weste unserer Demokratie der Nachkriegszeit ist es, daß wir es bisher nicht verhindern konnten, daß das üble Spekulantentum nicht vor der Not unserer Millionen Flüchtlinge haltmache, um aus dem Gut Boden Geschäfte zu machen. Das geht nicht, und wenn man jahrelang solche Dinge vertritt, kommt man in ein schiefes Licht.

Was will ich? Ich will, daß jede Familie ein Minimum an Grund und Boden erhält, das erforderlich ist, um das zugrunde zu legen, was hier Freund Gerstenmaier und Freund Blank sagten. Wir wollen ein Bundesbaugesetz, das einen Baulandmarkt schaffen hilft. Ich will hier keine Zwangsbewirtschaftung. Ich bin nicht einmal ein Freund der Enteignungen, weil man damit gar nichts schafft. Ich möchte, daß ein Baulandmarkt entsteht und daß unsere Wissenschaftler – bedeutende Wissenschaftler, die sich bereit erklärt haben – uns dabei helfen. Wenn wir das schaffen, werden wir bis zur Berliner Tagung mit dem Gutachten herauskommen, wie wir sicherstellen können, daß das Minimum an Grund und Boden für alle Familien zu vernünftigen Preisen bereitgestellt werden kann.

Um dieses Bundesbaugesetz aber zu verabschieden, das 62 Gesetze beseitigen soll – ich muß etwas für dieses Gesetz werben –, brauche ich wiederum die Unterstützung in den Ländern und die der Fraktion. Dann, meine Freunde, müssen wir – und das ist die ernsteste Frage, die ich Ihnen vorzutragen habe – mit der Zwangsbewirtschaftung des Grund und Bodens und des Wohnungsbaues Schluß machen. (Lebhafter Beifall.) Ich meine, der Wohnungsbau sollte insgesamt Schritt für Schritt in die Marktwirtschaft übergeführt werden.

Ich habe da ein großes Wort gelassen ausgesprochen. (Beifall.) Kollege Erhard hatte damals in Frankfurt, als er den kühnen Sprung gewagt hat, aus der Zwangswirtschaft in die Marktwirtschaft einzusteigen, keinen Bundesrat und auch wohl kein so strenges Parlament, wie wir es haben. Wir haben erlebt, wie segensreich dieser Sprung für alle gewesen ist, und wir glauben an den Markt. Ich bin überzeugt, wenn wir schrittweise weiterbauen, die Wohnungsnot beseitigen – ich sagte, noch zwei Millionen fehlen –, dann wird der Markt dafür sorgen, daß wir billige Wohnungen bekommen. Viele Wohnungen sind überbezahlt, viele Wohnungen rechtfertigen nicht die Miete, die aufgewendet werden muß.

Dieses letzte Gebiet zwangswirtschaftlicher Maßnahmen in die soziale Marktwirtschaft einzupassen, ist gewiß schwer. Das aber – so steht es in der Regierungserklärung – darf und kann nur unter Wahrung berechtigter sozialer Belange geschehen, das heißt: Ein soziales Mietrecht soll sicherstellen:

Erstens: Jeder Familie in der Bundesrepublik eine angemessene Wohnung oder ein Eigenheim im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues wirtschaftlich tragbar zu machen.

Zweitens: Dies soll durch Zahlung individueller Miet- und Lastenbeiträgen geschehen, die dann zu zahlen sind, wenn die Miete oder die Be-

lastung einen noch näher zu bestimmenden Anteil des Familieneinkommens übersteigt.

Drittens: Die Bestimmungen des Mieterschutzes werden den veränderten Verhältnissen angepaßt und werden in diesem sozialen Mietrecht sicherstellen, daß berechnigte soziale Belange auch in der Zukunft gewahrt bleiben.

Das soziale Mietrecht ist und wird damit das erste Gesetz in dieser Art sein, das allen Menschen der Bundesrepublik ein Minimum an Haus und Boden und eine geeignete Wohnung der Größe und der Ausstattung nach wirtschaftlich tragbar macht, das heißt, jede Familie wird auch in der Krise in der Lage sein, angemessene Wohnungen bewohnen zu können. Damit, meine Freunde – meine Zeit ist um –, haben wir einen Beitrag zu leisten, von dem – wenn die Gesetze Realität werden – 15 Millionen Familien direkt und indirekt positiv betroffen werden.

Die größte Sorge bereitet mir allerdings der Wohnungsbau für die Sowjetzonenflüchtlinge aus Mitteldeutschland, für die Zuwanderer und Aussiedler aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Hunderttausende warten in den Lagern auf eine Wohnung, und wir sind dank der großzügigen Unterstützung unseres Freundes Etzel in der Lage, hier zügig vorwärts zu gehen. Ich konnte in den letzten Tagen Baden-Württemberg und Niedersachsen die Möglichkeit bieten, bereits im Vorgriff auf das nächste Haushaltsjahr zu planen, schnell weiterzubauen, damit die Menschen aus den Lagern in Wohnungen kommen. (Beifall.)

Nur dürfen wir aber nicht einen Fehler machen, daß diese ungeheure Aufgabe vordergründig rein von der Beschaffung der Wohnung her gesehen wird. Wir dürfen keine Provisorien machen. Diese Menschen haben meist Haus und Boden verloren. Hier müssen wir Obacht geben, daß die wohnungsmäßige Eingliederung so erfolgt, daß nicht nur Arbeitsplätze geschaffen werden, sondern daß überall, wo es möglich ist, gerade auch diesen Menschen die Chance geboten wird, über den Wohnungsbau später einmal auch zu Einzeleigentum zu kommen. Wer wagt hier zu sagen, wann diese Not, die größte der Nachkriegszeit, zu Ende sein wird? Der Wohnungsbauminister – ihm fällt die Aufgabe mit Ihrer Unterstützung zu – bleibt bemüht, so zu bauen, daß die Menschen, wenn sie einziehen, endgültige Lösungen in der Wohnung und im Familienheim bekommen. Diese Aufgabe – zwölf Millionen Menschen sind eingeströmt – bedingt eine Überlegung, wie wir unsere Städte und Gemeinden neu planen und erweitern. Es genügt nicht, weiter die Großstädte oder unsere Gemeinwesen auszudehnen; wir müssen den Mut haben, auch neue Städte zu bauen. (Beifall.)

Darum haben wir in Köln, in München, in diesem Raum, im Raum Hannover den Versuch unternommen, mit stärkerer Förderung Trabantenstädte zu schaffen, die unserem Idealbild der Stadt von morgen gerecht werden, einer Stadt, die Platz hat für Menschen, für den Verkehr, für Freizeitgestaltung und die auch Platz für Kultur, Sport- und Kinderspielplätze, einer Stadt, die auch Platz für Eigentum der Bürger dieser Stadt hat. Wenn wir das machen wollen, wird uns diese Aufgabe immer beschäftigen. Das Baugesetz schafft die gesetzliche erste Grundlage für

diese Absicht. Von der Not der Menschen her aber, die zu uns kommen, sind wir gezwungen, hier beschleunigt anzufassen.

Industrie aufs Land, heißt die weitere Forderung – ich darf das stichwortartig andeuten. Der Herr Bundeskanzler sagte mir kürzlich bei einem Gespräch, daß er sich persönlich dieser Aufgabe annehmen möchte, damit die Konzentration unserer Ballungsräume nicht fortgesetzt wird und wir so bauen, daß wir auch in einer Krise, mit der wir zu rechnen haben, nicht der Vermassung anheimfallen. (Sehr gut!)

Bedenken wir, daß der Berliner Stadtteil Moabit einst eine Brutstätte des Sozialismus und des Radikalismus war. Wenn wir Politik machen, müssen wir überlegen, was wir tun, damit wir auch bei einer möglichen Krise, die immer kommen kann, unsere Menschen nicht zum Radikalismus führen. Der Wohnungs- und Städtebau bietet die Möglichkeit dazu. Ich meine, daß diese Arbeit im Rahmen unserer gesellschaftspolitischen Zielsetzungen eine so wichtige Stellung einnimmt. So wie man baut, so lebt man. Albert Schweitzer prägte das Wort: Zuerst bauen Menschen Häuser, und dann bauen Häuser Menschen! Unser Freund Gerstenmaier forderte, Massen zu beseitigen und Menschen aus der Masse werden zu lassen. Ich möchte fordern, daß wir unser Volk zu einem Volk von Eigentümern machen. (Sehr richtig!)

Dann wird dieses Volk die geistige Auseinandersetzung bestehen können, die wir mit dem Osten in den nächsten Jahren – vielleicht Jahrzehnten – führen müssen. Nur ein innenpolitisch befriedigtes Volk, ein Volk der Eigentümer, wird jene Einrichtungen verteidigen, die man den Menschen drüben wegzieht, um die Sklaverei zu errichten. Die Masse der Flüchtlinge aus der Zone kommt ja nicht zuerst aus erkennbaren politischen Gründen, sondern weil man ihnen das bißchen Eigentum unmöglich gemacht hat, und wenn man ihnen das Eigentum weggezogen hat, so ist die Bahn für die Sklaverei frei. Bauen wir richtig, bauen wir Häuser, die unserem Volk eine sichere Zukunft bieten! (Beifall.)

Präsident Dr. Ewen: Das Wort hat Herr

Bundestagsabgeordneter Arndgen (Hessen):

Nach der vor dem letzten Redner gemachten Bemerkung des Herrn Präsidenten sind wir, die jetzt noch das Wort bekommen, gezwungen, unsere Ausführungen in Stichworten zu machen. Ich will das versuchen. Herr Bundestagspräsident Gerstenmaier ist bei seinen sozialpolitischen Darlegungen von den guten Gedankengängen Humboldts wie auch von denen Naumanns ausgegangen. Ich weiß nicht, ob wir bei der Behandlung der Frage „sozialer Rechtsstaat“ von Gedankengängen ausgehen sollen, die von Menschen ausgesprochen wurden, die – wie Humboldt – während des Wiener Kongresses gelebt haben oder wie Naumann, der in dankenswerter Weise versucht hat, Schäden einer rein bürgerlichen Gesellschaft zu reparieren. Ob Humboldt, der Gesandter Preußens auf dem Wiener Kongreß gewesen ist, dort ein guter Tänzer war, weiß ich nicht. Aber ich weiß, daß Humboldt von der technischen Entwicklung, die wir im Laufe der rund 150 bis 180 Jahre erlebt haben, kaum etwas ahnte. Die beiden Namen, deren Persönlichkeiten wir hoch einschätzen, kommen aus einer Zeit rein bürgerlicher Gesellschaft. Aber wenn wir heute

von Sozialpolitik reden, dann werden wir uns mit der Struktur einer industriellen Massengesellschaft auseinanderzusetzen haben. Wenn wir die Probleme, die auf Grund dieser Massengesellschaft auf uns zukommen, behandeln wollen, müssen wir von ganz anderen Gedankengängen ausgehen, als sie damals in sehr guter Absicht sowohl von Humboldt als auch von Naumann ausgesprochen wurden. Ich bin der Meinung, daß wir – wenn wir von Gedankengängen im Hinblick auf unsere Sozialpolitik ausgehen wollen – dann Quadragesimo Anno wie auch die Sozialauffassungen der evangelischen Kirchen nicht außer acht lassen dürfen, denn diese Gedankengänge sind viel zeitnaher als diejenigen, die von Humboldt und Naumann auf uns überkommen sind. (Beifall.)

Wenn wir von solchen Gedankengängen – aus Quadragesimo Anno und den sozialen Auffassungen der evangelischen Kirche – ausgehen, wenn wir in Betracht ziehen, daß Sozialpolitik nur das Thema haben kann: „Wie erhalte ich die Freiheit und die Würde des Menschen in dem Industriezeitalter, in dem wir uns bewegen?“, dann weiß ich nicht, ob man das Wort von der Grenze in der Sozialpolitik überhaupt in die Diskussion hineinwerfen sollte. (Beifall.)

Wenn der Herr Bundestagspräsident Gerstenmaier von einem Spielraum geredet hat, der uns gleichwohl noch verblieben ist, dann weiß ich nicht, ob wir in der Lage sind, diesen Spielraum zu fixieren und abzugrenzen, denn der Spielraum, der uns in der Sozialpolitik übrig bleibt, ist doch von dem ungeheuren Wechsel bestimmt, in dem wir uns in der Wirtschaft und auch im technischen Leben befinden; denn wir wissen nicht, in welcher Schnelligkeit sich die Technik entwickelt. Und jeder technische Zustand ist von dem Zustand, in dem wir uns jetzt, gestern oder vorgestern befunden haben, abgewandelt. Dieser Wechsel bestimmt den Spielraum, der uns für die Sozialpolitik übrig bleibt, und er bestimmt auch die Notwendigkeiten, die sozialpolitisch bedacht werden müssen und diejenigen, die sich sowohl aus der wirtschaftlichen als auch aus der technischen Entwicklung ergeben.

Daher bin ich der Meinung, daß wir hier keine Grenze fixieren sollten, sondern daß wir uns auf den Standpunkt stellen müssen, daß Sozialpolitik doch die ständige innere und äußere Auseinandersetzung mit den Zuständen im Leben ist – gleich welcher Art –, mit dem Ziel, die innere Freiheit, die äußere Freiheit und die Würde des Menschen zu gewährleisten. Ich bin froh, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß der Herr Bundestagspräsident beim Schluß seiner Ausführungen auch auf diese menschlichen Notwendigkeiten in der Sozialpolitik eingegangen ist.

Ich habe diese meine Ausführungen gemacht, damit in der Öffentlichkeit nicht der Eindruck erweckt wird, der Parteitag der Christlich Demokratischen Union sei der Meinung gewesen, daß nun die Grenze in der Sozialpolitik erreicht sei. Die Grenze werden wir niemals erreichen. Solange wir als Menschen zusammenleben, solange wir wirtschaften und solange Menschen – allerdings in unterschiedlichen Verhältnissen – im Wirtschaftsleben zusammenstehen, so lange werden wir sozialpolitisch tätig sein müssen. (Beifall.)

Präsident Dr. Even:

Ich muß an dieser Stelle die Beratungen des heutigen Vormittags abbrechen. Wir setzen die Sitzung um 15 Uhr fort. Es werden dann zunächst Herr Professor Oberländer und Herr Reichsminister a. D. von Keudell das Wort ergreifen; danach wird die sozialpolitische Aussprache fortgesetzt. Ich danke Ihnen und unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

Unterbrechung: 12.56 Uhr

3. Plenarsitzung

Beginn: 15.07 Uhr

Präsident Dr. Fay:

Ich eröffne unsere Nachmittagssitzung. Wir mußten mit der Rednerliste eine kleine Veränderung vornehmen, da um 17 Uhr eine Tagung der Heimatvertriebenen stattfindet. Wir bitten um Verständnis dafür, daß als erster Redner Herr Professor Dr. Oberländer spricht.

Bundesminister Professor Dr. Oberländer:

Das Thema von heute morgen zwingt zu einer kurzen nüchternen Sozialanalyse der Vertriebenen und der Flüchtlinge. Der Zusammenhang von Gesellschaftsordnung und Gesellschaftsbild wird nirgends so sichtbar, als wenn sich das Gesellschaftsbild plötzlich verschlechtert. Ich bitte, statt „Gesellschaftsbild“ hier die Worte „Gesellschaftsstruktur“, „Sozialstruktur“, „soziale Differenzierung“ gebrauchen zu dürfen. Ich glaube, dadurch werden die Dinge etwas klarer.

Das Einströmen von Millionen enteigneter Menschen – heute gibt es 12,4 Millionen Vertriebene und Zugewanderte aus der SBZ und Berlin, das sind fast 25 Prozent der Wohnbevölkerung – bedeutete eine Verschlechterung der sozialen Differenzierung in einem Ausmaße, das geschichtlich ohne Beispiel ist. Nach einer Schätzung waren 1946 infolge Vertreibung, Flucht, Kriegsgefangenschaft und Bombenschäden zwei Fünftel unserer Bevölkerung fast ohne jeden wirtschaftlichen Rückhalt. Sie waren allerdings geistig differenziert. Sie waren Besitzlose, ohne Proletarier zu sein; sonst wäre es kaum möglich gewesen, eine freiheitliche Ordnung aufzubauen. Immerhin, was wäre, wenn wir heute noch eine ähnliche Struktur hätten wie 1946, wenn sie nicht wesentlich verbessert und wir nicht materiell differenziert worden wären? Auf diesen Tatsachen baute auch der Osten seine Hoffnung auf, daß Deutschland von innen heraus für den Bolschewismus hätte erobert werden können. „Wer Deutschland hat, hat Europa“, hat Lenin einmal gesagt, und um so wichtiger ist es für uns heute, dieses Problem mit aller Kraft anzugehen, denn die Überwindung der materiellen Zwangsverfassung war und ist für uns eine Frage des Seins oder Nichtseins. Auf gesunder sozialer Differenzierung baut sich eine freiheitliche Ordnung auf. Wir haben genug geschichtliche Beweise, daß an einem Übermaß menschlichen Flugsandes Demokratien zugrunde gegangen sind.

Nun hieß die Entscheidung, entweder aus den Vertriebenen Bausteine zu machen oder sie zum sozialen Dynamit werden zu lassen. Bausteine der Demokratie; ich muß das betonen, weil man ja in der Sowjetzone den Versuch gemacht hat, mit rund vier Millionen Vertriebenen die Masse

zu bilden, die noch nicht da war. Diese Vertriebenen hat man mit Hilfe des Bolschewismus und der bolschewistischen Maßnahmen zu dieser Massenbildung eingesetzt; denn drüben ist der Mensch schließlich Zahl, Nummer, Materie, Rohstoff.

Ich möchte jetzt noch ein Beispiel der Mißachtung des Menschen geben. Wenn man heute die arabischen Flüchtlingslager ansieht – ich habe sie in diesem Frühjahr besucht –, wo Zehntausende von Menschen in Lagern warten und in neun Jahren nicht einmal gearbeitet haben, dann sind diese ein Beweis dafür, daß man dieses Problem nicht begriffen hat und daß es möglich ist, daß dort Dynamit entsteht. Ich darf das griechische Beispiel anführen, wo Menschen nach der griechisch-türkischen Umsiedlung im Jahre 1923 neun Jahre danach, weil sie nicht eingegliedert wurden, zum sozialen Dynamit geworden sind; wir brauchen nur das letzte griechische Wahlergebnis daraufhin zu untersuchen.

Bei uns soll der Mensch im Mittelpunkt stehen, und wir stehen in einem Wettlauf mit der Zeit, nämlich in einem Wettlauf zwischen der Wirksamkeit der staatlichen Maßnahmen und der Abnahme des Differenzierungsbewußtseins und des Differenzierungswillens der einzelnen Vertriebenen oder Flüchtlinge. Die staatlichen Maßnahmen müssen schneller wirksam sein, als dieses Differenzierungsbewußtsein oder dieser Differenzierungswille muß verloren gehen. Ich denke an den Lastenausgleich, ich denke an die Tatsache, daß wir gerade hier bei der Hauptentschädigung immer wieder an diesen Wettlauf mit der Zeit erinnert werden. Etwa 15 Prozent der Berechtigten sind bereits tot, jährlich sterben 50–60 000. Das sind Umstände, die uns verpflichten – schon deswegen, weil die Vertriebenen fast alle gegen den Versorgungsstaat, für die Selbsthilfe gewesen sind, weil die Vertriebenen fast alle gegen den Sozialismus gewesen sind, für den sozialen Wettbewerbsstaat. (Beifall.) Entschuldigen Sie, wenn ich dieses Wort betone, es ist ohne Polemik, aber Sie können mit dem Wort „sozialer Wettbewerbsstaat“ wesentlich besser mit dem dialektischen Materialismus diskutieren als mit dem Wort „Wohlfahrtsstaat“. (Sehr richtig! und sehr gut! – Beifall.)

Dafür, daß die Vertriebenen für die Selbsthilfe gewesen sind, ist Schleswig-Holstein hier das beste Beispiel. Ich glaube, wenn ich heute danken muß, dann muß ich einmal den Vertriebenen für ihre Sparsamkeit und ihre Tüchtigkeit danken, zum anderen aber auch Bund, Ländern und Gemeinden, den Ländern, die mit ihren Krediten an die Vertriebenen begonnen haben, bevor der Bund überhaupt da war. (Sehr gut!) Ich muß vor allem dem Kollegen Erhard für seine Wirtschaftspolitik danken, denn ohne sie wäre die Eingliederung der Vertriebenen völlig unmöglich gewesen (Beifall); genauso müssen wir für die Währungsstabilität dankbar sein.

Um es kurz zu sagen: Die CDU war die Regierungspartei in dieser Zeit, sie kann diese großen Leistungen der letzten dreizehn Jahre für sich verbuchen, aber sie muß sich genauso der Verantwortung für die Zukunft und der Aufgaben bewußt sein, die noch vor uns liegen. Das zwingt zu der Frage: Wie weit ist die Eingliederung vollzogen?

Diese Frage ist angesichts des andauernden Flüchtlingsstromes wichtig, denn jedes Jahr kommen etwa 360 000 besitzlose Menschen zu uns. Sie

sind allmählich völlig besitzlos, denn jeder von uns, der in Marienfelde mit den Menschen spricht, weiß, daß sie nicht das kleinste Päckchen mitnehmen dürfen, sondern nur das, was sie auf dem Leib haben, wenn sie überhaupt einer Kontrolle entgehen wollen.

Menschen eingliedern kostet Geld. In welchem Umfange dieses aufgebracht werden muß, ist schwer anzugeben, weil die Kosten in jedem Einzelfall schwanken und sich auf Jahre hinaus erstrecken. Rechnet man, um wenigstens der Größenordnung nach eine Vorstellung zu erhalten, damit, daß die Kosten, die sich auf 5–6 Jahre verteilen, im Durchschnitt 12000–12500,- DM je Fall betragen, dann sind pro Jahr – da z. Z. laufend 5–6 Jahrgänge gleichzeitig zu betreuen sind – 4,3 bis 4,5 Mrd. vom Sozialprodukt abzugeben, um die Eingliederung als Sonderbelastung durchzuführen. Die ganze Arbeit der Eingliederung war ohne Vorbild, und ich möchte bitten, diese Eingliederung in zwei Phasen teilen zu dürfen, damit wir uns ganz klar darüber sind, was noch zu tun bleibt.

Die erste Phase ist die Besorgung von Arbeit und Wohnung, was wir früher den Kampf um Tisch, Bett und Stuhl nannten. Hier entscheidet die Schnelligkeit, denn gerade diese Phase 1 ist die Phase der Gefahr des Verlustes menschlicher Werte. Aus ihm entsteht ja diese Störung der Gesellschaftsordnung, wie sie heute morgen als möglich aufgezeigt wurde.

Aus der Tatsache, daß der früher so hohe Anteil der arbeitslosen Vertriebenen an allen Arbeitslosen heute fast den Anteil erreicht hat, mit dem die Vertriebenenbevölkerung an der Gesamtbevölkerung beteiligt ist, kann geschlossen werden, daß nunmehr auch die Erwerbsquote der Vertriebenen und Flüchtlinge der der Gesamtbevölkerung entspricht. Das würde bedeuten, daß ca. 5,5 Mio Vertriebene und Flüchtlinge im Arbeitsprozeß stehen. Das war aber andererseits nur möglich, weil für sie Millionen von neuen Arbeitsplätzen geschaffen und Millionen von Wohnungen gebaut worden sind. Das ist ein großer Erfolg, aber die Berufsstruktur hat sich verschlechtert. Wir sind stark industrialisiert; wenige neue Arbeitsplätze wurden in Familienbetrieben, im Mittelstand geschaffen, und der Anteil der Landwirtschaft ging zurück. Es zeigt sich also eine Verschlechterung der Berufsstruktur, um die erste Phase der Eingliederung „Arbeit und Wohnung“ durchzuführen. Wir wären mit der ersten Phase fertig, sie wäre abgeschlossen, es gäbe keine Lager mehr, und es gäbe auch keine arbeitslosen älteren Angestellten, wenn uns dieser Flüchtlingsstrom nicht dauernd neue Arbeit geschaffen hätte.

Immerhin ist die Aufgabe ziemlich gelöst, aber nicht ganz. Sie löst sich auch nicht von selbst, und es ist eine große Täuschung unseres Volkes, wenn wir heute glauben, daß sich diese Probleme von selbst lösen. Wenn die Aufgabe in ihrem ganzen Ausmaß nicht klar und bekannt ist, so kann sie auch von uns nicht gelöst werden. Die Demokratie, die sich am Rand der Diktatur befindet, muß soziale Schwächen rechtzeitig aufdecken. Der Gegner nutzt jede Schwäche brutal aus. Also haben wir die Pflicht, die Größe des Restes festzustellen, denn für jede Eingliederung gilt das Grundgesetz: Es darf kein Rest bleiben.

Wenn ich heute versuche, für die Phase 1 den Rest festzustellen, so rechne ich diejenige Zahl von arbeitslosen Vertriebenen und Flücht-

lingen, die höher liegt als ihr Anteil an unserer Bevölkerung heute beträgt, das sind rund 37 000 oder mit Familienangehörigen etwa 90 000. Vertriebene in Wohnlagern gab es Mitte 1958 rund 250 000, Flüchtlinge und Aussiedler in Durchgangslagern und Notunterkünften-Ost rund 200 000. Das wären rund 540 000 Personen als Rest aus der 1. Phase, über 1 % unserer Bevölkerung oder 4,4 % aller Vertriebenen, Zugewanderten und Flüchtlinge in der Bundesrepublik. Das ist eine kleine Zahl; sie ist bei der Fortdauer der Konjunktur unserer Wohnungspolitik vielleicht leicht zu beseitigen. Kollege Lücke hat heute morgen davon gesprochen, jede Minute entstehe in der Bundesrepublik eine neue Wohnung. Ich darf dazu vielleicht sagen: Jede 1½ Minuten bekommt die Bundesrepublik einen neuen Flüchtling oder Aussiedler, genau jede 1½ Minuten. Da wir noch für diesen großen Rest der einzugliedernden Vertriebenen und Flüchtlinge Wohnungen brauchen, so werden wir uns außerordentlich anstrengen müssen, um selbst die Phase 1 der Eingliederung so zu beenden, daß wir in absehbarer Zeit keine Wohnlager mehr haben. Durchgangslager und Notunterkünfte-Ost brauchen wir ja leider, solange die Flucht aus der Zone anhält.

Damit kommen wir zur Phase 2. Sie ist die Sozialdifferenzierung. Ich darf dazu sagen, es ist unendlich viel leichter, Arbeitskräfte unterzubringen, als Wohnungen zu schaffen. Man könnte sagen, was hilft es dem Staate, wenn er Arbeiter oder wenn er Reichtum unter gleichzeitigem Verlust menschlicher Werte gewönne. Die Phase 2 ist die Phase nach unserem Regierungsprogramm, denn wir wollen ja nicht Masse, auch nicht materiell gesehen; geistig ist sie Gott sei Dank sowieso nicht da. Wir müssen das Eigentum für alle, die soziale Differenzierung durchzuführen suchen, und hierbei tritt die Frage auf: Wollen wir die Steigerung des Lebensstandards oder wollen wir aus klaren politischen Gründen die Steigerung, die Vertiefung der sozialen Differenzierung vorziehen? Auch vor dieser Frage stehen wir heute.

Das Eigentum für alle ist die beste Vorbereitung der Wiedervereinigung, wie sich überhaupt der Wille zur Wiedervereinigung in nichts anderem besser zeigt, als in der Art der Aufnahme dieser Opfer der Teilung. Nun ist sicher, daß der Trend der Zeit gegen diesen neuen Mittelstand geht, gegen Neugründung. Er geht in der Richtung der Konzentration, und trotzdem haben wir diesen neuen Mittelstand geschaffen, den ich kurz zahlenmäßig skizzieren will. 60 000 Handwerker, 70 000 Kaufleute, 15 000 neue Industriebetriebe, 30 000 Vollbauern; mit Familienangehörigen zusammen 750 000 Menschen. Wenn Sie die Nebenerwerbsbetriebe – die ja doch Wohnungseigentum haben – mit 70 000 und deren Angehörige hinzurechnen, so kommen Sie auf einen Mittelstand von über einer Million Menschen.

Ich habe vor kurzem in der Schweiz über dieses Thema gesprochen. Da wurde als die größte Leistung der Eingliederung von den Schweizer Diskussionsrednern dargestellt, daß es uns gelungen sei, mit Staatsmitteln gewissermaßen einen neuen Mittelstand zu schaffen; eine große Leistung von Heimatvertriebenen und Einheimischen. Sicherlich sind diese Betriebe nicht alle krisenfest, sie haben einen hohen Anteil von Fremdkapital, aber immerhin ist es heute sicher, daß dieser Mittelstand

doch im wesentlichen als gesund bezeichnet werden kann. Nun entsteht die Frage, wie groß der Rest nach der zweiten Phase ist. Man kann nur schätzen, und hierbei ist allerdings eines sicher, nämlich daß der Kern dieses Restes die Gruppe ist, die ein nichtwiederherstellbares Eigentum verloren haben, die Bauern.

Jeder Handwerker konnte hier neu anfangen, jeder Kaufmann konnte schließlich neu anfangen, aber ein Bauer ohne Land ist wie ein Fisch ohne Wasser. Wir müssen heute ganz eindeutig und offen sagen, daß die Aufgabe, die heimatvertriebenen Bauern in der Bundesrepublik aufs Land zu bringen – so sehr wir uns anstrengen –, nur ganz begrenzt durchgeführt werden kann und daß – um diesen harten Kern nicht wachsen zu lassen – nichts unterlassen werden darf, um die Siedlungspolitik im Sinne des Nebenerwerbsbetriebes – weil mit eigenen Wohnungen verbunden – durchzuführen; sonst entsteht uns hier ein harter Kern, den wir jetzt, nach dreizehn Jahren, ohnehin schon sehr schwer eingliedern können. (Beifall.)

Dieser zweite Teil des Differenzierungskerns der zweiten Phase des Restes ist heute sehr schwer statistisch zu erfassen; ich würde sagen, es sind 3 bis 4 Millionen. Wir sollten uns sehr klar darüber sein, was es bedeutet, ob diese 3 bis 4 Millionen differenziert werden oder ob sie Masse bleiben. Das ist nämlich die entscheidende Frage, die heute über der Eingliederung steht. Das sind Dinge, die nicht allein vom Staat zu regeln sind, nicht allein heute durch Gesetze, sondern durch Kleinarbeit, indem wir alle auf irgendeine Weise dabei helfen.

Ich bitte zu bedenken, daß drüben die Vermassung gewollt ist; also muß bei uns die Differenzierung gewollt sein. Ich glaube, daß diese politische Aufgabe für die Frage der Wiedervereinigung – wobei es entscheidend ist, welche Struktur wir der drüben errichteten Sozialstruktur entgegensetzen – von allergrößter Bedeutung ist. (Beifall.)

Es gibt viele Mittel, die wir bei der Differenzierung anwenden können. Da ist zum Beispiel der Lastenausgleich. Ich bin mit Herrn Professor Burgbacher völlig darin einig, was heute gesagt wurde. Daß wir bisher einen so kleinen Teil des Lastenausgleichs für die eigentliche Aufgabe des Lastenausgleichs, nämlich für die Differenzierung, eingesetzt haben, für die Phase 2, und einen so großen Teil dieser 27 Milliarden für die Phase 1, ist tief bedauerlich, und ich bin mit Ihnen ganz darin einig, daß wir alles versuchen sollten, die ausstehenden 50 Milliarden DM im Sinne der Differenzierung einzusetzen, weil sonst das Ergebnis der Vermassung droht. (Beifall.)

Es ist tragisch, daß wir heute diesen bäuerlichen Rest haben, aber wir sind ihm menschlich verpflichtet. Wir werden in der ganzen Mittelstandspolitik – auch im Lastenausgleich – alles versuchen müssen, bald mit Hauptentschädigungen helfen zu können und damit die teuren, hochverzinslichen und kurzfristigen Kredite ablösen zu können. Wir sollten nichts tun, was dem Gegner, nämlich der Diktatur, nützt, auch nicht unbewußt, indem wir durch falsche soziale Maßnahmen zur Vermassung beitragen. Ich glaube, daß noch selten eine so gute Gelegenheit dagewesen ist, die Sozialstruktur zu formen, zu verbessern wie gerade jetzt. Aber wenn jemand mehr als fünfzehn Jahre gewartet hat, so fängt

er nicht noch einmal selbständig an. Es fällt überhaupt schwer, noch einmal aufzusteigen. Wir müssen sehen, daß im allgemeinen fünfzehn Jahre Warten inner- oder außerhalb des Lagers ausreichen, um den Willen zur sozialen Differenzierung zu vernichten.

Wir werden heute in der Frage, wie wir eingliedern, nicht nur von den übrigen sechzehn Flüchtlingsländern der Welt sehr aufmerksam beobachtet, sondern vor allem auch vom Osten. Ich darf auch hier sagen, wenn wir das Fenster der Demokratie und der Freiheit des Abendlandes nach Osten sind, dann sollten wir uns sehr überlegen, was wir hineinnehmen. Wir sollten überlegen, daß diese Eingliederungspolitik eine Politik vor tausend Spiegeln ist und daß eben dieses Eigentum für alle weit besser ist, als allein der Lebensstandard, den wir dem Osten gegenüber immer betonen. Wir haben viel getan, aber die Frage lautet: Tun wir genug?

Ich darf kurz das Beispiel der Jugend bei den Flüchtlingen erwähnen. Wir bekommen jährlich 120 000 bis 150 000 Jugendliche aus Mitteldeutschland oder aus den Vertreibungsgebieten, besonders aus den von Polen besetzten Ostgebieten des Deutschen Reiches. Etwa die Hälfte dieser Jugendlichen kommt ohne Eltern, also ohne Familie, und findet auch zum Teil hier keine Verwandtschaft. Sie haben nie Demokratie erlebt. Sie sind dreizehn Jahre unter bolschewistischer Propaganda aufgewachsen. Es ist heute entscheidend – damit nicht eines Tages eine Gefährdung unserer Staatsordnung entsteht –, daß wir uns um diese Jugend kümmern, denn es ist unendlich schwer, eine Jugend, die nie Demokratie kennengelernt hat, in eine Demokratie einzugliedern. Hier liegen menschliche Aufgaben, die der Staat allein nicht lösen kann. Ich darf mich voll und ganz hinter die Vorschläge stellen, die gestern abend Kollege Kiesinger vorgetragen hat. Ich darf noch eines sagen. Sie gelten ja zum Teil für uns selbst, um uns erst einmal an diese Aufgaben zu gewöhnen, und die Grundfrage ist doch wohl: Was tun wir für die anderen? Ich habe das Beispiel ein dutzendmal erlebt, daß eine helfende Hand in dem Augenblick kurz nach Überschreiten der Grenze entscheidend wirkt, und ich habe mich seit Jahren für die persönliche Patenschaft eingesetzt; denn wenn heute jeder, der von drüben kommt, auf jemanden trifft, der in der Lage ist, sich in seine eigene Lage hineinzuversetzen, der ihm hilft, sich in diesem Gewirr von Bürokratie und anderen Dingen zurechtzufinden, so ist das einfach entscheidend für sein weiteres Fortkommen und für seine innere, seelische, menschliche Eingliederung in diese Demokratie. (Beifall.)

Fähigkeiten und Aufstiegs-wille sind vorhanden. Es ist wie bei den Vertriebenen, deren Schulleistungen heute schon deswegen manchmal über dem Durchschnitt liegen, weil diese Kinder genau wissen, daß sie etwas anderes nicht einzusetzen haben. Ich glaube, daß hier der entscheidende Hebel zur Strukturverbesserung liegt, nämlich aus der Jugend heraus diese Strukturverbesserung durchzuführen.

Die Jugend, die von drüben kommt, ist im Materialismus erzogen. Sie flieht, um den Materialismus zu überwinden. Ich frage Sie alle: Tun wir auch alles, um ihr dabei zu helfen, diesen Materialismus zu überwinden oder leben wir ihr nicht selbst ein so materialistisches Beispiel vor, daß

sie diese Überwindung von sich aus gar nicht vollziehen kann? (Beifall.) Ich glaube, daß das die Grundfrage ist. Wir müssen mithelfen, ihr Beispiel zu sein, damit sie diesen Materialismus überwindet.

Die Demokratie muß freiwillig mehr opfern als die Diktatur an Opfern erzwingt. Das fünfte Gebot redet ja nicht nur vom materiellen Töten, es redet auch vom seelischen Töten. Es sagt im Grunde genommen, daß wir nicht interessenlos dem Schicksal unseres Nächsten zusehen sollen, sondern daß wir für die seelische und menschliche Entwicklung dieser unserer Nächsten verantwortlich sind, also speziell der Jugend, die heute von drüben kommt.

Ich glaube, daß wir das unter der Betonung des Wortes „christlich“ gar nicht ernst genug nehmen können. Jeder trage des anderen Last. Ich glaube, es gibt keinen von uns, der nicht in irgendeinem Raum Verantwortung trägt, ob das Land, Kreis, Ort oder Gemeinde ist, wo 10, 20, 30 und mehr Prozent Vertriebene oder Flüchtlinge wohnen. Wir sollten uns immer klar sein, daß erst das Menschliche geschehen muß, dann kommt die wirtschaftliche Eingliederung. Wenn diese in Phase 1 oder Phase 2 durchgeführt ist, dann kommt die politische Eingliederung, das heißt das Gewinnen für uns, für die CDU, ganz von selbst. Aber mit dem Menschlichen muß es beginnen.

Ich glaube, daß wir – wenn wir nach diesen Grundsätzen arbeiten – um die künftige politische Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge gar nicht besorgt zu sein brauchen. Sie werden zu uns kommen, sie werden uns mittragen, und sie werden zuverlässige Mitkämpfer auf unserem Wege sein. Ich bin überzeugt, daß das auch für die Vertriebenen in Schleswig-Holstein genauso wie für die aller anderen Länder gilt, wenn wir ihre berechtigten Wünsche zu erfüllen suchen. Dies scheint mir absolut möglich zu sein.

Wir sollten nichts unterlassen, was der Demokratie nützt. Solange wir die Wiedervereinigung politisch eben nicht erreichen können, wollen wir den Willen zu ihr unter Beweis stellen, indem uns kein Opfer zu groß ist, indem wir zu jedem Einsatz für die Opfer der Teilung bereit sind. Ich glaube, daß das heute das Problem ist, das uns gestellt ist, und daß jeder von uns neben dem Staate und mit dem Staate dazu beitragen kann, dieses menschliche und politische Problem zu lösen. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Fay erteilt das Wort dem Herrn

Reichsminister a. D. von Koudell:

Ich beginne mit dem Dank der Vertriebenen und Flüchtlinge an den Herrn Bundeskanzler, dessen Politik es überhaupt erst möglich gemacht hat, die großen sozialen Aufgaben des Lastenausgleichs erfolgreich in Angriff zu nehmen. (Beifall.) Unser Dank gilt der Bundesregierung und unseren Parteifreunden, welche im Bundestag, in den Parlamenten der Länder tätig sind, und all den zahlreichen Persönlichkeiten draußen im Lande, die ehrenamtlich von früh bis spät die Belange der Vertriebenen nicht nur im Herzen tragen, sondern auch vertreten. Unser besonderer Gruß und Dank gilt unserem Vertriebenenminister, Herrn Prof. Dr. Oberländer, (Beifall.) der zu unserer Freude in diesen Tagen zum Vorsitzen-

den des Landesverbandes Oder/Neiße gewählt worden ist, wodurch die dringend notwendige geistige Profilierung für die großen Aufgaben, die auf diesem Gebiete zu leisten sind, hergestellt ist.

In besonders herzlicher Verpflichtung darf ich dem Herrn Ministerpräsidenten von Hassel danken. (Beifall.) Aus seinen Worten sprach nicht nur eine seltene Beherrschung der Praxis der gesetzlichen Bestimmungen, sondern auch eine aufrichtige Verbundenheit mit den vielen Flüchtlingen in diesem Lande. Es ist für uns Vertriebene und Flüchtlinge daher eine besondere Freude, diesen Dank gerade heute hier in Kiel auf dem Parteitag zum Ausdruck bringen zu dürfen. (Beifall.)

Schleswig-Holstein ist die Geburtsstätte des BHE. Wir Vertriebenen und Flüchtlinge von der CDU erkennen im Rückblick aufrichtig die politische Berechtigung des Versuches der Selbsthilfe der Vertriebenen an, unter den damaligen Verhältnissen einen besonderen Weg einzuschlagen. Es ist hier nicht der Ort, über den BHE ein kritisches Urteil abzugeben. Entscheidend wurde, daß seitens des BHE in dem Bestreben, das Zünglein an der Waage zu bilden, das allein konsequente und pflichtgemäße Bekenntnis zur Außenpolitik des Bundeskanzlers unterblieb. Wohl aber ist es uns ein echtes Anliegen, eine Mahnung und Verpflichtung, allen denen, welche enttäuscht über die Entwicklung und aus gewissen Zwangsgegebenheiten sich eine neue politische Heimat suchen, mit aufrichtigem Vertrauen entgegenzutreten und ihnen die Tür weit aufzumachen, wenn sie den Wunsch haben, mit uns enger zusammenzuarbeiten. (Beifall.)

Bei der sozialen Seite der Vertriebenen- und Flüchtlingspolitik muß ich beginnen mit dem Dank an unseren vielgeprüften Bundesfinanzminister, dessen echte menschliche Aufgeschlossenheit für unsere Aufgaben ich hier heute einmal ganz öffentlich betonen und in aufrichtiger Verpflichtung unterstreichen möchte. (Beifall.) Die Tatsache einer Vorfinanzierung in Höhe von einer halben Milliarde in diesem Jahr ist eine Leistung. Sie bedeutet zugleich auch eine Einlösung der Ankündigung des Herrn Bundeskanzlers nicht nur in seiner Regierungserklärung, sondern auch bei anderen Anlässen. Wer Gelegenheit gehabt hat, Zeuge dessen zu sein, muß bekunden, daß der Herr Bundeskanzler vom Beginn der Verabschiedung des Lastenausgleichs ab immer wieder den Wunsch geäußert hat, die Zeitspanne abzukürzen, damit die Vertriebenen rasch in den Besitz der ihnen zugedachten Mittel gelangen.

Auch auf Seiten der Vertriebenen sind Fehler gemacht worden, und zwar bei der Inangriffnahme des Schadenfeststellungsgesetzes, welche sich verzögernd ausgewirkt haben. Jedenfalls ist diese Beschleunigung auf dem Gebiete des quotalen Lastenausgleichs für uns das wichtigste Anliegen im Rahmen der Erörterung des in den durchgegeistigten Ausführungen des Herrn Bundestagspräsidenten und des Herrn Prof. Dr. Oberländer hier behandelten Themas. Hierzu gehört auch unsere Hoffnung, daß die Altersgrenze für die Empfänger der Hauptentschädigung möglichst bald auf 65 Jahre heruntersetzt wird.

Daß unsere Wirtschaft so erstarbt ist, daß es unserem allverehrten Herrn Prof. Dr. Erhard möglich ist, großzügige Maßnahmen zur Förderung unterentwickelter Gebiete zu planen, erfüllt uns mit aufrichtiger Genugtuung. Wir sind davon überzeugt, daß das soziale Gerechtigkeitsemp-

finden der Bundesregierung bei andauerndem Aufschwung der Wirtschaft dazu führen wird, daß auch die Abwicklung des Lastenausgleichs eine Beschleunigung erfährt. Von dem Programm des Bundesvertriebenenausschusses und des Landesverbandes Oder/Neiße brauche ich in seinen Einzelheiten nicht zu sprechen; es ist der Presse übergeben worden. Ich möchte kurz nur meinen Dank dafür sagen, daß durch die zweite Leistungsdurchführungsverordnung des Herrn Präsidenten des Bundesausgleichsamtes der Stichtag für die Heimatvertriebenen aus der Zone um die Jahre 1953 und 1954 verlängert und damit das Problem erneut aufgerollt worden ist.

Von den sozialen Belangen des Lastenausgleichs erwähne ich hier nur die mannigfachen Formen einer Revision der Unterhaltshilfe. Endlich habe ich für die Heimatvertriebenen noch der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß Bundestag und Bundesregierung das angefangene große Werk der Gesamterhebung (bei verhältnismäßig nicht bedeutenden Lasten) möglichst bald zum Abschluß bringen.

Damit komme ich zu dem Problem der Sowjetzonenflüchtlinge. Ich muß hierbei im Anschluß an die Gesamterhebung für die Heimatvertriebenen mit der Frage der Beweissicherung für die Sowjetzonenflüchtlinge beginnen. Hier ist in der Öffentlichkeit und auch bei unseren Anhängern die Frage aufgetaucht, wie es möglich war, daß eine andere Partei einen parlamentarischen Initiativantrag eingebracht hat, während bei uns seit Jahren bereits an diesem Problem gearbeitet wird. Ich möchte zur Beruhigung unserer Freunde und für die Öffentlichkeit folgendes sagen: Bisher ist an positiver Arbeit für dieses schwierige Gebiet alles von uns vorbereitet worden, und zwar unter der Parole „Eigentum für alle“, auch eine Sicherung der Beweisunterlagen für das von den Sowjets den Eigentümern entzogene Eigentum zu schaffen. Dabei ist für uns die Tatsache besonders dringend, daß die Reihen der Sachverständigen, die allein aus eigener Erfahrung die Verhältnisse kennen, sich von Jahr zu Jahr mehr lichten. Der Initiativantrag der anderen Partei reicht an manchen Punkten nicht aus. Unsere Freunde können sich aber darüber beruhigen, daß ein hervorragender Abgeordneter unserer Fraktion diese gewissermaßen für die Öffentlichkeit bestimmte Stufe eines parlamentarischen Initiativantrages einfach übersprungen hat, indem er einen umfangreichen Gesetzentwurf schon vor langer Zeit der CDU zur Beratung übergeben hat. Sie dürfen beruhigt sein, daß es nach dieser Richtung hin, nämlich das schwierige Unternehmen zu fördern, an nichts fehlen wird.

Ein besonderes Problem kommt auf uns zu, und hier war es auch wieder Schleswig-Holstein, das auf diesem Gebiet die ersten Schritte unternommen hat, nämlich der großen Zahl der Sowjetzonenflüchtlinge, welche nach dem Stande der Gesetzgebung keine individuelle Gefährdung oder Gewissenszwang für sich in Anspruch nehmen können, also den Ausweis nicht erhalten, sich etwas angenommen hat. Wir bitten den Bund und die Länder, alles zu tun, um die furchtbaren Härten, die sich hierbei ergeben, zu beseitigen oder doch irgendwie zu mildern.

Gestern sprach zu Ihnen ein Angehöriger der Vereinigung der Opfer des Stalinismus. Wenn es Ihnen irgendwie möglich ist, dann nehmen Sie Fühlung mit diesen Männern, die von all denen übrig geblieben sind,

die ihr Leben für uns gelassen haben. Mit diesen vom Leid geprägten Persönlichkeiten Kontakt aufzunehmen, wird auch für uns alle eine echte Bereicherung bedeuten. Zeigen Sie ihnen Ihre Ehrfurcht vor ihrem Schicksal. Denken wir dabei an alle die, für die sie als Vertreter unter uns sind. (Beifall.)

Der Vollständigkeit halber möchte ich noch ein Wort sagen über die Wiedervereinigung vom Standpunkt der Vertriebenen und der Flüchtlinge, wobei ich gleichzeitig meinen besonderen Dank unserem hochverehrten Bundesminister Lemmer für seine Formulierung hinsichtlich der Frage der Oder/Neiße-Linie zum Ausdruck bringe. (Beifall.) Das gleiche gilt für Herrn von Brentano für seine jüngste Erklärung in Rendsburg hinsichtlich der Frage der Oder/Neiße-Linie. Außerdem gebührt unsere Verbundenheit dem Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier, der gegenüber dem sogenannten Primat der Außenpolitik als Voraussetzung für diese eine echte und saubere Verfassungstreue sowie eine soziale und christliche Innenpolitik bezeichnet hat. Ferner wies er besonders darauf hin, daß alles das, was die Bundesrepublik vom Parlamentarischen Rat an geleistet hat und leistet, immer im Hinblick auf das ganze Deutschland geschieht, wobei wir unter ganz Deutschland selbstverständlich West-, Mittel- und Ostdeutschland verstehen.

In diesem Zusammenhang noch eine kurze Bemerkung zu zwei Artikeln des geistvollen Chefredakteurs der „WELT“. Wir haben uns über das hervorragende Interesse gefreut, daß die „WELT“ seit kurzem für das Problem der Flüchtlinge an den Tag gelegt hat. Wir glauben, aus dieser Tatsache die Berechtigung ableiten zu dürfen, künftig auf eine Änderung des bisherigen Standpunktes der „WELT“ hoffen zu können, welche bisher die Probleme der Ostgebiete in das Gebiet der Romantik zu verweisen gewohnt war. Wenn in dem Leitartikel vor acht Tagen ausgeführt war, daß zwischen Sowjetrußland und uns lediglich die 17 Millionen der Sowjetzone stünden, so muß ich hier feststellen, daß dem verehrten Herrn Chefredakteur ein geschichtlicher und tatsächlicher Irrtum unterlaufen ist. Es stehen zwischen der Sowjetunion und uns auch die Ostgebiete. (Beifall.)

Denn bei allem Verständnis und Mitempfinden für die Leiden des polnischen Volkes fällt die Entscheidung über die Zukunft Mittel- und Ostdeutschlands nicht in Warschau, sondern in Moskau, wie es auch der Herr Bundeskanzler immer wieder betont hat. Auch wir Vertriebenen und Flüchtlinge haben den selbstverständlichen Wunsch einer überparteilichen Wiedervereinigungspolitik. Es ist hier nicht der Ort, angesichts der Methoden, mit denen der Herr Bundeskanzler wegen seiner Wiedervereinigungspolitik von der Opposition kritisiert wird, allgemeine Feststellungen über die Entwicklung unseres Parlamentarismus zu treffen. Aber als Vertreter der Flüchtlinge und Vertriebenen, die ein starkes Empfinden für echte menschliche und christliche Autorität eines Staatsmannes haben, muß ich sagen, daß Ihnen, Herr Bundeskanzler, angesichts der Inzweifelstellung der Motive Ihrer Politik eine warme Welle herzlichen Mitempfindens entgegen schlägt, für Sie einzutreten und Sie zu verteidigen gegenüber einer Methode der Kampfweise, die bisher

ein echtes Hindernis für eine gemeinsame überparteiliche Politik bedeutet. (Beifall.)

Wir haben unsererseits – und der Herr Bundeskanzler in erster Linie – bei der Abwehr der Angriffe der Opposition niemals deren Motive in Zweifel gezogen. Wenn wir auch erschüttert darüber sind, wie oft die praktische Politik der Opposition tatsächlich zu einer Förderung der Argumente der Sowjets führt, so hat doch niemand von uns den guten Glauben an die Motive der Opposition in Zweifel gestellt. Bei Ihnen aber, Herr Bundeskanzler, ist es üblich geworden – ich spreche nicht allein von der Nachtsitzung des Bundestages –, einen Vorwurf zu erheben, der im privaten Leben im höchsten Maße ehrenrührig wäre, daß Sie es nämlich nicht ernst und nicht ehrlich nähmen mit der Wiedervereinigungspolitik. Wir Vertriebenen und Flüchtlinge jedenfalls haben hier das Bekenntnis abzulegen, daß wir der Überzeugung sind, daß Sie die Politik treiben, wie sie für unsere Zukunft allein möglich ist. (Beifall.)

Selbstverständlich hat die Opposition das Recht zu kritisieren, wenn etwas versäumt worden ist. Es ist ja bekannt, daß einige Journalisten hoher geistiger Grade Publikationen darüber herausgegeben haben, was die Bundesregierung angeblich versäumt hat hinsichtlich der Ergreifung von Chancen für die Wiedervereinigungspolitik. Es wird dabei gedacht – davon ist auch die Rede gewesen – an die Note der Sowjets vom 10. März 1952. Es genügt für die Vertriebenen, in deren Namen ich spreche, daß die erste Bedingung dieser Propagandanote die Anerkennung der Oder/Neiße-Linie war. Ich möchte fragen, welche echten Chancen sich gegenüber einer solchen Problematik ergeben haben. Es ist nichts versäumt worden, und wir müssen uns bekennen zu der Politik des Herrn Bundeskanzlers, fest in der Sache, unerschrocken, zielbewußt und, wie Sie es immer tun, Herr Bundeskanzler, jederzeit bereit zur Verhandlung, um keine Chance auszulassen. Eine andere Politik können die Vertriebenen und Flüchtlinge von Ihnen nicht erwarten, und wir danken Ihnen dafür aus ganzem Herzen. (Lebhafter Beifall.)

In einer Zeit, in der die Völker des schwarzen Erdteils das Selbstbestimmungsrecht erhalten, sind wir gewiß, daß auch dem deutschen Volk das Selbstbestimmungsrecht auf die Dauer nicht vorenthalten werden kann. (Beifall.) Wir werden also auf friedlichem Wege die Heimat wiedergewinnen, Mitteldeutschland und Ostdeutschland, und zwar unter einer Bedingung, daß wir diese Gebiete unsererseits nicht selbst abschreiben, sondern dafür eintreten, daß der Wille und der Geist lebendig bleiben, wie Sie es schon öfter zu uns gesagt haben. Dies sei die geschichtliche Aufgabe für die CDU und für unsere Jugend. Im übrigen darf ich schließen. Gott erhalte Sie uns noch lange, Herr Bundeskanzler! (Starker Beifall.)

Präsident Dr. Fay:

Ich danke Herrn Minister von Keudell recht herzlich für seine Worte. – Wir können nun in der Diskussionsrednerliste, die heute morgen abgebrochen ist, fortfahren. Zuvor möchte ich noch einmal darauf hinweisen, daß alle Diskussionsredner nur dann berücksichtigt werden können, wenn jeder nach Möglichkeit die Zeit von 15 Minuten nicht überschreitet. Auf der

rechten Seite des Rednerpults ist eine kleine Lampe angebracht, die, wenn man hier auf einen Knopf drückt, rosarot aufleuchtet. Ich bitte Sie, diese Lampe gelegentlich einmal ins Auge zu fassen. Ich habe eben zehn Minuten lang draufgedrückt, aber es hat nichts genützt. (Heiterkeit.) Ich bitte Sie daher, etwas mehr auf die Lampe zu sehen. Ich darf nunmehr das Wort erteilen, Herrn

Dr. Becker (Rheinland):

Lassen Sie uns zu der Diskussion über das Referat unseres Freundes Gerstenmaier zurückkommen. Ich will die Frage der Demokratisierung des Eigentums herausgreifen. Er hat in seinem konstruktiven Referat darauf hingewiesen, daß die Amerikaner das, was wir unter „Streuung des Eigentums“ verstehen, „Demokratisierung des Eigentums“ nennen. Er hat weiter gesagt, daß der Bund durch die undogmatische Privatisierung von Bundeseigentum ein Beispiel geben müsse für Länder, Gemeinden und Privatindustrie. Solche Privatisierungen, sagte er weiter, seien nur eine logische Folge der in unserem Gesellschaftsbild wirksamen Grundvorstellungen vom Einzelnen und von der Gemeinschaft.

Wir müssen uns auf diesem Parteitag mit dieser Frage beschäftigen, weil wir damit im Wort sind und uns an den sehr schwierigen Problemen nicht vorbeidrücken können und wollen. Herr Gerstenmaier hat sich dabei auf die Regierungserklärung vom 29. 10. 1957 bezogen. In dieser Regierungserklärung ist grundsätzlich zunächst einmal von der Streuung des Besitzes gesprochen, aber gleichzeitig auch von der Volksaktie von Betrieben, die heute dem Bund gehören.

Es hat sich nun der Wirtschaftsausschuß der CDU Rheinland seit langer Zeit mit dem Thema der Privatisierung sehr ausführlich beschäftigt. Er ist der Auffassung, daß es sich hier um eine vordringliche politische Aufgabe handelt. Der von mir am Schluß meiner Ausführungen vorgelegte Antrag entspricht inhaltlich dem Resultat sorgfältiger gemeinsamer Beratungen in einem speziellen Unterausschuß, im Grundsatzausschuß und auch im Vorstand des Wirtschaftsausschusses des Rheinlandes. Wir sind der Überzeugung – sicher Sie alle mit mir –, daß eine breite Eigentumsstreuung einer großen Zahl von Mitbürgern Selbstgefühl und das Bewußtsein der Zugehörigkeit zum Volksganzen vermitteln wird. Herr Blank hat heute morgen auch darauf hingewiesen.

Es gibt nun einen Weg – und ich betone, daß das nur ein Weg von mehreren ist – zur breiten Eigentumsstreuung, wenn man an die Veräußerung des vorhandenen, vor allem des industriellen Vermögens der öffentlichen Hand und auch des Vermögens der öffentlichen Hand in Gestalt von Wohnungsdarlehen geht. Die öffentliche Hand hat über 6 Milliarden gewerbliches Vermögen und über 30 Milliarden Darlehensvermögen im Wohnungsbau. Wir haben in den nächsten zweieinhalb bis drei Jahren keine Zeit zu verlieren. Wir müssen unseren Parteifreund Lindroth bei seiner schweren Aufgabe, den Bundesschatz sorgfältig zu verwalten und das, was nicht Hoheitszwecken dient, zu privatisieren, mit allen Mitteln unterstützen.

Wir sind auch vor eineinhalb Jahren in den Wahlkampf gegangen mit dem Volkswagengesetz. Viele von Ihnen waren in Hamburg dabei. Wir

arbeiten an diesem Gesetz und wollen es verabschieden. Wir meinen, daß man das in kurzer Frist machen müßte, auch dann, wenn die schwierige Frage Niedersachsen noch nicht geregelt ist. Dafür kann man ja Rückstellungen machen. Wir wollen uns auch nicht mit allzu viel Gutachten aufhalten. Die Aktion ist eilbedürftig; denn der Kapitalmarkt ist heute aufnahmefähiger denn je. Das ist etwas, was uns in dieser ganzen Frage sehr stark entgegenkommt. Man sollte die Milliardenbeträge, die auf die Dauer durch Privatisierung eingenommen werden können, dem Außerordentlichen Etat zukommen lassen und nicht vielen Sondertöpfen.

Wir tun einen wichtigen Schritt mit der Privatisierung zur Überwindung der kalten Sozialisierung. Wir beziehen im Wirtschaftsbereich diejenigen, die mehr oder weniger auf Kosten der Allgemeinheit leben, in die soziale Marktwirtschaft ein. Der Staat soll nicht Unternehmer sein. Das ist unser Grundsatz. Wir schlagen mit diesem Plan – darüber sind wir uns klar – den entgegengesetzten Weg ein, den die Sozialisten gehen müßten, wenn sie an der Macht wären. Wir haben in dieser Beziehung manches – das müssen wir eingestehen – wiedergutzumachen, was in der Notzeit nach dem Zusammenbruch mit staatlichen Mitteln aufgebaut und eingerichtet wurde.

Lassen Sie mich nun den **Antrag** verlesen, den wir mit der Bitte stellen, ihn in die Gemeinschaftsresolution des Parteitages aufzunehmen:

Der Parteitag beschließt, der CDU-Bundestagsfraktion zu empfehlen, im Bundestag einen Beschluß etwa folgenden Inhalts zur Abstimmung zu bringen:

Die Bundesregierung wird gebeten,

1. dem Bundestag geeignete Vorlagen zu machen, damit der Bundestag Gesetze zur alsbaldigen Überführung öffentlichen Eigentums in private Hand im Wege breiter Aktienstreuung gemäß den Parteitagsbeschlüssen der Jahre 1953, 1956 und 1957 verabschieden kann;

2. die Bundesregierung wird um Auskunft gebeten, bis wann, wie und in welchem Umfange sie darüber hinaus das nicht Hoheitszwecken dienende Vermögen des Bundes im Wege der breiten Aktienstreuung zur Festigung der sozialen Marktwirtschaft zu privatisieren gedenkt.

Jetzt noch eine Anmerkung! Gegebenenfalls soll geprüft werden, inwieweit zur Durchführung dieses Programms unkonventionelle Methoden in Betracht kommen. Ich bitte Sie, meine Parteifreunde, diese Dinge sehr ernst zu nehmen. Wir müssen den entgegengesetzten Weg gehen, den die Sozialisten gingen. Wir sind hier nicht, wie bei der Sozialpolitik gesagt wurde, an einer Grenze angelangt, sondern wir haben schon eine Grenze überschritten, und wir müssen den Weg zurückgehen, wenigstens teilweise, damit öffentliches Vermögen, das nicht Hoheitszwecken dient, reprivatisiert und damit der Bevölkerung wieder zur Verfügung gestellt wird.

Präsident Dr. Fay:

dankt Dr. Becker: Ich nehme an, daß die Versammlung damit einverstanden ist, daß der Antrag in die Gesamtresolution überwiesen wird. – Das ist so. Dann darf ich das Wort geben, Herrn

Bundestagsabgeordneten Katzer (Königswinter):

Ich darf mir zuerst erlauben, Ihnen eine Anregung zu geben. Ich würde es für sehr glücklich halten, wenn wir künftig das Grundsatzreferat am ersten Tag bekämen, daß es also nicht nur der Presse, sondern auch den Delegierten schriftlich zugeleitet würde, so daß wir dann am anderen Tage in eine ausführliche Aussprache über dieses Grundsatzreferat eintreten könnten.

Aus der bisherigen Diskussion hat man schon entnehmen können, daß jetzt noch ein Bündel von Einzelwünschen vorgetragen wird, aber daß das Grundsatzreferat des Herrn Präsidenten Gerstenmaier etwas zu kurz gekommen ist. Damit dienen wir weder dem Anliegen des Herrn Präsidenten Gerstenmaier noch dem des Parteitages der Christlichen Demokraten. Es ist auch nicht damit getan, daß hier mehrfach festgestellt wurde, es sei eine ausgezeichnete Rede gewesen; denn bei aller Übereinstimmung in grundsätzlichen Fragen gibt es doch unterschiedliche Betonungen, die in der Kürze der Diskussionszeit einmal herausgestellt werden sollten.

Herr Präsident Gerstenmaier hat mit Recht gegen den Neo-Sozialismus Stellung genommen. Ich hätte sehr gewünscht, wenn er mit der gleichen Klarheit und der gleichen Entschiedenheit auch Stellung genommen hätte gegen den Neo-Liberalismus. (Zuruf: Hat er doch!) Die Christlich Demokratische Union ist stark geworden als Partei der Mitte. Sie ist stark geworden, weil sie sich gleichermaßen wehrte gegen den Sozialismus und gegen den Liberalismus, (Lebhafter Beifall.) Ich meine, an dieser Linie sollte die Partei der Christlichen Demokraten festhalten.

Bei allem Respekt vor solchen Männern wie Humboldt und Naumann, Herr Präsident Gerstenmaier, und bei aller Hochschätzung möchte ich meinerseits doch sagen: Wenn gesprochen wird über Staatsordnung und Gesellschaftsbild auf einem Parteitag der Christlichen Demokraten, dann darf nicht geschwiegen werden über die Männer der christlich sozialen Bewegung, die durch Theorie und Praxis dazu beigetragen haben, daß der Gedanke des Klassenkampfes innerlich überwunden wurde. Dann müssen die Namen eines Bischofs Ketteler, eines Adolf Kolping und eines Johann Hinrich Wichern hier auf dem Parteitag genannt werden. Das gehört zum Erbe unserer Partei. (Beifall.) Und wenn von christlich sozialer Idee gesprochen wird, wie in dem Referat des Herrn Präsidenten Gerstenmaier, dann meine ich, muß man das ganze Bild der christlich sozialen Idee sehen. Den Personalismus – ja, voll und ganz, mit aller Leidenschaft! Die Subsidiarität – ja! Aber ich habe nichts gehört in dem Referat von der Solidarität. Auch sie ist Bestandteil der christlichen Soziallehre, und das Ganze ist eine Einheit, die man auch zusammen und geschlossen vortragen muß. (Lebhafter Beifall.)

Schließlich, meine sehr verehrten Parteifreunde, endete das Referat mit dem Ruf „Vorwärts in die Freiheit!“. Der Bochumer Katholikentag des

Jahres 1949 stand unter dem Geleitwort: „Gerechtigkeit schafft Frieden“. Ich meine, eine soziale Ordnung bedarf der Freiheit und der Gerechtigkeit. Auch das hätte in einem solchen Referat gesagt werden müssen; zumindest sind wir verpflichtet, dies jetzt in der Diskussion noch nachzutragen.

Als letztes in der Kürze der Zeit noch folgendes: Es ist wiederholt die Formulierung gefallen, daß die Grenze dessen, was das Grundgesetz als Ziel unseres Staates angegeben hat, nämlich die Schaffung eines sozialen Rechtsstaates, in der Sozialpolitik erreicht sei, daß es eine schmale Gratwanderung sei, auf der wir uns bewegten. Ich möchte für viele Bereiche zustimmen, aber ich kann nicht zustimmen für den Gesamtbereich. Ich bin sehr dankbar, daß es gerade der Vertreter des Wirtschaftsausschusses des Rheinlandes gewesen ist, der vor mir hier zu der Frage gesprochen hat, die ich als offene Frage bezeichne, nämlich die Frage des Eigentums und der Eigentumsordnung.

Es ist in diesen Tagen viel von den Gewerkschaften gesprochen worden. Aber wer einen Blick hinüberwirft zu dem, was sich auf der Tagung der IG Metall in Nürnberg abspielt, der kann etwa hören, daß man unseren Leuten in den Gewerkschaften sagt: Seht Ihr doch erst einmal zu, daß Ihr Euch in der Partei der Christlichen Demokraten durchsetzt. – Das wird bewußt getrommelt von der Sozialdemokratie Tag um Tag in die Hirne der Gewerkschaftler und der Menschen in den Betrieben: Die CDU hat ihr Ahlener Programm verraten. Sie hat es nicht wahrgemacht, und man spricht nicht mehr darüber. – Leider gibt es einige Parteifreunde, die darauf hereinfliegen. Nein, meine Damen und Herren, darauf kann es doch nur eine sehr klare und deutliche Antwort von uns geben, die Antwort nämlich, daß niemand daran denkt, das Ahlener Programm zu verraten. Wir haben schließlich – und das sollten die Gewerkschaften wissen – wesentliche Punkte des Ahlener Programms verwirklicht. Oder ist ihnen unbekannt, daß sie die Stellung der Mitbestimmung bei Kohle und Eisen, das Betriebsverfassungsgesetz und das Personalvertretungsgesetz uns, den Christlichen Demokraten, verdanken? Das sind doch Forderungen, die in Ahlen erhoben wurden!

Zur Eigentumspolitik! Hätten wir 1947 in Ahlen einen Schimmer dessen gehabt, was an wirtschaftspolitischer Leistung möglich ist, wir hätten uns damals zu dem bekannt, was wir in unseren Eigentumsvorstellungen bekennen: statt eines kollektiven Eigentums eine breite Streuung des Eigentums für jeden. (Beifall.) Das nenne ich nicht Verlassen des Ahlener Programms, sondern dazu sage ich, das geht über Ahlen weit hinaus. (Starker Beifall.)

Wir sollten unseren Parteitag nicht in die Defensive drängen lassen. Wir sollten als Parteitag stolz sein auf unsere Leistungen. Wir sollten als Parteitag insbesondere aber der deutschen Arbeitnehmerschaft sagen, daß es nicht so ist, daß es zum guten Ton gehöre, wenn jemand ein anständiger Arbeiter sei, müsse er Mitglied der SPD sein. Die Wahlen haben aber das Gegenteil bewiesen. Was ich als Bitte an diesen Parteitag habe, ist das eine, daß es uns gelingen möge, in der Kernfrage unserer Gesellschaftspolitik, nämlich in der Eigentumsfrage, jetzt

aus dem Stadium der Diskussion herauszukommen zu einer praktischen Verwirklichung. Ich begrüße die Initiative des Wirtschaftsausschusses, und ich möchte sagen, unsere Vorstellungen gehen in diesen Dingen noch etwas darüber hinaus. Ich möchte meinen, lassen wir uns wenigstens in den Punkten, wo wir übereinstimmen, jetzt gemeinsam ans Werk gehen, damit wir das vollenden, was wir 1945 so segensreich für unser Volk begonnen haben. (Starker Beifall.)

Präsident Dr. Fay:

Das Wort hat Herr

Dr. Hintzen (Rheinland):

Als Mitglied des Wirtschaftsausschusses der CDU des Rheinlandes, der ich zufällig nach Herrn Katzer von den Sozialausschüssen spreche, möchte ich eingangs meine Freude über das, was er zum Schlusse sagte, zum Ausdruck bringen, nämlich über das, was beide Ausschüsse gemeinsam anstreben.

Zur Diskussion selbst eine kurze Bemerkung! Der Ausdruck von den unkonventionellen Methoden, der in dem Antrag des Abgeordneten Dr. Becker aus Mönchen-Gladbach vorkommt, ist den Parteifreunden zum Teil übelgenommen worden, die an den Überlegungen zu diesem Antrag mitgearbeitet haben. Ausgerechnet in der „Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen“, der maßgebenden Zeitschrift für das Bankgewerbe, sind wir deshalb angegriffen worden. Mit unkonventionellen Methoden meinen wir doch zunächst nur neue und ungewohnte Methoden. Wer solche Methoden nicht in die Betrachtung einbeziehen will, der behauptet doch letzten Endes, daß Herr Dr. Gerstenmaier heute nichts Neues gesagt habe und keinen Fortschritt ankündigen wollte. Wir sind aber doch alle davon überzeugt, daß er und die ganze CDU keine Angst vor notwendigen Neuerungen haben. Was versteht man denn, kurz gesagt, unter den konventionellen Methoden der Eigentumsbildung? Erstens Sparen, zweitens gewöhnliche Aktien, drittens Grundstücke, vereinfacht dargestellt.

Zum Sparen! Daß dem Sparen Grenzen gesetzt sind, ist unbestritten, ebenso daß gewisse Probleme um so größer werden, je größer die Spareinlagen sind. Zu den gewöhnlichen Aktien: Unbestritten dürfte sein, daß die Aktien, wie wir sie haben, zu kompliziert sind, um unmittelbar der breiten Eigentumsstreuung zu dienen, die wir anstreben. Zum Thema Grundstücke! Jedem, der will, sein Grundstück mit seinem Häuschen! Aber soviel Grundstücke, daß damit die Aufgabe der breiten Eigentumsbildung erledigt werden könnte, gibt es nicht. Bitte denken Sie daran, was der Herr Bundeswohnungsbauminister Lücke heute morgen hierzu gesagt hat.

Die Aktienrechtsreform wurde bereits – ich beabsichtige jetzt nicht, mich zu versprechen – 1937 angekündigt, als das Gesetz damals, das heute noch gilt, herauskam. Das Gesetz ist schon in der Brüning'schen Zeit vorbereitet worden und bekam nachher das Führerprinzip aufgepfropft. Das Gesetz gilt heute noch. Die Fachleute haben schon 1937 anerkannt, daß es reformbedürftig sei. Als Wirtschaftsprüfer, der von Berufs wegen das Aktienrecht genau kennen muß, bezweifle ich auch persönlich, daß

die Aktienrechtsreform in diesem oder im nächsten Jahre kommen wird. Solange darf aber die Privatisierung des dazu geeigneten öffentlichen Vermögens nicht verschoben werden. Wir wollen hoffen, daß die Bundesregierung sich nicht beirren läßt, auch wenn noch so viele Gegenstände im krassen „Spezialisten-Chinesisch“ vorgebracht werden, wie Abgeordneter Prof. Dr. Böhm das kürzlich genannt hat. Wenn – wie Prof. Dr. Burgbacher heute morgen sagte – bereits 50 Prozent des Nationalvermögens in öffentlicher Hand sind, so ist es Zeit, den Trend und die Entwicklungslinie gründlich zu ändern, und zwar vor allem bald. Sonst ergibt sich, wie das Präsident Dr. Gerstenmaier heute sagte, das Kopfüber in den Sozialismus von selbst.

Zur breiten Eigentumsstreuung gehört vor allem auch eine bessere Streuung des Eigentums an Produktivvermögen. Hier kann die angekündigte Privatisierung von öffentlichem Vermögen vorbildlich wirken. Wir sind der Überzeugung, daß die Energie, die aus den Worten von Herrn Dr. Gerstenmaier sprach, sich auch in diesem Sinne ausweiten und weitere praktische Ergebnisse haben wird. In diesem Sinne möchte ich mit einem Zitat aus der Rede von Dr. Gerstenmaier schließen, wo sich unser Wort von den unkonventionellen Methoden fast wörtlich wiederfindet, als er nämlich sagte: Schließlic wird der Bund durch die undogmatische Privatisierung von Bundeseigentum ein Beispiel geben müssen für Länder, Gemeinden und Privatindustrie. (Beifall.)

Präsident Dr. Fay:

dankt Dr. Hintzen und gibt nun das Wort Herrn

Bundestagsabgeordneten Mick (Rheinland):

Als ich im Jahre 1945 zerschlagen an Leib und Seele nach Hause kam, da habe ich zum erstenmal über das Problem der Macht nachgedacht und den Machtmißbrauch in einem Maße gespürt, wie es bis dahin wohl kaum Menschen gespürt haben. Ich bin deshalb dankbar, daß der Herr Bundeskanzler das Problem der Macht und der Machtkonzentration hier auf diesem Parteitag angesprochen hat und daß er insbesondere auch in der Auseinandersetzung mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und mit Herrn Rosenberg dieses Problem beim Namen nannte. Aber ich meine, wenn wir vom Problem der Macht reden, dann dürfen wir nicht nur über die Macht der Funktionäre, dann müssen wir auch über die Macht der Manager reden; denn das ist wohl auch klar, daß wir heute eine Konzentration der wirtschaftlichen Macht haben wie nie zuvor.

Wir sollten das eine aussprechen – und wir sind diejenigen, die sich auf das lebhafteste dagegen zur Wehr setzen – und auch das andere beim Namen nennen. Derr Herr Bundeskanzler sprach in unserem Kreise zum ersten Male von Mittelschichten. Ich bin dem Herrn Bundeskanzler dafür sehr dankbar; denn ich habe mich dieser Terminologie schon seit längerem bedient. Es ist keine Frage, daß eine größtmögliche Breite unserer Mittelschichten für den Bestand unseres Volkes entscheidend ist. Ich meine aber, wir sollten diesen Begriff nicht in veraltete konventionelle Formen hineinzwingen, etwa nach Berufen oder Ständen. Wenn diese Schichten möglichst breit werden sollen, dann muß es gelingen, weite Teile der Arbeitnehmerschaft, insbesondere der Arbeiterschaft und der

Facharbeiterschaft, in diese Mittelschichten hineinzubringen. Es geht nicht darum, hier etwa die Arbeitnehmerschaft zu verbürgerlichen oder auch den sogenannten Mittelstand zu verproletarisieren, sondern es geht darum, etwas Neues zu schaffen, was in größtmöglicher Breite Fundament für unser gesellschaftliches Leben sein kann.

Genau so, wie wir keinen Proleten konservieren wollen und uns mit allen Mitteln dagegen wehren, so müssen wir auch wünschen, daß sich nun diese Mittelschichten nicht in engen Berufs- und Standesbegriffen abschließen. Gerade in der Verschmelzung der Tugenden dieser Mittelschichten mit den Tugenden, wie sie aus der christlich sozialen Welt kommen, sehe ich die beste Gewähr für ein tragfestes Fundament unseres Volkes. Wenn hier Friedrich Naumann so oft zitiert wurde, so wissen wir, daß zu diesem Kapitel auch Adam Stegerwald einen Beitrag geleistet hat, der dem des Herrn Naumann gewiß in keiner Weise nachsteht. Wenn wir uns einmal das Protokoll des Kongresses der Christlichen Gewerkschaften aus dem Jahre 1920 ansehen, dann sehen wir schon um diese Zeit das vorweggenommen, was wir heute in der Christlich Demokratischen Union erstreben. Wir sind uns klar darüber, daß dieses Problem mit der Regelung der Eigentumsfrage auf das engste verknüpft ist. Wenn man uns heute in den Gewerkschaften das Ahlener Programm um die Ohren haut, so ist das nicht allzu tragisch zu nehmen; denn wir wissen ja, warum man haut. Wir wollen über Ahlen hinaus, aber wir wollen nicht unter Ahlen.

Ich möchte hier nicht über die Frage der Produktionsmittel reden – das ist von anderer Stelle schon getan worden –, sondern einige Worte zum Grund und Boden sagen. Ich glaube, daß es der größte soziale Aufstieg ist, wenn unsere entwurzelten Menschen in unserer Industriegesellschaft wieder Grund und Boden unter die Füße bekommen und mit der Erde verwachsen. 300 Quadratmeter sollten es uns wert sein, daß von hierher ein neues Lebensprinzip wächst. Wenn wir nun im Bundestag vor der Verabschiedung eines Bundesbaugesetzes stehen, so wirft das mancherlei Fragen auf. Das Hauptproblem wird allerdings sein, daß wir jedem, der zu diesem Boden strebt, es auch ermöglichen, daß er zu diesem Boden kommt. Wenn wir uns hier von dem Prinzip leiten lassen, Eigentum zu schützen, so können wir das auf die Dauer nur, wenn wir auch Eigentum schaffen; denn wir werden Eigentum nur schützen können, wenn wir neues Eigentum schaffen. Wer glaubt, daß hier ein Weg vorbeigeht, der landet geistig im Liberalismus. Ich befürchte, daß wir dann alle im Sozialismus landen würden; ob dieser bei Rosarot dann Halt macht, ist ein zweites Problem.

Wir stehen vor der Frage der Überführung des Wohnungsbaues in die soziale Marktwirtschaft; ich betone, in die soziale Marktwirtschaft. Mit der sozialen Marktwirtschaft ist auch in den Fragen des Wohnungsbaues das soziale Mietrecht verbunden. Wir wollen kein soziales Mietrecht, welches Schutz für solche bietet, die sich nicht sozialgerecht verhalten, sondern wir wollen Schutz für die Menschen in einem sozialen Mietrecht, die in den anderen Fragen mit uns übereinstimmen und sich genau darüber klar sind, daß das, was anderen Leuten gehört, auch innere Verpflichtungen auferlegt. Ich bin dem Herrn Minister Lücke dankbar,

daß er für die junge Familie hier ein Wort gesprochen hat. Wenn z. B. in Köln von hundert jungen Familien nur neun eine eigene Wohnung beziehen können – neun vom Hundert –, dann ist das nicht Wohnungsnot, dann ist das eine sittliche Not, dann ist das Volksnot. (Beifall.)

Herr Präsident Dr. Gerstenmayer sprach von dem Kapitän in Buenos Aires, mit dem er gesprochen hat und der sich so lebhaft darüber freute, daß wir ein sozialer Rechtsstaat sind. Nun, Herr Präsident, wenn Sie in unseren Rentnerversammlungen und Rentnerberatungen mit unseren Rentnern gesprochen hätten, dann hätten Sie tausend und hunderttausend „Kapitäne von Buenos Aires“ sehen können. Ich sehe noch die alten Leute, ehe die Rentenreform sich in Mark und Pfennig auswirkte, vor mir, wie sie sagten, das können wir nicht glauben, das glauben wir erst, wenn wir es in der Hand haben. Deshalb möchte ich doch nicht, daß wir nun den Anschein erwecken, als wenn diese Rentner diese Leistungen nicht respektierten; im Gegenteil, ich meine, das hat sich auch in den Wählerstimmen sehr klar ausgedrückt.

Einen letzten Punkt möchte ich noch herausgreifen, und zwar wurde hier die Frage Familienlohn und Leistungslohn aufgeworfen. Es ist eine sehr schwere Frage. Ich bin der Meinung, daß wir Innenpolitik kaum mit der Frage des Lohnes allein betreiben können. Wenn Herr Präsident Gerstenmaier davon sprach, daß im Zuge unserer industriellen Entwicklung und der Automation die Schulbildung länger und vertiefter sein müsse, dann haben wir damit auch die Verpflichtung übernommen, für die Familie, die ja die Zukunft dieser Gesellschaft und damit unser aller Zukunft sicherstellt, etwas Entsprechendes zu tun. Wenn wir nun diese Frage nicht über den Lohn lösen können, dann haben wir allen Grund, uns über die Weiterführung unserer Familienpolitik lebhafteste Gedanken zu machen. Wenn wir diesen Wechsel auf die Zukunft nicht einlösen, dann könnte es uns eines Tages und zu einem Zeitpunkt präsentiert werden, wo wir nicht mehr in der Lage sind, ihn zu honorieren. (Beifall.)

Präsident Dr. Fay:

erteilt das Wort Herrn

Skorzak:

Die Frage nach dem einzelnen und der Gesellschaft, nach Freiheit und Bindung, nach Freiheit und Gesetz, die im Mittelpunkt des Referats des Bundestagspräsidenten stand, ist wirklich die entscheidende Frage der gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung schlechthin. Wie man diese Frage beantwortet, so werden in der Tat die Gesellschaft und der Staat aussehen. Aber wir als Christen, die wir eine geistige Substanz besitzen, aus der heraus wir auch die Gesellschaft ordnen und aus der heraus wir auch einen Auftrag zur gesellschaftlichen Ordnung haben, wissen, daß der Mensch nicht nur ein Einzelwesen ist und daß nicht nur seine Freiheit garantiert werden muß, daß es nicht nur auf seine Personwürde ankommt, sondern wir wissen, daß der Mensch genau so gesellschaftliches Wesen ist. Weil der Mensch ebenso gesellschaftliches Wesen ist, deswegen kommt es auch auf die Verbundenheit und die Verpflichtung zur Gemeinschaft und Gesellschaft an. Ich glaube, daß dieser Gesichtspunkt in dem Referat unseres Herrn Bundestagspräsidenten

etwas zu kurz gekommen ist; denn morgen können uns einige vorhalten, die CDU habe individualistische Schlagseite. Ich erlaube mir einmal dieses offene Wort.

Wenn diese Personenwürde aus der Individualnatur, aus dem Einzelwesen so betont wird, weil der Mensch eben Einzelwesen ist, so müßten wir aber auch den Solidarismus und die Solidarität nennen, denn neben dem Personalismus sind auch Solidarismus und Solidarität das entscheidende Prinzip, das für uns bindend ist und das die Gesellschaft trägt, gestaltet. Ich glaube, wir sollten uns nicht vom Geist der Zeit verleiten lassen, denn wir haben vor zehn Jahren ein Programm gehabt – damals trat ich als zwanzigjähriger Mensch in die Partei ein –, und in diesem Programm war das Gewicht doch etwas verlagert, es war viel gemeinschaftsbezogener. Wir als Christliche Demokraten stehen auf einem festen geistigen Fundament und treffen unsere Entscheidungen aus einer geistigen Substanz heraus. Ich glaube, das Ahlener Programm ist damals aus genau der gleichen geistigen Grundhaltung heraus geprägt worden, nur war die Zeit damals anders. Weil aber die Zeit anders geworden ist, sollte man doch nicht das Gewicht der Prinzipien verlagern.

Es tut mir leid, wenn ich die Ausführungen unseres Herrn Bundestagspräsidenten noch einmal kritisch betrachten muß. Wenn Herr Bundestagspräsident Gerstenmaier sagt, er lehne eine Vergesellschaftung schlechthin ab, so muß ich ihm sagen, daß selbst Pius XI. und Pius XII. dies immer als ein gutes Recht bezeichnet haben, und ich glaube, beide sind nicht verdächtig, Sozialisten zu sein. Ich sage dies noch einmal deutlich, da wir als Arbeitnehmer in der CDU, die wir uns täglich mit den Sozialisten auseinandersetzen müssen, zu diesen Dingen immer angesprochen werden und darauf auch eine klare Antwort geben müssen. Wir sind einmal mit großem Elan in die Partei gegangen und haben gesagt, sie sei eine Partei der Mitte und auch der Arbeitnehmerschaft, die also auch voll für die Arbeitnehmerschaft eintritt. Diese grundsätzlichen Dinge sind von entscheidender Bedeutung, denn wenn man so sehr die Individualseite des Menschen betont, dann kommt man dazu, daß man dem Staate das Recht abspricht, in die gesellschaftliche Ordnung einzugreifen, und ich glaube, daß doch gerade viele Menschen in den Arbeitnehmerschichten ab und zu auf das Eingreifen des Staates angewiesen sind. Ich glaube, man sollte das Spiel der freien Kräfte doch nicht allzusehr betonen.

Es geht bei der gesellschaftlichen Ordnung nicht nur um die freie Entfaltung, es geht auch um das Wohl aller, und es geht um eine gerechte Ordnung. Der Staat sollte hier zum Beispiel im konkreten Fall bei der Schaffung von Eigentum helfen. Man müßte es nicht nur dem Konsumverzicht überlassen, sondern man müßte auch die Bedingungen schaffen, daß jeder Mensch, der Eigentum erwerben will, die Voraussetzungen findet; hier ist nach meiner Meinung auch ein Eingriff des Staates notwendig.

Viele große Theologen der Gegenwart haben gesagt: Das ist die große Chance der Christen in der Gegenwart. Wenn sie die nicht wahrnehmen, werden es morgen die freiheitlichen Sozialisten tun, und zum zweitenmal werden die christlichen Kräfte versagt haben. Aus diesem Grund sollte

man auch einmal die Verbundenheit und die Rechte der Gesellschaft betonen. Insofern, glaube ich, müssen wir unserem Bundesarbeitsminister beipflichten, wenn er sagt, es gebe auch eine Verpflichtung zum Wohlfahrtsstaat im rechtverstandenen Sinne. (Beifall.)

Präsident Dr. Fay:

Vielen Dank! Das Wort hat Herr

Bundesfinanzminister Eitel:

Wenn ich in diesem Augenblick das Wort ergreife, an dem die Diskussion über Sozialordnung und Eigentum beendet ist – es geht jetzt zur Wirtschaftspolitik über –, dann möchte ich zu Ihnen nicht als Bundesfinanzminister sprechen, sondern weil ich von den Freunden des Wirtschaftsausschusses der Partei gebeten worden bin, in meiner Eigenschaft als Vorsitzender dieses Ausschusses zu dem Problem „Eigentum“ hier etwas zu sagen.

Ich will mich hier nicht weiter mit der Kritik, die die Rede unseres Freundes Eugen Gerstenmaier in der Diskussion bisher gefunden hat, auseinandersetzen – jedenfalls will ich es nur sehr kurz. Ich möchte vor allen Dingen unseren Freunden Arndgen und Katzer entgegenhalten, daß ich im Grunde mit dem, was sie gesagt haben, übereinstimme, aber ich habe den Eindruck, daß sie Herrn Gerstenmaier weitgehend falsch verstanden haben. (Sehr richtig! und Beifall.) Darüber wird sich Kollege Gerstenmaier sicherlich noch äußern.

Ein Wort zu zwei Begriffen, die der Kollege Katzer hier genannt hat. Er hat gegen den Neoliberalismus gewettert und hat den Begriff der Solidarität vermißt. Ich bin von der frühen Zeit der Parteigründung an Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, und es war immer unser leitendes Motiv, dem Liberalismus Absage zu leisten. Wir machen keine Politik des „Laissez faire, laissez aller“, des Liberalismus im alten Sinne, und wir haben uns sehr früh darum bemüht, unsere Wirtschaftspolitik von derjenigen beispielsweise der FDP abzugrenzen. Aber wir haben in dem Begriff „soziale Marktwirtschaft“ etwas gefunden, was diese Abgrenzung völlig beinhaltet, das aber in der Wissenschaft, Herr Katzer, Neoliberalismus genannt wird. Aber ich glaube, in der Sache sind wir einig. Das Wort „soziale Marktwirtschaft“ heißt ja doch nicht nur, daß die Marktwirtschaft sozial zu sein habe – natürlich hat sie sozial zu sein –, sondern das heißt, da das Wort „sozial“ von dem Wort „societas“ kommt, daß also der Staat, daß die Gemeinschaft sich um den Ablauf der Wirtschaft zu kümmern habe; das ist unsere Grundlage. Wir haben als Staat wie der Gärtner zu sein, der die Pflanzen des Beetes zu kultivieren hat, der ihnen Nahrung zu geben hat, die Pflanze selbst aber frei wachsen läßt. Das ist das Bild, das ich einmal gebraucht habe; so verstehen wir den Begriff der sozialen Marktwirtschaft. Ich weiß, daß Kollege Gerstenmaier diese Dinge genauso und gar nicht anders versteht.

Wenn der Kollege Katzer das Wort von der Solidarität vermißt hat, dann hat er vielleicht überhört, daß der Kollege Gerstenmaier vom Gott der Nächstenliebe gesprochen hat. (Beifall.) Ich glaube, daß er damit dasselbe wie Kollege Katzer meinte. Kollege Gerstenmaier ist

doch ein Mann, der das „Du“ will. Das hat er betont, das geht wie ein roter Faden durch sein Referat. Ich hatte im Gegensatz zu Herrn Kollegen Katzer das Referat schon vorher und konnte das vielleicht besser übersehen. Der Begriff der Solidarität, wie Sie ihn verstehen – und wie auch mein verehrter Herr Vorredner ihn versteht –, ist in dem Wort des christlichen „DU“ oder der christlichen Nächstenliebe enthalten. Das zu betonen scheint mir wichtig zu sein.

Daß wir nicht nur eine Partei der Mitte, sondern auf einer breiten Grundlage – vom Arbeiter und Angestellten über den Bauern, über den Mittelstand, über die freien Berufe, über die geistigen Berufe bis zu den Unternehmern – eine Partei sind, das ist das Große an uns. Daß wir es nun über diesem christlichen „Du“ verstanden haben, eine Synthese der Interessen zu finden, das ist es doch, was unser Gesellschaftsbild ausmacht und was mir so bemerkenswert erscheint.

Nun komme ich zu dem eigentlichen Anlaß, aus dem ich hierher gegangen bin. Es ist vom Eigentum gesprochen worden, und es ist ganz selbstverständlich, daß sich der Wirtschaftsausschuß der Bundespartei – also nicht einer Landespartei, sondern der ganzen Bundespartei – in der letzten Zeit sehr intensiv mit dem, was wir Gesellschaftsbild des Wirtschaftens nennen, befaßt hat. Ich sage ganz offen, wir waren auf dem vorigen Parteitag etwas enttäuscht, daß diese Dinge damals vor der großen Wahl zu kurz kamen. Wir haben dann den Vorstand gebeten und auch die Zustimmung bekommen, für unsere Dinge eine besondere Veranstaltung, den Frankfurter Wirtschaftstag, abzuhalten. Auf diesem Frankfurter Wirtschaftstag haben wir uns vorbereitet. Wir haben in monatelanger Arbeit eine Vorstellung über den Sinn des Wirtschaftens entwickelt, von der ich glaube, daß sie in die Grundkonzeption, die Eugen Gerstenmaier heute morgen hier in breiter Form gegeben hat, vom Wirtschaftspolitischen her hineinpaßt.

Wir sind natürlich alle sehr stolz auf das, was wir im Wirtschaftlichen erreicht haben und zwar deswegen, weil wir vielen Menschen haben helfen und sie aus der Not führen können. Aber wir wissen doch, daß diese Hochführung der Produktion nicht allein der Sinn des Wirtschaftens sein kann, und auch nicht der Wunsch, den Lebensstandard hochzutreiben, materiellen Komfort anzuhäufen, Luxusbedürfnisse zu befriedigen und übertriebenem Vergnügen nachzugehen. Kein anderer als mein Freund Erhard hat vor einem Jahr gesagt, die Wirtschaft habe ein humanitäres Ziel. Der Sinn der Wirtschaft liegt nicht allein in der Befriedigung materieller Bedürfnisse. Ohne geistige und seelische Werte ist kein wahrer Wohlstand möglich. Darin liegt eine Mahnung, und diese Mahnung war es, die wir zum Anlaß genommen haben, den Weg zu einem neuen Leitbild für den Sinn unseres Wirtschaftens zu finden. Wir wissen – und das wird oft gesagt –, im Mittelpunkt unseres Schaffens steht der Mensch. Dem Wesen des Menschen entspricht nun einmal ein Leben in Freiheit und Verantwortung. Die Freiheit ist aber nicht nur eine Voraussetzung für eine funktionierende Wirtschaft, sie ist auch das Ziel eines dem Wohl des Menschen verpflichteten Wirtschaftens. Nur wenn die Wirtschaft den Menschen die Freiheit verschafft, gibt es auch eine freiheit-

liche politische Ordnung. Gesellschaftsbild und Wirtschaftsbild müssen im Leben das gleiche sein.

Wenn das Ergebnis der Wirtschaft, der freien Wirtschaft, nicht befriedigt, sind die Menschen sehr leicht bereit, ihre Freiheit preiszugeben. Die Aufgabe der Freiheit auf wirtschaftlichem Gebiet aber gefährdet die ganze gesellschaftliche Ordnung. Wenn die Menschen in der Wirtschaft auf die Freiheit verzichten, sind sie nicht mehr weit davon, auch im gesellschaftlichen Bereich auf die Freiheit zu verzichten und damit die politische Freiheit aufzugeben. (Beifall.) Das Ziel eines verpflichtenden Wirtschaftens ist die Freiheit, aber – und das scheint mir wichtig – die Verantwortung verlangt, daß diese freiheitliche Wirtschaftsordnung im Sinne unserer christlichen Vorstellung glaubwürdig ist. Das Höchstmaß an Gütern und Leistungen in einer funktionierenden Wirtschaft entsteht durch eine optimale Verwendung der vorhandenen Produktionsfaktoren, also von Kapital und von Arbeit. Die industrielle Gesellschaft kann ihre Probleme nur meistern, die Freiheit nur erhalten, wenn sie die Funktionseinkommen aus Kapital und Arbeit anerkennt und die sozialen Spannungen dadurch aufhebt, daß sie alles beseitigt, was Eigentumsbildung und damit Funktionseinkommen aus Kapital zu einem Privileg macht. Das Einkommen muß breit sein, und das Eigentum, das daraus entsteht, darf nicht das Privileg weniger, sondern muß breit gestreut sein.

Unser Freund Gerstenmaier hat heute das Bild von den Kosaken gebraucht; ich pflege manchmal ein anderes Bild zu verwenden. Wir haben immer unter der Bedrohung des Ostens gestanden, und die alten Kaiser schufen deswegen die Ostmarken; so entstand Preußen, so entstand Österreich. Sie schickten die Ritterorden dorthin und gaben ihnen zur Verteidigung Deutschlands in die eine Hand das Schwert, in die andere Hand aber den Pflug als Symbol des Eigentums. Aus dieser Verteidigung des Eigentums wurde dann die Verteidigung des Vaterlands. Wenn es uns nun gelingt, in einem breit gestreuten Eigentum quer durch die Bundesrepublik, quer hindurch für die Menschen, die im Herzen Europas leben, Freiheit zu garantieren, Verantwortungsgefühl lebendig zu machen, dann schaffen wir damit den stärksten Garanten für die ideologische Unterwanderung durch rosaroten oder roten Marxismus. (Sehr gut! und Beifall.) Eine in diesem Sinne auf Eigentumsbildung ausgerichtete Politik muß daher der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik den Weg weisen und auch in die Staatspolitik eingehen.

Auf dem Frankfurter Wirtschaftstag haben wir einen Satz geprägt, der – glaube ich – aus einer tiefen Verpflichtung entstanden ist. Wir haben den Satz etwas umgewandelt aus dem Verfassungstext. In der Verfassung steht: Eigentum verpflichtet. Wir haben gesagt: Auch Einkommen verpflichtet, neben dem Eigentum. Konsum ist zwar wichtig, aber nicht alles. Freizeit und Ferien sind nötig, aber ein Heim für die Familie, Nestwärme für die Kinder, ein kleines Kapital für die Ausbildung des Sohnes, für die Aussteuer der Tochter, für die Freiheit der Berufswahl, für den Fall der Krankheit, für den Lebensabend sind Ideale, die der Erfüllung der Freiheit ein Fundament geben.

Es muß immer wieder zur sittlichen Substanz unseres Volkes gehören, daß nicht der Staat für alle Dinge jenseits eines ständig steigenden Konsums zu sorgen habe, sondern daß ein auf Verantwortungsbewußtsein und Verantwortungsfähigkeit aufgebautes Eigentum zur Sittlichkeit und im Fühlen zum Stil eines angesehenen Menschen gehört. Sittlichkeit und Stil müssen wieder auf „Eigentum haben“ orientiert werden; das scheint mir wichtig zu sein. Eine Voraussetzung für ein solches Denken ist, daß die Staatspolitik, die Wirtschaftspolitik und die Finanzpolitik eine Eigentumsbildung wieder sinnvoll erscheinen lassen. Stabilität der Währung, Anteil am Sachbesitz wie Eigentum und Wohnung – wie Freund Lücke es heute morgen dargelegt hat –, Anteil am industriellen Volksvermögen durch Volksaktien und Investmentpapiere, alles das sind Voraussetzungen für die Bildung eines neuen wirtschaftlichen Leitbildes. Nur privates Eigentum ermöglicht es den Menschen und der Familie, sich voll zu entfalten. Deswegen muß bei uns eine konsequente Eigentums politik entwickelt werden. Wir müssen wieder ein Volk von Eigentümern werden, haben wir in Frankfurt gesagt; wir lehnen die Sozialisierung des Eigentums ab. Die Staats- und Wirtschaftspolitik und auch die Finanzpolitik müssen es ermöglichen, daß in einer Vielzahl von persönlichen Entscheidungen das volkswirtschaftlich notwendige und gesellschaftspolitisch erforderliche Ergebnis einer Eigentumsbildung in breiten Schichten herbeigeführt wird. Solche persönlichen Entscheidungen müssen wieder von einem Lebensgefühl getragen werden, wie es unsere Eltern und Großeltern noch gekannt haben. Es muß im Fühlen wieder zur Gewohnheit, zum Stil unserer Generation gehören, daß man Eigentum will. Im Denken müssen es die Einsicht und der Verstand wie die Kenntnis von der Notwendigkeit als sinnvoll erscheinen lassen, Eigentümer zu sein.

Schließlich muß aber im Wollen und im Können der Entschluß zum Eigentum durch die materielle Sparkraft ermöglicht werden. Für die Staats- und für die Wirtschaftspolitik ergibt sich hier eine große Zahl von Aufgaben. Es ist erforderlich, daß das Wissen von den notwendigen ethischen und wirtschaftlichen Zusammenhängen verbreitet wird. Es ist notwendig, daß hier eine Elite vorlebt und ein Beispiel gegen den sinnlosen Verbrauch als Maßstab der sozialen Geltung und der Verantwortung für eine gerechte Verteilung des Sozialproduktes gibt und daß der Staat eine konsequente Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik treibt, um den Weg zum Eigentum zu ermöglichen.

Aus solchen Überlegungen muß das neue Leitbild entstehen, das diesem Bundesparteitag den Grundakkord gibt, ein Leitbild, das in der praktischen Ausführung in einer einfachen Gleichung sich ausdrückt: der Lebensstandard besteht nicht nur aus Verbrauch, sondern aus Verbrauch plus Eigentum. Diese Eigentumsbildung soll uns – wie gesagt – zu einem Volk von Eigentümern machen, das erkennt, daß nicht allein ein hoher Konsum den Menschen glücklich macht, daß ein falsch verstandenes Konsumbedürfnis die schrecklichste Versuchung dieser Welt in sich birgt. Das waren die Gedanken, die wir bis Frankfurt über den Frankfurter Wirtschaftstag entwickelt haben. Es waren Gedanken der Männer, die in der Wirtschaft stehen und die in der Wirtschaft im weitesten Sinne des Wortes Verantwortung tragen, in der mittelständischen Wirtschaft

und in der Großwirtschaft. Ich glaube, wenn das die Grundgedanken unserer Politiker sind, dann stehen wir in dem Gesellschaftsbild, dessen Grundgedanken uns Freund Gerstenmaier heute morgen aufzeigte. Ich möchte bekennen, daß die Bundesregierung – auch ich als Bundesfinanzminister – den Sinn ihres Tuns und auch den Sinn der ersten Maßnahmen, die ich vorschlagen und durchsetzen durfte, darin sieht, ein breit gestreutes Eigentum zu entwickeln. Alles das, was wir bis jetzt an Steuerreform gebracht haben, der neue Tarif, die neue Entwicklung in der Körperschaftsteuer, die Probleme der degressiven Abschreibung und was wir alles gemacht haben, dient dazu, Eigentum zu bilden, die Voraussetzungen zum Eigentum zu schaffen. Was den kleinen Mann angeht, so bedeutet es die Herauslassung von drei Millionen Menschen kleinen Einkommens aus der direkten Steuerpflicht. Aber die Einbringung des Sparprämiengesetzes, das sich zur Zeit beim Bundestag in einem Ausschuß befindet und das in Kürze angenommen werden soll, bietet auch für diese breiten Schichten die Möglichkeit, Eigentum zu bilden. Es stellt – und damit komme ich meinem verehrten Vorredner entgegen – eine Hilfe des Staates dar, indem derjenige, der fünf Jahre spart, ein Fünftel – 20 Prozent vom Staate dazubekommt, damit diese Sparentwicklung angeregt wird. Man wirft mir von den Ökonomen vor, das sei nicht mehr nötig, der Kapitalmarkt sei in einer guten Entwicklung, wir brauchten das nicht mehr. Ich halte an der Idee des Sparprämiengesetzes aus strukturellen Gründen fest, und zwar eben aus den Gründen, die ich entwickelt habe. Ich möchte wieder eine Injektion geben, daß breite Kreise der Sparer Eigentümer werden.

Unsere übrige Politik muß nun dahin orientiert werden, daß das breit gestreute Eigentum nicht nur entsteht, sondern daß es dort, wo es existiert – ich denke vor allen Dingen an den mittelständischen Bereich –, auch erhalten bleibt, und zwar in dem Umfange, der nötig ist; aber auch nur in diesem Umfange, da stimme ich Eugen Gerstenmaier zu. Dort, wo man sich selbst helfen, wo man etwas in eigener Verantwortung tun kann, muß man sich selbst helfen. Denn alles, was der Staat tut, bedeutet einen Unterteilungsvorgang. Ich kann als Finanzminister keine Mark ausgeben, die ich nicht vorher eingenommen habe. Ich habe im Bundestag gesagt: Der Staat ist keine Kuh, die im Himmel gefüttert und auf Erden gemolken werden kann. Jede Mark, die ich ausgabe, hat zur Folge, daß ich an anderer Stelle Eigentumsbildung und Freiheit in der eigenen Verantwortung einschränke. Ich muß mir daher bei jeder Mark genau überlegen, ob sie in der Hand des Staates oder in der Hand des Privaten besser ist. Wenn ich das in Verantwortung und aus der Grundkonzeption heraus tue, die hier entwickelt wurde, dann glaube ich, bin ich gerecht.

Damit möchte ich meine Ausführungen abschließen. Es sind nicht allein meine Ideen, die ich vorgetragen habe, sondern es waren Ideen eines großen Teils unserer Parteifreunde. Es war ein Ergebnis, das auf dem Frankfurter Wirtschaftstag von 800 Menschen begeistert angenommen wurde, Ideen, die wir – wie ich sagte – zum Teil schon realisiert haben. (Bravo! und lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Fay:

erteilt das Wort Herrn

Bundestagsabgeordneten Schmücker:

Ich weiß nicht, ob es der Wettbewerb der Marktwirtschaft oder die Zuteilung der Verwaltungswirtschaft ist, die mir das Glück gibt, schon jetzt zu sprechen. Auf jeden Fall möchte ich sagen, daß ich mich bemühen werde, nicht so viele Mißverständnisse aufkommen zu lassen, wie sie bisher zu unserer großen Freude aufgetaucht sind – ich sage zu unserer großen Freude, weil ja nur durch Mißverständnisse etwas Pfeffer in die Debatte kommt. (Heiterkeit.) Ich möchte also mit den Mißverständnissen anfangen und sagen, Herr Vorsitzender, daß uns Ihr Ausdruck Mittelschichten, den Sie gestern gebrauchten, gar nicht gefällt; er gefällt uns wirklich nicht, lieber Kollege Mick, und zwar deswegen, weil dieser Ausdruck dauernd von den Sozialdemokraten verwendet wird. (Heiterkeit.) Aber ich habe sehr genau gehört, was Sie mit diesem Ausdruck meinen und ich meine, das, was Sie aussagen wollen, besagt das Wort „Mittelschicht“ gar nicht. Nehmen Sie doch lieber das Wort „Mittelstand“. Es ist umfassender. Es ist weiß Gott kein Relikt aus dem Mittelalter. Wir müssen die Dinge modern sehen, aber mit dem Wort „Mittelschicht“, mit der nur einkommensmäßigen Betrachtung, meine Damen und Herren, werden Sie den Dingen nach meiner Auffassung nicht gerecht.

(Bundeskanzler Dr. Adenauer: Das ist ganz falsch!
Mittelstand ist nur Einkommensteuer!)

– Nein, wir sind der Auffassung, daß das Wort „Mittelstand“ mehr besagt als nur die Betrachtung nach steuerlichen Verhältnissen, wobei wir sehr wohl wissen, daß das Wort „Mittelschicht“ in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung nicht zu vermeiden ist. Aber es kam mir bei dieser Auseinandersetzung darauf an, zu betonen, daß ich sehr wohl gehört habe, was die einzelnen Redner meinten, daß ich darum nicht um Worte streiten will. Ich darf auch Ihnen hier sagen, uns liegt nicht daran, einen Streit um das Wort „Mittelstand“ zu entfachen, es kommt uns darauf an, daß wir unsere Ziele durchsetzen.

Ich muß das wohl etwas deutlicher sagen, denn gerade unsere Mittelstandsarbeit in der Christlich Demokratischen Union ist sehr häufig mißverstanden worden. Unser Bundestagspräsident hat ausgeführt, daß es auch in der Politik eine legitime Interessenvertretung gibt, und ich mache gar kein Hehl daraus, daß auch wir uns in bestimmten Fällen als Vertreter legitimer Interessen fühlen, nämlich in dem Augenblick, wo wir spüren, daß diese Interessen in der gesamten Auseinandersetzung zu kurz kommen. Aber der Vorwurf der Interessenvertretung, der uns in den letzten Jahren gemacht worden ist, meine Damen und Herren, ging immer darauf hinaus, als seien wir diejenigen, die Schutzgesetze und ähnliche Dinge für sich wollten.

Ich darf hier in voller Übereinstimmung mit unserem Herrn Bundeswirtschaftsminister erklären, die einzige Chance des Mittelstandes, des gesamten Mittelstandes – oder, wenn ich mich wieder aussöhnen kann, der Mittelschichten – ist die Soziale Marktwirtschaft. Aber ich füge hinzu, die einzige Chance der Sozialen Marktwirtschaft weiterhin zu

bestehen, ist, daß es eine hohe Anzahl kleinerer und mittlerer Betriebe gibt. (Beifall.)

Ich habe dies mit Nachdruck gesagt, weil uns auch heute noch einige Vorwürfe der Interessenpolitik – ich will lieber sagen, der Schutzpolitik – gemacht werden. Natürlich sind wir nicht in den lauten Tadel derjenigen eingefallen, die sehr höhnische Worte über jene Mittelstandspolitiker, jene Schutzpolitiker gefunden haben. Meine Damen und Herren! Ich kann diesen Menschen deswegen, weil sie nur etwas Falsches verlangen, keinen Vorwurf machen, weil sie nämlich zu lange auf die Beseitigung von Unrecht gewartet haben. Ich muß auch heute betonen, daß die Wettbewerbsgleichheit in der deutschen Wirtschaft zu lange bestritten worden ist. Aber was nützt das, meine Damen und Herren? Wir müssen klar sehen, daß wir mit Schutzgesetzen nichts erreichen können, selbst wenn wir wollten. Gegen die zwangsläufige Entwicklung kann man mit Schutz- und Sondermaßnahmen nicht angehen.

Noch eines. Worin bestehen denn die Benachteiligungen der kleineren und mittleren Wirtschaft? Sie bestehen nicht in ausgesprochenen Benachteiligungen für diese Kreise, sondern sie bestehen in den Vorteilen, die andere haben. Es kommt also darauf an, nicht den nachteilig Betroffenen Sondergesetze zu schaffen, sondern die Vorteile, die andere genießen, abzubauen. So habe ich auch den Ruf unseres Freundes Gerstenmaier verstanden; Vorwärts in Freiheit, in der sich alle ausnahmslos dem Wettbewerb stellen! (Beifall.)

Das bedeutet in keiner Weise, daß ich auch nur das leiseste Ressentiment gegen Großbetriebe hätte. Meine Damen und Herren! Die Großbetriebe sind notwendig. Man braucht nur in die unterentwickelten – oder, wie es freundlicher heißt, entwicklungsfähigen – Länder zu gehen, um festzustellen, daß gerade das Fehlen der Großbetriebe zu diesen schlechten Lebensverhältnissen geführt hat. Die Großbetriebe sind notwendig. Wir bejahen sie nicht nur, wir gründen sie ja selber, meine Damen und Herren, und wir sind stolz auf sie, wenn sie im internationalen Wettbewerb unseren Namen vertreten.

Aber es läßt sich gar nicht bestreiten, daß durch diese notwendige Konzentrierung auch Nachteile eintreten, und zwar Nachteile für den einzelnen Bürger; diese müssen wir – darüber ist gesprochen worden – durch eine breite Streuung des Eigentums an diesen großbetrieblichen Unternehmungen auffangen. Aber es gibt auch Konzentrierungen, die sich nicht aus der Zwangsläufigkeit, aus der Notwendigkeit entwickelt haben, sondern die gegen alle volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Vernunft verstoßen und die unter raffinierter Ausnutzung veralteter Gesetze entstanden sind. Meine Damen und Herren! Hier beginnt ganz konkret der Ansatz für unsere Mittelstandsarbeit.

Ich habe das vorhin so ausgedrückt, daß die Vorteile der anderen abgebaut werden und wir gleiche Bedingungen für alle schaffen müssen. Ich will nur einige Punkte erwähnen. Da ist die Umsatzsteuer, da ist die Gewerbesteuer, da ist die Frage der Kredithergabe, da ist das Gesellschaftsrecht, da ist die unerhört wichtige Frage der Belastung der lohnintensiven Arbeit, meine Damen und Herren, die, wenn es so weitergeht, das lohnintensiv hergestellte Produkt und die lohnintensive Dienstlei-

stung so teuer werden läßt, daß diese eines guten Tages nicht mehr abgenommen werden.

Diese Nachteile müssen beseitigt werden, und zwar schon aus rein wirtschaftlichen Gründen und aus den Gründen des gleichen Rechts aller vor dem Gesetze. Darüber hinaus – das bekennen wir – ist es aber unser gesellschaftliches Leitbild, das uns veranlaßt, diese Fragen immer wieder in die Debatte zu bringen. Wir meinen, meine Damen und Herren, daß auch die Regierung einiges tun müßte, um diesen Problemen, diesen Gefahren immer wieder nachzuspüren. Wir empfehlen heute erneut – und wir hoffen, daß der Herr Bundeswirtschaftsminister nachher die Gelegenheit nehmen wird, uns seine Solidarität zu bekunden –, daß zwischen den einzelnen Ministerien ein Arbeitskreis unter verantwortlicher Leitung gebildet wird, der sich dieses Fragenkomplexes annimmt.

Ich habe vorhin gesagt, „aus gesellschaftlichen Gründen“. Ich möchte damit betonen, daß wir Mittelständler uns durchaus nicht besser oder schlechter dünken als andere. Wir wissen, daß die moderne Gesellschaft aus einem guten Zusammenwirken aller Beteiligten lebt. Gefahr ist erst dann im Verzuge, wenn irgendeine Gruppe mit unlauteren Mitteln in ihrer Existenz bedroht wird.

Ich darf diese unsere Auffassung einmal durch eine Fragestellung deutlich machen. Ich frage die Damen und Herren, die in Wirtschaftsführungskreisen tätig sind: Was wollte die Großwirtschaft wohl machen, wenn nicht dauernd der Nachwuchs aus der mittleren Wirtschaft in die – auch von uns ist das unbestritten – größeren und schwierigeren Aufgabengebiete hinüber wüchse? Ich frage meine Freunde aus der Bauernschaft – ich sollte keine Frage stellen, sondern ich sollte in Übereinstimmung mit ihnen sagen, daß das Leben einer dörflichen Gemeinschaft ohne die kleineren und mittleren Betriebe überhaupt nicht denkbar ist. Ich frage besonders herzlich meine Freunde aus der Arbeitnehmerschaft. Das Hauptanliegen unserer Arbeitnehmerschaft ist doch die Unabhängigkeit, die freie Berufswahl, die Freizügigkeit. Sind alle diese Dinge ohne den Klein- und Mittelbetrieb denkbar? Ist es denkbar, einen Aufstieg zu nehmen, ohne daß der Kleinbetrieb als Nahtstelle vorhanden ist. Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns darin einig, daß wir durch die Existenz kleinerer und mittlerer Betriebe einen sehr handfesten Beitrag zur Freiheit schlechthin leisten. Ich meine, wir sollten – ich komme damit auf unser Anliegen zurück – etwas Besonderes tun, um diese Dinge auch stets in der Debatte zu lassen und bei der Durchführung der Gesetze darauf zu achten, daß keine weitere einseitige Bevorzugung irgendeiner Gruppe eintritt.

Die Frage ist, ob man einen besonderen Mittelstandsminister einsetzen soll. Natürlich gibt es viele Leute, die dafür sind. Minister Erhard hat mit Recht gesagt, daß die Aufgaben der Regierung funktionell und fachlich geregelt sind und daß so ein Mittelstandsminister eine Art Jagdhund sein müßte, der mit hängender Zunge von Ministerium zu Ministerium laufen müßte und nichts erreichen würde. Ich gebe unserem Freund Erhard recht, aber hin und wieder wäre es uns schon ganz lieb, wenn so einige Jagdhunde hin- und herliefen und wenigstens etwas bellen würden, damit man auch hört, worum es sich handelt. (Beifall.)

Aber, meine Freunde, wir wollen auch das andere nicht übersehen. Sicherlich ist die gute deutsche Verwaltungseinheit nach Funktionen gegliedert. Es läßt sich aber gar nicht bestreiten, daß sich einzelne Fachgebiete und Funktionen mit Interessengruppen decken. Leider findet nun jedoch die kleinere und die mittlere Wirtschaft keinen Ansatzpunkt, wo sich das Fachliche mit dem Interesse deckt. Ich ziehe daraus nicht die Schlußfolgerung, daß es notwendig ist, doch ein sogenanntes Mittelstandsministerium einzurichten, sondern ich ziehe daraus die Schlußfolgerung, daß wir als diejenigen, die über den Fachaufgaben stehen, als Politiker dafür zu sorgen haben, daß dieses gesellschaftspolitische Anliegen – und das ist mit unserer Mittelstandsarbeit identisch – zum Zuge kommt. Wir wissen sehr wohl, daß dazu eine handfeste Arbeit notwendig ist; darum auch unser organisatorischer Vorschlag. Im wesentlichen ist es aber, meine Damen und Herren, eine Frage an die Politik, und diese Frage muß in der Politik entschieden werden.

Zum Schluß darf auch ich mich noch einmal auf die für meine Begriffe ausgezeichneten Ausführungen unseres Bundestagspräsidenten beziehen und in aller Ruhe darauf hinweisen, daß die Dringlichkeit unseres Anliegens deutlich wird, wenn wir die Vergleiche mit der Zone anstellen, wo nicht nur der Kampf gegen das Eigentum, sondern der Kampf gegen die kleinste private Initiative begonnen hat.

Es wurde hier Naumann zitiert und gesagt, „Was nützt alles, wenn die Kosaken kommen“. Herr Gerstenmaier selbst hat diesen Satz fortgeführt. Ich möchte das der Deutlichkeit halber noch einmal tun. Man muß diesen Satz auch in der Umkehrung sehen: „Was nützt eine gute Außenpolitik, was nützt eine gute Wehrpolitik, wenn unsere Gesellschaft nicht in Ordnung ist“? Ich möchte damit keinen unsinnigen Streit um einen Vorrang entfachen. Ich meine, wir sollten nicht fragen, ob wir das eine oder andere tun sollen, wir sollten nicht einmal fragen, ob wir das eine vor dem anderen tun sollen, sondern wir sollten uns klar darüber bleiben, daß wir beides tun müssen. Und zwar wir von der Christlich Demokratischen Union müssen es tun. Denn wir sind die Volkspartei, der man den Auftrag gegeben hat, dafür zu sorgen, daß sich der einzelne Bürger in einer gesunden Gesellschaft so frei entfalten kann, wie es ihm die Begabung ermöglicht. Ich glaube, wenn wir an diese Arbeit ernsthaft herangehen, werden wir unserem Volke den geschichtlichen Bestand sichern, und darauf kommt es an. (Beifall.)

Präsident Dr. Stoltenberg:

Ich darf Herrn Schmücker für seine Ausführungen herzlich danken. Bevor ich dem nächsten Diskussionsredner das Wort gebe, muß ich einen Hinweis zum weiteren Verlauf der heutigen Sitzung machen. Wir werden um 18.30 Uhr im Hinblick auf das Abendprogramm mit der Diskussion abschließen müssen, weil dann Herr Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier zum Schluß der heutigen Sitzung eine zusammenfassende Antwort auf verschiedene Teile der Diskussion geben möchte.

Ich darf darauf hinweisen, daß hier noch acht Wortmeldungen vorliegen. Ein Blick auf die Uhr zeigt, daß für jeden Beitrag im Durchschnitt nur noch eine Zeit von acht Minuten zur Verfügung steht. Ohne die Diskus-

sionsfreiheit im einzelnen einschränken zu wollen, möchte ich alle Diskussionsredner bitten, ihre Dispositionen danach auszurichten.

Es spricht jetzt Herr

Schmitz (Rheinland):

Herr Dr. Gerstenmaier hat sich heute morgen in seiner Rede zur astfreien und chemischreinen Marktwirtschaft bekannt, zu einer Marktwirtschaft ohne Privilegien und ohne an bestimmte Gruppen und Verbände gewährte Macht. Darauf habe ich meinen Diskussionsbeitrag aufgebaut. Eben ist mein lieber Mitbürger aus Köln, Josef Mick, in der glücklichen Lage gewesen, dem Herrn Bundeskanzler seiner Freude darüber Ausdruck zu geben, daß der Herr Bundeskanzler auch statt des Wortes „Mittelstand“ das Wort „Mittelschicht“ gebrauchte. Ich hätte gerne eine Kölner Dreieinigkeit hergestellt, bin aber als praktizierender Mittelständler nicht in der Lage, das zu tun, weil ich von Mittelschichten so wenig halte. Ich als Mittelständler möchte nicht in der Mitte liegen, um nicht zerquetscht zu werden. Ich halte also etwas von einem Mittelstand, von einer Reihe von Mittelständen, die nebeneinander stehen. Wenn ich auch über den Mittelstand spreche, dann nicht, nur um die Mittelstandsdiskussion um ein weiteres Gespräch zu vermehren, sondern aus der Sorge, daß eine Reihe dieser Gespräche am Kernpunkt unserer volkswirtschaftlichen Arbeit anscheinend vorbeigeht, der wirtschaftlichen Befähigung mit gleichen Start- und Wettbewerbsbedingungen.

Ich kann es mir wohl ersparen, vor Ihnen und vor Herrn Professor Erhard ein Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft abzulegen. Es wäre aber geradezu frivol – auch für den Mittelständler –, die ausgezeichneten Ergebnisse der Sozialen Marktwirtschaft zu leugnen und ihre Interpreten – den Herrn Bundeswirtschaftsminister und die Bundestagsfraktion der CDU/CSU – nicht zu loben. Keinesfalls wollen wir unzufrieden auf die Vergangenheit zurückblicken. Wir müssen dankbar sein, daß es so umfassend gelungen ist, aus dem politischen Chaos, der sozialen Not und dem wirtschaftlichen Elend herauszukommen. Doch ich meine, wir sollten bei allem Stolz auf die Ergebnisse unserer gemeinsamen Arbeit nicht zu lange in der Vergangenheit verweilen, sondern tatbereit in die Zukunft schauen, um nach Möglichkeiten Ausschau zu halten, den sozialen Wohlstand zu sichern.

Es wird gesagt, der Behauptungswille und die Leistungsfähigkeit des gewerblichen Mittelständlers seien beispiellos. Es gibt hierfür Beweise. In der Zeit des marxistisch-liberalistischen Interregnums der Weimarer Republik, als eine wirtschaftliche Krise die andere ablöste, hat der Mittelstand nicht resigniert und nicht schlagartig – so wie die Großindustrie – seine Betriebe geschlossen und seine Arbeiter entlassen. Damals wie heute hielt der Mittelständler – auch dann, wenn es schwer war – seinen Betrieb in Betrieb und seine Arbeiter in Arbeit. Man muß sich auch erinnern, daß 1945 bis 1948, bevor die Großbetriebe an Rhein und Ruhr daran dachten, ihre Pforten zu öffnen, die Klein- und Mittelbetriebe längst wieder werkten und schafften, ihre Arbeitsstätten wieder in Ordnung brachten, ohne auf eine Investitionshilfe des Staates zu rechnen. Aus Schrott und Trümmerschutt wurden Werkzeuge, Maschinen und Werkstoffe hergestellt.

Das war der Beginn des deutschen Wirtschaftswunders. Erst dann konnten die Großbetriebe ihre Produktion wieder aufnehmen; dies hat man allerdings dem Mittelstand wenig gedankt. Wenn für andere – wie auf Plakaten zu lesen ist – 40 Stunden Arbeit genug sind, und wenn nach den gleichen Plakaten gleicher Herkunft am Samstag Pappi den Kindern gehören muß, dann kommt der Mittelständler mit seinem Arbeitspensum von vielleicht 65 oder 70 Stunden gerade zurecht. (Beifall.) Will er aber nur 40 Stunden in der Woche schaffen und soll der Mittelstandspappi samstags den Kindern gehören, dann macht er pleite, ganz schlicht einfach pleite. (Beifall.) Wenn er gar krank ist und für ein Vierteljahr oder ein halbes Jahr aus dem Arbeitsprozeß ausscheidet, dann macht er nicht nur pleite, sondern auch seine Familie bettelarm. Der Wohlstandsmechanismus hat den Klein- und Mittelbetrieb leider nicht erreicht, und er wird ihn auch nicht erreichen, denn es gibt ihn nicht, es sei denn unter den Voraussetzungen der gleichen Start- und Wettbewerbsbedingungen, aber die gibt es auch nicht.

Nun werden gerade in der letzten Zeit von allen möglichen Leuten mit hoch erhobenem Zeigefinger dem Mittelstand warmherzige Reden gehalten, und es wird mit wissenschaftlichem Anschein belegt, daß nur die Wirtschaft aus einem Guß, nur die Finanz- und Steuerpolitik ohne Privilegien der Allgemeinheit dienen kann und damit der allgemeinen Wohlfahrt zuträglich sei. Es ist gar nicht verwunderlich, daß diese Schriften und Reden ausgerechnet aus den Kreisen kommen, die bisher die steuerlichen und kreditmäßigen Privilegien in einer unwahrscheinlichen Form ausgeschöpft haben. (Beifall.) Ein Jahr Umsatzsteuerprivilegien der Organshaft haben den Konzernen ca. 500 Millionen DM eingebracht. Wir wissen, daß es die Großbetriebe der Flick, Thyssen, Stinnes und Krupp geben muß, denn sie sind Eckpfeiler der deutschen Wirtschaft. Wir wissen auch ganz genau, daß sich der Mittelstand in der rauhen Luft des Wettbewerbs bewähren muß, und wir sind weit davon entfernt, mittelalterliche oder Biedermeieridylle zurückfordern.

Der Mittelstand will weder einen Naturschutzpark, noch will er in ein Ghetto. Reservationen fordert man nur für Gruppen und Volksstämme, die sich selbst aufgeben oder aber die aufgegeben werden. Der Mittelstand arbeitet auch gern, aber er will nicht länger so schuffen wie bisher, ohne zu einem wirklich angemessenen, beruhigenden finanziellen Erfolg zu kommen. Er hat keinen Expansionsdrang für seine Betriebe, er will nur die Leistungsfähigkeit und die Sicherung seiner Familie. Das ist aber nur bei gleichen Start- und Wettbewerbsbedingungen zu erreichen.

Man sollte also nicht sagen, daß es keine spezifische Mittelstandspolitik geben darf, und daß es in einer modernen Industriegesellschaft keine Privilegien gebe. Versuchen Sie doch einmal, denjenigen die Privilegien abzunehmen, die sie seit Jahren genießen, und versuchen Sie doch zum Beispiele einmal mit dem Kartellgesetz, Energie, Verkehr, Banken und Versicherungen auch in die rauhe Luft des Wettbewerbs hineinzustellen. Wenn die Leistungsbeständigkeit und der Leistungswille der gewerblichen Wirtschaft bisher beispiellos waren, dann sollte man diese Tugend nicht so sehr strapazieren, ich glaube, es ist nötig, einen steuer- und kreditpolitischen Lastenausgleich in Gang zu setzen.



Frage und Gegenfrage:
Dr. Wilh. Fay, Frankfurt
und Dr. Adenauer.



Gute Pointen finden
immer ihre Lacher:
Ministerpräsident
Dr. Meyers und
K. G. Kiesinger MdB.



Bundesminister Dr. Schröder im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses K.-G. Kiesinger MdB (der inzwischen zum Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg gewählt worden ist).

Herr Bundeswirtschaftsminister! Der Mittelstand begnügt sich jetzt – so glaube ich – nicht mehr mit freundlichen Gesten und Deklamationen. Nunmehr fordert er den gerechten Lohn für seine Arbeit und für seine Leistung. Denn im ökonomischen Bereich, Herr Dr. Gerstenmaier, verlangt eine gute Tat ihren Lohn schon hier auf Erden. Den Mittelstandsminister haben wir bisher abgelehnt, weil wir glaubten, daß es in der Wirtschaftspolitik Partner gebe, die eine Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht nur für besser halten, sondern sie auch durchführen. Wir glaubten das. Nun, jeder Mensch hat nach der Aussage des Herrn Bundeskanzlers das Recht, von Tag zu Tag klüger zu werden. (Heiterkeit.) Meine Freunde und ich haben dem Verlangen bedeutender Gruppen der Klein- und Mittelwirtschaft nach einem Mittelstandsminister bisher widersprochen. Wir sind auch heute davon überzeugt, und Herr Schmücker hat es eben noch einmal gesagt, daß Mittelstandspolitik quer durch alle Ressorts gehen muß. Die Frage nach dem Mittelstandsminister werden wir auch in Zukunft sehr gründlich untersuchen. Die Lösung der mittelständischen Probleme aber lassen wir uns sehr gern durch bessere Gedanken und durch bessere Taten vom Bundestag und der Bundesregierung beweisen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Stoltenberg:

dankt Herrn Schmitz!

Als nächster Redner spricht Herr

Dr. Frerichs:

Der Herr Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier hat den Standort des Mittelstandes in der CDU gekennzeichnet, und unser Freund Kurt Schmücker hat in sehr temperamentvollen Worten gesagt, mit welcher Art von Mittelstandsromantik unsere Auffassung nicht verwechselt werden möchte.

Die Angst in weiten Bereichen des Mittelstandes, in der Zukunft von einer automatisch eintretenden Entwicklung überrannt zu werden, der vielfach bereits nachlassende Leistungswille und die mangelnde Entschlossenheit zum Handeln, der oft vorhandene innere Widerstand gegen den nach außen hin bejahten Wettbewerb, das alles ist völlig fehl am Platze, weil es diesen Automatismus der Vernichtung des Mittelstandes nicht gibt und wir es selbst in der Hand haben, die Wirtschaftsordnung zu gestalten. Das seit Übernahme der Regierungsverantwortung vor neun Jahren eingeführte und praktizierte System der Sozialen Marktwirtschaft ist auf diesen Erkenntnissen aufgebaut. Die bisher gesetzten konkreten Rechtsnormen und getroffenen Maßnahmen der Wirtschaftspolitik sind aber erst ein Anfang zur Schaffung einer freiheitlichsozialen, aus christlichem Geist geschaffenen Wirtschaftsordnung, die von uns durch weitere Gestaltung des Rechts und der Verwaltung ständig beeinflußt werden muß, um sowohl einer „Anarchie der Freiheit“ durch einzelne, als auch einer „Kollektivierung der Freiheit“ durch organisierte Gruppen und den Staat selbst wirksam begegnen zu können.

161 Ohne die Anerkennung für die bisherigen großen Erfolge schmälern zu wollen, muß ich sagen, daß es erforderlich ist, alle Bemühungen auf-

einander abzustimmen und eine einheitliche langfristige Konzeption zu entwickeln, die von den Schwerpunkten ausgehend Zug um Zug verwirklicht wird. Der sichere Einbau des Mittelstandes in seiner ganzen Breite – also des sogenannten gewerblichen und des nichtgewerblichen Mittelstandes – in unsere freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und die Verhinderung liberalistischer und sozialistischer Experimente sind einige unserer großen Aufgaben. Es sind Aufgaben, meine Damen und Herren, die unsere Partei aus echtem Unionsgeist heraus gemeinsam bewältigen sollte. Das Ziel ist die Schaffung einer Gesellschaftsstruktur, in der alle Schichten unseres Volkes blühen und gedeihen können, und in der das Menschenmögliche getan wird, um Bevorzugung und Benachteiligung einzelner Bevölkerungskreise zu verhindern.

Wir sind der Auffassung, daß die Soziale Marktwirtschaft die volle Entfaltung der persönlichen Leistungsfähigkeit gewährleisten muß und daß ihre Grundsätze auf allen, Herr Bundeswirtschaftsminister, auf allen Wirtschaftsgebieten Geltung erlangen müssen. Leistungswettbewerb kann jedoch nicht durch gesetzliche Maßnahmen zur Unterbindung von Wettbewerbsbehinderungen, sondern sollte auch durch die Förderung lauterer Konkurrenzmethoden gesichert werden. Das schließt jede Bevorzugung einer Wirtschafts- oder Gesellschaftsform von seiten des Staates aus und hat die Schaffung gleicher Startbedingungen zur Folge. Es muß verhindert werden, daß der Anteil der wettbewerbsbelebenden Klein- und Mittelbetriebe am gesamten Wirtschaftsvolumen schrumpft und der unnatürliche und wirtschaftlich nicht zu vertretende Konzentrationsprozeß weitergeht. Hierzu bedarf es gesetzlicher und verwaltungsmäßiger Maßnahmen, die in fast alle Ressorts der Bundesregierung hineinzureichen und an deren Spitze folgende zu nennen sind:

1. Reform der Umsatzsteuer, mit dem Ziel, die kumulative Wirkung abzubauen und sie wettbewerbsneutral zu gestalten, damit sie einer Betriebskonzentration entgegenwirkt und das Endprodukt ohne Rücksicht auf die Art des Herstellungs- und Verteilungswesens gleichmäßig besteuert. Es ist uns bekannt, daß diese Reform Struktur und Preisbildung der deutschen Wirtschaft sehr stark beeinflussen kann und daß daher nur ein schrittweises Vorgehen unter voller Berücksichtigung der haushaltsmäßigen und auch der außenwirtschaftlichen Konsequenzen möglich ist. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die heutige kumulative Allphasensteuer den Bestand der Sozialen Marktwirtschaft gefährdet, und es ist bekannt, daß aus Kreisen des Mittelstandes eine Verfassungsklage läuft, die sich gegen einen sehr krassen Fall der ungerechtfertigten Behandlung durch das jetzige Umsatzsteuersystem richtet.

Im Hinblick auf die lange Zeit der Reformarbeit sollten wir daher daran gehen, krasse Ungerechtigkeiten durch Vorabmaßnahmen zu mildern. Ich darf hierbei den Wegfall der Großhandelsumsatzsteuer für Lebensmittel und eine Zwischenlösung für den Bereich der Zusatzumsatzsteuer erwähnen.

2. Unsere besondere Sorge gilt der Neugestaltung der Gemeindesteuern. Wer von Ihnen die Verhältnisse in den Kommunen kennt, weiß, wie groß die Sorge um das Gewerbesteueraufkommen und um die Ausbalancierung der Gemeindehaushalte ist. Unsere Gewerbebetriebe tra-

gen einen Hauptteil der gemeindlichen Last. Die Reform der Kommunalsteuern sollte daher auf der Grundlage eines Finanzausgleichs zwischen Bund, Ländern und Gemeinden erfolgen, und zwar in einer Form, die auch jene Gemeindemitglieder an der Finanzierung beteiligt, die heute nicht zu den Gemeindeeinnahmen beitragen, aber die in den Genuß der gemeindlichen Dienste kommen. Wir sollten alles tun, meine Damen und Herren, um unsere kommunale Selbstverwaltung und damit unser demokratisches Staatsgefüge zu stärken.

3. Die kreditpolitische Forderung des Mittelstandes hat in letzten Monaten sehr viele erfreuliche Ansätze gezeigt, z. B. durch Bereitstellung von langfristigen Mitteln aus den ERP-Rückflüssen zu einem Mischzinsatz, der an der unteren Grenze des Kapitalmarktes liegt. Wir wollen auch in den nächsten Jahren durch Bereitstellung langfristiger Darlehen die mittlere und kleine Wirtschaft mit Kapital versorgen. In ihren Betrieben – scheint uns – liegt noch ein Nachholbedarf an Rationalisierungsinvestitionen, der gerade im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im Gemeinsamen Markt von ganz besonderer Bedeutung ist. Denn nur diejenigen deutschen Betriebe werden im internationalen Wettbewerb bestehen können, die ihre Betriebsorganisation aufs beste durchrationalisiert haben und damit kostensparender und billiger arbeiten können.

In diesem Zusammenhang ein Wort zu den Kreditgarantiegemeinschaften, die sich als echte Selbstverwaltungseinrichtungen der Wirtschaft bewährt haben und die wir daher auch weiterhin fördern sollten. Über diesen finanz- und kreditpolitischen Maßnahmen steht aber immer der Grundsatz, daß sie nur unter voller Wahrung der Stabilität der Währung und eines stabilen Preisniveaus erfolgen können.

4. Schließlich muß ein Teil unserer Gesetze revidiert werden, weil er nicht mehr mit den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft vereinbar ist. Wir sollten alle Rechtsgebiete durchkämmen – zum Beispiel das Gesellschaftsrecht mit der sehr vordringlichen Änderung des Aktiengesetzes –, mit dem Ziel, die Vermachtung und Konzernierung abzubauen und einer breit gestreuten Eigentumsbildung den Weg zu ebnen. In Zusammenarbeit zwischen Wirtschafts- und Justizministerium werden die umfangreichen Arbeitsgebiete des Gewerberechts, der Gewerbeordnung, des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb, des Rabattgesetzes und so weiter – auch unter dem Blick des Gemeinsamen Marktes – überprüft werden müssen.

5. Wir sollten uns in der Verkehrspolitik bewußt sein, daß der Güter- und Personenverkehr auf der Straße überwiegend durch kleine und mittlere Verkehrsunternehmen durchgeführt wird und daß auch die mittelständischen oft verkehrsgünstig gelegenen Betriebe der Wirtschaft auf die Bedienung durch den Kraftwagen angewiesen sind. Daraus ergibt sich die Verpflichtung zu einer Verkehrspolitik, die die Lebens- und Wettbewerbsfähigkeit des Verkehrsgewerbes gewährleistet. Hierbei ist ein besonderes Augenmerk auf den Straßennotstand zu richten.

6. Sorge bereitet uns die Verfälschung des Leistungswettbewerbes. Durch Umgehen der Steuerpflicht, unlauteres Wettbewerbsgebahren, wett-

bewerbsschädigende Kartellvereinbarungen und gruppenegoistischen Beziehungshandel verschafft sich ein kleiner Teil unseres Volkes Einkaufsvorteile zu Lasten der Allgemeinheit. Wir sind aber ebenso, meine Damen und Herren, der Auffassung, daß die Preisbildung den tatsächlichen Marktverhältnissen entsprechen muß und daß jede Zementierung der Absatzwege und der Preise durch Preis- und Absatzbindungen dem leistungsfähigen Mittelstand nicht dient und immer wieder zur Umgehung der traditionellen Handelsform führen muß.

Hier liegt die besondere Aufgabe des Bundeskartellamtes, in sinnvoller Handhabung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen alle Mißbräuche zu verhindern, aber auch ein sehr wachsames Auge für die Entwicklung der wirtschaftlichen Unternehmungen und für ihre Gruppenbildungen zu marktbeeinflussenden und marktbeherrschenden Formen zu haben. Es wird sich sehr bald zeigen, ob die jetzigen gesetzlichen Bestimmungen ausreichend sind, um diese Wirkung zu erzielen, oder ob das Kartellgesetz in dieser oder jener Hinsicht geändert werden muß.

7. Wir haben nicht die Absicht, um es noch einmal zu sagen, die mittelständischen Unternehmungen unter eine besondere Schutzglocke zu stellen, sondern wir verlangen von ihnen die höchstmögliche Leistung. Es darf dabei jedoch nicht vergessen werden, daß wir erst zehn Jahre Marktwirtschaft haben und daß viele Unternehmer – besonders der junge Nachwuchs – zum Teil recht mangelhafte Kenntnisse der marktwirtschaftlich notwendigen Betriebsführungsgegebenheiten haben und sie in einer Zeit der Planwirtschaft aufgewachsen sind.

Aus diesen Gründen wünschen wir den Ausbau der Gewerbeförderung in Industrie, Handel, Handwerk und in den freien Berufen. Wir hoffen, daß das seit Jahren gut laufende Produktivitätsprogramm der Bundesregierung eine Ergänzung erfährt und daß wir die vielen kleinen und mittleren Betriebe durch den Ausbau der Betriebsberatungsstellen der Selbstverwaltungseinrichtungen, aber auch der freiberuflichen Betriebsberatung weiterhin in ihrer Leistungsfähigkeit fördern können.

Wir haben den Eindruck, daß in den stürmischen Jahren des Wiederaufbaus der Ausbildung unseres gehobenen technischen Nachwuchses auf den Hochschulen und Fachschulen zu wenig Augenmerk geschenkt worden ist. Auch die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts wird eine Zeit der Techniker sein. Wir müssen in der Bundesrepublik alles daran setzen, unsere technischen Führungskräfte und auch unseren begabten technischen Nachwuchs so weit wie nur möglich zu fördern, damit wir den Anschluß an die hochindustrialisierten Volkswirtschaften halten können. Jede Mark, die wir heute investieren, wird sich vielfach für den Wohlstand unseres Volkes bezahlt machen.

Eine moderne Wirtschaftsführung ist ohne Grundlagenforschung undenkbar. Den besonders gearteten Verhältnissen im Mittelstand muß mehr Aufmerksamkeit auch seitens der Forschung gewidmet werden. Wir haben daher vorgeschlagen, den Mittelstand stärker in die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Forschung einzubeziehen. Mit der Errichtung des Mittelstandsinstitutes an den Universitäten Köln und Bonn wurde der Anfang gemacht. Dieses Kopfinstitut sollte alle im Bereich des Mittelstandes arbeitenden Universitätsinstitute der Industrie,

des Handels, des Handwerks und der freien Berufe zu einer Arbeitsgemeinschaft zum Zwecke der Abstimmung zusammenschließen.

8. Mit Sorge hat die mittelständische Wirtschaft die lohn- und sozialpolitische Entwicklung der letzten Zeit beobachtet. Nicht etwa, weil sie diesen Teil unseres Volkes, der in nichtselbständiger Arbeit sein Brot verdient, den Aufstieg oder die bessere Bezahlung und Fürsorge streitig machen könnte, sondern ausschließlich deshalb, weil wir vor lauter Sicherheitsfanatismus Gefahr laufen, unsere Freiheit zu verkaufen! An den Herrn Bundesarbeitsminister richten wir daher die Bitte, die besonderen Gegebenheiten der überwiegend lohnintensiven Klein- und Mittelbetriebe bei der Sozialgesetzgebung stärker als bisher zu berücksichtigen.

Im Zusammenwirken mit dem Bundesminister für Familien- und Jugendfragen ist der Familienausgleich gesetzlich umfassend neu zu regeln und eine Form zu finden, die auch hier die Lasten gerecht auf alle verteilt. Wir unterstützen die Arbeiten zur Eigentumsförderung und werden daran mitarbeiten und die Auswirkungen auf die kleinen und mittleren Betriebe sorgfältig prüfen.

Das Aufgabengebiet im Bereich des Mittelstandes ist groß. Aber die Erfolge, die mit einer ausgewogenen Strukturpolitik für Gesamtwirtschaft, Volk und Staat erzielt werden können, sind ausschlaggebend für den Bestand unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung in Deutschland und Europa. Ein gutes Ergebnis wird sich jedoch erst dann zeigen, wenn die hier skizzierten Vorschläge mit Tatkraft und Optimismus angepackt werden. Dies kann nur in einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, wirtschaftlicher Selbstverwaltung, Parlamenten und Regierungen geschehen. Wir begrüßen die Arbeiten der Selbstverwaltung, sofern die der Förderung der Leistungsfähigkeit ihrer Mitglieder im Rahmen der Gesamtbelange der Volkswirtschaft dienen. Als Verfechter des Subsidiaritätsprinzips sind wir der Meinung, daß die Selbstverwaltung alle jene Arbeiten wahrzunehmen hat, die nicht unbedingt vom Staat erfüllt werden müssen. Sie sollte daher von Gesetzgebung und Verwaltung noch mehr als bisher als beratendes und helfendes Organ eingeschaltet werden. Vielleicht gelingt es uns, auf diese Weise den Staat von Verwaltungsarbeiten zu befreien, die ebensogut und vielleicht reibungsloser von den beruflichen Organisationen erfüllt werden können.

Damit komme ich zum Schluß. Das sollten nur einige Streiflichter aus dem reichhaltigen Katalog der vor uns liegenden Aufgaben sein. Gleichzeitig wird gezeigt, daß die Vielfalt der Arbeitsgebiete die Gefahr von nicht zweckmäßig aufeinander abgestimmter Einzelaktionen in sich birgt und eine zentrale Bearbeitung dieses Gesamtprogramms eine Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung ist.

Wir schlagen deshalb vor, unter verantwortlicher Leitung eines Mannes unseres Geistes und unseres Willens einen ständigen gesellschaftspolitischen Arbeitskreis bei der Bundesregierung zu bilden, der sich zielbewußt mit der Bewältigung dieser gemeinsamen Zukunftsaufgabe befaßt. Diese verantwortungsvolle Arbeit erfordert den Einsatz unserer besten Geister. Ich rufe Sie alle zur Mitarbeit auf. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Stoltenberg:

dankt dem Diskussionsredner und erteilt das Wort Herrn

Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Erhard:

Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Fast komme ich mir vor wie Gottes Lamm, das der Welt Sünden trägt; aber ich kann's ertragen; denn vor allem anderen habe ich ein gutes Gewissen. Alles das, was in den letzten zehn Jahren insbesondere auch für den Mittelstand getan und erreicht werden konnte, ist vielleicht nicht der Weisheit letzter Schluß, aber es kann sich vor der Geschichte sehen lassen (Beifall); denn immerhin haben auch die mittelständischen Kreise wie Handwerk, Einzelhandel, kleine und mittlere Industrie im Zeitraum der letzten acht Jahre mehr als eine Verdoppelung ihrer Umsätze oder ihrer Produktionsmengen erreicht. Wir vergessen nur allzu leicht, woher wir kommen! Selbstverständlich ist es nicht möglich in acht Jahren alles das zu erreichen, was der Einzelne sich an Wünschen vorstellt. Meine Damen und Herren, ich vertrage ja auch Kritik, und ich stelle mich ihr. Wenn ich allerdings auf alles das antworten wollte, was heute vorgetragen worden ist, dann gäbe das ein abendfüllendes Programm, aber Gott sei Dank habe ich außerhalb des Bundesparteitages ja auch noch die Möglichkeit, die Öffentlichkeit anzusprechen.

Zu dem Mittelstandsproblem möchte ich etwas konkreter Stellung nehmen und einmal sagen, daß ich mich mit den Ausführungen meines Freundes Schmücker voll einverstanden erkläre. Hier ist das Maß doch deutlich sichtbar geworden, das bei jeder ernsthaften Betrachtung unter allen Umständen eingehalten werden muß. Ich glaube nicht, daß der Mittelstand bis heute Sorgen zu tragen hat, daß er etwa dem Untergang geweiht wäre, nein, auch die Zahl der im Mittelstand beschäftigten Menschen ist trotz der 6 Millionen mehr Arbeitskräfte, die gegenüber 1948 heute tätig sind, nicht zurückgegangen –; d. h. der Mittelstand hat seinen prozentualen Anteil an der Gesamtbeschäftigung bewahren können. Ich könnte noch viele andere Zahlen nennen, aber das trifft gar nicht den Kern der Sache. Ich bin mit dem Mittelstand durchaus einig in der Meinung, daß gefährliche Entwicklungen heraufkommen könnten, ja, daß die Ansätze zweifellos schon sichtbar sind, vielleicht auch sich schon Ereignisse auf jenem Felde zuviel vollzogen haben. Ich meine die Gefahr, daß durch eine immer stärkere Expansion der Großbetriebe und durch ein Überhandnehmen von Konzernbetrieben, verbunden mit einem immer weiteren Eingreifen und Hinübergreifen in die Sphäre der Verarbeitung und des Handels sich eine Entwicklung anbahnt, die mindestens einer sehr sorgfältigen Beachtung und gegebenenfalls auch einer entscheidenden Korrektur bedarf. Ich gehöre nicht zu denen, die glauben, daß die Wirtschaft eine rein rationale Angelegenheit wäre. Mit der Einleitung der Sozialen Marktwirtschaft – und das Kind lebt ja schon immerhin 10 Jahre – wollte ich doch bei Gott im Himmel mehr tun, als eine Wirtschaftstechnik zu entwickeln. Ich wollte, was auch der Herr Gerstenmaier sagte, ein neues gesellschaftspolitisches Bild sichtbar machen. (Lebhafter Beifall.)

Ich wollte dem deutschen Volk den Glauben geben und die Überzeugung vermitteln, daß die Freiheit das einzig lebenswerte Prinzip ist, das über-

haupt zu einem Gedeihen letzten Endes im Materiellen führen kann. Wenn der Mittelstand berechnete Wünsche an mich richtet, dann möchte ich aber auch an den Mittelstand einen Wunsch richten – nämlich den, etwas selbstbewußter zu sein und nicht bei jeder Wandlung und Wendung, die natürlich für den einzelnen unbequem sein mag, sofort in laute Klagen einzustimmen. Wir sind vertrauensvoll genug, von Mensch zu Mensch – auch hier in unserer Partei im ganzen genommen –, daß wir die Dinge ruhig ansprechen können, aber dann wollen wir es mit Ruhe und mit der inneren Wahrhaftigkeit tun, die uns allein weiterbringen können. (Beifall.)

Wir werden also entschieden – das ist sicher nicht nur eine Sache meines Ressorts, vielleicht sogar im Augenblick am wenigsten die Sache meines Ressorts – alles tun, um jene Anliegen, die vom Kollegen Schmücker und mir gekennzeichnet worden sind, auch erfolgreich zu erfüllen. Ich bin mit dem Gedanken völlig einverstanden, das, was heute im Wirtschaftsministerium und insbesondere in dem neu gebildeten Arbeitskreis Mittelstand erstrebt wird, auf eine größere Breite zu verlagern, d. h. ihr ein interministerielles Forum unter sachverständiger Führung zu geben. Es ist also nicht etwa so, daß ich mich gegen irgendwelche Wünsche des Mittelstandes wehre. Wie käme ich denn dazu? Denn Sie können davon überzeugt sein, ich müßte ja als Wirtschaftspolitiker fast selbstmörderisch handeln, wenn ich diejenigen Kreise und Schichten unseres Volkes gering achten wollte, die – wie ich ganz genau weiß – am Schluß die Träger einer freiheitlichen Wirtschaft und im letzten Grund auch die Anhänger der Sozialen Marktwirtschaft sind. (Starker Beifall.)

Ich möchte auch mit Ihnen, Herr Kollege Schmitz, meinen Frieden schließen und sagen: Gestehen Sie ein, daß der Wirtschaftsminister in den letzten zehn Jahren doch etwas mehr getan hat, als den Mittelstand nur mit Gesten und mit Versprechungen abzuspiesen. (Sehr starker Beifall.) Unser Problem ist auch einmal von einer anderen Seite zu beleuchten. Ich glaube, Sie kämpfen nach der verkehrten Richtung. Die Gefahr droht dem Mittelstand aus der Kollektivierung des Lebens. Sie droht ihm daher, daß man bewußt – selbstverständlich meine ich hier die Sozialisten aller Sorten – darauf ausgeht, dem Mittelstand die Lebensgrundlage zu entziehen. So haben wir z. B. jetzt gehört, daß nur an eine Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie gedacht sein soll. Vor Tisch aber, d. h. vor einem Parteikongreß las man's anders; da hieß es nämlich, daß gar kein Unterschied zwischen den Großbetrieben und den Mittel- und Kleinbetrieben und dem Mittelstand bestehe; denn die Arbeitsbedingungen im Mittelstand seien für den Arbeitnehmer ja nicht günstiger als im Großbetrieb. Folglich könnte man nicht einsehen, warum die Vergesellschaftung bei den Großbetrieben haltmachen müsse und nicht auch übergreifen solle auf die Mittel- und Kleinbetriebe. Nun, da ist die Katze ziemlich deutlich aus dem Sack gelassen.

Aber ich kann auch andere Dinge anführen. Es ist in den letzten Tagen auch das Wort gefallen, es sei das Unheil, daß das Produktivkapital der Volkswirtschaft – und das schließe alle Produktionsmittel ein, gleich wo sie stehen – zusammengeballt sei in wenigen Händen. Das müsse

aufgelöst werden. Soweit könnte mancher vielleicht noch Ja sagen wollen; aber wie soll es aufgelöst werden? Wir meinen nicht etwa über die Vergesellschaftung, sondern wir meinen über breite Eigentumsstreuung. Wenn die Kennzeichnung dieses vermeintlichen Übels dann gleichzeitig gepaart wird mit der Aussage, daß es aber nicht wünschenswert erscheine, dem Arbeiter individuelles Eigentum an den Produktionsmitteln zu vermitteln, vielmehr die private Verfügung über die Produktionsmittel lediglich abgewandelt werden soll in eine Kollektivierung der Produktionsmittel und Überführung in öffentliche und staatliche Hand, dann ist das Gegenteil von dem, was wir in der Christlich Demokratischen Union anstreben.

Wenn wir auch bestrebt sind, die Konzentration etwas zurückzudämmen und Auswüchse zu verhindern, vor allen Dingen es nicht zu schädlichen Macht- und Marktpositionen kommen zu lassen, dann sind wir uns darüber klar, daß dieses Übel – wenn man es schon so bezeichnen will – nur so geheilt werden kann, daß wir der vielleicht technisch allenfalls sogar notwendigen Konzentration der Produktionsmittel ganz bewußt einen Dekonzentrationsprozeß des Eigentums an den Produktionsmitteln entgegensetzen. (Beifall.)

Was bedeutet denn eigentlich Überführung der Produktionsmittel in die öffentliche Hand, in die Hand des Staates, in sogenanntes Gemeineigentum, also Vergesellschaftung oder Sozialisierung, nennen Sie es, wie Sie wollen? Die Produktionsmittel fallen nicht vom Himmel. Alles das, was notwendig ist, um den Produktionsapparat zu verbessern und leistungsfähiger zu gestalten und weiter auszubauen, kann – und die Regierung und das System können aussehen, wie sie wollen – eben nur durch Ersparnisse der Volkswirtschaft und der Wirtschaftsgesellschaft getätigt werden. Da gibt es keinen Ausweg. Und wenn man glaubt, die Vergesellschaftung, die Sozialisierung sei der richtige Weg, dann bedeutet das, daß sich der Staat, die öffentliche Hand oder welcher Träger auch immer, der da entsteht, diese Funktionärschaft in den Besitz von Produktionsmittel setzen, indem sie dem deutschen Staatsbürger soviel wegnehmen, als eben der Ausbau des Produktionsapparates erfordert. Von allen Formen der Erhaltung und Verbesserung unseres Produktivkapitals ist das die unsozialste Form; denn sie bedeutet praktisch eine entschädigungslose Enteignung des deutschen Staatsbürgers ohne jede Gegenleistung (Beifall), und zwar nur mit dem Zweck und mit dem Effekt, dem Staat immer mehr Macht in die Hand zu geben bis hin zu seiner Vergottung. Und das bedeutet wieder, den einzelnen Staatsbürger abhängig zu machen und ihn zu einer Kreatur des Staates herabzuwürdigen.

Sicher bin ich mit Ihnen der gleichen Auffassung, daß es nicht nur eine Sache des Unternehmers ist, um die Erhaltung des Produktivkapitals besorgt zu sein – denn davon hängt das Schicksal im Guten und Bösen von uns allen ab –, sondern dazu jeder einzelne aufgerufen ist und daß es dann auch der Verantwortung jedes einzelnen obliegt, durch sein Verhalten dazu beizutragen, daß wir nicht nur in der Gegenwart, sondern auch in der Zukunft für die, die nach uns kommen, eine blühende und produktive Volkswirtschaft uns erhalten.

Wenn dann der einzelne aus diesem Grunde und aus dieser Einsicht heraus vorübergehend durch den Sparakt auf den Konsum verzichtet, dann weiß er doch wenigstens, warum er es tut; denn er hat den Gegenwert des Konsumverzichts in der Form von Sparkapital zu seiner eigenen Verfügung in Händen. Und das erst macht das Eigentum an dem Produktivvermögen der Nation wertvoll. Wir können hier nicht mit uns handeln lassen. Selbstverständlich ist es kein Zufall, daß wir uns mit der Frage des Eigentums erst jetzt intensiver befassen und um die rechten Lösungen ringen; denn als wir 1948 angefangen hatten, da wäre es geradezu wie eine Blasphemie erschienen, dem deutschen Volke zu sagen, du mußt Eigentum bilden. Das deutsche Volk war so ausgehungert, daß es zunächst einmal konsumieren wollte. Und dann mußte es erst anfangen, alles das aufzubauen, was ein öffentliches fruchtbares Leben ausmachte. Aber in der Zwischenzeit waren wir doch so erfolgreich, in der Steigerung unseres Sozialprodukts, in der Erhöhung unseres Volkseinkommens, in der Schaffung von mehr Arbeitsplätzen, um all' die Not zu bannen und das Flüchtlingsproblem erfolgreich zu lösen, so daß mit dem steigenden individuellen Einkommen und nicht zuletzt auch mit der Steigerung des Masseneinkommens die Möglichkeit immer mehr heranreift, durch verstärkte Spartätigkeit in den verschiedensten Formen Eigentum zu bilden, auch Eigentum an den Produktionsmitteln. Es wird niemand gezwungen, in dieser oder jener Form zu sparen. Wenn z. B. auf dem Nürnberger Kongreß gesagt worden ist: Wir wollen nicht haben, daß der Arbeiter individuelles Eigentum an den Produktionsmitteln hat, dann sollte damit ausgedrückt werden, der Unternehmer darf es auch nicht haben, ihm wird es ja entzogen, – und zum Schluß ist dann der Staat im Besitz allen Produktivvermögens der Nation. Daß das natürlich auch eine ganz bestimmte geistige und sittliche Haltung erzeugt, ist selbstverständlich. Ich möchte wissen, wer illusionistisch genug ist, um zu glauben, daß in einer solchen Gesellschaft noch eine ernste Abwehrbereitschaft gegen den Kollektivismus und Totalitarismus wach sein könnte! (Beifall.)

Nun, wir wissen, mit welchen Mitteln auf der Ebene der Parteipolitik gekämpft wird. Da las ich z. B., daß der Wohlstand ja nur eine äußere, fadenscheinige Fassade sei. Dann wird gesprochen von dem „Anschein der Vollbeschäftigung“, der ein trügerisches Bild gebe, weil sich dahinter das Elend der Kurzarbeiter verberge. Nun, die Ziffern liegen ja auf dem Tisch. Im Augenblick haben wir den höchsten Stand der Beschäftigung, der jemals in Deutschland zu verzeichnen war, mit 19,3 Millionen in abhängiger Arbeit stehender Menschen. Von diesen 19,3 Millionen sind, wie ich mich bei unserem Freund Sabel exakterweise erkündigt habe, insgesamt 36 000 Personen in Kurzarbeit. Und da wagt man dann von einem falschen Schein oder von einer falschen Fassade zu sprechen! Nun, mir soll es recht sein.

Lassen Sie mich noch etwas sagen, was auch indirekt wieder auf das Mittelstandsproblem zurückgeht. Man fordert allenthalben jetzt die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Ich habe nichts gegen die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, soweit sie Einsichten vermittelt, aber meine Bedenken kann ich auch nicht unterdrücken, daß eine volkswirt-

schaftliche Gesamtrechnung zur Erstellung von „Plansolls“ dienen soll. Damit würde nur zu leicht die Freiheit der wirtschaftlichen Entfaltung verlorengehen. Aber immerhin, ich erkenne den Wert der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung an. Dann aber paßt es schlecht dazu, wenn sich die gleichen Leute entschieden gegen eine Versachlichung der Auseinandersetzungen zwischen den Sozialpartnern wehren. (Beifall.)

Ich kann schließlich nicht sagen, ich stelle eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung auf, die so wertvolle Einsichten vermitteln soll, aber ich für meine Partei und für meine Person bin nicht bereit, daraus Nutz- anwendungen zu ziehen, ich lehne jede Versachlichung ab. Wenn wir nicht zu einer Versachlichung kommen, dann wird das öffentliche Leben nie befriedet werden können, und wir werden von Spannung zu Spannung geraten. Im übrigen, meine Damen und Herren, wer da nicht hören will, muß fühlen; denn wenn man der Volkswirtschaft mehr abverlangt, als sie zu geben in der Lage ist, dann gibt es keinen Ausweg als den, der sich in einer inflationären Entwicklung Luft schafft. Da gibt es kein Wunder. Wer sich gegen die Versachlichung sträubt und wer ganz bewußt diese Gefahren der Aufspaltung unserer gesellschaftlichen Ordnung und der inneren und äußeren Stabilität in Kauf nehmen möchte, der versündigt sich auch gegen den Staat, gegen die Gesellschaft und gegen die Menschen im einzelnen noch dazu.

Das sind die eigentlichen Gefahren, die da drohen. Bei den Auseinandersetzungen um die sozialen Bedingungen bin ich selbstverständlich der Meinung, es sollen die in abhängiger Arbeit stehenden Menschen vollen Anteil haben an dem Fortschritt unserer Wirtschaft und unseres sozialen Lebens, aber wer die Grenzen nicht sehen will, der kann eben nur noch das erleiden und erdulden, was die Konsequenzen sind. Es braucht heute nicht noch einmal gesagt zu werden, weil es schon wiederholt erörtert worden ist. Vor jeder Sozialpolitik und vor dem besten Herzen, das geben, spenden und helfen möchte, steht zunächst einmal die nüchterne Notwendigkeit, das zu erarbeiten, was gegeben werden soll. Ein Scharlatan, wer da behauptet, mehr geben zu können! Ich bin der Meinung, wir müssen schon mit einem vollen Herzen an die Probleme herangehen, und wir müssen fühlend sein für die Not. Das Wort der Nächstenliebe ist heute in die Debatte geworfen worden. Ich stehe selbstverständlich auch dafür, aber ich kann mich dabei nicht in sozialer Romantik ergehen, sondern ich muß immer den Boden unter den Füßen behalten. Was uns not tut, ist das, daß wir mit kühlem Kopf und heißem Herzen an die Probleme herangehen und uns nicht verblenden und auf Abwege bringen lassen von denen, die mit schwülem Kopf und kaltem Herzen die Schicksale unseres Volkes lösen wollen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Präsident Dr. Stoltenberg:

Der Parteitag hat Ihnen so herzlich gedankt, Herr Professor Dr. Erhard, daß ich nichts mehr dazu zu sagen brauche. – Als nächster Redner hat das Wort Herr

Prof. Dr. Andreae:

Es ist heute viel von den Mittelschichten gesprochen worden. Als Wissenschaftler liegt mir dieses Wort natürlich besonders nahe, weil es

ideologiefrei ist. Andererseits befindet sich im Bewußtsein der Bevölkerung das Wort Mittelstand. Wenn wir eine Umfrage machen würden, wer glaube, daß er zum Mittelstand zähle, dann würde das die überwältigende Mehrheit sein. Ich glaube, daß aus dieser Umfrage auch eine andere Tendenz ersichtlich würde, nämlich die Tendenz der modernen Industriegesellschaft, das Proletariat und die Oberschichten abzubauen und die Mittelschicht zu vermehren. Der Gesellschaftsaufbau verändert sich von der Pyramidenform hin zur Zwiebelform. Wir entwickeln uns zur Mittelstandsgesellschaft; sie entsteht aus dem sozialen Aufstieg aus der Arbeiterschaft. Vor allem die Automatisierung wird diesen Prozeß eher beschleunigen als verlangsamen. Die Christlich Demokratische Union als Volkspartei hat den Klassenkampf überwunden und damit die Möglichkeiten zur Freimachung der Kanäle des sozialen Aufstiegs geschaffen.

Das alles sind aber Fragen der Sozialordnung. Wir besitzen ein besonderes Ministerium, das sich neben den Fragen der Arbeit mit den Fragen der Sozialordnung befaßt. Von diesem Ministerium werden zur Zeit schon, grob geschätzt, drei Viertel der sogenannten Mittelschichten betreut. Es sind dies die Facharbeiter, die leitenden Angestellten und die freien Berufe. Der alte Mittelstand hat, wie wir heute morgen gehört haben, noch kein festes Bett gefunden. Vielleicht könnte er es hier finden. Ich glaube, daß dieses Ministerium – um an die Worte anzuknüpfen, die Herr Abgeordneter Schmücker vorhin gesagt hat – ein Ministerium für den sozialen Aufstieg sein könnte, ein Ministerium, das diejenigen betreut, die vor allem in die Selbständigkeit und die Eigenverantwortlichkeit hineinwollen.

Um an die Worte anzuknüpfen, die Herr Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier heute morgen ausgesprochen hat, möchte ich das Leistungsprinzip, das er so sehr in den Vordergrund rückte, etwa folgendermaßen interpretieren: In der modernen Industriegesellschaft ist nicht der durch Geburt, Vermögen, Kaste oder Geschlecht zugewiesene Status des einzelnen maßgeblich, sondern der durch die eigene Tüchtigkeit erworbene Status. Es kommt also darauf an, die Kanäle des sozialen Aufstieges zu öffnen. Dazu gehört natürlich auch die Erhaltung der Klein- und Mittelbetriebe; denn sie sind diejenigen, die die Auffangbecken der Aufstiegswilligen darstellen. Ich glaube, daß dies nicht, wie auch meine Vorredner schon ausgeführt haben, durch Sondervorteile und Schutzmaßnahmen erreicht werden kann, sondern durch Kontrolle aller protektionistischen Praktiken in der Gesellschaft. (Beifall.)

Diese protektionistischen Praktiken haben – es wurde sehr viel von dem Einfluß der Interessenten gesprochen – inzwischen eine besonders gefährliche Form angenommen. Da massiver Druck, etwa in der Form von Sternfahrten, wenig fruchtete, wird jetzt die Intelligenz eingesetzt, um sehr komplizierte und verklausulierte Sondervorteile zu erfinden, die Eingang in Gesetzgebung und Verordnung finden, weil das Filter des Bundestages – *sit venia verbo* – nicht fein genug ist. (Beifall.)

Ich glaube also – ich möchte damit nicht unsere Herren Bundestagsabgeordneten beleidigen –, daß Sie sich da manche Hilfe holen können, wenn Sie – ich möchte wirklich nicht so verstanden werden, daß ich pro

domo spreche – gegen die Techniker der Interessenten andere Spezialisten heranholen, die Ihnen dabei behilflich sind, dergleichen protektionistische Techniken zu entdecken. (Beifall.)

Bei der Entdeckung solcher Techniken könnte vielleicht eine Institution behilflich sein, die wir schon haben, nämlich der Bundesrechnungshof. Der Bundesrechnungshof ist eine unabhängige Instanz, die letzten Endes der Kontrolle durch das Parlament dient. Man könnte unter Umständen seine Kompetenz in der Weise erweitern, daß er auch prüft, wo irgendwo in der Gesetzgebung oder in der Verwaltung protektionistische Praktiken am Werke sind. Er kann dann einen Bericht an den Bundestag geben. Der Bundestag mag dann entscheiden, ob es in irgendeinem dieser Fälle dem Willen des Bundestages entspricht, diesen Protektionismus zumindest für eine gewisse Zeit hindurch auszuüben. Es soll aber nicht so sein, daß protektionistische Praktiken ausgeübt werden, ohne daß sie vom Bundestag voll verantwortlich gedeckt sind. Wenn diese Dinge erreicht werden – ob mein Vorschlag technisch durchführbar ist, ist eine zweite Frage, das Grundsätzliche ist mir wesentlicher –, dann wäre die Liberalisierung unserer Sozialordnung durchaus nicht im Sinne des Neo-Liberalismus, sondern im Sinne des Solidarismus durch die Sicherung des sozialen Aufstieges für jedermann nach seinen Fähigkeiten gegeben. (Beifall.)

Präsident Dr. Stoltenberg:

Auch Ihnen, Herr Professor Andreae, vielen Dank für Ihren Beitrag! –

Das Wort hat nunmehr Herr

Bundesernährungsminister Dr. Lübke:

Es wird nicht zweckmäßig sein, alles das hier zum Vortrag zu bringen, was nach dieser langen Diskussion in meinen Aufzeichnungen steht, was ich auch insbesondere unserem Freund Gerstenmaier alles sagen wollte. Ich darf ihm nur sagen, daß ich es erfreulich und nützlich zugleich finde, daß er die geistigen Grundlagen unserer politischen Arbeit im einzelnen auszuleuchten versucht hat. Daß er das nicht auf allen Gebieten so gründlich machen konnte, wie es wünschenswert wäre, liegt auf der Hand. Ich darf ihm weiter sagen, daß wir von der Agrarpolitik aus seine grundsätzliche Linie bejahen können. Wir können unsere Agrarpolitik ohne weiteres einordnen in unser Gesellschaftsbild, das geformt ist von unserem freiheitlichen, sozialen Rechtsstaat.

Unser agrarpolitisches Leitbild, das unserer Arbeit die Grundlage gibt, ist die Schaffung von leistungsfähigen Höfen, auf denen freie Bauern wirtschaften und auf diese Weise die Möglichkeit haben, einen ausreichenden Lebensstandard für sich und ihre Familien zu erarbeiten. Diese Bauern tragen damit, wenn die Integration Europas beendet ist, das volle Risiko für ihre Existenz und für die Erhaltung ihrer Höfe. Sollte es einmal dem Berufsstand nicht möglich sein, die vorhandenen Schwierigkeiten aus eigener Kraft zu beseitigen, dann ist nach dem Subsidiaritätsprinzip der Staat berufen, einzugreifen. Auf diesem Subsidiaritätsprinzip beruht unser Landwirtschaftsgesetz, das die Angleichung des Ertrages aus der landwirtschaftlichen Arbeit an den vergleichbarer anderer Berufe bezweckt. Der Bund soll danach eine Wirtschaftspolitik

treiben, die den Bauern die Möglichkeit gibt, ein Einkommen zu erwerben, wie es bei anderen Berufen der Fall ist. Dazu bedarf es natürlich der verschiedensten Förderungsmaßnahmen und Hilfen.

Herr Präsident Gerstenmaier vertritt die Ansicht, daß diejenigen Subventionen, die für den Wohnungsbau, die Rentner oder für andere Gruppen gegeben werden, von vornherein von jedem Verdacht frei seien, etwas unzeitgemäß zu sein oder irgendwie das Gesellschaftsbild unserer Partei zu sprengen. Nur bei den Hilfen für die Landwirtschaft stoße man auf eine herbe Kritik. Er selbst hat keine harte Kritik geübt, aber er hat eine solche wahrscheinlich in der Öffentlichkeit an gewissen Rentabilitätsmaßnahmen des Grünen Planes wahrgenommen. Wenn wir aber das Subsidiaritätsprinzip, das im Landwirtschaftsgesetz verankert ist, gelten lassen wollen, dann müssen wir den Grünen Bericht fragen: Wie steht es mit der wirtschaftlichen Situation der Landwirtschaft? Da ergibt sich, daß die Landwirtschaft im letzten abgelaufenen Wirtschaftsjahr bei durchschnittlichen Produktionsgrundlagen und ordnungsmäßiger Bewirtschaftung ein Arbeitseinkommen in Höhe von etwa drei Viertel dessen erreichte, was in vergleichbaren Berufen verdient wurde. Kann man in solcher Lage ohne Maßnahmen subventionsähnlichen Charakters auskommen? Wie steht es nun um die Handelsdüngerverbilligung und um die Milchprämie? Durch erstere wurde erreicht, daß besonders in den kleinbäuerlichen Gebieten wesentlich mehr und zweckmäßiger gedüngt wurde als früher. Die Milchprämie hat die amtlich anerkannten Tbc-freien Tierbestände von 1956 (= 48,8) zu 1958 (= 74,2) um 25,4% und die Beteiligung an der Seuchenbekämpfung von 70,2% auf ca. 98,0% erhöht. Ich glaube, daß in keinem Land ein derartiger Fortschritt erzielt worden ist, wie wir ihn mit Hilfe dieser Milchprämie erzielt haben. (Beifall.) Wenn Sie sich nun weiter die Qualitätssteigerung der landwirtschaftlichen Produktion ansehen, wenn Sie darüber hinaus wissen, daß unsere Bauern in einem revolutionären Umstellungsprozeß stehen und daß am 1. 1. 1959 die Eingliederung in den Gemeinsamen Europäischen Markt wirksam wird und sämtliche sonst beteiligten Länder mit allen Mitteln ihre Landwirtschaft fördern, um diesen Wettbewerb bestehen zu können –, dann können wir nicht den gegenenteiligen Weg beschreiten. (Beifall.)

Wir haben etwa bei einer Million landwirtschaftlich hauptberuflich bewirtschafteter Betriebe 130 000 mit über 20 Hektar. Alle übrigen Betriebe sind kleiner. Alle sogenannten Subventionen, besonders aber die Milchprämie, kommen Menschen zugute, die arm sind und ein Leben lang in harter Arbeit der Entwicklung ihrer Höfe dienen. Wenn man diesen Leuten auf dem Wege der Subsidiarität Hilfe zukommen läßt, dann kann man das nicht mit Subventionen bezeichnen, die in unsere Staats- und Wirtschaftsordnung nicht hineinpassen. Dem müssen wir von uns aus klar widersprechen. Herr Gerstenmaier hat uns dafür bereits wichtige Gründe angeführt.

Wenn ich in diesem Zusammenhang, Herr Präsident, an Ihre Bemerkungen über die soziale Auffassung von Wilhelm von Humboldt und seine Erklärung erinnere, daß man mit einem Zuviel an Hilfe vielleicht eine Verminderung der eigenen Leistung hervorrufe, dann darf ich Ihnen

sagen, unsere Grünen Pläne haben den Bauern wirklich erhebliche Hilfen gebracht. Aber haben Sie jemals irgendwo gehört, die Leistung und Arbeitskraft der Bauern hätte irgendwie nachgelassen? Alles bedeutet nur Hilfe zur Selbsthilfe, und diese zu wecken, ist unsere Aufgabe. Es sind zwei Entschlüsse vorgelegt, in denen dem Wunsche Ausdruck gegeben wird, die bisherige Arbeit wegen der Situation der Landwirtschaft und wegen des Eintritts in den Gemeinsamen Markt Europas verstärkt fortzusetzen. Ich hoffe, daß Sie diesen Empfehlungen Ihre Zustimmung geben. (Beifall.)

Präsident Dr. Stoltenberg:

dankt Minister Dr. Lübke und erteilt das Wort Herrn

Dr. Reinermann (Rheinland):

Ich fühle mich veranlaßt, einmal ein Wort des Dankes auszusprechen für das, was seit 1955, seit dem Steuerneuerungsgesetz und auch durch andere Maßnahmen erfolgt ist. Insbesondere denke ich hierbei an die verflüssigte Kreditbedienung zugunsten des selbständigen Mittelstandes. Trotz aller dieser Leistungen und Maßnahmen haben wir den Tatbestand zu verzeichnen, daß der Bestand der selbständigen Existenzen in Deutschland absinkt. Wir hatten 1950 rund 3 Millionen und 250 000 selbständige Existenzen, davon rund 1,2 Millionen hauptberufliche Landwirte, also nur etwas über 2 Millionen in der Wirtschaft und in den freien Berufen. In den sechs Jahren von 1950 bis 1956 ist zwar die absolute Zahl um 170 000 gestiegen – wir haben jetzt einen Bestand von 3,4 Millionen –, aber der Anteil an der Erwerbsbevölkerung als solcher ist abgesunken. Wir hatten 1950 22 Millionen Erwerbspersonen einschließlich der Arbeitslosen. Jetzt haben wir über 25 Millionen. Die Quote ist abgesunken von rund 14,7 auf 13,2 Prozent. Sie wäre noch viel mehr abgesunken, wenn nicht gerade so viele der selbständigen Existenzen im freien wie im gewerblichen Mittelstand so aushielten und nicht das täten, was verschiedene meiner Herren Vorredner dargelegt haben, nämlich auch unter Verkürzung des Lebensstandards festzuhalten am überkommenen oder am selbstgeschaffenen Unternehmen.

Hier müssen wir tatsächlich bei allem Respekt vor der sozialen Eigentumsbildung, vor allem vor der Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand, etwas schärfer demnächst zusehen, wie wir es fertigbringen, daß wir die selbständigen Existenzen lohnender und attraktiver machen in unserem ganzen wirtschafts-, steuer-, finanz- und sozialpolitischen System. Infolge der zu schwachen Finanzdecke nicht nur bei der privaten, sondern auch bei der wirtschaftlichen Vermögensbildung sind wir bis jetzt nicht gut weitergekommen. Sie müssen bedenken, daß nur 40 Prozent unserer Handwerker auf eigenem Grund und Boden stehen. Bei den Einzelhändlern ist dies noch viel weniger der Fall. Bei allen sonstigen, auch gesamtgesellschaftlich dem Mittelstand zugute kommenden Maßnahmen stehen wir genau wie die Sozialausschüsse – das drückt uns genauso, nur in anderer Weise – vor dieser ungleichen Vermögensbildung in den Größenklassen unserer Wirtschaft. Die Steuerbilanztechnik, die ganzen Möglichkeiten, aus dem Bruttoertrag alljährlich Milliardenbeträge zu Vermögen zu machen, sind dem Mittelstand nicht

gegeben. Darum ist für uns die Selbstfinanzierung eine Angelegenheit, die in dem jetzigen Ausmaße nicht mehr fortgeführt werden kann. Wir begrüßen es, daß der Herr Bundesfinanzminister Etzel begonnen hat, erstmalig hier einen Schritt zu tun, um die Selbstfinanzierung abzubauen oder jedenfalls sie auf ein volkswirtschaftlich vertretbares Maß zu bringen. Wir sind nicht nur interessiert wegen der ungleichen Vermögensbildung der letzten zehn Jahre, sondern auch aus einem ganz anderen Grunde. Die industriellen Vorlieferanten, meistens von den großen Kapitalgesellschaften her, sind es ja, welche für die Preisbildung des selbständigen Unternehmers ein entscheidendes Wort mitzureden haben. Wenn sie nun ihre Investitionen in so großem Maße durchführen, so bedeutet das für den Abnehmer ihrer Ware entsprechend hohe Preise.

Hinzu kommt, daß der selbständige Unternehmer heute vor einem sozialen Wettbewerb steht, wie es ihn vorher nie gegeben hat. Er hat sich nicht nur dem technischen und wirtschaftlichen Wettbewerb, sondern auch dem sozialen Wettbewerb unterworfen. Die Eltern suchen gar nicht mehr einen Beruf für ihre Kinder, sondern vielfach nur eine Arbeit in großen Betrieben mit ihren gewaltigen freiwilligen Sozialleistungen, und zwar finanziert über die Preise und honoriert durch den Fiskus.

Vielleicht können Sie sich den Vorschlag zu eigen machen, den unsere Schwesterpartei, die CSU, vor etwa eineinhalb Jahren gemacht hat, nämlich das Ausmaß der Bildung von Sozialkapital auf acht Prozent der Lohnsumme zu beschneiden. Dann kämen wir schon ein schönes Stück weiter. Jetzt ist es so, daß eine Reihe von großen Gesellschaften, aber auch mittleren und kleineren Betrieben, in der Lage sind, zum Teil ein größeres Sozialkapital zu bilden, als ihr Stammkapital beträgt. Das ist natürlich eine geradezu groteske Entwicklung. Es fehlt uns überhaupt an einer Kritik dieses Kapitalismus. Die Gewerkschaften tun es nicht. Sie sind etabliert und assoziiert und wollen nur das Vorzeichen ändern, daß nämlich diese große und bewegliche Vermögensbildung aus der Hand der Kapitaleigner in die Gemeinwirtschaft übergeführt wird. Das ist der ganze Unterschied. In Nürnberg ist deutlich gesagt worden: Die kleinen und mittleren Betriebe, die nicht mitkommen, müssen verschwinden. – Die Tendenz der Gewerkschaften und überhaupt die Tendenz der Sozialpartner geht eben leider auf den Großbetrieb und nicht auf den kleinen und mittleren Betrieb hin.

Wir sind wahrhaftig keine Freunde von gezielten Maßnahmen und würden gerne darauf verzichten, wenn die gesamtwirtschaftliche Gleichgewichtsregelung so wäre, daß wir tatsächlich keine großwirtschaftlichen Privilegien zu verzeichnen hätten. Nachdem aber diese ungleiche Entwicklung Platz gegriffen hat, sind wir auf Korrekturen, wenn auch zeitbedingte und auf Zeit angesetzte, geradezu angewiesen. Infolgedessen lautet seit langem einer der Vorschläge des Mittelstandes, daß doch einmal eine Investitionshilfe für den Mittelstand vorgelegt und mit einer gewissen Grenze, vielleicht für ein paar Jahre, dem Mittelstand eine Starthilfe gegeben wird, indem der nicht entnommene Gewinn bei ihm anders behandelt wird als bei der Großwirtschaft. Sie werden viel-

leicht sagen, das widerspricht sich ja, auf der einen Seite sind Sie für den Abbau dieser Privilegien, und auf der anderen Seite wollen Sie für Ihren eigenen Bereich ein solches Privileg. Wir haben ein gutes Modell für die Finanzierung der Hausreparatur, nämlich die Finanzierung des jahrelangen Nachholbedarfs auf dem Reparatursektor mit Hilfe dieser dreijährigen Abschreibung von einem Drittel der Mieteinnahmen. Das hat tatsächlich segensreich gewirkt. Hier müßte eine befristete Maßnahme erfolgen, um zu einer wirtschaftlichen Substanzbildung im gewerblichen und freien Mittelstand zu kommen. Ich weiß nicht, warum dieser Vorschlag einfach unter den Tisch fallen muß.

Noch etwas zur Sozialpolitik! Wir stehen heute in einem sozialen Wettbewerb, den es früher in dieser Form nicht gegeben hat. Dieser Wettbewerb hat auch arbeitsmarktpolitische Folgerungen, die heute schon sehr deutlich sind, nämlich der Trend zum Großbetrieb auch für uns Selbständige. Die abhängige Existenz wird so attraktiv, daß sogar unsere Meister und sonstigen gewerblichen Unternehmer ihre Betriebe aufgeben; auch die Söhne und Töchter der Meister übernehmen vielfach nicht mehr das väterliche Erbe, weil sie sehen, daß sie in acht oder demnächst in sieben oder sechs Stunden in gesicherter Existenz arbeiten können, ein annehmbares Einkommen beziehen sowie einen geregelten Urlaub und ein freies Wochenende haben. Die Gewerbeflucht, vor allem auf dem Lande, die jetzt zur Landflucht hinzutritt, hat da hauptsächlich ihre Wurzel. Sie liegt nicht nur in den geringen Erträgen einer solchen Arbeit, sondern vor allen Dingen darin, daß es nicht möglich ist, trotz aller sozialen Fortschritte, diese Dinge auch dem kleinen selbständigen Mann zuzuwenden, der von seinem Ertrag leben muß und durch diese großwirtschaftliche Entwicklung beschnitten wird.

Ich möchte eine Bitte aussprechen. Wir haben einige sozialpolitische gesetzgeberische Großtaten von unserer Partei geschaffen, z. B. den Lastenausgleich und die Rentenreform. Das sind beides Dinge, die nicht von heute auf morgen entstanden sind, sondern einer jahrelangen Beratung und Behandlung bedurften. Wie wäre es, wenn Sie den Gedanken aufgriffen, den auch Kurt Schmücker formuliert hat mit den Worten: „Sozialpolitischer Lastenausgleich in Deutschland“? Wie wäre es, wenn Sie hier nach einer Lösung suchten, wenn sie auch erst in einer oder zwei Legislaturperioden herangereift ist? Es muß ein anderer Bemessungsmaßstab als der Vermögensaufwand gefunden werden. Auch die Kapitalintensität unserer deutschen Wirtschaft muß herangezogen werden, nicht etwa bloß der Energieaufwand. Mit Hilfe der Wissenschaft, der Sozialpolitiker und der Experien aus dem Mittelstand muß ein anderer Schlüssel ermittelt werden, um zu diesem sozialpolitischen Lastenausgleich zu kommen. Ich bitte Sie, gehen Sie diesen Dingen nach; denn Soziale Marktwirtschaft heißt nicht bloß ein möglichst großer Sozialetat, Soziale Marktwirtschaft heißt auch nicht, immer mehr und immer billiger produzieren, sondern Soziale Marktwirtschaft nimmt das Wort sozial im Sinne der Gesellschaftspolitik und einer Wirtschaft, die einen immer breiteren Weg schafft für eine bessere Ordnung und Verbesserung. (Beifall.)



Hans Katzer MdB
Bundesgeschäftsführer
der Sozialausschüsse.



Bundesernährungsminister
Dr. h. c. Heinrich Lübke,
Bundesvertriebenenminister
Professor Dr. Oberländer
und Bundesminister für
Wohnungsbau Paul Lücke.



Dr. Adenauer muß Autogramme geben.

Pressekonferenz am Rande des Parteitages: Staatssekretär von Eckart antwortet.



Präsident Dr. Stoltenberg: Das Wort hat

Frau von Coelln:

Herr Dr. Krone erwähnte gestern und Herr Dr. Gerstenmaier heute die vorgesehene Strafrechtsreform. Es fiel, wenn auch in einem anderen Zusammenhang, das schöne Wort: Wer aber für andere Verantwortung trägt, kann der ausweichen? Ich bin keine Juristin, aber seit 24 Jahren mit einem Juristen verheiratet und eine fünffache Mutter. (Beifall.)

Deshalb habe ich heute die Bitte an unsere Freunde, die gesetzgeberisch tätig sind: Schützt unsere Kinder mehr als bisher vor diesen scheußlichen Überfällen, Verschleppungen, Vergewaltigungen oder gar Morden durch Jugendliche. Diese Untaten haben in der letzten Zeit erschreckend zugenommen. Wenn es sich auch nur um leichtere Überfälle handelt, so ist doch der seelische Schock, den unsere Kinder davontragen, kaum zu überwinden. Die große Sorge, mit der wir Eltern unsere Kinder morgens auf ihren oft recht weiten Schulweg schicken, ist eine zusätzliche Belastung unserer elterlichen Verantwortung, der ein Rechtsstaat nicht ausweichen darf. Meines Erachtens ist das furchtbare Kriegsende schon zu lange vorbei, als daß man immer in Wort und Schrift zu entschuldigen versucht, dieses Treiben der Kinderverfolger rühre vom verlorenen Krieg her.

Ich habe mich belehren lassen, daß das materielle Recht, das die Sittlichkeitsdelikte betrifft, noch aus dem 19. Jahrhundert stammt, als diese Delikte noch ausgesprochene Ausnahmen waren. Auch der Strafrahmen ist, wie meistens, gleitend, so daß auch geringe Gefängnisstrafen zulässig sind. Die aus unangebrachter Milde resultierende Möglichkeit vom psychologischen Verständnis der Tat und die entsprechende Beurteilung wird betont durch die besonderen Vorschriften des Jugendstrafrechtes. Der Kreis der Jugendlichen ist erweitert worden; ein Täter zwischen 18 und 20 Jahren kann noch als Jugendlicher angesehen werden. Das Jugendstrafrecht ist ausschließlich vom Erziehungsprinzip beherrscht, so daß Erziehungsmaßnahmen und Bewährungsfrist die Regel sind. Kapitalstrafen fehlen überhaupt.

Eine Neuregelung müßte den Strafrahmen einengen, schwerere Strafen schaffen und den Strafvollzug obligatorisch machen. Sagen Sie mir bitte nicht, daß das juristisch nicht möglich sei. Im Anfang war die Tat. Ich denke z. B. an eine kleine Novelle im Jugendstrafvollzug. Es muß juristisch möglich sein, und zwar so schnell wie möglich, unsere unschuldigen und hilflosen Kinder besser zu schützen vor dem verabscheuungswürdigen Handeln dieser Untermenschen. Auch das ist Dienst am Volke. (Starker Beifall.)

Präsident Dr. Stoltenberg:

Ich darf auch Ihnen, Frau von Coelln, herzlichen Dank sagen für Ihren wertvollen Beitrag. – Das Wort hat Herr

Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier:

Meine Damen und Herren! Meine verehrten Freunde! An diesem Nachmittag wurde eine Antwort erteilt auf das Rätselraten vieler Kommentatoren in der deutschen Presse, ob es auf einem Parteitag der Christlich Demokratischen Union eine freie, offene, ungeschminkte und un-

gelenkte Debatte gäbe. Der Beweis ist erbracht. (Beifall.) Keine Direktion des Vorsitzenden hier zwingt uns, die Diskussion für heute abend abzubrechen, sondern es geschieht deshalb, weil sich der Tag geneigt hat, um in der schönen Sprache der Heiligen Schrift zu sprechen. Der Tag hat sich geneigt, und wir müssen uns anderem zuwenden. Nur deshalb brechen wir jetzt ab und vertagen die Diskussion bis morgen vormittag.

Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich für diese eingehenden Diskussionsbeiträge. Welcher Referent würde nicht sagen, daß er dabei etwas gelernt habe. Ich jedenfalls habe vieles dabei gelernt; manches hat mich bestärkt und bekräftigt. Zuerst danke ich unserem Freund Theo Blank, trotz unserer Meinungsverschiedenheit in terminologischer Hinsicht. Theo Blank hat sich in seinem ausgezeichneten Diskussionbeitrag nach meiner Überzeugung durch eine kleine Nuance zu 60 Prozent um den rauschenden Beifall gebracht, weil er in seinem Schlußsatz noch einmal *seinen* unschuldigen Begriff des Wohlfahrtsstaates benützt hat. (Heiterkeit.) Hätte er ein anderes Wort gebracht, was ich ihm empfohlen hätte, hätte er „sozialer Rechtsstaat“ gesagt, dann hätte es für ihn einen donnernden Beifall gegeben. Vielleicht hätte ich sogar mir heute hier die bittersten Diskussionsreden über meine Person ersparen können, wenn ich dort, wo ich etwas pauschal von den sozialkonservativen Energien des letzten Jahrhunderts gesprochen habe, unsere ur-eigenste, großartige Ahnengalerie hätte auffahren lassen. Aber das habe ich so oft getan, daß ich sogar meine Kritiker fragen muß: Haben Sie es denn ganz vergessen? Ich habe einmal in Gelsenkirchen die „HDV“ der Evangelischen Arbeiterbewegung proklamiert. Ich stehe dazu. Ich komme nicht vom alten oder vom neuen Liberalismus, noch nicht einmal von dem von mir hochverehrten Friedrich Naumann, sondern ich komme aus der Tradition des christlich sozialen Protestantismus, der sich an den Namen Stöcker heftet und der mit Wichern und Viktor Aimé Huber, Wagner usw. begann. Dazu stehe ich. Die Protestanten wissen, daß ich in dieser Sache seit Jahr und Tag einiges zu verfechten habe. Ich habe kein Wort davon zurückzunehmen. Von Viktor Aimé Huber, einem der geistigen Vorväter und Inspiratoren, über Johann Hinrich Wichern und Stöcker bis in diese Stunde geht – wofür ich mich anheischig mache, in einem geschichtlich-kritischen Beitrag vor Ihnen anzutreten – eine einzige, ungebrochene Linie, und wir haben davon überhaupt nichts zurückzunehmen. (Beifall.)

Dasselbe gilt, das möchte ich hier noch einmal mit Nachdruck sagen, für unsere katholischen Freunde. Es gilt von Bischof Ketteler über Kolping und seine geistigen Söhne bis hin zu Stegerwald. Es ist ja nicht wahr, daß wir davon abgegangen sind. Es ist wahr, in der Ahlener Erklärung steht einiges mehr, als bis zu Stegerwald gesagt wurde. Aber, meine verehrten Freunde, es kommt doch für uns nicht darauf an, uns immer nur mit einer stattlichen Ahnengalerie auszuweisen, sondern es kommt darauf an, daß wir unseren eigenen Beweis des Geistes und der Kraft und der Leistung erbringen. (Starker Beifall.)

Wir wollen doch nicht schwächliche Epigonen großartiger Sozialpolitiker sein, von denen ich ausdrücklich gesagt habe, daß sie weit mehr als die

Liberalen alten oder neuen Schlages, weit mehr als die Sozialisten, die die Welt in Atem gehalten haben, weit mehr als sie alle das heutige produktive und konstruktive Gesellschafts- und Staatsbild unserer Partei vertreten, vorgeformt und bestimmt haben. Dazu stehe ich. Es ist dabei wirklich kein substantieller Unterschied in der Sozialtradition des deutschen Katholizismus und in der Sozialtradition des deutschen Protestantismus. Lassen Sie sich das doch nicht einreden! (Beifall.) Der deutsche Katholizismus hat in seiner Sozialtradition vor dem deutschen Protestantismus etwas voraus; er hat nämlich eine ganz ausgezeichnete, erstklassige Schulungs- und Bildungsorganisation gehabt in der Gestalt der Katholischen Volksvereine. (Beifall.)

Es kommt mir nicht zu, einer anderen großen Konfession und Schwesterkirche irgendwelche Ratschläge zu geben. Wenn Sie mir aber als Unionsfreund ein Wort erlauben, dann kann ich nur sagen: Wenn der Katholische Volksverein wieder aufmachen und einige Fortbildungskurse durchführen würde, vielleicht auch für unsere Freunde, von denen einige heute hier gesprochen haben, dann wäre das nicht nur für sie, sondern für uns alle ein Gewinn und vielleicht sogar ein Genuß. (Beifall.) Denn dann würde noch einiges nachgetragen werden, was inzwischen passiert ist, z. B. auch auf dem Boden der Katholischen Kirche, was von großer Bedeutung ist. Ich denke z. B. an die geheimnisvoll inspirierende Kraft des Neu-Thomismus im französischen Sozialdenken. (Beifall.) Das ist Geist von dem Geiste, mit dem wir uns immer wieder berühren im Bereiche der europäischen Integration. Unsere europäischen Schwesterparteien sind davon mitgetragen und mitbestimmt. Oder glauben Sie vielleicht, daß ein Mann wie Jacques Maritain ganz vergessen sein soll im deutschen Katholizismus oder in der deutschen Sozialtradition, ein Mann, der großartige Beiträge über das 19. Jahrhundert hinaus zur Gesellschaftsproblematik geliefert hat. Diese sozialen Beiträge des Neu-Thomismus zum „humanisme integral“ kreisen um das Kernproblem des Personalismus! Ich habe niemals gesehen, so oft ich auch dem katholischen Klerus begegnet bin, auch den Vertretern des Vatikans, daß man sich davon distanziert hätte. Was haben denn die katholischen Personalisten nicht nur auf dem Boden Frankreichs gemeint in den letzten Jahrzehnten? Sie haben gemeint, daß es das große Thema sei, das die Christenheit verpflichte, den Menschen in seinem Personkern, den einsamen Menschen, der in seinem Personsein vor Gott steht, zu schützen vor der Verknechtung unter die überwältigende Gewalt der unpersönlichen, der nicht personalen Apparaturen. Das ist Personalismus! (Beifall.)

Nun lassen Sie mich eine kleine taktische Überlegung hier verraten, auch auf die Gefahr hin, daß wir uns damit um 50 Prozent des politischen Ertrages dieses Tages bringen. Wir können es ruhig aussprechen. Wenn man Liberalismus sagt, dann bedeutet das, auch bei uns, noch nicht, daß alles, was im Laufe von 150 Jahren damit zusammenhängt, vom Teufel ist. Wir sind gegen Verketterungen, weil sie dem Geist der christlichen Großzügigkeit, zu dem unsere Partei verpflichtet ist, zuwiderlaufen. (Beifall.)

So viele sind unter uns, die nach bitteren Erfahrungen zu uns gelangt sind, die ihre ursprüngliche geistige Heimat nicht bei den Sozial-Konservativen katholischer oder protestantischer Herkunft, bei den Christlich-Sozialen des letzten Jahrhunderts gehabt haben, sondern die irgendwo anders herkommen. Die sind doch bei uns. Sie haben sich bei uns redlich und ehrlich bemüht und haben sogar großartige Leistungen vollbracht. Soll ich vielleicht Namen nennen? Das ist mir zuwider. Nein, so einfach machen wir uns das in dieser Partei, die sich eine Christliche Union nennt, ganz gewiß nicht. (Lebhafter Beifall.)

Nun noch etwas, damit es gewiß kein Mißverständnis mehr gibt, lieber Freund Arndgen; ich glaube, Herr Katzer hat auch davon gesprochen. Meine lieben Freunde! Ich habe mich nicht zu dem von mir ausdrücklich zitierten Staatsbegriff Humboldts bekannt, sondern ich habe ihn gezeichnet als ein Gegenbild, das, wenn es uns heute vorgetragen wird, wie ein Sakrileg auch in unseren Ohren klingt. Das habe ich doch ausdrücklich gesagt. Es ist das Gegenbild, von dem sich unser Wille zum sozialen Rechtsstaat exakt abhebt. Das ist die eine Gegenfront; sie liegt in der Vergangenheit. Auch der Liberalismus kann an diesem Humboldt-schen Staatsbegriff unter keinen Umständen mehr festhalten, auch wenn er es noch so verzweifelt versuchen würde. Das ist das eine. Friedrich Naumann hat um die Jahrhundertwende das bemerkt und hat deshalb den Staatsbegriff des Liberalismus verbunden mit dem nationalen und dem sozialen Gedanken. Nur dadurch ist der Liberalismus politisch wirksam überhaupt bis in unsere Tage gelangt.

Das einzige, was ich als Resümee dazu sagen darf, ist folgendes: Leute, die sich heute als die parlamentarischen Traditionsträger des deutschen Liberalismus fühlen, die können, so wie die Dinge heute stehen, gar nicht anders, als, wenn es zum Kampf kommt, mit uns das personalistische Gesellschaftsbild gegen die Bedrohung durch den sozialistischen Versorgungsstaat verfechten. Tertium non datur! Ist das wahr, oder ist das nicht wahr? (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Glauben Sie doch nicht, daß die Entwicklung zum Zweiparteienstaat nur eine Raffinesse der übermächtigen CDU sei, die herummanipuliere mit Fünf-Prozent-Klauseln usw.! Lassen Sie sich doch solch dummes Zeug nicht einreden! Unsere Zeit, jedenfalls die zweite Hälfte dieses blutigen Jahrhunderts, will ein offenes und ein klares Gesicht, sie tritt vor große Entscheidungen. Da gibt es nur ein Entweder – Oder. Da fallen diese 44 möglichen Parteien und Partei-grüppchen einfach ins Leere! Es stehen hier zwei Fronten. (Beifall.)

Warum sollten wir uns da noch Vorwürfe machen? Ich möchte natürlich von mir aus – ich weiß nicht, ob ich mich dabei übernehme – in dieser Debatte nun auch gerne los werden, daß diejenigen, die in ihrem wirtschafts-, sozial- und außenpolitischen Denken mit uns im Grunde übereinstimmen, endlich ihre sonstigen Reserven uns gegenüber verlieren. Es ist doch gar nicht wahr, daß wir eine ferngesteuerte, ultramontane und also im Grunde antideutsche Partei sind, der man deshalb nicht zu-fallen könne. Wir möchten, daß endlich solche Kamellen vergessen werden und daß sich die Leute über solche Ressentiments erheben und vor das tatsächliche politische und gesellschaftspolitische Grundproblem

unserer Zeit treten und dazu Stellung nehmen. Und das heißt doch, mit uns gegen die andere Seite antreten! (Starker Beifall.) Nun sage ich Ihnen, wir werden das nicht erreichen, wenn wir nicht glaubhaft innerhalb unserer eigenen Union den Geist der Großherzigkeit und der Großzügigkeit vorleben und dokumentieren! (Beifall.)

Lassen Sie mich noch einige kleine Bemerkungen machen zum Diskussionsertrag. Wir haben gesagt „Eigentum für alle“. Man könnte sich vielleicht volltönendere und schönere Parolen vorstellen, als wir sie im letzten Jahre gefunden haben, um unseren Willen zur sozialen Redlichkeit und zur inneren Gestaltung dieses Sozialstaates darzulegen. Wir haben gesagt „Eigentum für alle“. Ich habe sie nicht einmal erfunden, aber ich sage entschieden: Diese Parole ist nicht schlecht. Damit können wir es wagen.

Es ist das nicht sehr schöne Wort von dem Mangel an Solidarismus gefallen. Ich weiß, was damit gemeint ist. Aber ist es ein Mangel an Solidaritätsgefühl mit denen, die bis jetzt zu kurz gekommen sind in der Geschichte und in unserem Volk, wenn wir wirklich mit der letzten Kraft unserer Herzen und der letzten Überzeugungstreue nicht nur sagen „Eigentum für alle“, sondern – unter Absage an illusionäre Träume und Kampfparolen – uns redlich und ehrlich bemühen, die Wirklichkeit dessen Gestalt werden zu lassen?

„Eigentum für alle!“ Weil das für uns gerade kein Schlagwort ist, deshalb machen wir uns doch das Leben so schwer, und deshalb lassen wir es uns auch mit unserer Sozialpolitik so schwer werden. Ich habe gerade die Rede des Vorsitzenden der IG Metall-Gewerkschaft zugeschickt bekommen. Er war so freundlich, sie mir durch Eilboten zu schicken, weil ich ihn darum bitten ließ. Sie ist mir leider zu spät in die Hand gekommen, eben jetzt erst, so daß ich sie heute in meinem Referat nicht mehr berücksichtigen konnte. Über soziale Sicherheit und gesellschaftlichen Fortschritt steht vieles drin, worüber man diskutieren kann. Aber es ist von vorn bis hinten leider so, daß diese Rede unter einem Horizont steht, der nicht der unsere ist, sondern diese Rede ist Geist vom Geiste des Versorgungsstaates, man könnte sagen, bis in die letzten Positionen hinein der Geist des Marxismus in seiner heute in der Bundesrepublik allein noch diskutablen Gestalt. Und das wollen wir nicht! (Beifall.)

Wir setzen dagegen: „Eigentum für alle“, und wir lassen es uns damit sauer werden. Das ist kein Schlagwort und hat auch gar nichts weiter zu tun mit Neoliberalismus. Hier befinden wir uns auf dem Boden des sozialkonservativen Erbes der Ketteler, Wichern, Stöcker bis zu Stegerwald. Wenn ich an die Abreden von Jakob Kaiser mit Goerdeler denke, dann könnte ich auch noch Jakob Kaiser nennen! Ich könnte das tun und den Beweis dafür führen! (Beifall.)

Selbstverständlich gehört dazu, daß derjenige, der „Eigentum für alle“ sagt, auch sagen kann: „Eigentum in Arbeiterhand!“ Wenn sich aber christlich demokratische Arbeiter in den Gewerkschaften sagen lassen sollen – wie ich es heute hier gehört habe –: Setzt Euch in Eurem eigenen Verein, in Eurer CDU, durch! – dann muß es uns doch erlaubt sein zu fragen: Ja, um Gottes willen, womit sollen sie sich eigentlich durch-

setzen? Etwa mit dem Ideengut des Herrn Brenner, mit dem Ideengut von Karl Marx, zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts, oder aber mit den Gesichtspunkten sozialer Gerechtigkeit, die für uns programmatisch sind und die zusammenpassen mit unserem christlich-sozialen Erbe? Das sind nämlich zwei Paar Stiefel! (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Wir sind übereingekommen zu sagen: Schutz der Leistung; denn das ist eine Voraussetzung der Eigentumsbildung. Wenn man das Eigentum den anderen nicht stehlen oder nicht mit Gewalt abnehmen will – was wir nicht wollen – dann muß man sich doch klar ausdrücken und sagen: Schutz der Leistung! Wir haben gesagt „Soziale Gerechtigkeit“ und haben damit gemeint die garantierte Freiheit der Selbstverantwortung zusammen mit der kräftigen und großzügigen Hilfe an den, der schuldlos zu kurz gekommen ist. Ich habe Beispiele angeführt. Werfen Sie doch einen Blick auf unseren Bundeshaushalt, dann sehen Sie, wieviel für soziale Aufwendungen ausgegeben wird. Dennoch will man noch kommen und unseren Willen zur sozialen Gerechtigkeit in Zweifel stellen!

Schließlich noch ein Wort zum Ahlener Programm! Warum sollte ich hier nicht ein freimütiges Bekenntnis ablegen? Lange bevor unsere Freunde in Ahlen zusammengetreten sind und das Ahlener Programm formuliert haben, saß ich im Kreisauer Kreis. Dort haben wir gemeint, daß man sich eine deutsche Nachkriegswirtschaft nur vorstellen könne in der Gestalt einer moderierten Planwirtschaft und auf der Grundlage der sozialisierten Grund- und Schlüsselindustrien. Das habe ich selber ehrlich und redlich mit gedacht in den Jahren 1940 bis 1944. Nun, meine Damen und Herren, ich kann nur sagen, Gott sei Dank haben wir die Erfahrung gemacht – vielleicht gar nicht kraft unserer vorzüglichen Planung, sondern weil uns Gottes Hilfe dabei zustatten kam –, daß es andersherum besser geht und richtiger ist. Aber fällt uns denn ein Zacken aus unserer Krone, wenn wir nun auf Grund unserer Erfahrung sagen: Nein, den Weg gehen wir nicht, sondern wir gehen den Weg der Privatisierung? Meine lieben Freunde, man kann entweder Privatisierung oder Sozialisierung sagen, aber beides zusammen, das geht nicht, das kann eine Partei nicht ertragen. (Beifall.)

Ich verzichte auf alle weiteren Auseinandersetzungen. Ich bedanke mich noch einmal, insbesondere bei meinen harten und scharfen Kritikern. Ich bedanke mich deshalb bei Ihnen allen, weil ich durch die Diskussion, die ja nicht immer sehr konzentriert verlaufen ist, gesehen habe, daß über die Meinungsverschiedenheiten hinaus eine weit höhere Gesinnungs- und Denkeinheit in der CDU lebendig und sichtbar geworden ist, als sie formulierbar an einem solchen Tage zum Ausdruck gebracht werden kann. Manchmal ist unser Reden nur ein Stammeln, das eben gerade noch einen Standort und eine Richtung erkennen läßt. Meine Damen und Herren! Wir sollten es zuweilen damit genug sein lassen und dankbar sein, daß wir im großen und ganzen sagen können, diese Christlich Demokratische Union bekennt sich – wenn auch in den Nuancen verschieden – zur Gesellschafts- und Staatsgestaltung aus dem Geist der verantwortungsbewußten Freiheit.

Ich schließe, indem ich mir erlaube, noch einmal einen Kernsatz meiner Rede von heute vormittag in Ihre Erinnerung zu rufen, von dem ich glaube, daß wir uns alle auf ihn vereinigen können: Der auf seinen eigenen Füßen stehende, gewissenhaft das Gemeinwohl bedenkende Staatsbürger ist und bleibt das einzig wahre Fundament des sozialen Rechtsstaates.

(Starker Beifall.)

Präsident Dr. Stoltenberg:

Ich darf Ihnen, Herr Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier, den besten Dank der Versammlung für Ihre Worte aussprechen.

Meine Damen und Herren! Wir stehen am Ende unserer heutigen Sitzung. Ich glaube, es war ein gutes Bild, daß wir gesehen haben, mit welcher Offenheit und Klarheit hier diskutiert wurde. –

Der Parteitag tritt morgen um 11.00 Uhr zu seiner Schlußsitzung zusammen.

4. Tag, Sonntag, 21. September 1958

Schlußsitzung (3. Plenarsitzung)

Beginn der Sitzung: 11.25 Uhr

Ministerpräsident von Hassel:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Liebe Parteifreunde! Ich eröffne die Schlußsitzung des 8. Bundesparteitages und heiße Sie herzlich willkommen. Ich darf zunächst ein Wort der Entschuldigung dafür sagen, daß wir mit einer gewissen Verspätung anfangen. Der Bundesvorstand hat nach dem Gottesdienst noch einmal kurz zusammentreten müssen. Ich darf Sie deshalb gütigst um Entschuldigung bitten, daß wir eine Verzögerung von etwa 30 Minuten erleiden.

Zum Ablauf dieses Vormittags ist Ihnen aus dem Programm gesagt worden, daß wir zunächst die Verabschiedung von Entschlüssen vorgesehen haben und dann ein Schlußwort des Bundesvorsitzenden hören werden. Anschließend folgt ein Musikvortrag, und zum Schluß wird der Präsident des Parteitages ein Schlußwort zu Ihnen sprechen. Wir werden es so einrichten, daß wir in etwa 70 Minuten mit dieser Sitzung fertig werden. Ich darf zunächst das Wort erteilen, dem Kollegen Herrn

Dr. Hellwig:

Wer die gestrige Diskussion miterlebt hat, wird mit mir darin übereinstimmen, daß es ein Wagnis und zugleich ein Erfolg war, gerade hier in nächster Nähe der Zonengrenze und aufmerksam beobachtet von all unseren Freunden und Brüdern drüben, eine solche Debatte zu führen. Wenn man Teilnehmer aus der Zone, die Gelegenheit gehabt haben, der Debatte beizuwohnen, fragt, was sie am meisten beeindruckt hat, dann werden sie antworten, daß es nicht etwas Materielles gewesen ist – etwa der Wohlstand oder die Verbesserung von Sozialleistungen, der hohe Lebensstandard oder was sonst angeklungen ist –, sondern daß es vor allem die Freiheit ist, in der eine solche Aussprache von der die Regierung tragenden Partei geführt werden kann. (Beifall.) Das ist es doch, was drüben vor allem fehlt. Deshalb sollte auch nicht auseinandergegangen werden, ohne noch einmal ganz kurz bestimmte, unerträgliche Dinge in der Wirtschaftsordnung jenseits der Zonengrenze in unser Gedächtnis zurückrufen. Das ist um so notwendiger, als bei uns zwar aus gutem Willen, aber vielfach doch aus mangelnder Erkenntnis heraus Zustände in der Zone beurteilt oder Empfehlungen übernommen, zumindest aber diskutiert werden, die im Grunde genommen alle unreal und für uns politisch untragbar sind, weil sie eben die Freiheit und die Sicherheit des deutschen Volkes gefährden. Denken Sie an die Schlagworte von den sozialistischen Errungenschaften, von der Selbstverwaltung der Körperschaften, der Gewerkschaften und der Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse, von den öffentlichen Kontrollen usw. Es soll hier nur ein Begriff entlarvt werden, weil er immer wieder eine Rolle spielt. Im dialektischen Sprachgebrauch wird immer von sozialen und sozialistischen Errungenschaften gesprochen. Was aber verstehen die Machthaber darunter? Hören wir, was die Machthaber drüben selbst durch

den Mund des Mitglieds des Politbüros der SED, Herrn Matern, vor einiger Zeit noch gesagt haben: Sozialistische Errungenschaften seien die in der SED verwirklichte Einheit der Arbeiterklasse, die Arbeiter- und Bauernmacht, die in diesem Staate herrsche, und die Freundschaft mit der Sowjetunion. Daran sollte man sich erinnern, wenn von drüben gefordert wird, daß bei der Wiedervereinigung „soziale Errungenschaften der Zone“ übernommen werden müßten, daß damit die Macht der Sowjetunion gemeint ist. So versteht es der parteiinterne Sprachgebrauch.

Lassen Sie mich nur an einigen Beispielen zeigen, wie eine Fülle von Rechten, die in unserem Sprachgebrauch eindeutig sind, drüben im dialektischen Mißbrauch der Sprache in ihr Gegenteil umgekehrt worden sind. Es ist gestern in dem Beitrag von Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier auf den Katalog von Grundrechten, Freiheiten und Schutzrechten zum Schutze der Persönlichkeit gegen den Staat die Rede gewesen. In fast allen Verfassungen, die in den Ländern oder in der Zone selbst jenseits des Eisernen Vorhanges entstanden sind, wird auch von Grundrechten gesprochen. Fast wörtlich stimmen die Kategorien bestimmter Menschenrechte überein; aber wie ist die gelebte Verfassungswirklichkeit dort drüben, verglichen mit der Papierverfassung, die diese Grundrechte zusagt? Sie sind in ihr Gegenteil umgekehrt worden. Nehmen wir den Schutz des Privateigentums; auch das gibt es drüben im Verfassungstext. Wie sieht es in der Praxis aus? Die Eigentumsfeindlichkeit dieses Regimes ist längst über die Auseinandersetzung mit dem Produktionsvermögen hinausgegangen und geht heute bis in die Persönlichkeitssphäre des privaten Eigentums hinein. Ein Beispiel nur für viele! Wenn im Wohnungsbau jemand ein Eigenheim anstrebt, so wird er heute diffamiert, daß er sich in ein Schneckenhaus zurückziehen möchte. Mit dieser Schneckenhausideologie diffamiert man das Streben nach privatem Eigentum in der Persönlichkeitssphäre.

Was ist weiter geschehen? Alles ist in den Plan einbezogen. Die Organisationen der früheren Selbstverwaltung sind zu Vollzugsinstrumenten des Planes geworden. Das gilt für die Organisationen der Selbstverwaltung der Wirtschaft, die Industrie- und Handelskammern, ebenso wie für die der Arbeitnehmer. Die Gewerkschaft hat ihre Funktionen entscheidend wandeln müssen. Sie ist heute Vollzugs- und Einpeitscherorgan für die Durchführung des Planes. Auch die Arbeitnehmer der sozialistischen Betriebe sind nicht mehr Arbeitnehmer in einer Partnerschaft zum Arbeitgeber oder dem Unternehmer, sondern sie sind beauftragt und angehalten, die Durchführung des Planes herbeizuführen und die Leistungen immer mehr zu steigern. Es gibt keine Tarifverhandlung auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitszeitbedingungen, im Gegenteil, es heißt, durch diese Umwandlung der Wirtschaft und die Ausschaltung der privaten Unternehmer sei die Gewerkschaft heute frei, sich für die Durchführung des Planes einzusetzen und die Produktivität zu steigern. Sie braucht, so heißt es in einer dieser Erklärungen, nicht mehr ihre Kraft zu verschwenden an langwierigen Tarifverhandlungen. Wie sieht die Lohnhöhe aus? Der letzte SED-Parteitag hat als Grundsatz aufgestellt, daß die Produktivitätssteigerung immer über der Lohn-

bewegung stehen müsse, daß die Lohnbewegung nicht die Produktivitätsentwicklung der Wirtschaft voll in Anspruch nehmen dürfe. Wie sieht es mit dem Leistungsstreben aus? Der Leistungslohn ist längst etwas anderes geworden. Er ist ein Antriebsmittel der Arbeitseinsatzer und nicht mehr die echte Vergütung für echte Leistung. 80 Prozent der Produktionsarbeiter in den zentral verwalteten Industrien der Zone sind im Leistungslohn beschäftigt. In der Bundesrepublik sind es in der Industrie ganze 35 Prozent. Hier wird deutlich, wie aus einem echten gesellschaftsbildenden Moment der Leistung und des Leistungslohnes ein Instrument der Unterdrückung geworden ist.

Über allem steht eben jener Produktions- oder Produktivitätsplan, der sich mehr und mehr als totale Bedrohung der Sicherheit jedes einzelnen herausstellt. Die Unberechenbarkeit des menschlichen Verhaltens, der natürlichen Bedingungen, die außerstaatlichen oder auswärtigen Einwirkungen, alles das sind Quellen für Fehler, Quellen aber auch vor allem für ständige Bedrohung der Freiheit und der Sicherheit der Familie, ja der wirtschaftlichen und sozialen Existenz jedes einzelnen. Auf diesem Wege in der Manie der Planerfüllung, bleiben dann alle jene Freiheitsrechte liegen, nämlich die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, die freie Berufswahl, die freie Konsumwahl der Verbraucher und die freie Verwendung der Einkommen. Die Reste des privaten Eigentums werden nicht durch einige Gesetzesstriche beseitigt, sondern sie werden auf kaltem Wege ausgehöhlt. Funktionell hat das private Eigentum nichts anderes mehr zu tun, als Steuer zu leisten und Lasten zu übernehmen. Und wenn die Steuerlast zu stark wird, dann wird sie umgewandelt in eine Staatsbeteiligung. Das ist der Weg, auf dem die letzten Reste kleiner Unternehmungen, soweit sie noch vorhanden geblieben sind, nunmehr aufgesogen und der staatlichen Leitung unterstellt werden.

Was ergibt das für Schlußfolgerungen für uns? Wenn wir über das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit, über das Verhältnis des einzelnen zum Staate sprechen, dann sollten wir uns darüber klar sein, daß die freiheitliche Ordnung nur dann zu erhalten ist, wenn im Zusammenspiel von Staat und Wirtschaft und anderen gesellschaftlichen Kräften einschließlich der Verbände, die aus der pluralistischen Staatsordnung im Industriezeitalter nicht herauszudenken sind, ein Minimum von individuellen Grundrechten als unantastbar garantiert und respektiert wird. Die persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten, die freie Wahl des Arbeitsplatzes, der Berufswahl und -ausbildungsstätten, das private Eigentum, die Gewerbefreiheit usw. sind ebenso Grundregeln unserer freiheitlichen Gesellschaft wie die Grundregeln der demokratischen Willensbildung, die auf der obersten Autorität des frei gewählten Parlamentes beruhen. Es darf in diesem Zusammenhang an einem Punkt unseres Parteiprogramms erinnert werden, der sich wie ein roter Faden durch die ganze Geschichte der CDU zieht, nämlich das Prinzip der Machtverteilung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Seine Befolgung zwingt uns, immer wieder auf die Gefahr von übermäßigen Machtkonzentrationen zu achten und sie insbesondere dann nicht zuzulassen, wenn politische

Macht, Verbands- und Wirtschaftsmacht in der Hand von wenigen Menschen sich vereinigen sollte.

Der Fortbestand unserer freiheitlichen Ordnung ist aber grundsätzlich in Frage gestellt, wenn sich etwa die Einheit von Staat, Wirtschaft und Verbänden in der Willensbildung und in der Exekutive herausstellen sollte und wenn das vernünftige Instrument der wirtschaftlichen Vorausschau zum Plan wird mit dem Anspruch auf absolute Geltung. Die weitere Entwicklung des Lebensstandards für alle Schichten ist sicher ein wichtiges Ziel unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik. Wichtiger aber noch als Erfolge in der materiellen Entwicklung ist die stete Wachsamkeit gegenüber den Bedrohungen von außen und von innen, denen die Freiheit ausgesetzt ist. Die Sicherheit kann gerade dieser Wachsamkeit in der Bewahrung der Freiheit nicht entbehren. (Beifall.)

Anträge und Entschlüsse

Präsident von Hassel:

Ich danke Ihnen sehr, Herr Dr. Hellwig, für Ihren Beitrag. Nunmehr hat das Wort Herr

Bundestagsabgeordneter Dr. Gradl:

Ich habe den Auftrag, Ihnen einen Antrag vorzulegen, der von den Landesverbänden Berlin und der Exil-CDU gestellt worden ist und im Redaktionskomitee behandelt und einstimmig gebilligt wurde. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Der Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands steht erschüttert unter dem Eindruck der unerträglichen Verschärfung der Lage in der Sowjetzone. Die Maßnahmen der Zonenmachthaber setzen die Menschen Mitteldeutschlands unter schwersten Druck und bringen sie in tiefe Gewissensnot.

Angesichts dieses tragischen Schicksals unserer Landsleute jenseits der Zonengrenze unterstützt und ermutigt die Christlich Demokratische Union jede Bemühung, zu einem gemeinsamen Handeln aller politischen Kräfte in gesamtdeutschen Fragen zu gelangen. Sie ist gerade in der gegenwärtigen Situation der Überzeugung, daß größere Einigkeit in der Arbeit für die Wiedervereinigung eine wesentliche Voraussetzung zur Überwindung der Teilung Deutschlands ist.

Ich glaube, der Antrag spricht für sich selbst, so daß ich mich auf ganz wenige Bemerkungen beschränken kann: Zunächst auf die, daß wir nicht pharisäisch glauben, hier nur andere an das erinnern zu müssen, was geschehen soll, sondern daß wir auch uns selber dazu rufen, mehr an die notwendige Gemeinsamkeit der Arbeit zu denken. (Beifall.)

Zweitens, daß uns wirklich nicht daran liegt, etwa aufzufordern zu einer falschen Einigkeit, zu einem hohlen Pathos. Oder dazu aufzurufen, nur Meinungsverschiedenheiten zu übertünchen und so nur den Anschein einer Gemeinsamkeit hervorzurufen. Sondern was wir wollen, ist nur dieses, daß wir künftig in den gesamtdeutschen Dingen mehr als bisher an das Gemeinsame denken, daß wir das Gewicht mehr auf das

Gemeinsame als auf das Trennende legen und daß wir unsere Meinungsverschiedenheiten – die immer bleiben werden, denn die Sache ist zu kompliziert und zu schwer – sachlich miteinander austragen. Das ist der Sinn und der Wunsch dieses Antrages.

Wir haben diesen Antrag gestellt unter dem Eindruck der Stimmung, die am ersten Tage dieses Parteitages hier zu spüren war. Wir haben ihn gestellt, weil wir wissen, was die Menschen von der Zone von uns aus dem freien Teil Deutschlands verlangen, eben daß wir angesichts dieser Not weniger auf das Trennende und mehr auf das Gemeinsame, auf die große Aufgabe sehen. Wir wissen auch, daß unser Volk im freien Teil Deutschlands von uns verlangt, mehr auf das Gemeinsame als auf das Trennende zu sehen. Wir wissen schließlich – das ist auch ein wesentlicher Grund dafür gewesen, daß wir diesen Antrag gestellt haben –, daß wir in der Wiedervereinigung mit unserem härtesten Verhandlungsgegner, der Sowjetunion, erst dann weiterkommen, wenn wir der sowjetischen Regierung die Möglichkeit nehmen, ihr Nein zur Wiedervereinigung hinter unseren innerdeutschen Auseinandersetzungen wie hinter einem Alibi zu verstecken, erst dann, wenn wir es fertigbringen der Sowjetunion zu zeigen, daß über allem Trennenden das gemeinsame Verlangen des deutschen Volkes steht, werden wir die Sowjetunion dazu bringen, umzudenken und nachzugeben. Das ist schließlich die größte Aufgabe, die uns gestellt ist, um zur Wiedervereinigung zu kommen. In diesem Sinne empfehle ich, diesen Antrag anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Präsident von Hassel:

Ich danke Herrn Dr. Gradl für seine nachdrücklichen und zu Herzen gehenden Worte und erteile nunmehr das Wort Herrn

Bundestagsabgeordneten Kiesinger:

Ich habe die Ehre, im Namen der Redaktionskommission und des Bundesvorstandes Ihnen einen Resolutionsentwurf vorzutragen und kurz zu begründen. Jeder Parteitag der Christlich Demokratischen Union ist eine Manifestation des Gesamtwillens unserer Partei, auch wenn sich der Parteitag, wie das logischerweise nicht anders sein kann, jedesmal mit einem anderen Programm besonders beschäftigt. Wir haben diesen Parteitag angekündigt und durchgeführt mit dem besonderen Anliegen eines weitgespannten innenpolitischen Programms, aber es war selbstverständlich, daß wir auch dieses Mal betonen mußten, daß alle unsere Bemühungen um den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau unserer Staats- und Gesellschaftsordnung und um die Bewahrung unserer kulturellen Werte sinnlos wären, wenn es uns nicht gelänge, durch die Fortführung unserer Außenpolitik unsere Freiheit nach außen zu schützen.

Die Arbeitskreise dieses Parteitages haben in außerordentlich fleißiger und geduldiger Arbeit ein innenpolitisches Arbeitsprogramm für die parlamentarischen Gremien der Christlich Demokratischen Union in Bund, Ländern und Gemeinden ausgearbeitet, das ein so weites Feld bedeckt, daß es im einzelnen nicht Gegenstand einer Schlußresolution dieses Parteitages sein konnte. Trotzdem muß es der Bundesparteitag verabschieden. Wir haben uns nach einer Schlußberatung des Bundes-

vorstandes von heute morgen entschlossen, folgenden Weg zu gehen: Wir haben eine Schlußresolution verfaßt, in der auf dieses zu verabschiedende Arbeitsprogramm verwiesen wird, das Sie alle in die Hand bekommen werden. Ich bitte Sie sehr um Entschuldigung, daß Sie es jetzt noch nicht haben. Sie dürfen uns glauben, daß wir alle Mühe darauf verwendet haben, Ihnen die Schlußresolution und das Arbeitsprogramm in die Hand zu geben. Aber wie es manchmal so geht bei der Vielfalt der Probleme, die bearbeitet werden mußten: es ist bis jetzt noch nicht gelungen. Wir mußten noch die Nacht und die frühen Morgenstunden benutzen, um den endgültigen Text festzusetzen. Es wurde aber eben abgezogen, und Sie bekommen den Entwurf also alle noch.

Das Arbeitsprogramm soll dem Bundesausschuß zur weiteren Bearbeitung und zur Weiterleitung an die parlamentarischen Gremien überwiesen werden. Das ist einfach deswegen notwendig, weil wir in den wenigen Tagen, die uns hier zur Verfügung standen, unmöglich alle diese weiten und komplizierten Gebiete mit jener Sorgfalt bearbeiten konnten, wie dies notwendig wäre. Das besagt aber nicht, daß nicht der Bundesparteitag dieses Arbeitsprogramm im Prinzip beschließen soll. Es handelt sich nur um eine letzte Formulierung und Bearbeitung durch den Bundesausschuß.

Ich kann mir wohl ersparen, jetzt aus diesem Arbeitsprogramm einzelne Punkte herauszugreifen. Es würde nur einen falschen Eindruck erwecken, wenn ich dies täte; denn dieses Arbeitsprogramm ist ein geschlossenes Gefüge, so daß ich nicht den Fehler begehen möchte, durch eine mehr oder weniger willkürliche Auslese hier falsche Akzente zu setzen. Sie bekommen es in Ihre Hand. Die Presse wird es auch bekommen, so daß also der Wille dieses Parteitages manifestiert wird.

Erlauben Sie mir nun, die **Schlußresolution** zu verlesen:

Bei der Bundestagswahl des Jahres 1957 und erneut bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Sommer 1958 hat das deutsche Volk die Politik der Christlich Demokratischen Union in eindrucksvollster Weise bestätigt. Der 8. Bundesparteitag dankt allen Wählern in Stadt und Land für das Vertrauen, mit dem sie der Christlich Demokratischen Union für die kommenden Jahre von neuem die Verantwortung übertragen haben. Die CDU erblickt in diesem Vertrauen den Auftrag, ihre bisherige Politik unbeirrt fortzusetzen und auszubauen.

Der Bundesparteitag betont von neuem und mit allem Nachdruck, daß unsere Freiheit, die geistigen und kulturellen Werte unseres Lebens und der wirtschaftliche und soziale Aufbau unseres Landes nur durch die beharrliche Fortführung der erfolgreichen Außenpolitik der Bundesregierung gesichert werden können. (Beifall.) Der Bundesparteitag erwartet daher, daß die Bundesregierung ihre Bündnispolitik im Rahmen der atlantischen Gemeinschaft fortsetzt.

Er erwartet eine entschlossene Fortführung unserer europäischen Politik. Die Einigung Europas ist und bleibt eine der größten Aufgaben unserer Zeit. (Beifall.)

Von ihrem Gelingen hängt die Zukunft des ganzen deutschen Volkes – diesseits und jenseits der Zonengrenze – wie aller anderen Völker Europas ab.

Die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit bleibt das Ziel aller unserer Bemühungen. Sie zu fördern, ist die nationale Pflicht aller Deutschen. Solange die weltpolitische Lage die Wiedervereinigung noch nicht erlaubt, müssen wir alle Kraft an die Erhaltung und Stärkung der persönlichen und geistigen Verbindung mit den Deutschen jenseits der Zonengrenze setzen.

Der Bundesparteitag hat sich auch in besonderer Weise mit den Fragen der inneren Ordnung unserer Gesellschaft und unseres Staates und entsprechend der gewachsenen Verantwortung unserer Partei mit deren weiterem Ausbau beschäftigt. Er empfiehlt der Partei, den kommunalpolitischen Angelegenheiten größere Aufmerksamkeit als bisher zu widmen. (Sehr starker Beifall.)

Der Bundesparteitag hat die wichtigsten innenpolitischen Aufgaben in einem Arbeitsprogramm für die parlamentarischen Vertretungen der CDU in Bund, Ländern und Gemeinden zusammengefaßt. Dieses Arbeitsprogramm wird dem Bundesausschuß zur Weiterberatung und zur Weiterleitung an die parlamentarischen Körperschaften überwiesen.

Ziel des Arbeitsprogramms ist die fortschreitende Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates, der Ausbau einer gesunden wirtschaftlichen und sozialen Ordnung in Freiheit und Gerechtigkeit zugunsten aller Berufe und Schichten des deutschen Volkes. Die Christlich Demokratische Union betont mit allem Nachdruck, daß die Pflege der geistigen Werte nicht hinter dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zurückstehen darf. (Lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren! Das ist die Resolution. Ich habe die Ehre, im Namen des Redaktionskomitees und des Bundesvorstandes sie Ihnen zur Annahme zu empfehlen. (Starker Beifall.)

Präsident von Hassel:

Ich darf unserem Freund Kiesinger danken, daß er uns die Resolution und ihre Begründung hier vorgetragen hat. Wir haben nun zwei Resolutionen vorliegen; zunächst diejenige, die von Dr. Gradl vorgetragen wurde. Darf ich aus dem Beifall, der sich während seines Vortrages und am Schlusse ergeben hat, schließen, daß diese Resolution Ihre einmütige Billigung findet? – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich komme dann zu der Resolution, die unser Freund Kiesinger bekanntgegeben hat. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich diejenigen bitten, die für diese Resolution sind und dafür, daß in der vorgetragenen Form verfahren wird, die Hand zu erheben! – Ich bitte um die Gegenprobe! – Stimmenthaltung! – Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Das Wort hat der erste Bundesvorsitzende, der Herr

Bundeskanzler Dr. Adenauer:

Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Die Zeit ist vorgeschritten. Ich weiß, daß manche von Ihnen so schnell wie möglich zum Bahnhof wollen. Ich werde Sie nur mit wenigen Sätzen aufhalten. Es obliegt mir, den Dank auszusprechen zunächst an alle diejenigen, die sich an der Vorbereitung unseres Parteitages beteiligt haben. (Beifall.) Wer einen Einblick hat in die Schwierigkeiten, einen so großen Kongreß vorzubereiten, der wird verstehen, daß wir allen Männern und Frauen, die daran beteiligt sind, herzlichen Dank aussprechen. (Beifall.) Wir schulden weiter besonderen Dank der Bundestagsfraktion und den Landtagsfraktionen. Da wir uns hier auch mit politischen Fragen beschäftigt haben, möchte ich den Dank, den wir der Bundestagsfraktion und insbesondere ihrem Vorsitzenden, Herrn Dr. Krone, schuldig sind, besonders unterstreichen. (Beifall.) Eine Fraktion von über 270 Köpfen zu leiten und sie immer auf einen Nenner zu bringen ist eine Sisyphusarbeit. Wir sind glücklich, daß Herr Dr. Krone die nötige Geduld neben der erforderlichen Energie aufbringt, um schließlich doch immer eine einheitliche Willensbildung der Fraktion zustande zu bringen. (Beifall.)

Danken möchte ich weiter den zahlreichen Vertretungen der ausländischen Parteien, die uns nahestehen. (Beifall.) Noch auf keinem Parteitag, meine Freunde, sind Vertreter so vieler Parteien anderer Länder bei uns gewesen wie auf diesem Parteitag. (Beifall.) Wir führen damit der Welt klar vor Augen, daß die Zahl derjenigen Parteien, die auf dem gleichen Grundsatzboden stehen wie wir, in der Welt viel größer ist, als das im allgemeinen geglaubt wird. (Starker Beifall.) Die Sozialistische Internationale in allen Ehren; sie arbeitet gut in ihrem Sinne, aber ich möchte doch einmal – und ich tue es mit großer Freude – feststellen, daß wir, die wir auf ausgesprochen christlichem Boden stehen, eine große Macht in der Welt sind. (Lebhafter Beifall.)

Danken möchte ich unserem Gastland, Herr Ministerpräsident von Hassel, unser Präsident, hat eingangs gesagt, daß die Unterbringung so zahlreicher Gäste in Schleswig-Holstein etwas schwierig gewesen sei. Nun, die Schwierigkeiten sind überwunden worden von unseren schleswig-holsteinischen Freunden. Wir scheiden wohl alle von Schleswig-Holstein mit der Überzeugung, daß dieses Land wächst und blüht und daß – verstehen Sie das recht, was ich jetzt sage – Ordnung herrscht unter Herrn von Hassel. (Starker Beifall.)

Heute in einer Woche ist hier die Landtagswahl. Wir alle haben den sehnlichen und berechtigten Wunsch, daß die CDU des Landes Schleswig-Holstein aus diesem Wahlkampf als Siegerin hervorgehen möge und daß das Land wiederum geführt wird von Herrn von Hassel als Ministerpräsident. (Starker Beifall.)

Lassen Sie mich zum Schluß noch einen Satz sagen: Wir sind eine große Volkspartei, eine Volkspartei, die sich durch alle Stände und alle Berufe hindurchzieht und die in allen deutschen Ländern beheimatet ist. Ob-

wohl wir mit vollem Recht – es wäre bedauerlich, wenn es anders wäre – in einzelnen Fragen verschiedener Meinung sind, so kann ich mir doch keine bessere Zusammenarbeit denken als in unserer Partei. Deswegen wollen wir uns gegenseitig beglückwünschen zu der großen Einigkeit in unserer Partei. Dadurch tun wir unserem Vaterland, unserem Volk, Europa und dem Frieden in der Welt einen großen Dienst. (Sehr starker Beifall.)

Präsident von Hassel:

Im Namen des Parteitages danke ich Ihnen, Herr Bundeskanzler, für diese Worte und dieses Bekenntnis. Sie haben gespürt, daß die Versammlung mit Ihnen gemeinsam den Weg auch in Zukunft gehen wird. Der 8. Bundesparteitag der CDU geht zu Ende. Das Bild, das dieser Parteitag in seiner großen Geschlossenheit und in seiner offen und freimütig geführten Diskussion gezeigt hat, ist für alle, die ihn haben erleben können, ein großes Erlebnis gewesen. Diese Geschlossenheit war nicht das Ergebnis einer irgendwie erzwungenen Parteidisziplin, sondern sie spiegelte wider die politisch-geistige Einheit unserer Union. Unterschiedliche Auffassungen geben dieser Einheit erst Leben, geben ihr erst Impulse und Farbe. Ich darf das Wort aufgreifen, das Herr Dr. Gradl ausgesprochen hat, daß wir bei uns immer Meinungsverschiedenheiten haben werden, daß wir aber gewillt sind, sie immer in großer Sachlichkeit auszutragen. (Beifall.)

Ich darf daher als Präsident dieses Parteitages all denen danken, die als Referent oder als Diskussionsredner dazu beigetragen haben, Standorte zu klären und Dinge weiterzuentwickeln. Lassen Sie mich ein Wort des Dankes an das anfügen, was der Herr Bundeskanzler bereits unseren ausländischen Freunden mit auf den Weg gegeben hat: Bei keinem Parteitag zuvor ist so wie hier in Kiel – und zwar immer bei Betonung mancher Eigenständigkeit der christlich-konservativen Gruppierungen und Kräfte in den europäischen Ländern – die Übereinstimmung mit unseren Grundauffassungen über die Lebensordnung der freien Welt so eindeutig zum Ausdruck gekommen. (Beifall.)

Wir durften dankbar anerkennen, daß das Bollwerk der christlich-demokratischen Idee in Europa gegen den materiellen Totalitätsanspruch des Ostens steht. Dank aber auch unseren ausländischen Freunden für die von Herzen kommende Anerkennung und Würdigung der Persönlichkeit unseres Bundesvorsitzenden Dr. Konrad Adenauer nicht nur für seine Leistung in Deutschland, sondern auch für seine Leistung in und an Europa. (Starker Beifall.)

Dank Ihnen, Herr Bundeskanzler, für Ihre sehr klaren und unmißverständlichen Forderungen vor aller Welt zur Schicksalsfrage unseres Volkes, zur Wiedervereinigung. Hierzu wurde in der Aussprache betont, daß das persönliche Verhalten eines jeden einzelnen zu unseren Brüdern und Schwestern in der Zone ein politisches Faktum ersten Ranges ist und daß dieses politische Faktum geschaffen werden muß, damit wir weiterkommen in diesem unserem Anliegen. (Beifall.)

Ich darf weiter ein Wort eines unserer jungen Freunde in die Erinnerung zurückrufen, das in der Diskussion gesprochen wurde, daß unsere frei-



Presseempfang auf der „Bunten Kuh“ : Dr. Adenauer begrüßt die Journalisten.

Dr. Adenauer, begleitet von Ministerpräsident von Hassel, legt einen Kranz am Marine-Ehrenmal in Laboe nieder.



heitliche Volks- und Staatsordnung auch in der Qual und im Leid und in der Haltung unserer Brüder und Schwestern in dem großen Zuchthaus der Zone verteidigt wird. Dieses Opfer drüben sollte uns hier auf dieser Seite Verpflichtung sein. (Beifall.)

Wir haben gestern nachmittag in einer Begegnung mit Heimatvertriebenen, Flüchtlingen und Spätheimkehrern sehr offen über diese Fragen gesprochen. Wir sind Ihnen, Herr Bundeskanzler, für Ihre offene Aussprache vor einem Kreise, der sicher besonders hellhörig ist, aufrichtig dankbar, insbesondere für Ihr Bekenntnis zur Wiedervereinigung und für Ihr Bekenntnis zu unseren Brüdern und Schwestern in der Zone. (Starker Beifall.)

Im Rahmen dieses Parteitages ist deutlich geworden, daß auf der einen Seite in der Außenpolitik von entscheidender Bedeutung die erneute und eindeutige Forderung des Bundeskanzlers auf eine weltumfassende kontrollierte Abrüstung der atomaren und der konventionellen Waffen ist, daß aber auf der anderen Seite zum deutschen Beitrag innerhalb des atlantischen Verteidigungsbündnisses ein eindeutiges Ja gesagt worden ist.

Ich danke unserem Freund Gerstenmaier für die großartige Darstellung des gegenwärtigen und des zukünftigen Gesellschaftsbildes. (Beifall.) Es ist nicht so, als ob diese entscheidenden großen Fragen auf diesem Parteitag zum ersten Male erörtert worden wären, aber die Zeit schreitet weiter, und neue Entwicklungen geben auch neue Ansatzpunkte für unsere Arbeit. Ein besonderes Verdienst dieses Parteitages scheint mir zu sein die klare Deutung des sozialen Rechtsstaates, so wie wir ihn wollen.

Ein Dank an unseren Freund Dr. Krone, der uns am Freitagnachmittag in einer umfassenden Darstellung vorgetragen hat, wie die schwierige Arbeit der Fraktion gestaltet worden ist, die nahezu die alleinige, zumindest aber die entscheidende Verantwortung trägt. Ein Dank unserem Freund Dr. Meyers nicht nur für sein Referat, sondern auch für die Arbeit, die er für die CDU in den letzten Jahren geleistet hat. (Starker Beifall.) Wir wollen ihm einen herzlichen Gruß mit auf den Weg geben für seine neue Aufgabe, die er im größten unserer Bundesländer nunmehr zu übernehmen hat.

Dank an alle Frauen, die hier auf diesem Parteitag in der Diskussion und im Gespräch mitgewirkt und uns Männern dabei ihr Anliegen ins Gedächtnis gerufen haben. Dank der Jungen Union, die gleichsam ein fester Bestandteil unserer Partei geworden ist. Dank dafür, daß sie hier in der Diskussion in dieser großen Form das Wort ergriffen hat. (Beifall.)

Meine Freunde! In seinem Referat von gestern hat unser Freund Gerstenmaier auf die Gefahren außerparlamentarischer Machtzusammenballungen, von wo sie auch immer kommen mögen, für unser Volk, ja für die Menschen schlechthin aufmerksam gemacht. Wir sollten das Wort Friedrich Naumanns, das unser Freund Gerstenmaier zitierte, mit in die Zukunft hineinnehmen, nämlich: Die vornehmste Aufgabe der Politik ist es, aus Massen Menschen zu machen! – (Starker Beifall.)

Alles das, was seinen Niederschlag in dem findet, was unser Freund Kiesinger vorgetragen hat und nach einer weiteren Beratung im Bundesausschuß in die Tat umgesetzt werden soll, bildet ein Programm, das konsequent und stetig auf dem aufbaut, was wir gegenwärtig tun, und darauf hinzielt, was wir in der Zukunft vorhaben. Es bedarf – das wissen wir – der weiteren Durchdenkung auf allen Ebenen, da dieser Parteitag, an dessen Schluß wir jetzt stehen, keinen Abschluß bedeutet, sondern einen Anfang zu neuer Arbeit und zur ständigen Prüfung unseres Weges, eines Weges, der ausgerichtet ist auf das von uns gesteckte große Ziel. Ich möchte darauf hinweisen, daß man uns an unseren Taten erkennen und bemessen wird.

Mein Abschiedsgruß gilt Ihnen, hochverehrter Herr Bundeskanzler, er gilt allen, die dieser Tagung Gestalt und Gesicht gegeben haben. Mein Abschiedsgruß gilt all den vielen Freunden aus allen Teilen Deutschlands, aus Berlin, aus der Zone, und allen denen, die als Gäste aus dem Ausland bei uns gewesen sind. Mein Dank gilt allen denen, die die Vorbereitungen und die sonstigen Arbeiten zu diesem Parteitag geleistet haben, in Sonderheit unserem Freund Müllenbach und seiner Mannschaft, die mit großem Fleiß all diese Arbeiten bis ins Detail hinein ausgeführt haben. (Starker Beifall.)

Unser Dank gilt den Kieler Freunden, an ihrer Spitze dem Herrn Pfaff, der die technische Arbeit übernommen hat. (Beifall.) Wir danken auch dem Städtischen Orchester Kiel und seinem Generalmusikdirektor Winkler. (Beifall.) Wir sind Ihnen dankbar dafür, daß sie dem Parteitag eine würdige Umrahmung gegeben haben.

Mein Dank gilt unserem Freund Dr. Kraske, dem neuen Bundesgeschäftsführer, der mit großer Ruhe das Schiff des Bundesparteitages durch die etwas schwierigen Wellen zwischen Nord- und Ostsee hindurchgesteuert hat. Was das bedeutet, weiß jeder, der ein wenig hinter die Arbeit unserer großen Organisation geschaut hat. Unser Dank gilt der großen Zahl von Journalisten, der Presse, des Fernsehens, des Rundfunks und des Films, die in diesen Tagen gleichsam von oben her den Blick auf unseren Parteitag gerichtet haben. Unser Dank gilt Ihnen allen, daß Sie heraufgekommen sind in das nördlichste aller Bundesländer. (Beifall.)

Der Herr Bundeskanzler hat gestern bei der Begegnung mit den Vertriebenen und Flüchtlingen gesagt, es sei notwendig, daß jeden Tag von den Zeitungen darüber berichtet wird, was drüben in der Zone los ist, damit die Bürger unserer freien Bundesrepublik jeden Tag daran erinnert werden, was ein Leben in Unfreiheit bedeutet. Es ist auf diesem Parteitag auch die Anregung gekommen, daß man die großen Begegnungen mit einem stillen Gedenken an die ausfüllen möge, die drüben in der Zone in Unfreiheit leben. Ich darf daher die Bitte an Sie richten – und ich wäre Ihnen dafür sehr dankbar –, sich von den Plätzen zu erheben im Gedenken an alle die Menschen, die in der Zone in Unfreiheit leben und auf die Wiedervereinigung Deutschlands warten wie auf das tägliche Brot.

(Die Versammlung erhebt sich)

Ich danke Ihnen. Wer von Ihnen, meine Freunde, auf der letzten großen Tagung des Evangelischen Arbeitskreises in Essen anwesend gewesen ist, der entsinnt sich eines Wortes unseres Bundesinnenministers Dr. Schröder, der sagte: Dem Freund, der drüben im Gefängnis sitzt, ist nicht damit gedient, daß der Freund sich hier bereitfindet, aus seiner Freundschaft heraus drüben mit ihm das Gefängnis zu teilen, sondern diesem Freund auf der anderen Seite ist nur damit gedient, daß auch ihm die Freiheit werde. Eine Freiheit, die geprägt ist vom Recht und von der Einigkeit, von einem einigen und freien Deutschland. –

Damit schließe ich den 8. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und rufe Ihnen zu: Auf Wiedersehen in zwölf Monaten. Bis dahin wünsche ich Ihnen allen eine gesegnete und erfolgreiche Arbeit.

(Langanhaltender, starker Beifall.)

Öffentliche Kundgebung

am 21. September 1958 in Kiel (Ostseehalle)

Beginn: 17.00 Uhr

Vorsitzender Dr. Schwinkowski:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Gäste und Freunde von fern und nah! Liebe Kieler Mitbürgerinnen und Mitbürger! Im Namen des Kreisverbandes Kiel der Christlich Demokratischen Union habe ich die Freude und die Ehre, Sie alle herzlich willkommen zu heißen. Mein besonderer Gruß und Dank gilt unserem hochverehrten Herrn Bundeskanzler, (Stürmischer Beifall.) der trotz der Mühe und Anstrengungen dieser Tage sich bereit erklärt hat, heute an dieser öffentlichen Großkundgebung zu uns zu sprechen. (Beifall.)

Mein Dank und Gruß gilt ebenfalls unserem sehr verehrten Herrn Vizekanzler, Professor Dr. Erhard. (Starker Beifall.) Ferner begrüße ich unseren hochverehrten Ministerpräsidenten, Kai Uwe von Hassel. (Beifall.)

Der Parteitag der Christlich Demokratischen Union liegt hinter uns. Als ich gestern morgen in einer Verhandlungspause draußen vor dieser schönen Halle stand, tönte von unserem Rathausurm das Glockenspiel herab. Einige Freunde aus dem Rheinland fragten mich nach diesem Glockenspiel. Ich erklärte ihnen, daß 1911 bei der Einweihung dieses Rathauses ein Spruch dem Glockenspiel unterlegt worden ist, den die meisten Kieler auch nicht mehr kennen. Er lautet:

De Klock, de sleiht,
de Tid, de geiht.
Ni to veel Quark
fix Hand an't Wark.

Mir scheint, daß diese beiden letzten Zeilen: „Ni to veel Quark fix Hand an't Wark“ ein gutes Motto für den Bundesparteitag der CDU gewesen sind.

Wir Kieler aber haben auch etwas Humor. Sie alle kennen viel besser den Spruch: „Kiel hett keen Geld, dat weet de Welt. Ob s' noch wai krigt, dat weet ick nich.“ (Heiterkeit.)

Wir hier in Kiel, die wir 1945 aus den Trümmern unsere Stadt neu aufzubauen begannen, wissen, daß wir unserem bisherigen Erfolg drei Dingen zu verdanken haben: Erstens dem fanatischen Aufbauwillen der Bevölkerung unserer Stadt, zweitens der entscheidenden Hilfe der Landesregierung und drittens der Fürsorge und Hilfe der Bundesregierung.

Ich darf hier in aller Namen dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Ministerpräsidenten für die der Stadt Kiel zuteil gewordene Hilfe danken. (Beifall.) Wenn es in dem Spruch heißt „Kiel hett keen Geld“, so

werden Sie verstehen, warum unter den Kandidaten, die der Kreisverband der CDU für diese Landtagswahl aufgestellt hat, sich auch der Kämmerer und Bürgermeister Dr. Herbert Fuchs befindet; denn er ist ja für den Stadtsäckel verantwortlich. Herr Dr. Fuchs kandidiert im Wahlkreis 24, Kiel-Nord. Im Wahlkreis 26, Kiel-West, kandidiert Herr Professor Dr. Redeker, der Ihnen allen auch bekannt ist. (Beifall.) Im Wahlkreis Kiel-Süd kandidiert Frau. Vormeyer, Ratscherrin der Stadt Kiel. Im Wahlkreis Kiel-Ost der Kreisvorsitzende der Jungen Union, Herr Klaus Köberle. (Beifall.) Für den Wahlkreis Kiel-Mitte bitte ich Sie, meine Damen und Herren, die meine Wähler sein könnten, um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Schleswig-Holstein, fernab vom Zentrum des politischen Geschehens, freut sich und dankt dem Herrn Bundeskanzler, daß er zum 5. Mal nach Kiel gekommen ist. (Beifall.)

Ich darf Sie, hochverehrter Herr Bundeskanzler, bitten, nunmehr zu uns zu sprechen.

Bundeskanzler Dr. Adenauer

(Mit stürmischem Beifall begrüßt)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der 8. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der heute mittag hier zu Ende gegangen ist, war der erste Parteitag nach dem großen Wahlsieg bei den Bundestagswahlen am 15. September 1957 und der Bekräftigung dieses Erfolges durch die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Ich habe, wie Sie verstehen werden, den ganz dringenden Wunsch, daß heute in acht Tagen die Landtagswahl in Schleswig-Holstein wiederum eine Bestätigung unseres Wahlerfolges bei der Bundestagswahl sein möge. (Beifall.)

Ich war heute mit Ihrem Herrn Ministerpräsidenten in Segeberg, und ich muß gestehen, daß ich mich von dort etwas schwer getrennt habe, um in diese Versammlung zu gehen, nicht etwa, weil ich sie nicht schätzte und achte, sondern weil ich mir auch gern einmal dieses Schauspiel angesehen habe und die 20 000 bis 25 000 Menschen, die dort versammelt waren, an den Pferden und an dem Reiten eine wirklich große Freude hatten. Aber diese Landtagswahl in Schleswig-Holstein ist wichtiger, und deswegen bin ich dem energischen Mahnen Ihres Ministerpräsidenten gefolgt und zu Ihnen gekommen. (Beifall.)

Er hat mir auch unterwegs gesagt, daß Herr Bundestagsabgeordneter Ollenhauer – ich glaube in Flensburg – gesagt hat, daß die Sozialdemokratie die Landtagswahlen nur unter den Gesichtspunkten des betreffenden Landes, der Vorteile für das betreffende Land, führe. Nun, meine Damen und Herren, wenn das so ist, dann ist es ja ganz klar, daß Sie ihn, Herrn von Hassel, wiederwählen werden. (Beifall.)

Ich bin in Kiel seit dem Jahre 1946 jetzt fünfmal gewesen. Ich habe es zuerst im Stadium seiner größten Zerstörung gesehen, und ich bin damals auch durch das Land gefahren. Ich bin insgesamt fünfmal hier gewesen, und zwar nicht nur in Kiel, sondern in Schleswig-Holstein überhaupt. Ich muß Ihnen gestehen, ich kenne kaum ein anderes Land,

das einen so blühenden und schönen Eindruck macht wie Schleswig-Holstein. (Lebhafter Beifall.)

Bitte, meine Freunde, klatschen Sie nicht zu früh, (Heiterkeit.) denn er, Ihr Ministerpräsident, ist stolz darauf, daß Schleswig-Holstein das ärmste Land in der Bundesrepublik ist; er macht einem das in seiner netten Weise immer klar. Er bittelt nicht, aber er macht es so charmant, daß man gar nicht anders kann, als ja zu sagen. (Heiterkeit und Beifall.) Ich führe deswegen den großen Eindruck, den die Fahrt durch Schleswig-Holstein und meine Fahrten in Kiel in diesen Tagen auf mich gemacht haben, zum großen Teil darauf zurück, daß die Sonne sehr schön schien, und ich glaube auch, daß Schleswig-Holstein das ärmste Land ist, dem geholfen werden muß. (Heiterkeit und Beifall.)

Aber, meine Freunde, Schleswig-Holstein hat sich wirklich sehr große Verdienste bei dem Wiederaufbau erworben – für den ganzen Bund –, denn kein Land des Bundes hat doch das Elend und die Not der Flüchtlinge so getragen, wie Schleswig-Holstein es Jahr um Jahr getragen hat. Dafür sind wir Schleswig-Holstein von Herzen dankbar, und die Dankbarkeit darf man nicht nur in Worten ausdrücken, die muß man auch durch Taten ausdrücken.

Nun ist es aber auch nicht ganz richtig, was Herr Ollenhauer da erzählt hat, daß die SPD die Landtagskämpfe nur nach den Interessen des betreffenden Landes und nur mit Landesvorgängen führten. Nein, meine Damen und Herren, das wäre auch falsch. Die Länder und der Bund hängen untrennbar zusammen, und das Blut des einen fließt durch die Adern des anderen, und sie sind beide ein untrennbares Wesen. Deshalb wirken alle die Vorgänge im Bunde ganz von selbst und ganz automatisch auf die Vorgänge in den Ländern ein. Daher wäre es ganz falsch und sehr kurzsichtig, wenn man einen Landtagswahlkampf nur unter den Gesichtspunkten des betreffenden Landes führen wollte.

Nach mir werden noch Herr Kollege Erhard und Herr Ministerpräsident von Hassel sprechen. Ich werde mir daher erlauben, über ihre besonderen Bezirke nichts zu sagen, sondern einige Worte über die außenpolitische Lage und deren Entwicklung zu Ihnen zu sprechen.

Sie, meine Freunde, wohnen nahe an der Zonengrenze. Ich war gestern in einer Vertriebenenversammlung; ich bin öfters mit Vertriebenen zusammen. Ich höre davon, wie es drüben aussieht. Wir bekommen auch Nachrichten darüber, wie es in der Zone aussieht, wie groß der physische und der psychische Terror sind, die dort auf die Deutschen, unsere Schwestern und Brüder, ausgeübt werden. Wenn man es nicht schon von sich aus wüßte, dann müßte man daran lernen, welch großes Gut die Freiheit ist; das höchste Gut, das der Mensch hat, ist die Freiheit. (Lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren! Man muß sich dann auch darüber klar werden, daß wir nur dann, wenn wir unsere Freiheit bewahren, sie auch unseren Brüdern drüben einmal wirklich wiedergeben können. (Lebhafter Beifall.) Aber das können wir nicht, wenn wir aus irgendwelchen Motiven – sei es aus Kurzsichtigkeit, aus Blindheit oder sei es aus übertriebener Parteitaktik – unsere Freiheit verscherzen würden.

Meine Damen und Herren! Ich sage nicht, daß die Sozialdemokratie bereit ist, unsere Freiheit zu opfern; das liegt mir fern. Aber, meine Freunde, so wie die Sozialdemokratie die Lage in der Welt ansieht, ist es unreal. Sie ist mit Blindheit geschlagen oder sie will nicht sehen, was auf dem Spiele steht. (Beifall.) Welche Torheit ist es, meine Freunde, bei dieser Lage in der Welt, bei dieser ungeheuren Spannung, bei dieser Zusammenballung auf zwei Seiten – hier die freien Völker, dort der Kommunismus – davon zu träumen, daß Deutschland, dieses im Verhältnis zu den ungeheuren Kräften auf der Welt kleine Deutschland, als neutrales oder neutralisiertes Land zwischen den beiden Blöcken überhaupt existieren könnte.

Meine Damen und Herren! Wer sich so etwas vorgaukelt, der sollte lieber aus der Politik herausbleiben. (Beifall.) Sehen Sie, dafür wollen wir sorgen, daß sie aus der Politik herausbleiben. (Heiterkeit und Beifall.)

Meine Damen und Herren! Wie ein Mensch in der freien Welt jetzt noch, auch bei der Entwicklung der letzten sechs Monate einen Zweifel daran haben kann, daß wir dem NATO-Bündnis angehören müssen – voll berechtigt und voll verpflichtet –, dem NATO-Bündnis, das uns mit den Vereinigten Staaten verbindet, ohne deren Schutz ganz Europa verloren wäre, wer – ich wiederhole es – bei der Entwicklung in der Welt in den letzten sechs Monaten daran noch irgendwie zweifeln kann, dem ist eben nicht zu helfen, der muß heraus aus der Politik! (Bravo! und Beifall.)

Nun, wir sind entschlossen, das, was wir mit ruhiger Überlegung getan haben, auch weiterzuführen. Wir sind entschlossen, trotz allem, was von der Sozialdemokratie gesagt wird, im NATO-Bündnis zu bleiben und dort unsere Pflichten zu erfüllen, wie die anderen sie auch erfüllen. (Beifall.) Nur dann, wenn wir das tun, können wir auch damit rechnen, daß die anderen ihre Bündnispflichten uns gegenüber erfüllen.

Ich möchte zu Ihnen noch einige Worte über Europa sprechen. Sie wissen alle, meine Damen und Herren – namentlich diejenigen unter Ihnen, die älter sind oder sich mit der Geschichte beschäftigt haben –, daß es in Europa keine Großmacht mehr gibt, keine, auch nicht England, nicht Frankreich, nicht die Bundesrepublik. Es gibt keine Großmacht mehr in Europa. Großmächte gibt es auf der Erde nur noch zwei: Das sind die Vereinigten Staaten, und das ist Sowjetrußland; und vielleicht kommt eines Tages noch Rotchina hinzu. Sie wissen weiter, meine Damen und Herren, daß wir, die Europäer, die Vertreter der Länder in Europa, in der Weltpolitik nicht mehr mitzusprechen haben werden, wenn wir nicht dafür sorgen, daß dieses Europa wieder eine politische und wirtschaftliche Macht wird. Das war der Grund, warum wir konsequente europäische Politik getrieben haben, und wir werden auch diese europäische Politik weitertreiben, (Lebhafter Beifall.) obwohl, meine Damen und Herren, die Sozialdemokraten von Anfang an gegen die europäische Politik im Bundestag gestimmt haben, gegen den Eintritt in den Europarat, gegen den Eintritt in die Montanunion, gegen EVG – beim Gemeinsamen Markt haben sie sich aufgegrafft, weil sie sahen, daß ihnen ihre eigenen Leute nicht mehr folgten –, aber dann wieder gegen

die NATO – immer negativ, immer negativ, immer nur die Parteibrille vor Augen. Wir halten an unserer Europapolitik fest.

Sie wissen, daß wir alle, die wir uns mit Politik beschäftigen, seit Anfang dieses Jahres große Besorgnis gehabt haben, wie es um Frankreich stünde, um das Land, das unser Nachbar ist und ohne das ein wirkliches Europa nicht geschaffen werden kann. Sie wissen, daß sich infolge einer eigenartigen Kette der verschiedenen Ereignisse, die übrigens mir schon Ende Februar dieses Jahres von dem damaligen Finanzminister Pflimlin in Frankreich – er besuchte mich damals – vorhergesagt wurden, nun die ganzen nationalen Hoffnungen Frankreichs auf General de Gaulle, den Ministerpräsidenten, stützen. Sie wissen, daß heute in acht Tagen in Frankreich in einer Volksabstimmung über eine neue Verfassung abgestimmt werden wird, eine Verfassung, die ganz im Gegensatz zu den bisherigen französischen Verfassungen dem französischen Staatspräsidenten außerordentlich große Rechte einräumt und die unter anderem auch die Bestimmung enthält, daß das Parlament nicht länger als fünf Monate im Jahre tagen dürfe.

Nun, ein Monat, nachdem die Verfassung angenommen ist, wird die Wahl zum französischen Parlament erfolgen; das wird etwa Ende Oktober sein. Dann wird der französische Staatspräsident in einem ziemlich komplizierten Verfahren und durch einen sehr großen Wahlkörper gewählt werden. Dann wird dieses Frankreich in einer anderen Gestalt als bisher dastehen, uns gegenüber, Europa gegenüber und der Welt gegenüber. Da Frankreich unser nächster Nachbar ist und da – wie Sie wissen – viele Kriege zwischen Frankreich und uns geführt worden sind, ist es naturgemäß für uns Deutsche von denkbar größter Bedeutung zu wissen, welchen politischen Kurs dann Frankreich unter dem General de Gaulle als Ministerpräsidenten einschlagen wird.

Heute vor einer Woche bin ich bei Herrn de Gaulle in Colombey-les-deux-Eglises gewesen. Ich bin mittags eingetroffen, habe dort übernachtet und bin dann am anderen Morgen wieder weggefahren. Wir haben sehr lange Gespräche miteinander geführt, ganz allein, auch ohne die beiderseitigen Außenminister, auch ohne irgendwelche Journalisten in der Nähe, geschweige denn Photographen, sondern in vollkommener Ruhe und Abgeschlossenheit.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich Ihnen doch einmal, damit Sie das verstehen, was ich Ihnen gleich über meinen Eindruck sagen werde, mit einigen Zügen die Gegend malen, in der de Gaulle seit elf Jahren lebt: Seine Wohnung, das ganze Milieu, die ganze Atmosphäre des Hauses – eine sehr ernste Gegend und eine sehr arme Gegend. Er führte mich zu einer Stelle seines Gartens hin, von der man weit in die Ferne sehen konnte. Er machte mich darauf aufmerksam und sagte – er spricht übrigens ganz gut deutsch, meine Damen und Herren! –: Von dieser Stelle aus sehen Sie keine einzige menschliche Behausung. Das Haus – nun, es ist ein Haus, das um 1830 gebaut worden ist; er besitzt es seit 28 Jahren – ist ein vornehmes Haus. Aber, meine Damen und Herren, vielen Deutschen würde ein solches Haus nicht genügen. In dieser Atmosphäre, in vollkommener Abgeschlossenheit und Einsamkeit, hat er nun elf Jahre zugebracht und hat von dort aus – er ist ein hervor-

ragender Schriftsteller, und seine Memoiren, von denen jetzt einige Bände herausgekommen sind, werden allgemein als geradezu großartig geschrieben gepriesen – nun das ganze Geschehen an sich vorbeiziehen sehen und sich seine Gedanken darüber gemacht.

Wenn ich Ihnen das gesagt habe, dann werden Sie vielleicht auch verstehen, wenn ich Ihnen sage, daß die Vorstellung nicht richtig war, die ich mir von de Gaulle auf Grund der Vergangenheit und auf Grund dessen, was in der Presse – auch jetzt noch – geschrieben wird, gemacht hatte. Ich habe dort einen Mann von überlegener Klugheit angetroffen, einen Mann, dem am Herzen liegt, daß zwischen Deutschland und Frankreich ein freundschaftliches Verhältnis besteht.

Wir haben sehr lange über Deutschland und über Frankreich gesprochen. Er ist ein Mann, der genau wie wir weiß, welche Gefahr von Sowjetrußland droht, ein Mann, der, wie wir, auch weiß, daß für alle europäischen Völker der europäische Zusammenschluß eine absolute Notwendigkeit ist.

Ich glaube, wir alle können uns über diese Entwicklung nur freuen; wir können uns nur darüber freuen, daß nach aller Wahrscheinlichkeit nun sieben Jahre lang in Frankreich Regierungen vorhanden sein werden oder eine Regierung sein wird, die in den entscheidenden und wichtigen europäischen und weltpolitischen Fragen dieselbe Meinung hat, die wir haben. Darum, glaube ich, sollten wir trotz der Spannungen, die augenblicklich wieder in unerhörter Weise die Welt durchzittern, optimistisch in die Zukunft sehen. Wenn die freien Völker des Westens einig bleiben, dann glaube ich, daß wir keinen globalen Krieg, keinen atomaren Krieg bekommen. Das ist auf dem Britischen Gewerkschaftskongreß gerade vor wenigen Wochen gegenüber Antragstellern, die in dieselbe Kerbe hauen wollten wie unsere Sozialdemokraten über die Atomrüstung, sehr deutlich gesagt worden. Aber nur dann werden wir keinen Krieg bekommen, wenn wir unsere Freiheit und alles, was damit zusammenhängt, bewahren können, wenn wir stark bleiben, wenn wir Geduld und wenn wir Ausdauer haben. (Lebhafter Beifall.)

Dafür ist allerdings Voraussetzung, daß niemand, der in dem Bündnis der freien Völker des Westens ist, ausscheidet oder seine Pflichten nicht erfüllt und damit den Westen gegenüber dem Osten schwächer macht. Ich glaube, daß sich unsere bisherige Politik, die wir neun Jahre konsequent geführt haben – die Politik der Aussöhnung mit Frankreich, die Politik des Zusammenschlusses Europas, die Politik des Zusammenschlusses mit den freien Völkern der Welt – als gerechtfertigt erwiesen hat. (Beifall.) Dieser Politik wollen wir treu bleiben. Unserer Partei, der viele von Ihnen angehören und der viele von Ihnen Ihre Stimme geben, ist eine sehr große Verantwortung durch die absolute Mehrheit im Bundestag, die das deutsche Volk ihr am 15. September des Jahres 1957 gegeben hat, auf die Schultern gelegt worden. Wir sind gewillt diese Verantwortung auf uns zu nehmen, und ich kann Ihnen sagen, daß der Parteitag, den wir in den letzten Tagen hier hatten – der erste seit jener Bundestagswahl – in allen wichtigen Fragen eine Einheit und eine Geschlossenheit gezeigt hat, wie man sie sich schöner und beglückender überhaupt nicht vorstellen konnte. (Beifall.)

Nun, meine Freunde, wenn Sie heute in einer Woche zur Wahlurne gehen, dann bitte ich Sie: Bestätigen Sie das Urteil, das das deutsche Volk am 15. September des vergangenen Jahres über unsere Politik abgegeben hat und – wie ich eben schon sagte – bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen wiederholt hat. Bestätigen Sie das Urteil! Sie dürfen es, und Sie müssen es bestätigen, gerade um Ihrer selbst willen, aber auch um der Freiheit Ihres Landes willen. Sie müssen es bestätigen um unserer Deutschen in der Zone willen; denn nur, wenn wir eine allgemeine Abrüstung nuklearer und konventioneller Waffen bekommen, wird die Entspannung kommen, und nur dadurch wird auch die Wiedervereinigung und wird die Freiheit für unsere Deutschen drüben kommen. (Beifall.)

Glauben Sie nicht, daß die Landtagswahl in Schleswig-Holstein eine rein interne schleswig-holsteinische Angelegenheit ist. Glauben Sie mir, daß es in allen, allen Hauptstädten der Welt vermerkt werden wird, wenn heute in einer Woche wiederum bei der Landtagswahl die CDU die Mehrheit bekommt. (Lebhafter Beifall.)

Meine Freunde! Wie leicht hat es Ihnen eigentlich Herr von Hassel gemacht, so zu stimmen. Ich muß Ihnen gestehen: Das, was in den letzten vier Jahren in Schleswig-Holstein und insbesondere in Kiel geschaffen worden ist, kann sich an Aufbauwert dem Größten an die Seite stellen, was in einem deutschen Land in den vier Jahren geschehen ist. (Beifall.) Ich beglückwünsche Sie zu diesem Mann, der mit seiner Gelassenheit, mit seinem Fleiß, mit seiner Objektivität die Herzen aller derer gewonnen hat, die geschäftlich oder politisch auch in Bonn mit ihm zu tun haben.

(Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Dr. Schwinkowski:

Meine Damen und Herren! Es spricht jetzt zu uns der Herr Vizekanzler

Bundesminister Prof. Erhard

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Heute morgen ist der Parteitag der CDU, der sich im wesentlichen mit der Problematik und Fragestellung befaßte, welche Mittel, aber auch welches Verhalten und welche Gesinnung unsererseits vonnöten sind, um den sozialen Rechtsstaat in sich immer weiter zu festigen und auszubauen, zu Ende gegangen. Es ist selbstverständlich, daß unsere Partei nach dem Gesetz, nach dem wir angetreten sind, die Grundsätze der Freiheit in der Partei, obenan stellt, daß wir Kampf ansagen, allen Lebensformen, die unser Volk in den Kollektivismus treiben und in ihm verderben ließen; das zu sagen ist in dieser unserer Zeit nicht gerade überflüssig; denn wir wissen, daß das deutsche Volk immer mehr zum Bewußtsein seiner selbst, seiner eigenen Kraft und seiner eigenen Würde gekommen ist. Wenn wir vor zehn Jahren diese Wirtschaftspolitik eingeleitet haben, dann war das mehr als nur eine neue Wirtschaftspolitik nach den Zeiten der Zwangswirtschaft. Es war die bewußte Absicht, ein neues gesellschaftspolitisches Bild zu prägen und den Deutschen wieder die Überzeugung zu vermitteln, daß es sich in dieser Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens lohnt, sich anzustrengen und daß

diese Anstrengungen auch einen besseren Lohn und ein freieres Leben verheißen. Ich gehöre nicht zu denen, die da glauben, es sei schon alles zum Besten gewendet. Nein, wir stehen mitten in einem Prozeß, der wohl einen Anfang, aber kaum ein Ende kennt. Wir sind jeden Tag aufs neue aufgerufen, neu mitzuarbeiten, um uns eine glückliche Zukunft zu sichern. Das klingt ganz anders, als wenn wir hören – das war auf dem Kongreß der IG Metall in Nürnberg besonders deutlich zu spüren –, daß nun wieder der Klassenkampfgedanke neu entfacht werden solle. Dort wurde gesagt, wir leben in einer Klassengesellschaft, in einem Klassenstaat. Das ist das Gegenteil von dem, was wir wollen; das Gegenteil von dem, was wir schon seit dem Zusammenbruch praktiziert haben. Wir sind dem Gedanken des Klassenstaates abhold. Wir sind der Meinung, es gibt etwas derartiges überhaupt nicht. (Beifall.)

Alle Versuche, eine Klassenkampffideologie zu neuem Leben zu erwecken, werden unter allen Umständen scheitern; nicht etwa nur im bürgerlichen Lager, beim Mittelstand, sondern wo auch immer. Ich bin davon überzeugt, daß der deutsche Arbeiter glücklich ist, daß endlich diese verruchte Zeit des Klassenkampfes, die die Menschen feindlich zerspaltete und das Volk nicht zum Bewußtsein seiner selbst kommen ließ, überwunden ist.

Sie kennen die marxistische Auffassung, daß der Klassenkampf und die Klassenideologie, mit allem, was sich daraus in der menschlichen Seele an Schlechtem entwickelt, vorangetrieben werden soll über die Sozialisierung, über die Auflösung des Privatbesitzes an den Produktionsmitteln bis hin zur klassenlosen Gesellschaft. Nun, meine Damen und Herren, in gewisser Hinsicht wollen wir auch eine klassenlose Gesellschaft, wenn wir darunter verstehen, daß alle Klassen und alle Schichten unseres Volkes gleiche Rechte haben und durch den sozialen Fortschritt alles das, was bisher immer noch an Bewußtsein oder auch an gewissem Neid oder ähnlicher Mentalität zwischen dieser oder jener Schicht schweben mag, verlorengeht. Wir, die CDU, sind insbesondere aufgerufen, das zu üben und das zu sagen; denn in uns selbst sind wir ja gehalten als eine große Volkspartei, Versöhnung zu versuchen zwischen allen Interessen und Vorstellungen, die selbstverständlich nicht von Anfang an übereinstimmen, die aber zuletzt immer auf eine gemeinsame Form gebracht werden können, wenn wir uns bewußt sind, daß der einzelne oder die Gruppe nicht gedeihen kann, ohne daß nicht das Volk in seiner Gesamtheit Segen aus dieser Politik zieht. (Beifall.)

Die klassenlose Gesellschaft, die die Marxisten meinen, ist die besitzlose Gesellschaft, die dann einem Funktionärstum, dem Staat oder wem auch immer von der Obrigkeit untertan wird. Das ist die Gesellschaftsform und die Staatsform, in der der einzelne enteelt wird zugunsten einer Vergottung des Staates und der staatlichen Macht. Nein, der Staat steht am sichersten auf dem Grund, der getragen wird vom Bürger – und Bürger sind wir alle –, die im Bewußtsein ihrer Würde, ihres Rechts und ihrer Pflichten diesen Staat jeden Tag neu zu gestalten und zu formen bereit sind. (Lebhafter Beifall.)

203 Die klassenlose, besitzlose Gesellschaft treibt uns naturnotwendig in den Sozialismus, in den Kollektivismus; sie weicht unsere Seelen auf,

und wir verlieren die innere Widerstandskraft, unser Schicksal selbst zu gestalten. Es war ein Gipfelpunkt unseres Parteitages, als die These herausklang: Wir wollen einen Weg gehen, der aus Massen Menschen werden läßt. (Starker Beifall.)

Das aber, was der Kollektivismus am Ende darstellt, ist gerade das Umgekehrte; das bedeutet nämlich, die Menschen zur Masse werden zu lassen, herabzuwürdigen und in dem Brei der Masse sich selbst aufzulösen. Die These und Antithese ist also klar gestellt. Wir wissen, wofür wir kämpfen: für die menschliche Freiheit, für die menschliche Würde, für ein Leben, das ganz bestimmt nicht auf Wohlfahrt und Wohlstand verzichten möchte, aber das sich auch dessen bewußt ist, daß die letzten Werte nicht im Materiellen ruhen, und daß wir unsere Seele verlieren, wenn wir im satten Wohlstand und Wohlleben schon glauben, unsere Pflicht vor dem Volke erfüllen zu können, oder wenn wir gar noch wähnen, daß der einzelne damit das Glück erjagen könnte. Damit ist die These angesprochen, dieser programmatische Satz, der auf dem letzten Parteitag in Hamburg von der CDU klar herausgestellt worden ist: „Eigentum für alle!“

Wir bleiben dabei, meine lieben Freunde, aber glauben Sie nicht, daß es ein Zufall ist, wenn wir erst jetzt mit dieser Forderung, mit diesem Wunsch, mit diesem Ziel, mit diesem Anliegen stärker an die Öffentlichkeit treten. Nein, wir haben es bisher nicht vergessen; aber wir wollen auch nicht vergessen, woher wir gekommen sind. Es wäre unmöglich gewesen, „Eigentum für alle“ etwa in den Jahren 1948/49 auszusprechen, als wir daran gehen mußten, zunächst einmal das deutsche Volk aus der bittersten Not herauszuheben und ihm ein menschenwürdiges Dasein zu vermitteln. Es wäre wie eine Blasphemie erschienen, damals von „Eigentum für alle“ zu sprechen. Aber hinter uns liegen jetzt zehn Jahre erfolgreicher Aufbauarbeit. Die Erfolge sind nicht zu leugnen. Niemand beklagt es mehr, daß diese Erfolge heute in dem faden Schlagwort des Wirtschaftswunders scheinbar die letzte Ausprägung gefunden haben. Das ist nicht so, vor allen Dingen dann nicht, wenn dieser Satz immer wieder ausgesprochen wird von denen, die sich zuerst satt essen und die den Wohlstand gern für sich in Anspruch nehmen, dann aber aus einer Art schlechtem Gewissen sich befreien wollen, indem sie an dem Wohlstand herumäkeln! Nein, dieses Geschwätz trägt die große Gefahr in sich, daß die wirklich ersten Männer – und diese sind immer berechtigt und willkommen – nicht recht zu Wort kommen. Wir ringen um die Lösung, aber wir wissen selbst, daß da noch nicht alles zum Besten geordnet ist. Wir werden gerade in der CDU weiter daran arbeiten müssen, ein Gesellschaftsbild zu formen, das unser aller Vorstellung entspricht, das von uns geglaubt und das von uns gelebt wird.

Die Sozialisten sind in sich nicht ganz einheitlich. Sie widersprechen sich gegenseitig. Das gehört zu dieser Partei. Wenn ich ihre prominenten Redner sprechen lasse, so wurde zum Beispiel in Nürnberg verkündet, daß der Arbeiter natürlich Eigentum in Form von langlebigen Gebrauchsgütern usw. für sich erwerben könnte und besitzen sollte; das wäre ganz schön, aber der Arbeiter sollte unter gar keinen Umständen

individuelles Eigentum an den Produktionsmitteln besitzen oder gar danach streben, es zu erringen. Meine Damen und Herren! Das ist gerade das Gegenteil von dem, was wir wollen. (Beifall.)

Wir sind der Meinung, es ist nicht nur eine Sache der Unternehmer, um die Erhaltung, Verbesserung und Ausbreitung unseres volkswirtschaftlichen Produktionskapitals besorgt zu sein, sondern es ist auch eine Aufgabe und Pflicht, die alle angeht, nicht zuletzt auch den deutschen Arbeiter; denn sein Schicksal ist damit verhaftet, daß wir mit unserer volkswirtschaftlichen Apparatur im Wettbewerb der ganzen Welt bestehen können. (Beifall.)

Jede Vorstellung, daß wir heute in den Tag hineinleben könnten, ohne an das Morgen zu denken, an unser Alter, an die Sorgen für unsere Familie und an die, die nach uns kommen, würde sich bitter rächen. Wir alle würden dann zum Untergang verurteilt sein. Darum meine ich, alle diejenigen, die Verantwortung für sich und ihre Familie tragen, müssen auch für das Ganze bereit sein, in ihrem Handeln und Verhalten das Entsprechende zu tun. Eigentum fällt selbstverständlich niemals vom Himmel, sondern Eigentum muß erworben werden. Zum Erwerb des Eigentums gehört auch die Tugend des Sparens. Nun weiß ich genau, daß die Möglichkeit und die Bereitschaft etwas unterschiedlich gelagert sind, von Fall zu Fall, von Mensch zu Mensch, von Gruppe zu Gruppe. Aber füglich kann niemand mehr ernsthaft bestreiten wollen – vor allen Dingen nicht derjenige, der sich bewußt ist, was vor zehn Jahren war und wie die Welt heute aussieht –, daß wir in weiteren zehn Jahren, wenn wir uns nur selbst treu und auf dem rechten Weg bleiben, zu Erfolgen gelangen werden, die das, was heute vielleicht manchmal nur mit halbem Herzen geglaubt oder von unseren Gegnern gespöttelt wird, als schöne Wirklichkeit in Erscheinung treten lassen, nämlich „Eigentum für alle“. (Beifall.)

Wir hoffen, damit zu einem Gesellschaftsbild zu gelangen, bei dem die Rückbesinnung auf Klassenkampf geradezu gespenstisch anmutet. Die anderen kommen sich wohl noch modern vor, wenn sie die alten Ladenhüter auskramen und von einer Neugestaltung von Staat und Gesellschaft sprechen. Sie sind so altmodisch mit dieser Devise, daß das fast schon fossil anmutet. (Starker Beifall.) Der Fortschritt ist also nicht bei unseren politischen Gegnern, sondern den Fortschritt verkörpern wir in unserer Wachheit, aus unserem Leben und aus unseren Aufgaben, die uns das Leben stellt, das Beste zu machen, aber immer aus einer Gesinnung der christlichen Verantwortung heraus, des „einen für alle, und alle für einen“. (Sehr starker Beifall.)

Lassen Sie mich in ganz kurzen Zügen ausführen, was es bedeuten würde, wenn nun die einzelnen Schichten erklärten – und für die Arbeiterschaft haben das führende Gewerkschaftsfunktionäre getan –, der Arbeiter solle kein individuelles Eigentum an den Produktionsmitteln erwerben. Wie hätten wir zum Beispiel sechs Millionen neuer Arbeitsplätze in den letzten acht Jahren schaffen und aufbauen können, ohne daß Eigentum an irgendeiner Stelle in der Volkswirtschaft gebildet worden wäre? Teilweise geschah es bei der öffentlichen Hand. Denken Sie nur an den sozialen Wohnungsbau! Denken Sie weiter an unsere

Verkehrswege, an Bahnen, Brücken, Straßen und Verwaltungen und alles das, was aus Schutt und Trümmern neu aufgebaut werden mußte. Denken Sie auch an das Eigentum, das sich in der Wirtschaft entwickelt hat. Die Sozialdemokraten wollen gewiß nicht, daß eine bestimmte Schicht, nämlich die Unternehmer, privilegiert sein sollen, daß sie allein das Recht haben sollen, Eigentum an Produktionsmitteln zu erwerben. Deshalb geht die These der Kollektivistin aller Sorten dahin, es solle überhaupt in privater Hand kein Eigentum an den Produktionsmitteln bestehen, sondern die Produktionsmittel sollen in die öffentliche Hand, in den Staat, übergeführt werden. Wenn wir das bis zur letzten Konsequenz durchdenken, wenn wir uns bewußt sind, daß eine solche Gesellschaft, in der der einzelne Staatsbürger, ganz gleich, woher er kommt und was er gewesen ist, nicht mehr über Eigentum an den Produktionsmitteln verfügt und damit auch keine Verantwortung für die Gegenwart und die Zukunft trägt, aber dafür mit seinem privaten Schicksal abhängig, untertan und hörig wird denen, die das öffentliche Eigentum an den Produktionsmitteln verwalten, – dann dämmert eine Ordnung auf, ich möchte fast sagen eine Unordnung, in der die einzelnen Menschen untergehen und ihre Würde verlieren und in der der Popanz Staat seine Zuchtrute spüren lassen wird. (Beifall.)

Herr Brenner von der IG Metall hat in Nürnberg verkündet, daß lediglich die Schlüsselindustrie vergesellschaftet werden solle. Aber Monate vorher hat er nicht einmal, sondern mehrere Male gesagt, es sei nicht einzusehen, warum nur die Großbetriebe, nur die Konzerne sozialisiert werden sollten; denn die Arbeitsbedingungen für den Arbeitnehmer seien bei den mittleren und kleineren Betrieben nicht anders geartet. Aus diesem Grunde solle man sie nicht heilig sprechen und solle bei der Vergesellschaftung auch vor ihnen nicht haltmachen. Diese Courage hat er in Nürnberg nicht mehr besessen, aber vorher ist es gesagt, geschrieben und gedruckt worden; sie können es nachlesen.

Ich möchte nun dazu sagen, daß dem deutschen Volke jetzt der Begriff der Wirtschaftsdemokratie vorgezaubert wird. Auch das ist nicht neu; damit haben die Sozialisten der zwanziger Jahre sich schon herumgeschlagen. Das Wort Wirtschaftsdemokratie klingt so völlig harmlos, aber de facto bedeutet es eine Ordnung, in der niemand mehr weiß, wer Koch oder wer Kellner ist, und in der die Wirtschaft gelenkt und geleitet wird von einem breitgesteuerten Funktionärstum. Diese Art einer demokratischen Gesellschaftsordnung stimmt nicht nur mit unserer nicht überein, sondern legt die Axt an die Wurzeln des Staates. Wir haben eine Demokratie, in der nach freien, gleichen und geheimen Wahlen das Parlament zustande kommt. Die repräsentative Demokratie ist allein verantwortlich und zuständig für alles das, was sich an legislativen und exekutiven Gewalten vollziehen muß, um nach unseren gemeinsamen Zielen das Rechte zu besorgen. Wirtschaftsdemokratie aber ist das Mittel, diese Art von Demokratie aufzusprenken und – um es ganz plump zu sagen –, der Versuch, gewissen Klassen und Kreisen sozusagen über diese Wirtschaftsdemokratie ein zweites Stimmrecht zu vermitteln.

Dagegen wehren wir uns nicht nur aus innerer Überzeugung, sondern auch deswegen, weil wir eine Verfassung zu schützen haben und eine Ordnung anstreben, einen sozialen Rechtsstaat, in dem alle Menschen gleiche Rechte, gleiche Pflichten und gleiche Entwicklungsmöglichkeiten haben sollen. (Lebhafter Beifall.) Da wurde zum Beispiel gesagt, das sei eben das tragische Schicksal, daß Arbeiter in Betrieben arbeiten müßten, in denen die leitenden Persönlichkeiten in ihren politischen Zielen nicht mit den Meinungen der Arbeiter übereinstimmen. Meine Damen und Herren! So etwas kann man fortspinnen und sagen, was ist das für eine Tragik der Schulkinder, daß sie ihre Lehrer nicht selbst bestimmen können und die Beamten nicht ihren Minister und dergleichen mehr. Nein, das ist nicht sehr ernst zu nehmen; aber es beleuchtet die Zerfahrenheit, mit der man an die Probleme herangeht, und zwar aus einem Mißvergnügen, das ganz bestimmt nicht wurzelt in unserer gesellschaftspolitischen Ordnung, mit all den hoffnungsvollen Zeichen, die da sichtbar sind, sondern es ist das Mißvergnügen derer, die ganz genau im letzten Grund spüren, daß ihre Zeit vorüber ist und ihre Felle davonschwimmen. (Beifall.)

Nun zum Mittelstand einige Worte! Ich kann natürlich das Problem hier nicht so ausweiten, aber ich möchte das eine sagen – und das ist ein Bekenntnis der CDU zugleich –: Wir sind uns natürlich bewußt, daß ein einheitlicher, ein breitgestreuter Mittelstand Menschen voraussetzt, die bereit und willens sind, sich im Wettbewerb in Freiheit zu bewähren, die sich nicht gängeln lassen wollen vom Staat und auch nicht abhängig sein wollen von seiner Gnade, sondern die die Entfaltungsmöglichkeiten für sich in Anspruch nehmen, die, auf sich selbst gestellt, ihr Schicksal meistern. (Beifall.) Es sind zweifellos Vorstellungen zu spüren, die uns immerhin nachdenklich machen müssen, ob denn die Entwicklungsmöglichkeiten, die Startbedingungen für die wirtschaftliche Entfaltung in all den Formen unserer Wirtschaft gleichartig sind. Da wurde auf dem Parteitag ganz deutlich geäußert, daß eine immer weitere Konzentration der Produktionsmittel in Großbetrieben oder in Konzernen doch nachdenklich stimmen müsse, weil mit jeder Expansion dieser Art das Betätigungsfeld der mittelständischen Wirtschaft, im weitesten Sinne verstanden, beengt werde. Wir haben allen Anlaß, mindestens insoweit die Gesetzgebung zu überprüfen, ob dort nicht Bestimmungen enthalten sind, die einseitig zu einer Begünstigung der Großform unserer Wirtschaft führen. Wir werden alle diese Fragen sorgfältig prüfen und um Abhilfe besorgt sein. (Beifall.)

Damit ist selbstverständlich kein Urteil über die Großbetriebe gesprochen. Der Großbetrieb hat in allen Bereichen nicht nur seine Daseinsberechtigung, sondern es ist auch eine naturgegebene, eine technische, eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, daß er besteht; denn wir sind ja nicht allein in der Welt. Wir müssen uns messen mit den Leistungen anderer Völker. Soweit also aus technischer Notwendigkeit und volkswirtschaftlicher Nützlichkeit die Tendenz zum Großbetrieb lebendig ist, soll sie nicht unterbunden werden. Andererseits soll der Großbetrieb nicht um anderer Gründe willen, etwa um der Ausnützung von steuer-

lichen Vorteilen, zu Maßnahmen gezwungen werden, die das Betätigungsfeld der mittelständischen Wirtschaft einengen.

Das ist nur das Wesentliche, was uns in die Augen springt. Es ist mindestens ebenso wichtig, in meinen Augen noch wichtiger, daß wir nämlich in unserer Haltung und Gesinnung ein Gefühl für ein freiheitliches Leben bewahren; denn die mittelständische Wirtschaft umfaßt alle Menschen und Unternehmungen, die durch ihre Leistung und ihre Spezialität das darbieten, was zu einem freien und wirklichen Leben nach individuellen menschlichen Vorstellungen dazugehört.

Der Großbetrieb muß naturnotwendig mit seiner Typisierung und Normierung auf Massenfertigung ausgehen. Wenn wir uns auf der anderen Seite nur mit einem Massenkonsum zufrieden geben wollen, dann wäre der Großbetrieb die dazu gemäße Form. Wenn wir uns aber unser eigenes Leben bewahren wollen – d. h. unser Leben im Heim, in der Geselligkeit usw. –, auch um eine soziale Geltung im Volk zu erlangen, dann werden wir uns bewußt, daß jede Vorstellung von Normung und Massenkonsum hier versagt. Der dialektische Materialismus hat ja behauptet, daß wir in unserer Lebensführung Sklaven seien und geprägt und geformt würden von unseren materiellen Umweltbedingungen, von der Produktionsweise. Wir setzen dem etwas anderes entgegen. Unsere Produktionsweise wird geformt von unserem Verhalten, von dem, was wir als Menschen im Alltag bis ins kleinste hinein erstreben, aber in einem freien und würdigen Leben! (Beifall.)

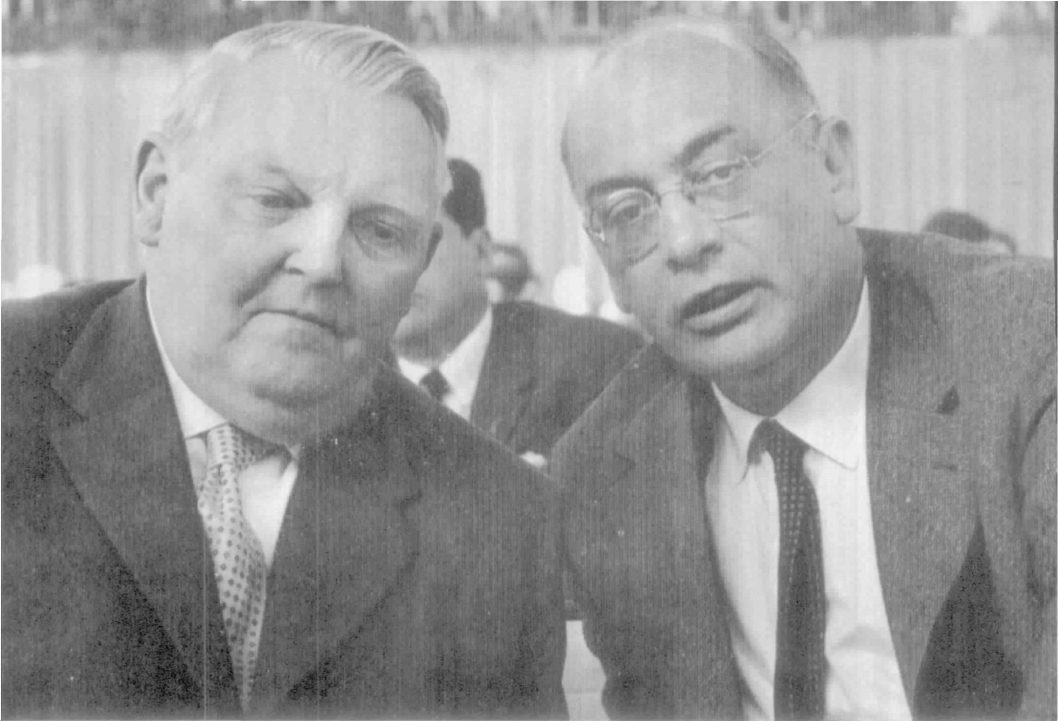
Nun gehört zum Schutze des Mittelstandes, daß wir eben nicht nur das konsumieren wollen, was so reihum gerade in der Mode ist; daß wir nicht glauben, wir könnten das Glück erjagen lediglich mit einer Addition von immer neuem Konsum; nein, es gehört dazu schon, daß wir die geistig-seelischen Bereiche unseres Verbrauchs mit einbeziehen in das, was unser Leben ausmacht. Je mehr sich der Wohlstand entwickelt, um so notwendiger und wichtiger wird es sein, dessen eingedenk zu bleiben, daß eben der Mensch nicht allein vom Brot lebt, sondern daß zu seiner Beglückung und seiner Erfüllung, um nicht zu sagen seiner Erlösung, alles das gehört, was uns erst Mensch sein läßt, Menschsein im göttlichen Sinn als Geschöpf Gottes. Wenn wir allerdings nicht wach genug wären, uns treiben ließen und unser eigenes individuelles Lebensgefühl verlorren, dann würde der Konzentration der Produktionsweise in den Großbetrieben und Konzernen Vorschub geleistet. Dann würde allerdings von dort her gesehen auch eine Rückstrahlung wieder auf unser eigenes Leben erfolgen; wir verlören nämlich das Gefühl und Empfinden dafür, daß wir nur Menschen solange sind, als wir uns frei entfalten können.

Noch ein Wort, weil es bei der Wahl wieder eine Rolle spielen wird, zur Konjunktur! Sie wissen, daß zu Beginn dieses Jahres allerlei Unkenrufe laut geworden sind, das insbesondere von der amerikanischen „Recession“ ausgehend man der Meinung ist, das würde sich auch in der Bundesrepublik auswirken.

Konjunktur im volkswirtschaftlichen Sinne bedeutet natürlich nicht, daß alle Wirtschaftszweige in einer gleichen Gunst der Entwicklung stehen. Mit der Freiheit des Verbrauchs ist selbstverständlich verbunden, daß da und dort einmal ein Wirtschaftszweig etwas ins Gedränge kommt,



Öffentliche Kundgebung in der Kieler Ostseehalle



Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard und Bundesfinanzminister Etzel.

Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier im Gespräch mit dem Bundeskanzler.



andere aber zu um so größerer Blüte gelangen. Daß z. B. im Augenblick die Textilwirtschaft, die bei Ihnen in Neumünster eine bedeutsame Rolle spielt, nicht gerade von der Gunst gesegnet ist, das wissen wir, aber Sie können überzeugt sein, daß wir die Dinge sorgfältig beobachten; Sie können auch beruhigt sein über das, was sich da weiter vollzieht. Das gleiche gilt übrigens auch hinsichtlich der Sicherung der Exportwirtschaft. Es ist nicht mehr so wie im liberalistischen Zeitalter, daß wir der konjunkturellen Entwicklung tatenlos zusehen oder nicht über das Handwerkszeug verfügen, um durch bewußte Eingriffe mit dem gesamten Instrumentarium der Wirtschaftspolitik schließlich dahin zu kommen, wohin nach allgemeinen Zielen und Vorstellungen unsere Wirtschaft gebracht werden soll. Hierbei ist natürlich Wirtschaft nicht als Selbstzweck, nicht als ein abgekapselter Teil im gesamten Sein unseres menschlichen Lebens gedacht, nein, seien Sie beruhigt; denn wir können, nachdem unsere Wirtschaft zehn Jahre lang in einem fort-dauernden Aufschwung steht, mit 19,3 Millionen Beschäftigten in abhängiger Arbeit immerhin über 6 Millionen mehr als vor acht Jahren aufweisen. Wir können heute vorzeigen, daß das Masseneinkommen fort-dauernd ansteigt, und zwar ist es von 40 Milliarden im Jahre 1950 auf ungefähr 115 Milliarden im Jahre 1958 angestiegen. Das mag Ihnen allen die innere Sicherheit geben, daß unsere Wirtschaft, wenn sich auch manchmal Wandlungen und Wendungen abzeichnen, die dem einzelnen unbequem sein mögen, im ganzen doch auf festen Füßen steht. (Beifall.) Sie wird aber nur solange auf festen Füßen stehen, als wir uns zu den Prinzipien dieser Ordnung bekennen, so wie sie seit zehn Jahren in Deutschland durchgeführt werden.

Herr Ulbricht hat vor geraumer Zeit gesagt, die sogenannte DDR würde in einigen Jahren dahin kommen, daß ihr Lebensstandard höher sei als in der Bundesrepublik. Ich habe daraufhin erwidert: Die Herausforderung nehme ich an, (Beifall.) aber nicht etwa aus Übermut heraus, sondern aus vielen anderen Gründen. Und hier möchte ich zunächst sagen, was ist eigentlich Lebensstandard. Daß man in den totalitären Staaten östlicher Prägung Sputniks bauen, Großanlagen erstellen und Stauwerke monumentaler Art errichten kann, das wissen wir, aber etwas bringen sie nicht zusammen – das hat noch kein totalitärer Staat in dieser Welt zusammengebracht –, nämlich die Menschen mit dem zu versorgen, was sie glücklich sein läßt, was sie individuell begehren: der kleine Zierat in der Kleidung, in Heim und Haus, alle diese kleinen Nichtigkeiten, die das Leben erst bunt gestalten, die dem einzelnen das Gefühl der Freiheit, der Individualität, der menschlichen Würde und der Menschlichkeit des Lebens vermitteln. Diese ganze Vielgestaltigkeit und Differenziertheit ist in totalitären Staaten nicht ausgeprägt.

Lebensstandard beruht überhaupt nicht auf einer Addition des möglichen Verbrauchs in einzelnen Phasen; wenn ich Lebensstandard einmal so deute, daß er das wiedergeben soll, nach dem wir zu leben uns sehnen, dann gehört dazu viel mehr; es gehört nämlich dazu das Gefühl der inneren Freiheit, das Gefühl, unabhängig zu sein und nicht am Gängelband des Staates dahinzuvegetieren, nicht in einem Zuchthaus zu sitzen wie unsere Brüder drüben im Osten. Lebensstandard ist also

auch ein freies Lebensgefühl. Das alles ist in einem Index nicht mehr errechenbar, auch nicht in Lebenshaltungskosten auszudrücken usw. Aber ein Lebensstandard, so verstanden, als die Lebensform dem einzelnen all das vermittelt, was er zu seinem Glück und zur Erfüllung seiner Persönlichkeit braucht, das ist erst die rechte Vorstellung vom Standard unseres Lebens. (Beifall.)

Wenn ich nun diese Herausforderung angenommen habe, dann noch aus einem ganz anderen Grund. Ich weiß, daß es auf das Weltgeschehen keinen Einfluß ausüben wird, aber sagen möchte ich es doch. Die Menschen drüben im Osten vegetieren dahin, nicht nur weil sie uniformiert und kollektiviert der menschlichen individuellen Regung nicht mehr fähig sind, sondern weil ihnen überhaupt vom Staate das nur zur Verfügung gestellt wird, was da übrig bleibt, nämlich die Brosamen, die die staatliche Gewalt noch läßt. Das kann man vielleicht steigern, aber wenn Herr Ulbricht meint – er spricht hier nicht allein für die Ostzone, sondern für die ganzen totalitären Staaten –, er könne dem Volk ein menschenwürdiges Dasein sichern und es mit dem versorgen, was eben zu einem menschlichen Leben gehört, dann irrt er sich. Man kann nicht auf der einen Seite immer mehr die Gewalt verstärken und die Staatsmacht immer mammothafter auftürmen und gleichzeitig auf der anderen Seite sich der Mehrung der menschlichen Wohlfahrt zuwenden. Wenn sie das letztere täten, würden sie untauglich werden, mit immer neuen und massenhaften Rüstungen die Welt zu bedrohen. Wir wären glücklich, wenn diese Entwicklung heranreifen und Wirklichkeit würde, d. h., daß alle Völker und Staaten sich darauf besinnen wollten, ihre Anstrengungen immer mehr auf die menschliche Wohlfahrt und Arbeit hinzulenken. Menschliche Wohlfahrt bedeutet hier nicht allein ein immer weiterer Konsum. Ich habe nichts dagegen. Aber das ist eben nicht das Letzte. Wir sollten nicht vergessen, daß wir mit allen unseren Anstrengungen dahin kommen müssen, den Menschen eine freie Entfaltung ihres Lebens zu geben und sie wieder zu dem machen, was sie nach Gottes Ebenbild sein sollen. Dann wird die Gewalt niedersinken müssen.

Ich habe vor 14 Tagen vor 100 000 Oberschlesiern gesprochen. Was da im Augenblick passiert, ist überhaupt nicht zu schildern. Ich sagte, das Menschenantlitz, nach Gottes Ebenbild, wird geschändet, wenn soviel Unrecht und Sünde in der Welt bestehen können. Damit muß ich es bewenden lassen. Man kann natürlich über dieses Thema immer weiter sprechen und es immer weiter führen. Ich hoffe aber, Ihnen doch soviel deutlich gemacht zu haben, daß eine Politik, wie wir sie in der CDU betreiben, nicht nur rational an dem gemessen werden kann, was dabei für den einzelnen an Mehr herauskommt, sondern sie muß auch ausgerichtet sein auf ein Ziel, das den Wohlfahrtszwecken der Menschheit dient. Und dieses Ziel sei nicht geringgeschätzt; denn wir alle wollen und müssen leben; wir alle wollen sogar noch besser leben. Nehmen Sie das hin! Aber dieser Zweck unserer Wirtschaft kann nicht der letzte Sinn unseres ganzen Tuns sein. Der Sinn kommt aus anderen Bereichen. Ich habe versucht, diese anderen Bereiche hier etwas zu beleuchten.

Wir erfüllen unsere Pflicht als Menschen nach Gottes Gebot nicht allein dadurch, daß wir herumörgeln, sondern wir müssen auch aus unserer Verantwortung heraus das Leben der Gesellschaft so zu prägen versuchen, wie es nach den Grundsätzen der Freiheit und des Rechts notwendig ist. Alle diejenigen, die hier oben sitzen, und auch alle, die in der Legislative oder Exekutive hier mitarbeiteten, haben versucht, in dieser Hinsicht das Ihre zu tun. Nun gehen Sie hin und tun Sie das Ihre. Das Ihre bedeutet, daß Sie in acht Tagen Ihrer Verantwortung eingedenk sind, daß Sie sich aber auch dessen bewußt bleiben, daß mit jeder Wahl eine neue Entscheidung über unser Sein und unsere Zukunft gefällt wird. Daß dieses Unternehmen unserer Zukunft gnädig sein möge, das walte Gott!

(Lang anhaltender, starker Beifall.)

Vorsitzender Schwinkowski:

Es spricht jetzt der Chef der jetzigen und wenn Sie mithelfen auch der nächsten Landesregierung, Herr

Ministerpräsident von Hassel

Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Der Herr Bundeskanzler und auch der Herr Vizekanzler haben dargelegt, daß heute hier in Kiel in dieser Ostsee-Halle der 8. Bundesparteitag der CDU Deutschlands zu Ende gegangen ist. Als wir ihn am vergangenen Freitag eröffneten, schrieb eine sozialdemokratische Zeitung: Dieser Parteitag der CDU in Kiel wird wiederum nach dem Schnittmuster Adenauers einen Schlafanzug für den deutschen Bundesbürger fabrizieren, mit nationaleuropäischem Revers und natürlich mit christlichen Fransen versehen. Sein Hauptzweck jedoch sei, der CDU Schleswig-Holsteins die entscheidende Wahlhilfe in dieser Landtagswahl zu geben. Eine Flut von CDU-Ministern ergösse sich über Schleswig-Holstein. Der Landtagswahlkampf werde damit verfälscht und nicht mehr mit landespolitischen Angelegenheiten geführt.

Meine Damen und Herren! Wer diesem Parteitag gefolgt ist – der in aller Öffentlichkeit vor 240 Vertretern von Presse, Film, Rundfunk und Fernsehen stattgefunden hat –, hat genau verfolgen können, was hier gesprochen worden ist. Wer dieser Diskussion beigewohnt hat, der hat gesehen, daß Menschen aus allen Teilen der Bundesrepublik und Berlins, Menschen aller Schichten und Herkünfte in aller Offenheit ihre Meinung in der Diskussion zum Ausdruck gebracht haben. Auf diesem Bundesparteitag wurde nicht ein einziges Wort über die Landtagswahl in Schleswig-Holstein gesprochen. Es war der Parteitag, der der CDU die Richtung für die kommende Zeit gegeben hat. Ich darf das einmal in aller Deutlichkeit feststellen, damit draußen nachher nicht verfälscht wird, was eigentlich das Anliegen hier gewesen ist. Das Anliegen waren dieses Mal nicht außenpolitische Dinge, sondern es war die große Ordnung in unserem eigenen Bereich, wozu gerade eben Prof. Dr. Erhard, unser Vizekanzler, in einer großartigen Form Ergänzendes gesagt hat. Es wurde hier im wesentlichen über die Staatsordnung und das Gesellschaftsbild gesprochen. Dazu sind wir hier in Kiel versammelt gewesen.

Demokratischen Union und seiner Stellvertreter vollzogen. Es ist mir persönlich eine große Freude, Ihnen mitteilen zu können, daß als stellvertretender Vorsitzender gewählt worden ist für unseren verstorbenen Freund Karl Arnold unser Arbeitsminister, der Mann, der für die Sozialordnung verantwortlich ist, Theo Blank. (Beifall.)

Sie sind in diesem Lande hier, mein lieber Freund Blank, kein Unbekannter. Wir wissen, woher Sie kommen und welchen Lebensweg Sie gegangen sind. Wir wissen, wie Sie um das Anliegen der Arbeitnehmerschaft ringen. Sie sind uns hier in Schleswig-Holstein ein willkommener Gast. Wir haben dann gewählt für den aus Krankheitsgründen auf eigenen Wunsch von seinem Amt zurückgetretenen Jakob Kaiser einen Mann aus Berlin, der nicht nur in Deutschland, sondern darüber hinaus bekannt ist und dessen Name einen guten Klang hat, unseren Freund Heinrich Krone. (Beifall.)

Herr Dr. Krone, wir wissen, daß Sie als Vorsitzender der großen CDU-CSU-Fraktion des Bundestages eine große Aufgabe zu meistern haben, eine Aufgabe, die sicherlich bei einem so großen Parlament außerordentlich schwer ist. Sie sind dabei immer der Mann geblieben, der mit beiden Beinen drüben in Berlin gestanden hat und steht und von Berlin her eine enge Verbindung zur Zone gehalten hat, die Sie in Zukunft sicher noch verstärkt halten werden. Auch Ihnen ein herzlicher Willkommensgruß bei uns in Schleswig-Holstein! (Beifall.)

Als dieser Wahlkampf begann, haben uns die Sozialdemokraten einige Mahnungen mit auf den Weg gegeben, und zwar erstens, daß wir den Wahlkampf mit Landespolitik zu bestreiten hätten, zweitens, daß wir ihn fair führen sollten. Zur Landespolitik hat der Herr Bundeskanzler Ausführungen gemacht und von dem Eindruck gesprochen, den er von diesem Lande hat. Sie sprachen davon, Herr Bundeskanzler, daß es ein blühendes Land geworden sei. Wir alle kennen dieses Land, lieben es und arbeiten für dieses Land. Wir haben wirklich vieles an Erfolgen nachzuweisen. Wir wissen aber auch, daß noch vieles zu tun bleibt. Den Sozialdemokraten antworten wir mit landespolitischen Argumenten, weil wir eben etwas aufzuweisen haben. Die Sozialdemokraten können sagen, sie hätten und sie würden, wir aber sagen, wir haben getan und wir werden tun. (Beifall.)

Alles das, was in diesem Lande geschaffen worden ist, ist in der knappen Zeit, die mir zur Verfügung steht, nicht darzulegen. Wir haben darüber aber in vielen Versammlungen gesprochen. Die CDU dieses Landes hat einen vorzüglichen Film über das gedreht, was wir draußen geschaffen haben. Wir haben in Statistiken und anderen Unterlagen diese Zahlen nachgewiesen. Es sind viele Bereiche, in denen wir erfolgreich tätig gewesen sind, auf dem Gebiete der Schule, der Kultur, der Wirtschaft, des Verkehrs, der Landwirtschaft usw. Wir haben hier die schwierigen Fragen eines Landes zwischen den Meeren zu bewältigen, eines Landes, das von den Meeren viel Segen bekommt, aber von dort her auch viele Sorgen, viel Ärger und viele Schwierigkeiten hat. Es ist vieles zu sagen über den Wohnungsbau hier, vor allem aber auch über das größte Anliegen in Schleswig-Holstein und im Bund, nämlich über die Eingliederung der Vertriebenen; aber alles dies kann man in einer

solch späten Stunde nicht mehr im einzelnen aufzählen. Das Land Schleswig-Holstein aber möchte zum Ausdruck bringen, daß unsere Politik hier von einem großen und nachhaltigen Erfolg begleitet gewesen ist, insbesondere auf dem kulturellen Gebiet. Wenn wir heute bei den höheren Schulen und bei den Mittelschulen den Schichtunterricht fast völlig beseitigt haben – bei den Volksschulen konnte er im Landesdurchschnitt auf etwa zehn Prozent gesenkt werden. Schwerpunkte sind heute noch im Raum um Hamburg und in unseren Großstädten – dann sollten die Sozialdemokraten das einmal anerkennen. (Beifall.)

Wir haben uns in diesem Lande bemüht, alles zu tun, was überhaupt erdenklich ist, um der Landwirtschaft den Anschluß an eine größere Entwicklung zu geben, an eine Entwicklung im Gemeinsamen Markt, von dem Herr Bundesminister Prof. Dr. Erhard gesprochen hat. Wir haben hier getan, was wir tun konnten. Den städtischen Bürgern und Verbrauchern sei gesagt, daß sie allen Anlaß haben, darüber nachzudenken, was es bedeutet, auf die Dauer sich auf seine eigene Landwirtschaft verlassen zu können. Wir haben andererseits in Rendsburg vor acht Tagen bei einem großen Bauerntag sehr deutlich gesagt, die Bauern seien nicht allein auf der Welt. Wir haben aber klargestellt, wie wir versuchen das Ganze zueinander zu ordnen, damit nicht irgendwo schwache Glieder zurückbleiben.

Meine Damen und Herren! Sie wissen, daß wir ein verkehrssarmes Land sind und daß man hier große Strecken überbrücken muß. Ein großer Teil von Ihnen wird frühzeitig abreisen müssen, um wieder an seine Arbeitsstelle im Süden oder Westen unserer Bundesrepublik zu kommen. Die Sozialdemokraten haben im Landtag in der letzten Sitzung Vorstellungen darüber entwickelt, was sie täten, wenn sie in der Regierung wären. Sie haben erklärt, sie würden das Verkehrschaos beseitigen. Ich habe dem sozialdemokratischen Sprecher als Antwort eine Geschichte erzählt, die ich auch Ihnen nicht vorenthalten möchte. Im vorigen Sommer ist eine Ihrer Kolleginnen, lieber Kollege Krone, von Bonn nach Kiel in einem überfüllten Zug gefahren. In diesem Zug war eine Frau, die kräftig meckerte und sagte, es seien bei dieser Bundesbahn katastrophale Zustände. Das würde aber anders, wenn die Sozialdemokraten an die Regierung kämen. Daraufhin sagte eine andere Frau aus diesem Abteil: Haben Sie schon einmal überlegt, warum diese Überfüllung in unseren Zügen ist? Weil es allen wieder so gut geht, daß sie reisen können. Wenn die Sozialdemokraten an der Regierung wären, dann wäre das vermutlich nicht mehr der Fall und die Züge wären wieder leerer. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben in diesem Lande in vier Jahren eine halbe Milliarde für Straßenbau ausgegeben, davon die Hälfte aus Landesmitteln. Als jetzt die Straße über Segeberg in Richtung Oldesloe fertig war, haben sozialdemokratische Zeitungen geschrieben, wir stellten die Freigabe dieser Straße zurück, bis Sie, Herr Bundeskanzler, in der Lage seien, dieses Band zu durchschneiden und ein großes Wahlfest zu feiern. Wir haben etwas anderes zu tun, als darauf zu warten, daß der Herr Bundeskanzler eine solche Straße freigibt, und Wahlfeste zu feiern. Wir haben in diesen Wochen und Monaten gearbeitet wie die Pferde. Wir

haben ein Interesse daran, diese Straße möglichst schnell freizugeben, damit möglichst viele sie bis zur Wahl benutzen können, um zu sehen, was hier geschaffen worden ist. (Beifall.)

Meine Freunde! Zu den Fragen des Wohnungsbaues können wir sagen, daß in den zehn Jahren seit der Währungsreform 175 000 Wohnungen gebaut worden sind und daß wir in diesem Jahre allein für den Bereich des sozialen Wohnungsbaues vom Lande 205 Millionen DM bereitstellen. Ich bitte Sie, diese Zahlen einmal zu behalten. Man kritisiert uns, daß wir nicht genügend für die Wirtschaft täten. Bei der Eröffnung des sozialdemokratischen Wahlkampfes hat man uns vorgehalten, wir gefährdeten die Arbeitsplätze drüben auf dem Ostufer. Man meinte, wir hätten kein Verständnis für den Arbeitnehmer. Wir alle wissen, daß wir bei den sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Dingen nur dann zu Rande kommen, wenn wir uns auf eine gesunde Wirtschaft stützen können; denn das ist überhaupt der Ausgangspunkt für alle Betrachtungen. Das ist auch sichtbar geworden auf diesem Parteitag. Sie können als sicher mit nach Hause nehmen, daß wir unser Möglichstes tun, nicht nur die Arbeitsplätze zu erhalten, sondern sie auch zu vermehren. Und was passiert einem dann? Vor etwa 10 Tagen habe ich hier einen großen Kieler Betrieb besichtigen wollen, einen großen Maschinenbaubetrieb, der sich deshalb in einer schwierigen Lage befindet, weil auf dem Sektor Schiffbau durch die Weltsituation Sorgen eingetreten sind. Als ich diese Maschinenfabrik besichtigen wollte, hat die IG Metall, wie mir mitgeteilt wurde, durch zwei ihrer Vertreter die Betriebsobleute angewiesen, daß man dort, wenn ich die Halle betreten würde, die Arbeitsplätze verlassen solle. (Pfui-Rufe.)

Meine Damen und Herren! Ich habe mir in diesem Lande vor anderthalb Jahren alle Mühe gegeben, diesen schwierigen Streik hier zu einem Ende zu führen. Ich nehme für mich in Anspruch, der ich nicht als Ministerpräsident geboren worden bin, der ich mein Leben lang zu arbeiten gewohnt gewesen bin, der ich in der Landwirtschaft gelernt und im Maschinenbau gearbeitet habe, so daß ich diese Dinge selber kenne, der ich fünf Jahre Soldat war, hier mitreden zu können. Wir haben nie danach gefragt, ob der andere Arbeitnehmer, Arbeitgeber oder Bauer war, sondern wir haben gefragt, ob er ein anständiger Kerl und Kamerad gewesen ist. Das waren die Maßstäbe. (Starker Beifall.)

Hier auf diesem Parteitag haben gestern und heute eine große Zahl von Arbeitnehmern gleichberechtigt in unseren Reihen gesessen. Nun hat die Gewerkschaft über die Versammlung, die ich in den letzten Tagen in Lübeck abhielt, ein Pamphlet verbreitet, auf dem steht: Gebt Herrn von Hassel eine Antwort, vergeßt nicht seine Rolle beim Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein. Er beschimpft uns, nun will er uns noch verhöhnen. Er vertritt nur die Interessen der Unternehmer. Wir wählen von Hassel nicht. IG Metall.

Ich bedaure es, daß in einer solchen Zeit, in der wir glaubten, den Klassenkampf überwunden zu haben, uns diese Vorwürfe gemacht werden. Wir haben alle das gemeinsame Interesse, allen Menschen, die arbeitsfähig sind, einen geordneten Arbeitsplatz und denen, die nicht

mehr arbeiten können, eine ausreichende soziale Sicherheit zu geben. Das ist unser aller Anliegen. (Beifall.)

Wir haben uns bemüht – in einer Regierungserklärung vor etwa vier Wochen habe ich es dargelegt –, die Vertriebenen und Flüchtlinge und Spätheimkehrer in unser Land einzuordnen. Durch die ganze Arbeit dieser Landesregierung zieht sich wie ein roter Faden die Einordnung dieser Menschen, die ihre Heimat verloren haben, und zwar solange, bis sie wieder in ihre Heimat zurückkehren können. Wir wehren uns dagegen, wenn Vertriebenenminister aus anderen Ländern hierher kommen und meinen, sie könnten uns hier irgendwelche klugen Worte erzählen.

Wir haben uns bemüht, in diesem Lande neben all den anderen Aufbauarbeiten auch ein gutes politisches Klima zu schaffen. Für den Regen, den Wind usw. sind wir nicht verantwortlich, Herr Bundeskanzler, und ich glaube, das gibt selbst die Opposition zu. (Heiterkeit.)

Wir haben uns bemüht, innerhalb der Koalition in einer guten Form zueinander zu stehen. Wir, die Stärkeren, haben die anderen, die Schwächeren, ernst genommen. Wir haben immer mit ihnen Kontakt gehabt. Wir haben sie nie überfahren. Wir haben sie nicht majorisiert. Wir haben uns mit ihnen offen und ernst auseinandergesetzt. Wenn sie bessere Argumente hatten, haben wir sie übernommen. Wir haben auch ein vernünftiges Verhältnis zur sozialdemokratischen Opposition. Mit dem Herrn Vorsitzenden, habe ich mich regelmäßig getroffen. Es gab einmal eine Zeit, das ist gar nicht so lange her, daß er sich beklagte, das Klima sei schlechter geworden. Ich habe dann in ein paar Versammlungen gefragt, wie sie sich denn eigentlich persönlich einem Manne gegenüber benähmen, der erklärtermaßen – das ist durchaus sein legitimes Recht – nur ein Ziel habe, sich nämlich auf ihren Stuhl zu setzen. Wollen Sie einmal sagen, mit welcher Herzlichkeit und Bereitschaft Sie den Mann in Ihre Arme schließen? Denken Sie darüber einmal nach. (Beifall.)

Wir haben uns bemüht, diesen Stil hier zu praktizieren, was wirklich nicht immer ganz einfach ist. Dann aber liest man von den Sozialdemokraten folgendes: Es kommt nicht darauf an, daß in Kiel eine Regierung sitzt, die Adenauer wenig Schwierigkeiten macht, sondern darauf, daß diese Regierung Hilfe zu beschaffen weiß.

Die anderen sagen aus der gleichen Partei, diese Regierung habe immer nur auf Bonn gehört, und Bonn habe diese Regierung im Stiche gelassen. Die Hilfsbereitschaft von dort sei auf einen Nullpunkt gesunken. Die anderen Länder gäben uns zwar einige Millionen, das reiche aber nur für die Verwaltung. Der Herr Bundeskanzler hat uns in Bonn ein sehr hübsches Wort gesagt, das übrigens für manche anderen Länder auch gilt. Er sagte: Die Schleswig-Holsteiner sind Dickschädel. Ich glaube, Herr Bundeskanzler, Sie werden das Gefühl haben, daß die Vertreter dieser Landesregierung, die in Bonn verhandeln, wirklich keinen Gedanken außer acht lassen, um dort zu Gehör zu kommen. Was wir Ihnen sagen, Herr Bundeskanzler, sind keine Phantasiezahlen, sondern sie gründen sich auf unsere Feststellungen und auf die Beurteilung, wie wir sie hier haben.

Und nun darf ich zu dem Wort „Hilfe auf dem Nullpunkt“ folgendes sagen. In vier Jahren haben uns der Bund 537 Millionen DM und die Länder im Wege des Finanzausgleichs etwas über eine Milliarde DM zur Verfügung gestellt. Es kommt nicht darauf an, dauernd auf den Tisch zu hauen, er kann auch mal kaputtgehen. Es kommt auch darauf an, denen Dank zu sagen, die bereit waren, in dieser Form für unser Land etwas zu tun. Damit vergeben wir uns nichts. (Beifall.)

Man sagte vorgestern in Flensburg, die Sozialdemokraten hätten ihre Wahlkampfparole auf die Landesprobleme abgestellt, weil die Länder wichtige staatspolitische Funktionen hätten, die CDU dagegen treibe seit Jahr und Tag um Schaden des Ganzen eine Gleichschaltung der Länder mit dem Bunde. Ich möchte hier sehr deutlich erklären, Herr Bundeskanzler, daß bisher kein einziges Mal weder in einem Brief noch in einem Telefongespräch noch irgendwie sonst von Ihnen Eingriffe in die Länder gemacht worden sind, jedenfalls nicht auf uns. Aber das sind Dinge, die man draußen erzählt und von denen man meint, sie kämen irgendwie an. Wir haben uns bemüht, in diesem Lande diesen Stil zu praktizieren, sind aber nun traurig darüber, daß in der letzten Zeit, offenbar weil die Sozialdemokraten nichts anderes zu sagen wissen, sich die Dinge draußen immer mehr verhärten.

Ich bin gestern hier in der Halle mit einem Extrablatt versorgt worden: „Die KN will Puggi abschießen!“ Die Erfindung Puggis – wer ist bloß auf diese Idee gekommen? Von mir aus sollen sie soviel Puggi-Ausgaben machen, wie sie wollen, das ist uns völlig gleichgültig. Ich glaube, daß sie damit nicht einmal einen Seehund hervorlocken. (Beifall.)

In diesem Extrablatt heißt es:

„Die Kommunisten helfen der CDU. Die Pankower nahmen Anstoß an einem Photo, das die blutende Grenze am Eisernen Vorhang zeigt. Durch dieses Verhalten wird der CDU in Schleswig-Holstein Wahlhilfe geleistet.“

Wahlhilfe wird in diesem Lande der Christlich Demokratischen Union allerdings durch die sozialdemokratische Wahlillustrierte geleistet. Die ist nämlich in ihrem ganzen Ton und Stil so miserabel, daß man damit keinen neuen Wähler ansprechen kann. (Starker Beifall.) Ich hoffe nur, daß die von der SED irgendwo beschlagnahmten Exemplare dieser Wahlillustrierten sehr schnell freigegeben werden, weil sie ganz ohne Frage uns den Wahlkampf erleichtern. (Beifall.)

Ich weiß nicht, wer auf diese Geschichte gekommen ist. In diesem Extrablatt steht es. Morgen lesen Sie es in allen Zeitungen. Eine Serie von sechs Anzeigen, eine Serie von Puggis. Dort heißt es:

„Seehund Puggi denkt für die SPD. Ich spreche für die Seehunde und unsere Freunde, die Pinguine. Unsere gemeinsamen Gegner sind die Walrosse; die fressen uns die Fetheringe weg und lassen uns die Gräten. Das Oberwalroß . . .

– Entschuldigen Sie, Herr Bundeskanzler –

(Stürmische Heiterkeit.)



Überall, wo diskutiert wird — über das politische und wirtschaftliche Tagesgeschehen oder über aktuelle Probleme der Kunst —, beruft man sich gern auf eine unabhängige und überparteiliche Stimme. Besonderes Gewicht hat stets die Meinung der Süddeutschen Zeitung, die auch von Rundfunk und Welt-
presse täglich zitiert wird.

Süddeutsche Zeitung

DIE GRÖSSTE TAGESZEITUNG SÜDDEUTSCHLANDS

Wenn Sie die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG gern einmal kennenlernen wollen, schreiben Sie bitte an den Süddeutschen Verlag, Abteilung VW, München 3, und fordern Sie eine kostenlose und unverbindliche 3-Tage-Probeflieferung an.

sagt, wir seien der Untergang der Nord- und Ostsee. Dabei war noch nie soviel Ebbe wie unter der Führung der Walrosse. Sie sind eben gegen uns. Jetzt haben sie sogar über 300 Seehunde zum Abschluß freigegeben. Ich aber verkünde die Abschlußzeit der Walrosse. Wie wir das machen werden, das werden wir Euch morgen erzählen.“

Meine Damen und Herren! Wir haben die Auseinandersetzungen allein mit den Sozialdemokraten geführt. Es geht in Schleswig-Holstein genau wie in Nordrhein-Westfalen und auch im übrigen Bundesgebiet darum, ob die CDU weiter die Verantwortung trägt, oder ob die SPD die Verantwortung übernehmen wird. Daneben treten alle anderen Fragen zurück. Wir haben uns nicht mit den Freien Demokraten auseinandergesetzt. Es sei denn, daß sie wieder einmal die altbekannte Weise von der katholischen CDU bringen. Da ist ein sehr amüsanter Spruch von einer FDP-Abgeordneten gefallen, die gesagt hat, man solle sich in Schleswig-Holstein nicht täuschen lassen, auf den Wahlplakaten der CDU stehe im Vordergrund zwar der Ministerpräsident von Hassel, aber der Hintermann sei der Bundeskanzler, und das zeige, daß die Wege von Rom nunmehr auch nach Kiel führten. Das sei klerikale Politik und ergo abzulehnen.

Wir haben uns nicht auseinandergesetzt mit dem Gesamtdeutschen Block BHE, der Jahre hindurch in einer schweren inneren Krise gestanden hat. Wir haben nicht eingegriffen in die Krise Kraft/Oberländer. Wir haben geglaubt, daß es allein Sache dieser Partei sei, personelle Schwierigkeiten unter sich auszutragen. Wir meinen aber, daß der Wähler draußen nachdenklich geworden ist, wenn von der Landtagsfraktion des BHE, die vor vier Jahren zehn Köpfe umfaßte, zwei zur CDU und zwei zur FDP übergetreten sind und wenn vor einigen Wochen der Finanzminister des BHE, der nicht der Fraktion angehörte, ebenfalls zur CDU gegangen ist. Sie haben sicher gehört, daß die Frau Sozialminister Dr. Ohnesorge gestern abend aus dem BHE ausgetreten ist. Wenn das so ist, dann kann man die Dinge nicht damit abtun, wie es heute geschieht, daß man sagt, Opportunisten und Postenjäger hätten den BHE verlassen. Dann müssen die Gründe anderswo liegen und nicht bei denen, die als die erste Mannschaft 1954 in den Landtag entsandt worden sind. Ich habe zum Ausdruck gebracht – was man mir beim BHE übelgenommen hat –, wir hätten Sorge darüber, daß der große Optimismus und Idealismus der Vertriebenen, die sich um den BHE früher scharten, von den Verantwortlichen dieses BHE etwas reichlich strapaziert worden seien. Damit aber müsse er sich selber auseinandersetzen.

Worum wir bitten, ist folgendes: nachzudenken darüber, daß wir in Schleswig-Holstein seit 1950 die Verantwortung tragen und daß wir uns seit dieser Zeit bemüht haben, in jeder Beziehung diesem Lande Stabilität zu verleihen, und zwar in der Landwirtschaft, in der Wirtschaft, im sozialen und im kulturellen Bereich, Stabilität auch in den politischen Verhältnissen. Ich darf Sie daran erinnern, daß in einer Reihe von westdeutschen Ländern die Regierung über Nacht während der Legislatur-

Bundes-Zentralgenossenschaft Straßenverkehr (BZG)

e. G. m. b. H.

FRANKFURT AM MAIN

Brüder-Grimm-Straße 20 und Kaiserstraße 1, Telefon 2 21 24, 2 66 82,
478 41 -3, Fernschreiber 041 /1627

ZENTRALORGANISATION für:

19 Landesgenossenschaften

73 Laderaumverteilungsstellen

16 Autohöfe

Die Wirtschaftsorganisation des deutschen Verkehrsgewerbes

Transportvermittlung

Frachtenprüfung

Transportabrechnung

Prämiengünstige Kollektivpolice für Güterschäden

- Eigene Tankstellen, Übernachtungsheime, Restaurants
- Verbilligter Einkauf von Kraftfahrzeugbedarf

Weitere Einrichtungen:

**Versicherungsverband des deutschen
Kraftverkehrs, V. a. G. (KRAVAG)**

Kraftfahrzeugversicherung auf Gegenseitigkeit u. Prämienrückvergütung

**Wirtschaftsgenossenschaft des deutschen
Kraftverkehrs e. G. m. b. H. (WIRKA)**

Fahrzeugfinanzierung zu günstigen Bedingungen

Deutsche Transportbank G. m. b. H.

Großzügige Frachtfinanzierung

Deutscher Behälterdienst G. m. b. H. (DBD)

Entwicklung, Verkauf und Vermietung von für den Kraftverkehr geeigneten
Behältern

periode gestürzt worden ist oder umgebildet wurde. Ich denke besonders an Nordrhein-Westfalen, wo unser verstorbener Freund Karl Arnold über Nacht von den Sozialdemokraten und seinen eigenen Koalitionsfreunden gestürzt wurde. Ich denke an die Änderungen in München, in Saarbrücken und in Hannover, aber auch an die Schwierigkeiten bei unserem Freund Gebhard Müller in Stuttgart oder drüben in Berlin. Das ist Ihnen bekannt. Das sollte Ihnen Veranlassung sein, darüber nachzudenken, daß zur Stabilität in allen Bereichen auch eine politische Stabilität gehört. Wir wollen daher am 28. September dafür Sorge tragen, daß nicht die Sozialdemokraten in die Lage kommen, uns alle halbe Jahre stürzen zu wollen. Das ist ihnen bisher nicht gelungen. Das vorletzte Mal war es in der Nacht nach der Bundestagswahl, als wir in dieser großartigen Form in Schleswig-Holstein alle Wahlkreise gewonnen haben. Als das Ergebnis dieses großen CDU-Erfolges bekannt wurde, haben nachts die Sozialdemokraten versucht, die Regierung zu stürzen mit der Begründung, sie müßten jetzt über den Bundesrat der Politik des Bundeskanzlers Bremsen anlegen.

Am 21. April dieses Jahres, ausgerechnet an meinem Geburtstag, haben die Sozialdemokraten erneut versucht – was ich nicht anständig finde –, eine neue Regierung zu bilden, und zwar, wie sie sagten, aus Freunden des Friedens und der Wiedervereinigung, womit sie also unterstellten, daß wir beides nicht wollen. Ich halte das für eine sehr unfaire Art, einen politischen Kampf zu führen. Ich meine, daß am 28. September sichergestellt werden muß, daß der ständige Versuch der Sozialdemokraten, während einer Legislaturperiode die Regierung zu stürzen, unmöglich wird. Wir haben also den ganzen Wahlkampf auf die Worte Tatkraft, Stabilität und Stetigkeit abgestellt. Wir bemühen uns darum, diese Stetigkeit auch in Zukunft fortzusetzen. Wir brauchen nicht zu formulieren, wir hätten oder wir würden, sondern wir können formulieren: Wir haben und wir werden das in Zukunft fortsetzen.

Meine Bitte ist, daß Sie zur Wahl gehen. Sagen Sie bitte denen, die da meinen, ach, der Hassel und die anderen machen das schon, daß sie zur Wahl gehen sollen. Zur Wahl geht man! Bei der Wahl kann man einmal seine Auffassung zum Ausdruck bringen. Je höher die Wahlbeteiligung, desto deutlicher ist auch das Bekenntnis dieses Volkes zu seinem Staat, gleichgültig, wo man politisch steht. Meine Bitte geht auch dahin, das Gegeneinander in der Frage der deutschen Wiedervereinigung zurückzustellen. Es gibt andere, die uns unterstellen, wir wollten sie nicht. Auf unserem Bundesparteitag ist in großartiger und spontaner Weise unser Bekenntnis zur Wiedervereinigung zum Ausdruck gekommen. In der Frage der Wiedervereinigung unterscheidet sich niemand in der CDU, in der SPD, im BHE, in der FDP oder in der DP. Und wenn wir davon absehen, uns in parteipolitischen Überlegungen zu diffamieren, und wenn wir einsehen, daß dieses Anliegen das größte ist, dann wird sie auch kommen. Deshalb meine Bitte: Gehen Sie zur Wahl, tun Sie Ihre Pflicht. Bringen Sie auch Ihren Freunden und Kameraden gegenüber zum Ausdruck, was hier geleistet worden ist. Wir wollen nichts für uns, sondern wir wollen alles für unser Volk; wir wollen versuchen, unsere Arbeit und unsere Pflicht zu tun. Wir Jünger



Alexander TS

... der Spitzenkandidat

Sicher durch Frontantrieb,
schnell durch 25-PS-Motor,
bequem durch Luxusausstattung
und Komfort-Sitze.

DM 4250.- plus Heizung DM 78.-



LLOYD MOTOREN WERKE G.M.B.H.

haben allen Anlaß, den Älteren und an ihrer Spitze Ihnen, Herr Bundeskanzler, zu danken für das Beispiel, das Sie uns gegeben haben.

(Starker Beifall.)

Vorsitzender Schwinkowski:

Die Kundgebung ist geschlossen.

(Ende 19 Uhr)

Die Gäste aus dem Ausland

Internationale Union Christlicher Demokraten – Nouvelles Equipes Internationales – NEI –: Präsident Staatsminister A. E. de Schryver

Christlich-Demokratische Union Zentraleuropas: Präsident Dr. A. Prochazka, Konrad Sieniewicz, Generalsekretär

Antirevolutionäre Partei Hollands: Präsident Dr. P. Berghuis, Dr. van der Sluis, Generalsekretär

Christlich-Historische Union Hollands: H. K. J. Beernink, Generalsekretär

Christlich-Soziale Partei Belgiens: Präsident Theo Lefèvre, L. Tindemanns, Generalsekretär

Democrazia Cristiana: Frau Abgeordnete Elsa le Conci, Mitglied des Parteivorstandes

Högerpartiet Schwedens: General Helge Jung, Direktor Folke Anger

Katholische Volkspartei Hollands: Dr. K. J. Hahn

Konservative Partei Dänemarks: Minister a. D. O. B. Kraft, Morten Kamphövener

Konservative Partei Großbritanniens: Abgeordneter Peter Smithers, Präsident des Außenpolitischen Büros der Konservativen Partei

Österreichische Volkspartei: Nationalrat Dr. A. Maleta, Generalsekretär

Schweizerische Konservative Volkspartei: Dr. M. Rosenberg, Generalsekretär

BETON

ist der Baustoff für

- **Autobahnen**
- **Landstraßen**
- **Stadtstraßen**
- **Forstwege**
- **Wirtschaftswege**
- **Rollbahnen**



Zementverkaufsstelle

Niedersachsen G. m. b. H.

Hannover · Eichstraße 43

Das Kieler Manifest

Bei der Bundestagswahl des Jahres 1957 und erneut bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Sommer 1958 hat das deutsche Volk die Politik der Christlich-Demokratischen Union in eindruckvollster Weise bestätigt. Der 8. Bundesparteitag dankt allen Wählern in Stadt und Land für das Vertrauen, mit dem sie der Christlich-Demokratischen Union für die kommenden Jahre von neuem die Verantwortung übertragen haben. Die CDU erblickt in diesem Vertrauen den Auftrag, ihre bisherige Politik unbeirrt fortzusetzen und auszubauen.

Der Bundesparteitag betont von neuem und mit allem Nachdruck, daß unsere Freiheit, die geistigen und kulturellen Werte unseres Lebens und der wirtschaftliche und soziale Aufbau unseres Landes nur durch die beharrliche Fortführung der erfolgreichen Außenpolitik der Bundesregierung gesichert werden können.

Der Bundesparteitag erwartet daher, daß die Bundesregierung ihre Bündnispolitik im Rahmen der atlantischen Gemeinschaft fortsetzt. Er erwartet eine entschlossene Fortführung unserer europäischen Politik. Die Einigung Europas ist und bleibt eine der größten Aufgaben unserer Zeit. Von ihrem Gelingen hängt die Zukunft des ganzen deutschen Volkes – diesseits und jenseits der Zonengrenze – wie aller anderen Völker Europas ab.

Die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit bleibt das Ziel aller unserer Bemühungen. Sie zu fördern, ist die nationale Pflicht aller Deutschen. Solange die weltpolitische Lage die Wiedervereinigung noch nicht erlaubt, müssen wir alle Kraft an die Erhaltung und Stärkung der persönlichen und geistigen Verbindung mit den Deutschen jenseits der Zonengrenze setzen.

Der Bundesparteitag hat sich auch in besonderer Weise mit den Fragen der inneren Ordnung unserer Gesellschaft und unseres Staates und entsprechend der gewachsenen Verantwortung unserer Partei mit deren weiterem Ausbau beschäftigt. Er empfiehlt der Partei, den kommunalpolitischen Angelegenheiten größere Aufmerksamkeit als bisher zu widmen.

Der Bundesparteitag hat die wichtigsten innenpolitischen Aufgaben in einem Arbeitsprogramm für die parlamentarischen Vertretungen in der CDU in Bund, Ländern und Gemeinden zusammengefaßt. Dieses Arbeitsprogramm wird dem Bundesausschuß zur Weiterberatung und zur Weiterleitung an die parlamentarischen Körperschaften überwiesen.

Ziel des Arbeitsprogrammes ist die fortschreitende Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates, der Ausbau einer gesunden wirtschaftlichen und sozialen Ordnung in Freiheit und Gerechtigkeit zugunsten aller Berufe und Schichten des deutschen Volkes. Die Christlich-Demokratische Union betont mit allem Nachdruck, daß die Pflege der geistigen Werte nicht hinter dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zurückstehen darf.

Gemeinsames Handeln

Der Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands steht erschüttert unter dem Eindruck der unerträglichen Verschärfung der Lage in der Sowjetzone. Die Maßnahmen der Zonenmachthaber setzen die Menschen Mitteldeutschlands unter schwersten Druck und bringen sie in tiefe Gewissensnot.

Angesichts dieses tragischen Schicksals unserer Landsleute jenseits der Zonengrenze unterstützt und ermutigt die Christlich-Demokratische Union jede Bemühung, zu einem gemeinsamen Handeln aller politischen Kräfte in gesamtdeutschen Fragen zu gelangen. Sie ist gerade in der gegenwärtigen Situation der Überzeugung, daß größere Einigkeit in der Arbeit für die Wiedervereinigung eine wesentliche Voraussetzung zur Überwindung der Teilung Deutschlands ist.

Unsere politischer Weg unterscheidet sich in nichts von dem Weg, der uns als Menschen überhaupt aufgetragen ist. Wir überschreiten das Erreichte, um das weiter Erreichbare in die Tat umzusetzen. Von Zeit zu Zeit dürfen wir uns aber die Muße gönnen, einmal nach rückwärts zu schauen. Vielleicht überfällt uns dann das Staunen über das, was uns geschenkt worden ist, und über das, vor dem wir bewahrt geblieben sind. Recht ist es, wenn daraus nicht ein Triumphgefühl wächst, aber eine große Dankbarkeit und ein Gefühl für das rechte Maß, das uns von der Sache her geboten ist.

(Dr. Hermann Ehlers)



**„SECURITAS“
BREMER ALLGEMEINE
VERSICHERUNGS - AKTIENGESELLSCHAFT**

Erladigung aller Versicherungsgeschäfte

Bremen · Am Wall 153-156 · Securitas-Haus
Fernsprecher 211 36 · Fernschreiber 0244692

MANDRUCK MÜNCHEN

THEODOR DIETZ

Graphischer Großbetrieb

Buchdruck

Offsetdruck

Notendruck

Photographie

Lithographie

Buchbinderei

MÜNCHEN · THERESIENSTRASSE 71-75 · TELEFON 553121

***Autohaus* ALBERT STAVENOW K.G.**

Volkswagengroßhändler

GOSLAR/HARZ · IM SCHLEEKE 100 · RUF 3078/3677

PUMPEN

FÜR LANDWIRTSCHAFT, GEWERBE UND INDUSTRIE

Elektromotoren 0,25 – 15 PS

sowie Heubelüftungen fertigt in bekannter Qualität

FRANZ EISELE & SÖHNE · MASCHINENFABRIK · LAIZ-SIGMARINGEN



Am 24. September 1958 besuchte Bundeskanzler Dr. Adenauer auf seiner ausgedehnten Schleswig-Holstein-Fahrt die DEA-Erdölwerke in Heide. In seiner Begleitung befand sich Ministerpräsident von Hassel. Ein großer Teil

der Belegschaft hatte trotz des stürmischen Regens an verschiedenen Stellen im Werk in langen Spalieren Aufstellung genommen und bereitete dem Kanzler einen Empfang, der gleichzeitig Freude, Hochachtung und Zunei-



gung erkennen ließ. Direktor Dr. Köhler hieß den Bundeskanzler sehr herzlich willkommen. Interessiert ließ Dr. Adenauer sich über die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens unterrichten. Ministerpräsident von Hassel

hob das vorzügliche Betriebsklima hervor und begrüßte die umfangreichen Rationalisierungsmaßnahmen, die in dieser modernen Erdölraffinerie anzutreffen sind.

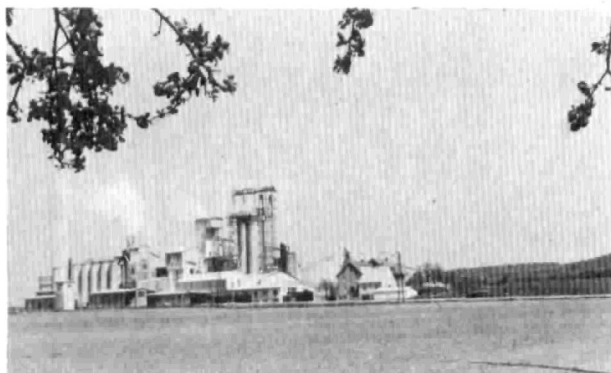
ADOLF LAMPRECHT KG



STANZ- UND EMAILLIERWERK HAHNDORF



Kreis Goslar · Telefon: Goslar 2226



Baukalk



Zement



Düngekalk

ELMKALK- UND ZEMENTWERKE

J. SCHNUCH K. G.

Hemkenrode a. Elm, Kreis Braunschweig, Ruf Schandelah 300

Wir müssen uns noch stärker als bisher bemühen, ein europäisches Bewußtsein heranzubilden, den Europagedanken zu stärken und zu fördern, den Willen zur Einigung Europas im Volk fest zu verankern. Ohne die Politik der Vereinigung Europas und ohne feste Verankerung in der westlichen Welt werden wir weder die deutsche Wiedervereinigung erreichen noch in der Bundesrepublik auf die Dauer ein freies, ein demokratisches, ein christliches Leben führen können!

(Karl Arnold)

*Die Soziale Marktwirtschaft
ist der
Schlüssel zum Wohlstand unseres Volkes*

Friedrich Carl Fürst Jäger Babenhausen

HOLZVERARBEITUNGSWERK WELLENBURG

BÜROMÖBELWERK



**Ein Begriff
für Zweckmäßigkeit und Qualität**

Zu beziehen durch den Fachhandel

Esso

RICHARD TRENKEL

Mineralöl-Großhandel · ESSO-Bezirksvertretung

Tanklager Harzburg, Telefon 838 und 1001

Tanklager Goslar, Telefon 3051

TRENKEL & CO. GmbH.

Bad Harzburg, Telefon 838 und 1001

Tankstellen- und Garagenbetriebe

ESSO-Station Wolfenbüttel, Telefon 2377

ESSO-Station Goslar, Telefon 3548

ESSO-Station Seesen, Telefon 812

ESSO-Station Vienenburg, Telefon 329

ESSO-Station Wolfenbüttel, Telefon 2855

Saatzuchtwirtschaft

Otto Breustedt G. m. b. H.

Schlafen/Harz



**Bekannte Zuchtstätte führender Sorten
von Gerste, Roggen, Weizen, Hafer,
Feldbohnen und Futterrüben.**

BRAUNSCHWEIGISCHE STAATSBANK

ÄLTESTE ÖFFENTLICH-
RECHTLICHE BANK
IN DEUTSCHLAND

Vom sonnigen Rhein

**OBSTKONSERVEN
KONFITÜREN UND
MARMELADEN**

DIENEL & JAKOB

KONSERVENFABRIK · BAD HONNEFIRHEIN



Bluthochdruck, Schwindelgefühl

**Herzruhe · Kreislaufstörungen · Arterienverkalkung
Kopfschmerz u. -druck · Ohrensausen · Schlaflosigkeit**

Dagegen wirkt Antisklerosin. Millionen von Antisklerosin-Dragees werden alljährlich gebraucht; sie sind seit Jahrzehnten in allen Apotheken erhältlich. Antisklerosin ist eine Wirkstoffkombination aus blutdrucksenkenden Heilpflanzen mit aufbauendem Mineral-salzgemisch, verstärkt durch das aus Buchweizen gewonnene wertvolle Medorulin, das die Adernwände vor dem Brüchigwerden schützt.

Orig.-Packg. DM 2.60 **Antisklerosin** Kurpackg. DM 12.50

De 461



Das neuartige, hautbelebende Vitamin- und Reinigungsbad!

Wir suchen GUTE EIWEISSARME BRAUGERSTE

BEMUSTERTE ANGEBOTE AN

Malzfabrik Vienenburg

VIENENBURG/HARZ

TELEFON 225



Kautex-Werk

REINOLD HAGEN

HANGELAR üB. SIEGBÜRG

FERNRUF: SA-NR. BONN 41075 UND 41841

FERNSCHREIBER NR. 088 66 27

**DIE GRÖSSTE
SPEZIALFABRIK EUROPAS
FÜR HOHLKÖRPER
AUS KUNSTSTOFF**





Natronzellstoff- und Papierfabriken

Aktiengesellschaft

Verwaltung

Goslar/Harz · Oberer Triftweg 16

Werke

Oker/Harz und Frankenthal/Pfalz

EMR
in jedem Gerät
ELEKTRIZITÄT

ELEKTRIZITÄTWERK MINDEN-RAVENSBERG G.M.B.H.

The advertisement features a central graphic with a dark, textured background. At the top left, the letters 'EMR' are written in a large, bold, white sans-serif font. Below this, the phrase 'in jedem Gerät' is written in a white, cursive script. To the right of this, the word 'ELEKTRIZITÄT' is written in a bold, white, sans-serif font. The graphic is composed of several white lines radiating from a central point, forming a circular shape. Various household appliances are illustrated in white line art, including a toaster, a vacuum cleaner, a washing machine, a blender, a refrigerator, and a coffee maker. The entire graphic is set against a dark background with a fine, dotted pattern.



Sonnen
EIER-NUDELN

ORION

mit hohem Ei-Gehalt · naturrein · ungefärbt

SONNENWERKE · SIEBURG & PFÖRTNER

SEESSEN AM HARZ

HOTEL GOLDENER LÖWE



Seesen am Harz

Restaurant · Café · Bar

Aller Komfort · gepflegte Küche · erlesene Weine

Jahrzehntelange Erfahrung

stand uns bei der Ausgestaltung unserer

AUSSTELLUNGSRÄUME

— den größten ihrer Art in Westdeutschland — zur Verfügung!

Wir zeigen in reichhaltiger Ausführung:

BELEUCHTUNGSKÖRPER	WASCHMASCHINEN
RUNDFUNKGERÄTE	WÄSCHESCHLEUDERN
FERNSEHGERÄTE	BUGELMASCHINEN
PHONOTRUHEN	ELEKTROHERDE
SCHALLPLATTEN	KOHLEHERDE
KUHLSCHRÄNKE	HEISSWASSERGERÄTE
GEFRIERTRUHEN	



HERMANN ALBERT BUMKE

Elektro- und Sanitäre Großhandlung

HANNOVER · Engelbosteler Damm 5/9 · Tel.: 7 60 41

Verkaufsl. Göttingen · Am Leinekanal 4 · Tel.: 5 58 55

— Verkauf erfolgt durch Fachgeschäfte —

J. BACKHAUS KG.

BAUUNTERNEHMUNG
Hoch-, Tief- und Industriebau

STAMMHAUS: Paderborn · Geroldstraße 32
Ruf: 3741-44

NIEDERLASSUNGEN: Recklinghausen · Wickingstraße 3
Ruf: 2 49 77

Ludwigshafen a. Rhein · Pranchstraße 13
Ruf: 6 26 90

Köln · Marienburg · Mehlemer Straße 25
Ruf: 38 25 54/55

Metall- und Farbwerke

G. m. b. H.

Oker/Harz · Vienenburgerstraße 1



Herstellung von:

Metallzinkweiss
Rotsiegel, Grünsiegel und
Weißsiegel sowie
Zinkoxyden

SABA

FERNSEHEN
RUNDFUNK
TONBAND
STEREOFONIE

🌲 SABA SCHWARZWÄLDER PRÄZISION SABA 🌲

Mechanische Strickwarenfabrik
Burladingen

B. Fauler K.G., Burladingen/Hohenzollern

»Mit der Mode
auf Du und Du«

in gestrickter Oberbekleidung für
Damen, Herren und Kinder

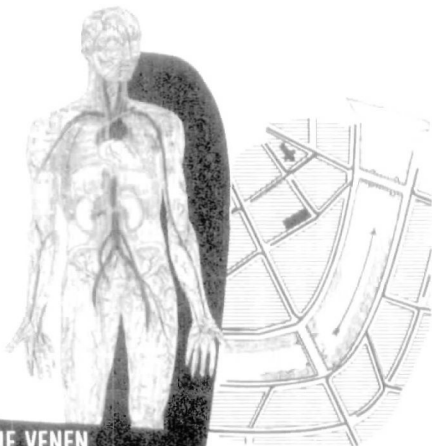
August Wolf

Baugeschäft und Architektbüro

BÜNDHEIM

(Kreis Wolfenbüttel)

Telefon: 330



DIE VENEN DES MENSCHEN SIND IN UNSEREN STÄDTEN...

...den Kanalisationsrohren vergleichbar.
Je verschleißfester sie sind, je sicherer
sie funktionieren, umso besser ist es als
unserem höchsten Gut, der Gesundheit.

Wer bei der Auswahl des Kanalisationsmaterials
spart, setzt am Ende zu.

Nur saurebeständiges, unverschleißbares, durch
seine Glätte und Dichte ausgezeichnetes Steinzeug-
material erfüllt alle technischen und wirtschaft-
lichen Forderungen, die an ein modernes Kanalisations-
system gestellt werden müssen.

STEINZEUG

trutz

JAHRHUNDERTEN





SATOR WERBE-VERLAG

HANS GUNTHER IMLAU

HAMBURG 1 · FOLSCHBLOCK B · RUF 32 38 51

WERBEAGENTUR · VERLAG · WERBEFILM-PRODUKTION



CIVIS

ZEITSCHRIFT FÜR

CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE POLITIK

Herausgegeben vom Bundesvorstand
des Ringes Christlich-Demokratischer
Studenten, Bonn

ANZEIGENVERWALTUNG:
SATOR WERBE-VERLAG · HAMBURG 1
FOLSCHBLOCK B

EISEN
Thiermann
WANGEN ALLGÄU

Das führende Fachgeschäft

I N H A L T

<i>Erster Tag</i>	Sitzung des Bundesvorstandes und Bundesausschusses	5
<i>Zweiter Tag</i>	Eröffnung des 8. Bundesparteitages und Begrüßung durch Dr. Adenauer	6-8
	Wahl des Parteitags-Präsidiums	8
	Begrüßungsansprache des Minister- präsidenten von Hassel	8-17
	Begrüßungsansprachen Stadtpräsident Dr. Sievers, Kiel	17
	Ministerpräsident Dr. Hanns Seidel, München	18
	Prof. Dr. Hans Furler, MdB.	20
<i>Bundeskanzler Dr. Adenauer:</i>	Zur Lage	21-30
	Begrüßungsansprachen ausländ. Gäste	31-42
	Erste Plenarsitzung	
	Wahl des Redaktionskomitees und der Mandatsprüfungskommission	42-43
<i>Dr. Heinrich Krone:</i>	Bericht über die Tätigkeit der Bundes- tagsfraktion	43-57
<i>Ministerpräsident Dr. Franz Meyers:</i>	Bericht des Bundesvorstandes	58-70
	Aussprache	
	Dr. Gradl, Berlin	71-74
	Blumenfeld, Hamburg	74-75
	Mengelkamp (Junge Union)	75
	Kiesinger, MdB	75-76
	W a h l e n	76-81



R H E I N L A N D
V e r s i c h e r u n g e n

Neuß a. Rhein · Marienkirchplatz 4

*Bezirks-Direktionen in: Berlin, Bielefeld, Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Frank-
furt, Hagen, Hamburg, Hannover, Koblenz, Köln, Mannheim, München, Neuß, Stuttgart*

Aussprache

Klein (Berlin)	81-82
Dr. Friedensburg, MdB, Berlin	82-83
Antrag zur Erweiterung des geschäftsführenden Vorstandes (mit Aussprache)	83-88
Wahlen	88

Dritter Tag

Bundestagspräsident
Dr. Gerstenmaier:

Zweite Plenarsitzung

Begrüßungsansprachen ausländ. Gäste	89-90
„Staatsordnung und Gesellschaftsbild“	90-108

Aussprache

Frau Dr. Schwarzhaupt, Wiesbaden ..	109-113
Bundesminister Blank	114-119
Prof. Dr. Burgbacher	119-123
Bundesminister Lücke	123-128
Arndgen, MdB, Hessen	128-129

Dritte Plenarsitzung

Aussprache

Bundesminister Dr. Oberländer	130-136
Reichminister a. D. von Keudell	136-140
Dr. Becker (Rheinland)	141-142
Katzer, MdB (Königswinter)	143-145
Dr. Hintzen, Rheinland	145-146
Mick, MdB (Rheinland)	146-148
Skorzak	148-150
Bundesminister Etzel	150-154
Schmücker, MdB	155-158
Schmitz (Rheinland)	159-161



BAD NEUENAHR

das schöne Heilbad im Ahrtal

gegen Zucker, Gicht, Gallen-, Leber-, Magen-, Darm-, Nieren- und Blasenleiden sowie Herz- und Kreislaufkrankungen
Ganzjährige Trink- und Badekur mit alkalisch-erdigen Thermen (36° Celsius)
Herbst- und Winterkuren erfolgreich und preisgünstig
Haustrinkkuren mit „Bad Neuenahr Sprudel“

Prospekte durch Kurverwaltung Bad Neuenahr, Ruf 291-295

Dr. Frerichs	161–165
Bundesminister Prof. Erhard	166–170
Prof. Dr. Andreae	170–172
Bundesminister Dr. Lübke	172–174
Dr. Reiner mann (Rheinland)	174–176
Frau von Coelln	177
Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier	177–183

Vierter Tag

Vierte Plenarsitzung (Schlußsitzung)

Aussprache

Dr. Hellwig	184–187
-------------------	---------

Anträge und Entschließungen

Dr. Gradl, MdB	187–188
Kiesinger, MdB	188–190

Schlußworte

Bundeskanzler Dr. Adenauer	191–192
Ministerpräsident von Hassel	192–195

Öffentliche Kundgebung

Vorsitzender Dr. Schwinkowski	196–197
Bundeskanzler Dr. Adenauer	197–202
Bundesminister Prof. Erhard	202–211
Ministerpräsident von Hassel	211–222

Ausländische Gäste

222

Das Kieler Manifest

224–225

